

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Siebter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Teil I: Einführung	
1. Allgemeine Bemerkungen	5
2. Fördergebiete, Schwerpunkttorte, Förderpräferenzen, Arbeitsplatzziele	6
3. Maßnahmen und Mittel	7
4. Regelungen	10
5. Förderung des Zonenrandgebietes	10
6. Zusammenarbeit mit anderen raumwirksamen Politiken	11
7. Erfolgskontrolle	11
Teil II: Regelungen über Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung	
1. Allgemeine Grundsätze	13
2. Förderung der gewerblichen Wirtschaft	14
3. Förderung des Ausbaus der Infrastruktur	17
4. Ausnahmen für das Zonenrandgebiet	17
5. Förderung von Betriebsverlagerungen	17
6. Förderung des Erwerbs von Betrieben	18
7. Unterschreiten von Arbeitsplatzzielen	18
8. Förderung von Ausbildungsplätzen	19
9. Übergangsregelungen	19

Teil III: Regionale Aktionsprogramme

1. Regionales Aktionsprogramm „Schleswig-Unterelbe“	20
2. Regionales Aktionsprogramm „Holstein“	24
3. Regionales Aktionsprogramm „Niedersächsische Nordseeküste“	28
4. Regionales Aktionsprogramm „Ems-Mittelweser“	36
5. Regionales Aktionsprogramm „Heide-Elbufer“	40
6. Regionales Aktionsprogramm „Niedersächsisches Bergland“	44
7. Regionales Aktionsprogramm „Nördliches Ruhrgebiet- Westmünsterland-Kleve“	48
8. Regionales Aktionsprogramm „Nordeifel-Grenzraum Aachen“	52
9. Regionales Aktionsprogramm „Ostwestfalen-Oberbergisches Land“ ...	56
10. Regionales Aktionsprogramm „Hessisches Fördergebiet“	60
11. Regionales Aktionsprogramm „Mittelrhein-Lahn-Sieg“	65
12. Regionales Aktionsprogramm „Eifel-Hunsrück“	71
13. Regionales Aktionsprogramm „Saarland-Westpfalz“	75
14. Regionales Aktionsprogramm „Odenwald-Hohenlohe-Ostalb“	82
15. Regionales Aktionsprogramm „Hochschwarzwald-Baar-Hochrhein“	86
16. Regionales Aktionsprogramm „Alb-Oberschwaben“	89
17. Regionales Aktionsprogramm „Nordbayerisches Fördergebiet“	93
18. Regionales Aktionsprogramm „Westbayerisches Fördergebiet“	102
19. Regionales Aktionsprogramm „Ostbayerisches Fördergebiet“	108
20. Regionales Aktionsprogramm „Südbayerisches Fördergebiet“	117

**Teil IV: Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

(Befristetes Sonderprogramm für Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten

– Programmteil des mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge)

122

**Teil V: Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe
„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

(Befristetes Sonderprogramm für das Regionale Aktionsprogramm „Saarland-Westpfalz“)

125

Teil VI: Neue Fördergebiete des 7. Rahmenplans

126

Anhang A

Übersicht über die geplanten Maßnahmen und ihre Finanzierung nach Ländern

127

Anhang B

Übersicht über die Gesamtheit der geplanten Maßnahmen und ihre Finanzierung

146

Anhang C

Übersicht über Strukturdaten und Ziele der Regionalen Aktionsprogramme

148

	Seite
Anhang D	
Muster der Bürgerschaftsurkunde	149
Anhang E	
Artikel 91 a des Grundgesetzes	154
Anhang F	
Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969	155
Anhang G	
Zonenrandförderungsgesetz vom 5. August 1971	158
Anhang H	
Aufstellung der zum Zonenrandgebiet gehörenden Landkreise bzw. Gebietsteile von Landkreisen und Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte	162
Anhang J	
Investitionszulagengesetz in der Fassung vom 3. Mai 1977	165
Anhang K	
Dritte Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes (Dritte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung) vom 19. Dezember 1977	171
Anhang L	
Richtlinien für das ERP-Regionalprogramm 1978 — Gewährung von Darlehen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	172
Anhang M	
Richtlinien für das ERP-Gemeindeprogramm 1978 — Gewährung von Darlehen für Investitionen zur Verbesserung der Standortqualität durch Steigerung des Wohn- und Freizeitwertes in Schwerpunkorten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	173
Anhang N	
Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung	174
Anhang O	
Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung	180
Anhang P	
Karte der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe	nach 184
Anhang Q	
Karte der Fremdenverkehrsgebiete der Gemeinschaftsaufgabe	nach 184

Der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur, dem der Bundesminister für Wirtschaft als Vorsitzender sowie der Bundesminister der Finanzen und die Wirtschaftsminister (-senatoren) der 11 Länder angehören, hat am 8. Juni 1978 in Ausführung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861) den 7. Rahmenplan für den Zeitraum 1978 bis 1981 beschlossen, der mit Wirkung vom 1. Januar 1978 in Kraft tritt. *)

Teil I

Einführung

1. Allgemeine Bemerkungen

1.1. Im Mittelpunkt der Vorbereitungsarbeiten für den 7. Rahmenplan stand die Frage, ob und inwiefern die neue bzw. aktualisierte Datenbasis Grundlage einer Neuabgrenzung der Fördergebiete sein kann. Da der Planungsausschuß aufgrund der zu großen Unsicherheiten der neuen Datenbasis für die Abgrenzungskriterien eine umfassende Neuabgrenzung der Fördergebiete nicht für vertretbar hielt, hat er folgende Beschlüsse gefaßt:

- In Fällen besonders starker Datenänderungen bei bisherigen Nichtfördergebieten werden diese Regionen als neue Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen. Diese auf drei Jahre befristete Übergangslösung hat eine Ausweitung der Fördergebietenkulisse von 34 % auf 36 % Bevölkerungsanteil zur Folge.
- Pro neuer Arbeitsmarktregion wird ein zusätzlicher Schwerpunkort zugestanden. Weitere Schwerpunkorte in den neuen Fördergebieten können nur im Austausch gegen bestehende Schwerpunkorte aufgenommen werden. Die Gesamtzahl der Schwerpunkorte erhöht sich damit von 326 auf 331 Orte.
- In den neuen Fördergebieten wird zwar die regionale Investitionszulage gewährt, aber die Verteilung der GA-Mittel auf die Länder bleibt unverändert.
- Innerhalb der nächsten drei Jahre wird die Gebietskulisse insgesamt überprüft. Der Unteraus-

*) Unter dem Vorbehalt der ausstehenden Entscheidung nach Artikel 93 EWG-Vertrag und der noch erforderlichen Haushaltsbeschlüsse der gesetzgebenden Organe des Bundes und der Länder

schuß wurde beauftragt, entsprechende Vorarbeiten hinsichtlich des Indikatoren- und Bewertungssystems unverzüglich einzuleiten und rechtzeitig abzuschließen.

1.2. Beim Präferenzsystem ergeben sich gegenüber dem 6. Rahmenplan insofern Veränderungen, als insgesamt 16 C-Schwerpunkorte mit einer Förderpräferenz von 15 % zu B-Schwerpunkorten bzw. A-Schwerpunkorten mit einer Förderpräferenz von 20 % bzw. 25 % aufgestuft werden können.

Für das Haushaltsjahr 1978 ist wieder der ungekürzte Normalansatz für die Gemeinschaftsaufgabe in Höhe von 588 Millionen DM (davon 294 Millionen DM Bundesanteil) vorgesehen. Im Haushaltsjahr 1977 konnte die nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 10. September 1975 erforderliche Kürzung der Mittelansätze aller Gemeinschaftsaufgaben um 10 % für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch Umschichtung zu Lasten des Ende 1977 ausgelaufenen regionalen Sonderprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen in VW-Standorten aufgefangen werden.

1.3. Der 7. Rahmenplan enthält somit gegenüber dem 6. Rahmenplan folgende Änderungen hinsichtlich Fördergebieten, Schwerpunkorten, Mitorten und Förderpräferenzen:

- Als neue Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe werden die Arbeitsmarktregionen Aachen, Aschaffenburg, Gummersbach, Kleve-Emmerich und Rosenheim aufgenommen.
- Als neue Schwerpunkorte mit einer Förderpräferenz von 15 % werden ausgewiesen: Aachen, Aschaffenburg, Gummersbach, Kleve, Rosenheim. Die Bildung neuer Doppelschwerpunkorte wurde vom Planungsausschuß nicht mehr zugelassen,

weil darin die Gefahr einer Durchbrechung des Schwerpunktpinzips gesehen wurde.

- Bei der Aufnahme neuer Mitorte ging der Planungsausschuß wie bisher von den Prinzipien aus, daß ehemalige Schwerpunkttorte nicht Mitorte von bestehenden Schwerpunkttorten werden können und Mitorte grundsätzlich die Funktion von Industriegeländespendern erfüllen müssen. Nach diesen Kriterien wurden folgende Mitorte neu aufgenommen:

Zu Aachen: Würselen

Zu Gummersbach: Wiehl

Zu Saarlouis: Dillingen (Saar)

Zu Buchen: Walldürn

Zu Bad Neustadt a. d. Saale: Niederlauer

Zu Haßfurt: Zeil a. Main

Zu Bayreuth: Weidenberg

Zu Dinkelsbühl: Schopfloch

Zu Feuchtwangen: Schnelldorf

Zu Aschaffenburg: Kleinostheim, Mainaschaff, Obernau und Stockstadt

Zu Nördlingen: Wallerstein

Zu Kemnath: Erbdorf

Zu Deggendorf/Plattling: Otzing

Zu Rosenheim: Kolbermoor

- Präferenzaufstockungen wurden in folgenden 16 Schwerpunkttorten vorgenommen:

Präferenz neu 25 %: Neumünster, Bad Hersfeld, Ebern, Kulmbach/Stadtsteinach, Cham, Grafenau, Peine

Präferenz neu 20 %: Papenburg, Gronau, Lemgo, Limburg (Lahn)/Diez, Landau i. d. Pfalz, Saarbrücken-Völklingen, Heidenheim an der Brenz, Schopfloch, Dinkelsbühl.

Außerdem wurden die Präferenzen folgender Schwerpunkttorte ausgetauscht, wobei für Präferenzherabsetzungen keine Auslaufristen gelten und der Austausch mit Wirkung vom 1. Juli 1978 vorgenommen wird:

Präferenz neu 25 %: Bad Neustadt an der Saale

Präferenz neu 15 %: Regen

- Schließlich wurden noch einige Fremdenverkehrsgemeinden zusätzlich notifiziert.

2. Fördergebiete, Schwerpunkttorte, Förderpräferenzen, Arbeitsplatzziele

2.1. Nach § 5 Nr. 1 GRW sind die förderungsbedürftigen Gebiete im Rahmenplan abzugrenzen. Sie sind nach Gemeinden festgelegt worden. Gebietsstand ist der 1. Januar 1978.

Fremdenverkehrsvorhaben werden mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe (GA-Mittel) in den im Rah-

menplan genannten Fremdenverkehrsgebieten gefördert. In diesen Gebieten stellt der Fremdenverkehr eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung des Wirtschaftsraums dar. Die Fremdenverkehrsgebiete sind im Hinblick auf § 3 Abs. 2 Investitionszulagengesetz so detailliert wie möglich abgegrenzt und nach Regionalen Aktionsprogrammen aufgegliedert. Gebietsstand für die Fremdenverkehrsgebiete ist der 1. Januar 1978.

2.2. Nach § 2 Abs. 1 Satz 3 GRW soll sich die Förderung auf räumliche Schwerpunkte konzentrieren. Die Länder haben entsprechend den Grundsatzbeschlüssen die Schwerpunkttorte vorgeschlagen. Gebietsstand für die Schwerpunkttorte und ihre Mitorte ist der 1. Januar 1978, soweit nichts anderes in den Regionalen Aktionsprogrammen vermerkt ist.

Durch die kommunale Neugliederung sind teilweise Gemeinden von erheblicher Flächenausdehnung entstanden. Daher soll die Förderung der Errichtung neuer Betriebe künftig auf bestimmte Ansiedlungsflächen in den Schwerpunkttorten beschränkt werden, die in den genehmigten Flächennutzungsplänen ausgewiesen sind. Es wird angestrebt, daß solche Flächennutzungspläne so schnell wie möglich für alle Schwerpunkttorte vorliegen. Es ist beabsichtigt, ab 1. Januar 1981 die Errichtung neuer Betriebe in Schwerpunkttorten, für die solche Pläne noch nicht bestehen, nur ausnahmsweise und ohne Investitionszulage zu fördern.

Bei der Festlegung der Schwerpunkttorte hat sich der Planungsausschuß — wie bisher — von der Überzeugung leiten lassen, daß eine zu große Zahl von Schwerpunkten bei der Förderung der Ansiedlung von Betrieben, vor allem des verarbeitenden Gewerbes, die Entwicklungschancen des einzelnen Schwerpunkttortes schmälert und zugleich die Effizienz der regionalen Wirtschaftspolitik mindert. Trotzdem wurde die Gesamtzahl der Schwerpunkttorte von bisher 326 auf künftig 331 Orte erhöht, weil fünf Arbeitsmarktregionen zusätzlich in die Förderung aufgenommen werden mußten. Eine wesentliche Verringerung der Schwerpunkttorte erscheint nur im Zusammenhang mit einer Reduzierung der Fördergebietskulisse möglich.

2.3. Bei der Überprüfung des Präferenzsystems ist der Planungsausschuß von der Überlegung ausgegangen, daß einerseits eine gewisse Verstärkung der Konkurrenzfähigkeit der Fördergebiete gegenüber Nichtfördergebieten geboten erscheint, andererseits aber eine Erhöhung der Spitzenpräferenzen große Probleme aufwirft und nicht zwangsläufig höhere Investitionen induziert. Der Planungsausschuß hat sich daher entschieden, die Relation zwischen übergeordneten und normalen Schwerpunkttorten zu verbessern, indem insgesamt 16 C-Schwerpunkttorte mit einer Förderpräferenz von 15 % zu B-Schwerpunkttorten bzw. A-Schwerpunkttorten mit einer Förderpräferenz von 20 % bzw. 25 % aufgestuft werden können. Bei der Präferenzstruktur, d. h. bei dem Verhältnis der übergeordneten Schwerpunkttorte zur Gesamtzahl der Schwerpunkttorte (ohne E-Orte) besteht nun ein Verhältnis von 1 : 3,6. Bei der Verteilung

dieser 16 Präferenzauflösungen auf die Länder wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß das bisherige Verhältnis von übergeordneten zu normalen Schwerpunkorten in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Um eine Annäherung dieser unterschiedlichen Relationen in den Ländern an den Bundesdurchschnitt zu erreichen, wurden die 16 Präferenzauflösungen folgendermaßen verteilt: Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Saarland wurde je eine Präferenzauflösung zugestanden; Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg wurden je zwei Präferenzauflösungen zugewilligt; Bayern kann schließlich fünf Schwerpunkorte mit höheren Förderpräferenzen ausstatten. Die Auswahl der für Präferenzauflösungen vorzusehenden Schwerpunkorte bleibt den Ländern überlassen. Der Planungsausschuß ist zwar der Ansicht, daß das Präferenzsystem auch weiterhin durchdacht werden muß; er ist aber skeptisch, ob sich ein hinreichend fundiertes System zur Berücksichtigung von Förderungsdringlichkeit und wichtiger Standortbedingungen der Arbeitsmarktregionen bei der Ausgestaltung des Präferenzgefüges entwickeln läßt.

2.4. Nach § 5 Nr. 2 GRW sind im Rahmenplan die Ziele zu nennen, die in den Fördergebieten erreicht werden sollen. Bei der Festlegung der Arbeitsplatzziele ist grundsätzlich von den Zieldaten des letzten Rahmenplans, der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung und den zur Verfügung stehenden Mitteln auszugehen. In Anbetracht der in den letzten Jahren zu verzeichnenden geringeren Förderergebnisse wurde die Ergebniszahl für das Jahr 1976 als Ausgangsbasis der Berechnungen verwendet. Die sich für den Planungszeitraum 1978 bis 1981 ergebende Gesamtzielzahl von rd. 301 000 neuen Arbeitsplätzen entspricht einem Prozentsatz von rd. 70 % der bisherigen Planungszielzahl. Die Rücknahme der Gesamtzielzahl für die Planungszeiträume von bisher 430 800 auf künftig rd. 301 000 ist jedoch nicht mit einer entsprechenden Änderung der Finanzierungsansätze verbunden, zumal u. a. auch die durchschnittlichen Investitionskosten je neuem Arbeitsplatz gestiegen sind. Die Arbeitsplatzziele sind überprüfbar und revidierbar.

In den Regionalen Aktionsprogrammen sind bisher keine Ziele hinsichtlich des Abbaus von Einkommensrückständen genannt. Der Grund liegt weiterhin darin, daß für dieses Kriterium die Überprüfmöglichkeiten noch nicht hinreichend ausgebaut und gesichert erscheinen. Ziel der regionalen Wirtschaftspolitik ist die Schaffung oder Erneuerung von Arbeitsplätzen, die eine angemessene Erhöhung der Einkommen in der Region bewirken. Unter Erneuerung ist auch die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze bei qualitativer Verbesserung zu verstehen. Die Frage, ob und inwieweit die Erhaltung von Arbeitsplätzen ohne Erhöhung der Einkommen in der Region förderungswürdiges Ziel der Regionalpolitik sein kann oder soll, ist nicht eindeutig zu beantworten. Zwar kann kurzfristig die Erhaltung von Arbeitsplätzen mit geringer Entlohnung regionalpolitisch geboten sein, um die regionale Arbeitsmarktlage nicht zu verschärfen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß notwendige Anpassungen verhindert

werden, da sonst die langfristigen Entwicklungschancen von Regionen gemindert und regionale Diskrepanzen noch verstärkt werden. Grundsätzlich besteht Übereinstimmung darüber, daß primär qualitativ gute Arbeitsplätze gefördert werden müssen. Damit diesem Gesichtspunkt bei der Durchführung der regionalen Wirtschaftsförderung verstärkt Rechnung getragen wird, wird eine weitere Präzisierung der bereits im 6. Rahmenplan aufgeführten allgemeinen Kriterien zur Beurteilung qualitativ guter Arbeitsplätze angestrebt.

Im Planungszeitraum 1978 bis 1981 sollen in den Fördergebieten jährlich durchschnittlich rd. 75 250 — insgesamt also rd. 301 000 — neue Arbeitsplätze geschaffen und 41 750 — insgesamt also 167 000 — bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, ist geplant, gewerbliche Investitionen mit einem Gesamtvolumen von jährlich rd. 11,5 Mrd. DM mit GA-Mitteln zu fördern. Außerdem ist vorgesehen, den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit GA-Mitteln zu fördern. Das geplante jährliche Investitionsvolumen dieser Maßnahmen beläuft sich im Planungszeitraum auf rd. 0,5 Mrd. DM.

3. Maßnahmen und Mittel

3.1. Nach § 5 Nr. 3 GRW werden im Rahmenplan die Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 GRW, getrennt nach Haushaltsjahren und Ländern, sowie die vom Bund und jedem Land für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe im nächsten Jahr bereitzustellenden und für die folgenden Jahre des Planungszeitraums jeweils vorzusehenden Mittel aufgeführt. Im Anhang A wird eine zusammenfassende Übersicht über die in den einzelnen Ländern von 1978 bis 1981 vorgesehenen Maßnahmen und ihre Finanzierung gegeben.

Zur Erreichung der im 7. Rahmenplan festgelegten Arbeitsplatz- und Investitionsziele sind im Planungszeitraum 1978 bis 1981 für jedes einzelne Planungsjahr knapp 1,4 Mrd. DM erforderlich. Dabei sind die Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1977 in den Finanzierungsplan der Gemeinschaftsaufgabe einbezogen. Die Planung im Rahmenplan ist stark untergliedert: Die Gesamtmittel sind auf die 20 Regionalen Aktionsprogramme und innerhalb dieser Programme auf sieben Maßnahmengruppen aufgeteilt.

Für die Durchführung des Rahmenplans erscheint ein flexibles Verfahren notwendig, weil sich in der Zwischenzeit oder auch während des Ablaufs des Planungsjahres die räumlichen und sachlichen Bedarfschwerpunkte verschieben können. Diesem Erfordernis hat der Planungsausschuß am 29. Juni 1971 durch folgenden Beschluß Rechnung getragen:

Der Planungsausschuß ist der Meinung, daß zwischen den Mittelsätzen der Regionalen Aktionsprogramme eines Landes eine gewisse Flexibilität sowohl im sektoralen als auch im regionalen Sinne bestehen muß. Im Jahre 1972 sollen die einzelnen Länder notwendige Umplanungen in eigener Verantwortung vornehmen. Bei außergewöhnlichen Abweichungen

von den Planzahlen soll der Unterausschuß konsultiert werden. Bei einer anderen als der im Rahmenplan vorgesehenen Verwendung der Mittel soll in den nachfolgenden Jahren ein Ausgleich geschaffen werden. Das gilt insbesondere für die regionale Verteilung der Mittel. Ein Ausgleich ist nicht erforderlich, wenn sich ergibt, daß sich die Abweichung von den Planzahlen aufgrund begründeter Änderungen der Zielvorstellungen als notwendig erweist.

Der Planungsausschuß erneuert diesen Beschluß für das Jahr 1978.

3.2. Im Rahmen des Sonderprogramms „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“ (Teil IV), das für den Zeitraum 1977 bis 1980 mit insgesamt 500 Millionen DM Bundes- und Ländermitteln ausgestattet ist, werden Maßnahmen gefördert, die nicht zuletzt auch solchen Bereichen der mittelständischen Wirtschaft indirekt zugute kommen, die normalerweise nicht an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe partizipieren. Bei der Auswahl der Vorhaben sollen Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt berücksichtigt werden.

Das befristete Sonderprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen in VW-Standorten ist zum 31. Dezember 1977 ausgelaufen. Der Planungsausschuß hat jedoch einem Ausgleich der Restmittel dieses Sonderprogramms zwischen den beteiligten Ländern zugestimmt. Mit den umverteilten Mitteln konnten die Länder, die ihren Mittelanteil bereits ausgeschöpft haben, noch Anträge bedienen, die bis zum 31. Dezember 1977 eingegangen sind, abwicklungsreif waren und den Regelungen des Programms entsprechen.

3.3. Neu in den 7. Rahmenplan wurde ein Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten aufgenommen (Teil V). Dieses für den Zeitraum 1978 bis 1981 mit insgesamt 200 Millionen DM (Bundesanteil: 100 Millionen DM) ausgestattete Sonderprogramm soll im Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms „Saarland-Westpfalz“ die Schaffung von 17 300 neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie ermöglichen.

3.4. Im Jahr 1978 beträgt das verplanbare Mittelvolumen 848 Millionen DM¹⁾. Es teilt sich wie folgt auf: 588 Millionen DM als Normalansatz für die Gemeinschaftsaufgabe, 250 Millionen DM aus dem Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“ und 10 Millionen DM aus dem Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten. Von den 588 Millionen DM ent-

fallen 246 Millionen DM auf das Zonenrandgebiet, 100 Millionen DM auf das Regionale Aktionsprogramm „Saarland-Westpfalz“ und 242 Millionen DM auf die übrigen Fördergebiete. Der Bund übernimmt von den 588 Millionen DM einen Finanzierungsanteil von 294 Millionen DM; die Länder sehen ebenfalls 294 Millionen DM vor.

Von den 250 Millionen DM für das Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“ entfällt auf den Bund ein Finanzierungsanteil von 125 Millionen DM; die Länder stellen ebenfalls insgesamt 125 Millionen DM zur Verfügung. Von den 10 Millionen DM für das Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten entfällt auf den Bund ein Finanzierungsanteil von 5 Millionen DM; Saarland und Rheinland-Pfalz stellen ebenfalls insgesamt 5 Millionen DM zur Verfügung.

Die haushaltsmäßige Abwicklung des Bundesanteils von 424 Millionen DM stellt sich wie folgt dar:¹⁾

	Millionen DM
Haushaltsansatz 1978	424
davon werden für die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen 1976 und 1977, kassenmäßig wirksam in 1978, benötigt	230
(davon für das Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“)	(125)
bleiben	194
für das Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten	5
für die Gemeinschaftsaufgabe (ohne Sonderprogramme) verbleiben	189
Als Verpflichtungsermächtigung 1978 werden insgesamt	305
bewilligt.	
Es entfallen	
a) auf das Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“	105
davon fällig:	
Haushaltsjahr 1979 bis zu	75
Haushaltsjahr 1980 bis zu	30
b) auf das Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom	

¹⁾ Vorbehaltlich der Bewilligung von Ausgaben für Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebiete.

	Millionen DM
Anpassungsprozeß der Stahlindustrie be- sonders betroffenen Gebieten	95
davon fällig:	
Haushaltsjahr 1979 bis zu	35
Haushaltsjahr 1980 bis zu	30
Haushaltsjahr 1981 bis zu	30
c) auf die Gemeinschaftsaufgabe (ohne Son- derprogramme)	105
fällig im Haushaltsjahr 1979.	

Über die Haushaltsmittel der Gemeinschaftsaufgabe hinaus wird damit gerechnet, daß 1978 rd. 746 Millionen DM Investitionszulagen gewährt werden. Die Normalansätze für die Gemeinschaftsaufgabe und die Investitionszulagen gliedern sich wie folgt auf die einzelnen Länder auf:

Land	GA-Mittel (in Millionen DM)			Investitions- zulagen 1978 (in Millionen DM) *)
	insgesamt	davon Haushalt		
		1978	1979	
Schleswig-Holstein	87,4	53,4	34,0	52,088
Niedersachsen	119,8	71,8	48,0	178,200
Bremen	2,0	2,0	—	4,725
Nordrhein-Westfalen	44,0	42,0	2,0	187,500
Hessen	46,8	28,8	18,0	45,200
Rheinland-Pfalz	46,0	28,0	18,0	59,530
Saarland	84,0	50,0	34,0	43,690
Baden-Württemberg	24,0	20,0	4,0	21,000
Bayern	134,0	82,0	52,0	153,600
insgesamt ...	588,0	378,0	210,0	745,533

*) Hierbei handelt es sich um Schätzungen der Länder auf der Grundlage der im Planungszeitraum angestrebten Arbeitsplatzziele.

Die Mittel in 1978 aus dem Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunktornten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten“ gliedern sich wie folgt auf die einzelnen Länder auf:

Land	Millionen DM
Schleswig-Holstein	37,2
Niedersachsen	50,9
Bremen	0,9
Nordrhein-Westfalen	18,7
Hessen	19,9
Rheinland-Pfalz	19,5
Saarland	35,7
Baden-Württemberg	10,2
Bayern	57,0
insgesamt ...	250,0

Die Mittel in 1978 aus dem Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den von der Stahlkrise besonders betroffenen Gebieten gliedern sich wie folgt auf die beiden beteiligten Länder auf:

Land	Millionen DM
Saarland	9,0
Rheinland-Pfalz	1,0
insgesamt ...	10,0

3.5. Zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden auch Bürgschaften zugunsten von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft gewährt. Für das Jahr 1978 beteiligt sich der Bund an etwaigen Ausfällen bei diesbezüglichen Bürgschaften der Länder entsprechend gesonderten Garantieerklärungen hälftig mit einem Garantieplafonds bis zu insgesamt 400 Millionen DM. Die Gewährleistungen innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe können deshalb 800 Millionen DM erreichen und teilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt auf:

Land	Gewährleistungen in Millionen DM
Schleswig-Holstein	90
Niedersachsen	250
Bremen	14
Nordrhein-Westfalen	75
Hessen	76
Rheinland-Pfalz	70
Saarland	100
Baden-Württemberg	35
Bayern	90
insgesamt ...	800

Unter bestimmten räumlichen und sachlichen Voraussetzungen können zinsverbilligte Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen an Unternehmen gewährt werden, die nicht mit der Investitionszulage und Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden. Solche Darlehen können Betriebe des Handels, Handwerks, Kleingewerbes, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in Fördergebieten erhalten. Für das Jahr 1977 standen 365 Millionen DM zur Verfügung; dieses Programm wird auch 1978 mit 400 Millionen DM fortgeführt.

Aus dem ERP-Sondervermögen können ferner zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung des Wohn- und Freizeitwertes von Schwerpunkttorten der Regionalen Aktionsprogramme zinsverbilligte Darlehen gewährt werden. Für das Jahr 1977 standen 180 Millionen DM zur Verfügung; dieses Programm wird 1978 ebenfalls mit 180 Millionen DM fortgeführt.

4. Regelungen

4.1. Nach § 5 Nr. 4 GRW werden im Rahmenplan Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung bei den verschiedenen Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 GRW festgelegt. Diese Regelungen sind im Teil II dieses Rahmenplans enthalten.

Nachdem im 6. Rahmenplan eine Reihe von Regelungen geändert bzw. ergänzt worden sind, enthält der 7. Rahmenplan nur wenige Änderungen bzw. Ergänzungen. Hervorzuheben sind vor allem folgende Punkte:

- Die Aufnahme einer Fußnote 6 in Teil II Ziffer 2.3., die klarstellt, daß im Einzelfall weitere Bereiche des tertiären Sektors gefördert werden können, wenn der Unterausschuß das Vorliegen des Primäreffekts festgestellt hat.
- Eine Ergänzung in Teil II Ziffer 2.8.3., die es ermöglicht, daß künftig bei Investitionen zur Errichtung von Fremdenverkehrsbetrieben im Zonenrandgebiet die Investitionskosten bei Vorliegen eines hohen Struktureffekts ausnahmsweise bis zu 25 % verbilligt werden können.
- Eine Änderung in Teil II Ziffer 6.1.2., die den Erwerb der von Stilllegung bedrohten Betriebe in der Förderungshöhe mit dem Erwerb von stillgelegten Betrieben gleichstellt.

Die Zweckmäßigkeit der Förderungsregelungen wird auch weiterhin überprüft, um neuen Gesichtspunkten bei der Förderung Rechnung zu tragen.

5. Förderung des Zonenrandgebietes

Der Planungsausschuß ist der Meinung, daß das Zonenrandgebiet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach wie vor bevorzugt zu fördern ist. Er bezieht sich auf seine das Zonenrandgebiet betreffenden Beschlüsse vom 29. Juni 1971.

6. Zusammenarbeit mit anderen raumwirksamen Politiken

Der Planungsausschuß unterstreicht die Notwendigkeit, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Einklang mit den Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, mit den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung und in enger Koordinierung mit den Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen“ sowie mit anderen öffentlichen Entwicklungsplanungen und -vorhaben durchzuführen und fortzuentwickeln.

Bei der Aufstellung eines neuen langfristigen Bedarfsplans im Zuge der Erarbeitung des zweiten Fünfjahresplans 1976 bis 1980 für den Ausbau der Bundesfernstraßen wurden raumordnerische und regionalpolitische Indikatoren stärker als in der Vergangenheit berücksichtigt. Damit wurde ein erster Schritt zu einer verbesserten Abstimmung zwischen diesen raumwirksamen Politiken getan. Für die gegenwärtig laufende Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung werden die raumordnerischen und regionalpolitischen Kriterien weiterentwickelt und in eine integrierte Bewertung der Planungsmaßnahmen einbezogen. Weitere Schritte werden u. a. auf der Grundlage eines Gutachtens angestrebt, das vom Planungsausschuß zur Überprüfung der Konsistenz von Maßnahmen der Verkehrs-, Energie- und Agrarpolitik mit denen der regionalen Wirtschaftspolitik vergeben worden ist und Mitte 1978 vorliegen soll.

Die Zusammenarbeit mit anderen raumwirksamen Politiken findet auch bereits Unterstützung bei der jährlichen Aufstellung des Bundesprogramms durch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für den Einsatz der Finanzhilfen des Bundes zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 72 des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG). Von den 1978 mit einer Bundesfinanzhilfe von 190 Millionen DM zur Förderung vorgesehenen 599 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen liegen 333 innerhalb der Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe, davon wiederum 243 in Schwerpunkttorten Regionaler Aktionsprogramme und 123 im Zonenrandgebiet (davon 6 Entwicklungsmaßnahmen). Für die Folgejahre stellt der Bund voraussichtlich folgenden Verfügungsrahmen bereit:

1979:	170 Millionen DM
1980:	150 Millionen DM
1981:	150 Millionen DM

Die Maßnahmen des Bundesprogramms werden gemäß § 72 StBauFG mit anderen vom Bund oder von den Ländern geförderten oder durchgeführten Maßnahmen abgestimmt.

Im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen werden 1977 bis 1980 im Programmbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und

Städtebau — „Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden“ — Betriebsverlagerungen in Erneuerungsgebieten nach dem Städtebauförderungsgesetz gefördert. Dafür stehen insgesamt 200 Millionen DM Bundeshilfen bereit, die kumulativ mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe eingesetzt werden können. Bis zum 31. März 1978 wurden 115 Vorhaben mit einer Bundesfinanzhilfe von 58,7 Millionen DM gefördert.

Ferner stärken Regionalpolitik und Berufsbildungspolitik die Wirkung ihrer Maßnahmen gegenseitig im Bereich der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Bei Erweiterungsinvestitionen wird ein neugeschaffener Ausbildungsplatz förderungstechnisch wie zwei Arbeitsplätze gewertet. Die Investoren erhalten damit einen zusätzlichen Anreiz, die Zahl der verfügbaren Lehrstellen in den Fördergebieten zu erhöhen. Den Jugendlichen eröffnet sich eine größere Chance, ihr Berufsleben dort zu gestalten, wo sie aufwachsen. Schließlich werden auf diese Weise Qualität der Arbeitsplätze und Einkommen in den Fördergebieten weiter erhöht.

7. Erfolgskontrolle

7.1. Für die nunmehr seit sechs Jahren bestehende Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ läßt sich hinsichtlich der Förderungsergebnisse für den Zeitraum 1972 bis 31. Dezember 1977 feststellen: Es wurden in dieser Zeit Investitionen gefördert, mit deren Hilfe nach Angaben der begünstigten Unternehmen insgesamt 518 500 neue gewerbliche Arbeitsplätze in den Fördergebieten entstanden sind bzw. noch entstehen sollen. Dafür war es notwendig, öffentliche Hilfen für ein gewerbliches Investitionsvolumen von rd. 57,2 Mrd. DM zu gewähren.

7.2. Bei den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung einer systematischen Erfolgskontrolle auf der Basis eines einfachen, überschaubaren Verfahrens konnten zwar weitere Fortschritte erzielt, aber noch keine verbindlichen Beschlüsse gefaßt werden. Der derzeitige Stand der Beratungen über die Erfolgskontrolle läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- Das Erfolgskontrollsystem ist bisher primär als Zielerreichungskontrolle konzipiert, die aus einer jährlichen Zwischenkontrolle und einer alle vier Jahre stattfindenden Endkontrolle bestehen soll. In einem späteren Stadium soll nach Möglichkeit auch eine Wirksamkeitskontrolle der Instrumente der regionalen Strukturpolitik entwickelt und in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden.
- Über die Endkontrolle, die eine Überprüfung der Fördergebietsabgrenzung impliziert, besteht insofern Übereinstimmung, als die Zielkriterien auch die Maßstäbe sein müssen, an denen der realisierte Erfolg zu messen ist. Die im Hinblick auf die nächste Neuabgrenzung der Fördergebiete durchzuführende Überprüfung des Indikatoren- und Bewertungssystems wird für den materiellen

- Inhalt der Endkontrolle von großer Bedeutung sein.
- Die jährliche Zwischenkontrolle soll sich zunächst auf die Ergebnisse der Antragsstatistik stützen, um daraus mit Hilfe eines geeigneten Verfahrens bessere Planungsgrundlagen für die regionalisierten Arbeitsplatzziele des Rahmenplans zu gewinnen. Das Programm der praktischen Erprobung eines solchen Verfahrens ist bereits angelaufen, hat aber noch zu keinen allgemein akzeptierten Ergebnissen geführt. An einer weiteren Verbesserung des Verfahrens wird gearbeitet.
 - Die Arbeiten an der Zwischenkontrolle sollen sich jedoch nicht nur auf Verfeinerungen des bei den Erprobungsrechnungen verwendeten Verfahrens beschränken. Einmal soll die zunächst an rein quantitativen Arbeitsplatzzielen orientierte Zwischenkontrolle nach Möglichkeit um qualitative Aspekte angereichert werden. Konkrete Anregungen zu diesem Problemkreis werden aus der Auswertung vergebener Forschungsaufträge erwartet. Zum anderen muß auch noch an einem Verfahren der Zwischenkontrolle gearbeitet werden, das eine systematische Verknüpfung von Zwischenkontrolle und Endkontrolle sicherstellt.

Teil II

Regelungen über Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung

1. Allgemeine Grundsätze

1.1. Die Haushaltsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (im folgenden: GA-Mittel) dürfen nur in den im Rahmenplan ausgewiesenen Gebieten (Fördergebiete) unter Beachtung des Schwerpunktprinzips verwendet werden.

1.2. Mit den GA-Mitteln können volkswirtschaftlich besonders förderungswürdige Investitionen der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehrsgewerbe) sowie der Ausbau der Infrastruktur gefördert werden.

Gewerbliche Investitionen sind dann volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig, wenn sie einen Primäreffekt aufweisen. Er tritt ein, wenn die Investition geeignet ist, durch Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen das Gesamteinkommen in dem jeweiligen Wirtschaftsraum unmittelbar und auf die Dauer nicht unwesentlich zu erhöhen. Es kann davon ausgegangen werden, daß dies dann erfüllt ist, wenn in der zu fördernden Betriebsstätte überwiegend Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden.

1.3. Mit den zu fördernden gewerblichen Investitionen müssen in den förderungsbedürftigen Gebieten neue Dauerarbeitsplätze geschaffen oder bestehende Dauerarbeitsplätze gesichert werden. Dabei soll es sich möglichst um qualitativ gute Arbeitsplätze handeln, die eine Verbesserung der Einkommenssituation in der Region erwarten lassen, die zu einer Auffächerung der einseitigen Struktur der Gebiete beitragen und/oder die zu einer Verbesserung der Erwerbstätigenstruktur führen.

1.4. Infrastrukturinvestitionen werden nur in dem Maße gefördert, wie es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist.

1.5. Die GA-Mittel sind stets zusätzliche Hilfen. Sie sind folglich erst dann vorzusehen, wenn alle anderen öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten ausgenutzt worden sind. Insbesondere wird bei Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft davon ausgegangen, daß die Investitionszulage in Höhe von 7,5 % der Investitionskosten nach dem Investitionszulagengesetz in der Fassung vom 3. Mai 1977 (BGBl. I S. 669) beantragt wird. Eine angemessene Eigenbeteiligung des Projektträgers wird in jedem Fall vorausgesetzt.

Der ausdrückliche Charakter der Zusätzlichkeit dieser Finanzierungshilfen verbietet es auch, daß Aufgaben, die ohnehin einem Fachressort des Bundes oder eines Landes zufallen, mit GA-Mitteln finanziert werden (z. B. Bau von Bundes- und Landesstraßen, Wasserstraßen).

1.6. Es sollen nur solche Projekte eingeplant werden, die nach der Bewilligung der beantragten Mittel kurzfristig begonnen werden können.

1.7. Für Vorhaben, die vor Antragstellung begonnen worden sind, werden GA-Mittel nicht gewährt. Als Beginn der Investition wird der Baubeginn (erster Spatenstich, Bauzaun) oder die Bestellung beweglicher Wirtschaftsgüter angesehen. Die Bestellung wird erst von dem Zeitpunkt an als Beginn der Investition betrachtet, ab welchem der Investor sich ohne finanzielle Nachteile nicht mehr von der Bestellung lösen kann.

1.8. Bei der Entscheidung über die Förderung der einzelnen Unternehmen sind Investitionszulagen und -prämien, Zuschüsse, Kredite und Zinszuschüsse, die den Unternehmen in früheren Jahren zugeflossen sind, zu berücksichtigen.

1.9. Soweit finanzielle Hilfen aus den GA-Mitteln in Anspruch genommen werden sollen, prüft die jeweilige Landesregierung, ob

1.9.1. die zu fördernden Maßnahmen den gemäß § 5 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes aufgestellten Plänen und Programmen der Länder entsprechen;

1.9.2. alle Verkehrsprojekte von den zuständigen Behörden des Landes technisch und rechnerisch geprüft und gebilligt worden sind;

1.9.3. alle Energieversorgungsprojekte von der zuständigen Energieaufsichtsbehörde geprüft worden sind;

1.9.4. bei allen Vorhaben, die zum Entstehen schädlicher Emissionen (vor allem Luft- und Wasserverunreinigungen, Lärm) oder von Abfällen führen können, die Verhütung oder weitestmögliche Beschränkung der Emissionen oder die ordnungsmäßige Beseitigung der Abfälle bei der Inbetriebnahme

— des unmittelbar geförderten Projektes,
— auch derjenigen gewerblichen Betriebe, die auf mit GA-Mitteln erschlossenem Industriegelände errichtet werden,

gewährleistet ist; bei grundlegender Rationalisierung gilt Entsprechendes für vorhandene Emissionen oder Abfälle;

1.9.5. alle Projekte, durch die neue Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden, mit dem zuständigen Landesarbeitsamt abgestimmt sind;

1.9.6. bauliche Investitionen

- den in den Bauleitplänen nach dem Bundesbaugesetz festgelegten Entwicklungsvorstellungen der Gemeinde bzw. mehrerer benachbarter Gemeinden entsprechen;
- mit städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) in Verbindung stehen und — soweit das der Fall ist — die angestrebten städtebaulichen Zielsetzungen unterstützen (§§ 2, 38 Abs. 2, §§ 47 und 58 StBauFG);
- mit den Ergebnissen der agrarstrukturellen Vorplanung nach den Richtlinien des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Einklang stehen.

Sind die Bauleitpläne nicht vorhanden, müssen die zu fördernden Maßnahmen mit den Grundsätzen der Raumordnung (§ 2 des Raumordnungsgesetzes) und mit den Erfordernissen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 4 und 5 und § 2 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes) übereinstimmen.

1.10. Ein Rechtsanspruch auf GA-Mittel besteht nicht.

2. Förderung der gewerblichen Wirtschaft

2.1. Für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft gelten bestimmte Höchstsätze. Sie drücken den Wert der zulässigen öffentlichen Hilfe (Subvention) in v. H. der gesamten Investitionskosten aus. Die einzelnen Teile der Subvention werden mit ihrem Subventionswert angesetzt.

2.1.1. Die öffentliche Hilfe besteht in der Regel aus der Investitionszulage und einem Investitionszuschuß aus GA-Mitteln. Dabei kann die Spanne zwischen der Investitionszulage und dem jeweiligen Höchstsatz durch einen Zuschuß aus GA-Mitteln ausgefüllt werden. Kann für ein Investitionsvorhaben keine Investitionszulage gewährt werden, können die Investitionskosten durch einen Zuschuß bis zur Höhe des jeweiligen Förderungshöchstsatzes verbilligt werden. Die Investitionszulage wird stets mit einem Subventionswert von 7,5 % angesetzt, auch wenn Teile des Investitionsvorhabens (z. B. Grundstücke und geringwertige Wirtschaftsgüter) bei der Berechnung der Investitionszulage unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht für die Anschaffung gebrauchter Wirtschaftsgüter, bei denen anstelle der Investitionszulage ein Investitionszuschuß aus GA-Mitteln gewährt wird. Investitionszuschüsse werden mit ihren Nominalbeträgen in die Subventionswertberechnung einbezogen.

2.1.2. Bei zinsgünstigen Darlehen wird der Zinsvorteil festgestellt, der sich aus der Differenz zwi-

schen Effektivzinssatz und einem angenommenen Normalzinssatz von 7,5 % ergibt. Die Summe der mit 7,5 % diskontierten Zinsvorteile in Prozent der gesamten Investitionskosten ist der Subventionswert des Darlehens. Für Zinszuschüsse gilt Entsprechendes.

2.1.3. Die befristete Investitionszulage nach § 4 b InvZulG 1977, Umweltschulden¹⁾, die sozialen Hilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG)²⁾, Städtebauförderungsmittel³⁾ sowie Frachthilfen ein-

¹⁾ Es handelt sich um folgende Hilfen:

In Nordrhein-Westfalen: Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen zur Förderung von Maßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verminderung von Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen (Immissionsschutzförderungsprogramm) — Gemeinsamer Runderlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und des Finanzministers vom 10. Januar 1974 (Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen 7129).

In Bayern: Finanzierungshilfen für Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere Darlehen für die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft auf dem Gebiet der Abwasserreinigung und Luftreinhaltung gem. Richtlinien zur Durchführung des Bayerischen Kreditprogramms 1977/78 für Investitionen der gewerblichen Wirtschaft auf dem Gebiet der Abwasserreinigung und Luftreinhaltung (Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr Nr. 2 vom 10. Februar 1977), Darlehen für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, zum Schutz vor Lärm und Erschütterungen und zur ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung gem. Richtlinien zur Durchführung des Bayerischen Darlehensprogramms für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, zum Schutz vor Lärm und Erschütterungen und zur ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung (Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen Nr. 3 vom 15. März 1974, Staatsanzeiger 1974/Nr. 8).

In Baden-Württemberg: Finanzhilfen nach den Richtlinien zur Durchführung des Strukturentwicklungsprogramms vom 19. Dezember 1967 (Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 102 vom 23. Dezember 1967) und nach den Richtlinien für Darlehensprogramme der Landeskreditbank zur Förderung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und in der Wirtschaft tätigen freien Berufe vom 4. Februar 1975 (Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 26 vom 2. April 1975).

ERP-Programm zur Förderung von Abwasserreinigungsanlagen, ERP-Programm zur Förderung von Luftreinhaltungsanlagen, ERP-Programm zur Förderung von Abfallbeseitigungsanlagen, ERP-Programm zur Förderung standortbedingter Investitionen, soweit es sich um betriebliche Investitionen handelt, die ausschließlich zur Beseitigung oder Minderung von Lärm, Erschütterungen oder Geruch bestimmt sind (Bundesanzeiger Nr. 139 vom 28. Juli 1976 i. V. m. Bundesanzeiger Nr. 18 vom 27. Januar 1977).

²⁾ Insbesondere die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in den §§ 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts (Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz — KVWG) vom 28. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3871) und die Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme in den §§ 53 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes.

³⁾ Es handelt sich um Entschädigungsleistungen nach dem StBauFG, die bei der Finanzierung von Neubau-

schließlich Frachthilfekapitalisierung⁴⁾ für das Zonenrandgebiet und Ostbayern bleiben bei der Anrechnung auf die Höchstsätze unberücksichtigt.

2.2. Die Hilfen der Gemeinschaftsaufgabe werden in der Regel als Investitionszuschüsse gewährt. Die Zuschüsse kommen nur für den Teil der Investitionskosten einer Betriebsstätte in einer Gemeinde in Betracht, der — berechnet für einen Zeitraum von drei Jahren — 250 Millionen DM nicht übersteigt. Für die Investitionszulage gilt diese Einschränkung nicht. Die sich auf dieser Grundlage ergebenden Förderungssätze sind Höchstsätze, die den unten unter 2.8.1. bis 2.8.4. genannten Höchstsätzen vorgehen. Für die Investitionszulage gilt § 2 Abs. 2 Nr. 5 InvZulG in der Fassung vom 3. Mai 1977; danach werden Investitionsvorhaben, deren Kosten je geschaffenem oder gesichertem Dauerarbeitsplatz das Dreißigfache der durchschnittlichen Investitionskosten je gefördertem Arbeitsplatz in den förderungsbedürftigen Gebieten in den vorangegangenen drei Kalenderjahren übersteigen, nicht gefördert. Diese Bestimmung wird auch auf die Gewährung von GA-Mitteln angewendet. Der Durchschnittssatz beträgt z. Z. 120 000 DM.

2.3. Die GA-Mittel können an Betriebe des verarbeitenden Gewerbes — ausgenommen Baugewerbe —⁵⁾ (im folgenden: gewerbliche Produktionsbetriebe) sowie an Fremdenverkehrsbetriebe gewährt werden. Den gewerblichen Produktionsbetrieben gleichgestellt werden Versandhandelsbetriebe, Import-Export-Handelsbetriebe, Hauptverwaltungen des Bank-, Kredit- und Versicherungsgewerbes, Buchverlage und die Hersteller von software für die Datenverarbeitung⁶⁾. Den gewerblichen Produktions- und Fremdenverkehrsbetrieben werden außerdem deren Ausbildungsstätten gleichgestellt.

2.4. Die Errichtung oder Erweiterung eines Betriebes kann, wenn sie im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung aus Berlin (West) steht, nur dann gefördert werden, wenn erhebliche Nachteile für Berlin (West) nicht zu befürchten sind.

2.5. Für Investitionsvorhaben, welche die Voraussetzungen für eine Förderung mit GA-Mitteln erfüllen, können modifizierte Ausfallbürgschaften von

maßnahmen eingesetzt werden, und um Förderungsmittel nach § 44 StBauFG.

⁴⁾ Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft vom 30. Dezember 1976 über Maßnahmen (Frachthilfe und Frachthilfekapitalisierung) im Zonenrandgebiet außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe (Bundesanzeiger Nr. 3 vom 6. Januar 1977).

⁵⁾ Die Wirtschaftszweige, die zum verarbeitenden Gewerbe gehören, sind unter den Nummern 200 bis 299 in der Systematik der Wirtschaftszweige von 1961 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt) genannt.

⁶⁾ Weitere Betriebe des tertiären Sektors, die die Voraussetzungen des Primäreffekts nach 1.2. Abs. 2 erfüllen, können ebenfalls gefördert werden, wenn der Unterausschuß das Vorliegen des Primäreffekts festgestellt hat.

den Ländern gewährt werden. Der Bund übernimmt hierfür mit gesonderter Erklärung bis zum Gesamtbetrag von 2,5 Millionen DM je Einzelfall und Jahr eine Garantie von 50 %.

2.6. Bei der Übernahme dieser Bürgschaften werden die Länder folgende Grundsätze beachten:

2.6.1. Die Bürgschaften werden für Kredite an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft übernommen, die zur Finanzierung der Errichtung, der Erweiterung, der Umstellung und der grundlegenden Rationalisierung von gewerblichen Produktionsbetrieben und Fremdenverkehrsbetrieben dienen. Eine anderweitige Finanzierung der mit Bürgschaftshilfen zu fördernden Vorhaben darf nicht möglich sein.

2.6.2. Die Bürgschaften sollen in der Regel 90 % der zu gewährenden Kredite nicht übersteigen.

2.6.3. Die Laufzeit der Kredite soll 15 Jahre nicht überschreiten.

2.6.4. Die Bürgschaftskredite werden — soweit möglich — durch Grundpfandrechte abgesichert. Sofern dies nicht möglich ist, sind jedoch sonstige zumutbare Sicherheiten zu fordern.

2.6.5. Die Zinsen der verbürgten Kredite dürfen nicht über den marktüblichen Zinsen liegen.

2.6.6. Die Verbürgung von Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder sowie die Übernahme von Bürgschaften in Sanierungsfällen sind ausgeschlossen.

2.7. Im einzelnen werden Hilfen bei folgenden Investitionsvorhaben gewährt, wobei darauf zu achten ist, daß mit den Investitionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden, die eine Verbesserung der Einkommenssituation in der Region erwarten lassen:

2.7.1. Errichtung eines gewerblichen Produktionsbetriebes. Soweit die Errichtung mit einer Verlagerung zusammenhängt, kommt die entsprechende besondere Regelung gemäß 5. zum Zuge.

2.7.2. Erweiterung eines bereits ansässigen gewerblichen Produktionsbetriebes, bei der eine angemessene Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen wird. Als angemessen werden 50 neue Arbeitsplätze oder eine Erhöhung um mindestens 15 % angesehen. Für die Berechnung ist als Basis von der Zahl der Dauerarbeitsplätze auszugehen, die im Zeitpunkt des Investitionsbeginns in der zu fördernden Betriebsstätte bestehen. Sind bei Investitionsbeginn in der Betriebsstätte weniger Beschäftigte als im Durchschnitt der letzten zwei Jahre vorhanden, ist vom Antragsteller nachzuweisen, daß es sich nicht nur um einen vorübergehenden Beschäftigungsrückgang, sondern um den Wegfall von Dauerarbeitsplätzen infolge struktureller Anpassungen an für das Unternehmen relevante grundlegende Marktveränderungen handelt.

Als Erweiterung gilt auch, wenn im direkten Zusammenhang mit einer städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz, aus Gründen des Umweltschutzes oder wegen Mangel an ausreichenden Grundstücksflächen unter den Voraussetzungen des Satzes 2 an einem anderen als dem bisherigen Standort innerhalb derselben Gemeinde eine Betriebsstätte errichtet wird. Förderungsfähig sind nur die Kosten des Erweiterungseffekts (siehe Ziffer 5.3.1.).

2.7.3. Errichtung oder Erweiterung von Fremdenverkehrsbetrieben in den Fremdenverkehrsgebieten, die in den Regionalen Aktionsprogrammen genannt sind. Gefördert werden solche Betriebe, die überwiegend der Beherbergung dienen. Bei der Erweiterung gilt 2.7.2. entsprechend; sie kann auch gefördert werden, wenn in angemessenem Umfang zusätzliche Betten (Erhöhung der Bettenzahl um mindestens 20 %) bereitgestellt werden. Bei Campingplätzen, deren Stellplätze überwiegend fremdenverkehrsmäßig genutzt werden, d. h. einem ständig wechselnden Gästekreis zur Verfügung stehen, muß durch die Erweiterung die Zahl der fremdenverkehrsmäßig genutzten Stellplätze um mindestens 20 % erhöht werden.

2.7.4. Umstellung oder grundlegende Rationalisierung von gewerblichen Produktionsbetrieben sowie von Fremdenverkehrsbetrieben, die in den im jeweiligen Regionalen Aktionsprogramm genannten Fremdenverkehrsgebieten liegen. Bei Fremdenverkehrsbetrieben sind Investitionen zur qualitativen Verbesserung des Angebots einer Rationalisierungsinvestition gleichgestellt. Dabei muß die Umstellung oder grundlegende Rationalisierung für den Fortbestand des Betriebes und zur Sicherung der dort bestehenden Dauerarbeitsplätze erforderlich sein. Eine Investition ist dann als grundlegende Rationalisierung anzusehen, wenn sie sich auf eine Betriebsstätte oder einen wichtigen Teil einer Betriebsstätte bezieht, die Wirtschaftlichkeit der Betriebsstätte erheblich steigert und der Investitionsbetrag, bezogen auf ein Jahr, die in den letzten drei Jahren durchschnittlich verdienten Abschreibungen (ohne Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz) um mindestens 50 % übersteigt.

2.8. Bei der Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegenden Rationalisierung von gewerblichen Produktionsbetrieben und Fremdenverkehrsbetrieben können GA-Mittel zusätzlich zur Investitionszulage (7,5 %) gewährt werden. Folgende Fälle sind zu unterscheiden:

2.8.1. Errichtung oder Erweiterung von gewerblichen Produktionsbetrieben

Die Förderung aus öffentlichen Mitteln darf die Investitionskosten um nachstehende Höchstsätze verbilligen:

A-Schwerpunkte
(übergeordnete Schwerpunkte im Zonenrandgebiet) 25 %

B-Schwerpunkte
(übergeordnete Schwerpunkte außerhalb des Zonenrandgebietes) 20 %
C-Schwerpunkte 15 %
E-Schwerpunkte
(Schwerpunkte in extremer Zonenrandlage) . 25 %

2.8.2. Errichtung oder Erweiterung von gewerblichen Produktionsbetrieben außerhalb von Schwerpunkttorten

2.8.2.1. Die Förderung aus öffentlichen Mitteln darf die Investitionskosten um höchstens 10 % verbilligen. Im Zonenrandgebiet sowie bei Investitionen mit hohem Struktureffekt, bei denen es insbesondere auf die Branchenzugehörigkeit des Investitionsvorhabens ankommt, können die Investitionskosten ausnahmsweise bis zu 15 % verbilligt werden.

2.8.2.2. Für die Errichtung gewerblicher Produktionsbetriebe außerhalb von Schwerpunkttorten kann ein Investitionszuschuß nur dann gewährt werden, wenn entweder

- in der Betriebsstätte nach Durchführung der Investition überwiegend Dauerarbeitsplätze für Frauen vorhanden sind, bei einer Erweiterung muß auch die angemessene Zahl neuer Dauerarbeitsplätze (vgl. 2.7.2.) überwiegend für Frauen bestimmt sein, oder
- der Betrieb durch Rohstofflager an bestimmte Standorte gebunden ist oder
- der Betrieb erhebliche Belästigungen oder Gefährdungen (z. B. Emissionen, Geräusche, Erschütterungen, Strahlungen) in Wohnsiedlungsgebieten hervorruft.

2.8.2.3. Für die Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe außerhalb von Schwerpunkttorten, die der Investor nach dem 31. Dezember 1976 ⁷⁾ errichtet oder erworben ⁸⁾ hat, kann ein Investitionszuschuß nur dann gewährt werden, wenn einer der in 2.8.2.2. genannten Ausnahmetatbestände vorliegt oder wenn

- die Errichtung oder der Erwerb der Betriebsstätte in einer Gemeinde erfolgte, die zu diesem Zeitpunkt Schwerpunkttort war, oder
- der Erwerb der Betriebsstätte nach den in 6. genannten Voraussetzungen förderungswürdig war.

2.8.3. Errichtung oder Erweiterung von Fremdenverkehrsbetrieben

Die Förderung aus öffentlichen Mitteln darf die Investitionskosten im Regelfall insgesamt um höchstens 15 % verbilligen. Bei Investitionen zur Errichtung von Fremdenverkehrsbetrieben im Zonenrandgebiet können die Investitionskosten bei Vorliegen eines hohen Struktureffekts ausnahmsweise bis zu 25 % verbilligt werden. In ländlichen Gebieten, in

⁷⁾ Für die im 7. Rahmenplan neu aufgenommenen Fördergebiete (vgl. Teil VI) gilt als Stichtag der 31. Dezember 1977.

⁸⁾ Der Unterausschuß wird sicherstellen, daß von dieser Regelung der Erwerb eines gewerblichen Produktionsbetriebes nur dann erfaßt wird, wenn er als Umgehung des Schwerpunktpinzips anzusehen ist.

denen der Fremdenverkehr Nebenerwerbsmöglichkeiten für die Bevölkerung bietet, können Zuschüsse für den Ausbau von Fremdenzimmern gewährt werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Zimmer tatsächlich dem Fremdenverkehr nachhaltig nutzbar gemacht werden.

2.8.4. Umstellung oder grundlegende Rationalisierung von gewerblichen Produktionsbetrieben oder Fremdenverkehrsbetrieben

2.8.4.1. Die Förderung aus öffentlichen Mitteln darf die Investitionskosten um höchstens 10 % verbilligen. Es können Investitionszuschüsse in Höhe bis zu 10 % der Investitionskosten gewährt werden. Im Zonenrandgebiet kann der Zuschuß unter der Bedingung ausgezahlt werden, daß er in Höhe der nach dem Investitionszulagengesetz gewährten Zulage zurückgezahlt wird. Eine Förderung von gewerblichen Produktionsbetrieben, die nach dem 31. Dezember 1976 außerhalb der Schwerpunkte der Regionalen Aktionsprogramme errichtet oder erworben⁸⁾ werden, ist nur in den unter 2.8.2.2. genannten Ausnahmefällen zulässig.

2.8.4.2. Bei Investitionen mit besonders hohem Struktureffekt kann die Förderung bis zu 15 % betragen, wenn die unter 2.7.4. genannten Bedingungen erfüllt sind.

3. Förderung des Ausbaus der Infrastruktur

3.1. Soweit es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, kann der Ausbau der Infrastruktur mit Investitionszuschüssen gefördert werden. Folgende Maßnahmen kommen dafür in Frage:

3.1.1. Die Erschließung von Industriegelände in den in Regionalen Aktionsprogrammen ausgewiesenen Schwerpunkten entsprechend dem Bedarf für voraussehbare Industrieansiedlungen und -erweiterungen, außerhalb dieser Schwerpunkte nur im Zusammenhang mit konkreten Errichtungs- und Erweiterungsvorhaben, soweit diese nach 2.8.2. förderungswürdig sind;

3.1.2. der Ausbau von Verkehrsverbindungen;

3.1.3. Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen;

3.1.4. Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall;

3.1.5. Geländeerschließung für den Fremdenverkehr sowie öffentliche Einrichtungen des Fremdenverkehrs innerhalb der in den Regionalen Aktionsprogrammen genannten Fremdenverkehrsgebiete;

3.1.6. die Errichtung oder der Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang der geplanten Maßnahmen mit dem Bedarf der regiona-

len gewerblichen Wirtschaft im Sinne von 2. an geschulten Arbeitskräften besteht.

3.2. Als Träger dieser Maßnahmen werden vorzugsweise Gemeinden und Gemeindeverbände gefördert. Auch wenn solche Maßnahmen Dritten zur Ausführung übertragen werden, können die Gemeinden und Gemeindeverbände zu den von ihnen zu tragenden Investitionskosten Zuschüsse erhalten. Nicht gefördert werden Maßnahmen des Bundes und der Länder sowie natürlicher und juristischer Personen, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Die Investitionszuschüsse werden nur bei einer angemessenen Eigenbeteiligung des Trägers gewährt. Die Kosten des Grundstückserwerbs und Grunderwerbs werden in den förderungsfähigen Betrag nicht mit einbezogen.

4. Ausnahmen für das Zonenrandgebiet

Im Hinblick auf die politisch bedingte Sondersituation kann in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze in begründeten Ausnahmefällen vom Schwerpunktprinzip abgewichen und eine Förderung bis zu 25 % gewährt werden. Im Zonenrandgebiet sind auch Abweichungen von den Regelungen zur Förderung des Ausbaus der Infrastruktur möglich; dies gilt vor allem hinsichtlich der Höhe der Eigenbeteiligung des Trägers und bei der Frage, ob der Ausbau der Infrastruktur für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist.

5. Förderung von Betriebsverlagerungen

5.1. Die im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung stehende Errichtung einer Betriebsstätte kann in der Regel nur in Schwerpunkorten gefördert werden; es sei denn, es handelt sich um die in 2.8.2.2. beschriebenen Betriebe oder um die Errichtung im Zusammenhang mit der Übernahme einer Betriebsstätte.

5.2. Fernverlagerungen (Betriebsverlagerung, bei der die überwiegende Zahl der Arbeitskräfte neu eingestellt wird) aus Nichtfördergebieten in Fördergebiete können bis zu dem für den neuen Standort geltenden Förderungshöchstsatz gefördert werden.

5.3. Fernverlagerungen innerhalb der Fördergebiete und Nahverlagerungen (Betriebsverlagerung, bei der die überwiegende Zahl der Arbeitskräfte weiterbeschäftigt wird) können bis zu dem für den neuen Standort geltenden Förderungshöchstsatz gefördert werden, wenn eine angemessene Zahl neuer Dauerarbeitsplätze geschaffen wird (s. 2.7.2. und § 2 Nr. 3 InvZulG 1977). Wird der Betrieb innerhalb der Fördergebiete von einem Land in ein anderes verlagert, wird im Benehmen mit dem abgebenden Land gefördert. Eine über den Förderungshöchstsatz des bisherigen Standortes hinausgehende Förderung darf nur im Einvernehmen mit dem abgebenden Land gewährt werden.

5.3.1. Förderungsfähig sind nur die Kosten des Erweiterungseffektes, die entweder durch Vergleich der Zahl der Dauerarbeitsplätze im bisherigen Betrieb mit der Zahl der Dauerarbeitsplätze im neuen Betrieb oder durch Abzug des für die Veräußerung des bisherigen Betriebes erzielten bzw. erzielbaren Erlöses und eines entsprechenden Entschädigungsbeitrages (z. B. nach BBauG, StBauFG) von den Investitionskosten für den neuen Betrieb ermittelt werden.

5.3.2. Die Förderung erfolgt entweder — soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind — pauschal durch Gewährung der Investitionszulage (7,5 %) nach § 1 InvZulG 1977 für die gesamten Investitionskosten der Betriebsverlagerung oder auf der Grundlage der in 5.3.1. beschriebenen genauen Berechnung der förderungsfähigen Investitionskosten, wobei auf den danach ermittelten Förderungshöchstbetrag der Betrag der Investitionszulage voll anzurechnen ist.

5.4. Betriebsverlagerungen, die die o. g. Arbeitsplatzvoraussetzungen nicht erfüllen, können gefördert werden, wenn sie eine grundlegende Rationalisierung darstellen oder im direkten Zusammenhang mit einer städtebaulichen Sanierungs- oder Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz stehen. Der Förderungssatz bestimmt sich nach 2.8.4.; für die Berechnung der förderungsfähigen Investitionskosten gilt 5.3.1.

6. Förderung des Erwerbs von Betrieben

6.1. Der Erwerb eines Betriebes kann ausnahmsweise als Errichtung angesehen werden, wenn

6.1.1. in einem Produktions- oder Fremdenverkehrsbetrieb die bisher ausgeübte Tätigkeit länger als ein halbes Jahr eingestellt war und ein Unternehmen den Betrieb erwirbt und darin eine Produktions- oder Fremdenverkehrstätigkeit aufnimmt. In diesem Fall kann in Schwerpunkttorten bzw. in Fremdenverkehrsgebieten ein Investitionszuschuß bis zur Höhe der nach dem Rahmenplan bei einer Errichtung zulässigen Obergrenze gewährt werden. Außerhalb von Schwerpunkten kann ein Investitionszuschuß bis zu der Höhe gewährt werden, die bei einer förderungswürdigen Errichtung außerhalb von Schwerpunkten zulässig ist;

6.1.2. ein Produktions- oder Fremdenverkehrsbetrieb von einer Stilllegung bedroht ist, ein Unternehmen den Betrieb erwirbt, einen wesentlichen Teil der Belegschaft übernimmt und die Produktions- oder Fremdenverkehrstätigkeit fortführt (oder darin eine neue Produktions- oder Fremdenverkehrstätigkeit aufnimmt). In diesem Fall kann in Schwerpunkten bzw. in Fremdenverkehrsgebieten bis zur Höhe des für eine Errichtung zulässigen Investitionszuschusses gewährt werden. Außerhalb von Schwerpunkten kann ein Investitionszuschuß bis zu der Höhe gewährt werden, die bei einer förderungswürdigen Errichtung außerhalb von Schwerpunkten zulässig ist. Die absolute Höhe des Subventionswer-

tes bestimmt sich nach dem Anteil der übernommenen Belegschaft.

6.2. Soweit in dem erworbenen Produktionsbetrieb oder Fremdenverkehrsbetrieb zusätzliche Investitionen durchgeführt werden, können die Investitionskosten bis zu den für Errichtungsinvestitionen geltenden Höchstsätzen gefördert werden. Die Gewährung der Investitionszulage richtet sich nach dem Investitionszulagengesetz in Verbindung mit dem BMF-Schreiben vom 5. Mai 1977 (BStBl. I S. 246).

7. Unterschreiten von Arbeitsplatzzielen

7.1. Wird festgestellt, daß die vom Antragsteller genannten Arbeitsplatzziele nicht erreicht worden sind, so ist zu fragen, ob die angekündigten Arbeitsplätze tatsächlich nicht geschaffen wurden oder ob sie zwar geschaffen wurden, dann aber nicht besetzt werden konnten. Es ist also zwischen Arbeitsplätzen und Beschäftigten im Betrieb zu unterscheiden. Zwar kann man davon ausgehen, daß einer bestimmten Zahl von Beschäftigten auch mindestens eine entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen entspricht, andererseits kann aber die Zahl der Arbeitsplätze größer sein als die der Beschäftigten.

7.2. Wird festgestellt, daß in einer Betriebsstätte die Zahl der Beschäftigten nicht die Zahl der angekündigten angegebenen Arbeitsplätze erreicht hat, so können hierfür folgende Gründe maßgeblich sein:

1. Der Antragsteller hat die Arbeitsplätze tatsächlich nicht geschaffen.
2. Er hat die Arbeitsplätze zwar geschaffen, konnte sie aber nicht besetzen, weil
 - a) der Arbeitsmarkt erschöpft war,
 - b) die Marktverhältnisse von seinen Erwartungen abwichen.
3. Er hat die Arbeitsplätze zwar geschaffen, gleichzeitig sind aber an anderer Stelle in der Betriebsstätte Arbeitsplätze weggefallen.

7.3. Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Höhe festzulegen, wie an ihnen Arbeitskräfte beschäftigt werden.

7.4. Bei der Beurteilung der Frage, ob bei unzureichenden Beschäftigtenzahlen trotzdem ausreichende Arbeitsplätze geschaffen worden sind, ist, sofern sich die Arbeitsplätze nicht einfach zählen lassen können (Zahl der Maschinen, Schreibtische, Art des Fließbandes usw.), z. B. von branchenüblichen Durchschnittskosten je Arbeitsplatz auszugehen. Die Ausführungen der Antragsteller sollten notfalls durch Fachgutachten sachverständiger Stellen ergänzt werden.

7.5. Hat der Antragsteller in der Betriebsstätte weniger Arbeitsplätze als angekündigt geschaffen oder im Falle 7.2.3. von vornherein keine Erweite-

rung, sondern eine Umstellung oder grundlegende Rationalisierung beabsichtigt, ist die Förderung ganz oder teilweise dann zurückzuverlangen, wenn die Durchschnittsarbeitsplatzkosten das Dreißigfache des Durchschnittssatzes übersteigen, die Erweitierungsbedingungen nicht erfüllt worden sind, auch die Kriterien einer Umstellung oder grundlegenden Rationalisierung nicht erfüllt oder die zulässigen Höchstgrenzen überschritten sind.

7.6. Sind im Falle von 7.2. Nr. 3 Dauerarbeitsplätze aufgrund erheblicher im Zeitpunkt des Investitionsbeginns unvorhersehbarer struktureller Anpassungen an für das Unternehmen relevante grundlegende Marktveränderungen weggefallen, ist von einer Rücknahme einer bereits gewährten Förderung abzusehen.

8. Förderung von Ausbildungsplätzen

8.1. Ausbildungsplätze in den nach 2.3. förderungsfähigen Betrieben und in deren Ausbildungsstätten (z. B. Ausbildungswerkstätten, Ausbildungslabors, Ausbildungsbüros) können wie Arbeitsplätze gefördert werden.

8.2. Hinsichtlich der Voraussetzungen bei Erweiterungsinvestitionen (2.7.2.) kann ein neu geschaffener Ausbildungsplatz wie zwei Arbeitsplätze gewertet werden.

8.3. Werden keine dauerhaften Ausbildungsplätze geschaffen, so gelten die Regelungen für das Unterschreiten von Arbeitsplatzzielen entsprechend.

9. Übergangsregelungen

9.1. Werden Förderungsmöglichkeiten neu geschaffen oder verbessert, müssen die danach zulässigen neuen oder zusätzlichen Hilfen unverzüglich beantragt werden. Sie können nur für die nach dem Inkrafttreten der Änderung angeschafften bzw. hergestellten Wirtschaftsgüter, Gebäudeteile, Ausbauten und Erweiterungen gewährt werden. 1.7. wird auf solche Anträge nicht angewandt.

9.2. Verlieren Gemeinden bzw. Gemeindeteile ihre Eigenschaft als Fördergebiet oder als Fremdenverkehrsgebiet, können die bisherigen Förderungshilfen weiter gewährt werden, wenn

- a) der Antrag bis zum 31. Dezember des Jahres gestellt wird, das dem Jahr folgt, in dem das betreffende Gebiet erstmalig nicht mehr Fördergebiet oder Fremdenverkehrsgebiet ist und
- b) die im Zusammenhang mit einem solchen Investitionsvorhaben angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter, Gebäudeteile, Ausbauten und Erweiterungen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach Ablauf der Antragsfrist nach a) geliefert oder fertiggestellt worden sind.

9.3. Zeitpunkt der Anschaffung ist der Zeitpunkt der Lieferung. Ist Gegenstand eines Kaufvertrages über ein Wirtschaftsgut auch dessen Montage durch den Verkäufer, so ist das Wirtschaftsgut erst mit der Beendigung der Montagearbeit geliefert. Zeitpunkt der Herstellung ist der Zeitpunkt der Fertigstellung. Ein Wirtschaftsgut ist fertiggestellt, sobald es seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.

Teil III

Regionale Aktionsprogramme

1. Regionales Aktionsprogramm „Schleswig-Untereibe“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogramms umfaßt die *Arbeitsmarktregionen*: Flensburg, Heide-Meldorf, Husum, Itzehoe, Niebüll, Schleswig, aus der Arbeitsmarktregion Hamburg den Verflechtungsbereich Glückstadt und die Gemeinden des Kreises Steinburg: Altenmoor, Hohenfelde, Horst (Holstein), Kiebitzreihe, Kollmar, (Ortsteil Klein-Kollmar), Neuendorf b. Elmshorn, Sommerland, Süderau sowie die Gemeinde Helgoland aus dem Kreis Pinneberg.

Damit erstreckt sich das Programmgebiet auf die kreisfreie Stadt Flensburg und die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Steinburg sowie die Gemeinde Helgoland aus dem Kreis Pinneberg.

Die kreisfreie Stadt Flensburg und der Kreis Schleswig-Flensburg sind *Zonenrandgebiet*.

2. Aktionsraum

Das Gebiet des Aktionsprogramms gehört insgesamt zum Gebietstyp entsprechend § 1 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969. Demnach handelt es sich um ein Gebiet, dessen Wirtschaftskraft „erheblich unter dem Bundesdurchschnitt“ liegt.

Die verkehrsgeographische Lage des Aktionsraumes auf der schleswig-holsteinischen Halbinsel und an der Grenze zu Dänemark ist gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Randlege. Außerdem bildet die Seewasserstraße Nordostseekanal eine beachtliche Behinderung der Fernverkehrserschließung des nördlichen Teils des Planungsraumes zum übrigen Land Schleswig-Holstein und zum Bundesgebiet. Der dem Untereibegebiet zuzurechnende Teil des Planungsraumes bietet Voraussetzungen für eine Erschließung durch den Seeverkehr (Brunsbüttel).

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. September 1977) .	690 351
Fläche (31. Dezember 1976)	6 606 qkm
Bevölkerungsdichte	104
Industriebesatz (30. September 1976) .	47
BIP/WIB (1974)	13 360 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die regionalpolitischen Bemühungen haben den im Programmgebiet latent vorhandenen Abwanderungstendenzen, die aus der struktur- und standortbedingt niedrigen Wirtschaftskraft resultieren, nachhaltig entgegenzuwirken.

Es wird in nächster Zeit entscheidend darauf ankommen, durch verstärkte regional und sektoral gezielte Förderungsmaßnahmen Zahl und Qualität der gewerblichen Arbeitsplätze deutlich zu erhöhen. Die industrielle Branchenstruktur einzelner Standorte des Aktionsraumes ist noch durch die Dominanz von Zweigen mit abnehmender Beschäftigung gekennzeichnet. Soweit es sich um Industrien handelt, in denen sich Rationalisierungs- und Technisierungsvorgänge notwendigerweise vollziehen, sollen entsprechende Förderungsmaßnahmen auf Stärkung ihrer Wettbewerbskraft und auf Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze abzielen.

Die umfangreiche und zum Teil hoch entwickelte *Fremdenverkehrswirtschaft* im Programmgebiet ist geeignet, für die Hebung des Wohlstandes der hier ansässigen Bevölkerung im beträchtlichen Umfang beizutragen und damit die mit den Industrialisierungsbemühungen verfolgten Ziele, die nur allmählich realisierbar sind, zu ergänzen. Für den Fremdenverkehr an der Nordseeküste, auf den Inseln und Halligen sowie an der Ostseeküste wirkt sich allerdings die kurze Saison sehr nachteilig aus. Diesem Nachteil soll eine verbesserte Attraktivität durch Maßnahmen zur Saisonverlängerung entgegenwirken.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	8 400	1 200
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	8 400	2 000

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkte ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Flensburg (25 %)	95 000	167 000
Schleswig (25 %)	33 000	81 000
Brunsbüttel (20 %)	12 000	31 000
Husum (20 %)	25 000	50 000
<i>Schwerpunkte</i>		
Bredstedt (15 %)	4 000	23 000
Glückstadt (15 %)	12 000	28 000
Heide (15 %)	23 000	70 000
Itzehoe (15 %)	36 000	95 000
Kappeln (15 %)	4 000	25 000
Meldorf (15 %)	7 000	25 000
Niebüll (15 %)	7 000	46 000
Tönning (15 %)	4 500	19 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:
 Zu Flensburg: Harrislee und Jarplund-Weding (Orts-
 teil Weding); zu Brunsbüttel: Büttel, Kudensee *),
 Land-Scheide und St. Margarethen; zu Husum: Hatt-
 stedt *) und Mildstedt; zu Glückstadt: Herzhorn *); zu
 Heide: Hemmingstedt und Weddingstedt; zu Itzehoe:
 Dägeling *); zu Niebüll: Leck.

*) Diese Gemeinden sind nur mit ihrem Industrie-/
 Gewerbegebiet einbezogen.

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreisfreie Stadt Flensburg

Kreis Dithmarschen

davon:

Albersdorf, Arkebek, Barlt, Bergewörden, Brik-
 keln, Buchholz, Büsum, Büsumer Deichhausen,

Bunsoh, Burg, Busenwurth, Dellstedt, Delve, Dörp-
 ling, Eggstedt, Elpersbüttel, Friedrichsgabekoog,
 Friedrichskoog, Glüsing, Groven, Gutendorf, Hed-
 wigenkoog, Hellschen-Heringsand-Unterschaar,
 Helse, Hennstedt, Hillgroven, Hochdonn, Hövede,
 Hollingstedt, Immenstedt, Kaiser-Wilhelm-Koog,
 Karolinenkoog, Kleve, Krempel, Kronprinzenkoog,
 Kuden, Lehe, Lunden, Marne, Marnerdeich, Nel-
 dorf, Norddeich, Nordermeldorf, Nordhastedt, Od-
 derade, Oesterdeichstrich, Offenbüttel, Osterrade,
 Pahlen, Quickborn, Sankt Annen, Sankt Michaelis-
 donn, Sarzbüttel, Schafstedt, Schalkholz, Schrumm,
 Schwienhusen, Süderdorf, Süderwörden, Telling-
 stedt (Ortsteil Tellingstedt), Tensbüttel-Röst, Tie-
 lenhemme, Trennewurth, Wallen, Warwerot,
 Welmbüttel, Wennbüttel, Wesselburen, Wessel-
 burenerkoog, Westerborstel, Westerdeichstrich,
 Wrohm.

Kreis Nordfriesland

davon:

Alkersum/Föhr, Almdorf, Augustenkoog, Aven-
 toft, Bordelum, Borgsum/Föhr, Bredstedt, Breklum,
 Dagebüll, Drage, Dunsum/Föhr, Elisabeth-Sophien-
 Koog, Emmelsbüll-Horsbüll, Fresendolf, Friedrich-
 stadt, Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog, Galmsbüll,
 Garding, Gröde, Grothusenkoog, Hattstedt, Hatt-
 stedtermarsch, Hörnum/Sylt, Hooge, Horstedt, Hu-
 de, Husum, Kampen/Sylt, Katharinenheerd, Kirch-
 spiel Garding, Klanxbüll, Koldenbüttel, Kotzen-
 büll, Langeneß, Langenhorn, Leck, List/Sylt, Mid-
 lum/Föhr, Nebel/Amrum, Neukirchen, Nieblum/
 Föhr, Niebüll, Norddorf/Amrum, Norderfriedrichs-
 koog, Nordstrand, Ockholm, Oevenum/Föhr, Ol-
 denswort, Oldsum/Föhr, Osterhever, Pellworm,
 Poppenbüll, Ramstedt, Rantum/Sylt, Reußenköge,
 Risum-Lindholm, Rodenäs, Sankt Peter-Ording,
 Schobüll, Schwabstedt, Seeth, Simonsberg, Sönne-
 büll, Stedesand (Ortsteil Störtewerkerkoog), Struk-
 kum, Süderende/Föhr, Süderhöft, Südermarsch,
 Sylt-Ost, Tating, Tetenbüll, Tönning, Tumlaucher
 Koog, Uelvesbüll, Utersum/Föhr, Vollerwiek,
 Welt, Wenningstedt/Sylt, Westerhever, Wester-
 land/Sylt, Wisch, Witsum/Föhr, Wittdün/Amrum,
 Witzwort, Wobbenbüll, Wrixum/Föhr, Wyk/Föhr.

Kreis Pinneberg

davon:

Helgoland

Kreis Schleswig-Flensburg

davon:

Ahneby, Arnis, Bergenhusen, Bollingstedt (Orts-
 teil Bollingstedt), Boren, Borgwedel, Brodesby,
 Busdorf, Dannewerk, Dörpstedt, Dollerup, Doll-
 rottfeld, Eggebeck, Ekenis, Erfde, Esgrus, Fahrdorf,
 Gelting, Geltorf, Glücksburg, Goltoft, Grödersby,
 Grundhof, Harrislee, Havetoft, Hasselberg, Hol-

lingstedt, Husby, Idstedt, Jübek (Ortsteil Jübek), Kappeln, Kiesby, Kronsgaard, Langballig, Langstedt, Maasholm, Meggerdorf, Meyn, Munkbrarup, Nieby, Niesgrau, Norderstapel, Nottfeld, Oeversee, Osterby, Pommerby, Quern, Rabel, Rabenholz, Rabenkirchen-Faulück, Ringsberg, Sankelmark (Ortsteil Munkwolstrup), Schaalby, Schafflund, Schleswig, Selk, Sieverstedt, Silberstedt, Sörup, Sollerup, Stangheck, Steinberg, Steinbergkirche, Steinfeld, Sterup, Stolk, Stoltebüll, Süderbrarup, Süderfahrenstedt, Süderstapel, Taarstedt, Tarp, Tielen, Treia, Ulsnis, Wallsbüll, Westerholz, Wohlde.

Kreis Steinburg

davon:

Aasbüttel, Aebtissinwisch, Agethorst, Bahrenfleth, Beidefleth, Besdorf, Blomesche Wildnis, Bokelrehm, Bokhorst, Borsfleth, Brokdorf, Engelbrechtsche Wildnis, Fitzbek, Glückstadt, Gribbohm, Hadenfeld, Hennstedt, Herzhorn, Holstenniendorf, Kellinghusen, Kollmar, Lockstedt, Mühlenbarbek, Nienbüttel, Oeschebüttel, Poyenberg, Rade, Rosdorf, Sarlhusen, Siezbüttel, Silzen, Störkathen, Vaale, Wacken, Warringholz, Wewelsfleth, Wiedenborstel, Willenscharen.

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	980,000	140,000	129,500	18,500	73,500	10,500	56,000	8,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	168,000	38,000	16,550	3,550	2,850	2,850	13,700	0,700
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	47,000	1,300	7,000	2,000	3,500	1,000	3,500	1,000
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 195,000	191,400	153,050	24,050	79,850	14,350	73,200	9,700
im Jahresdurchschnitt	298,750	47,850	38,262	6,012	19,962	3,587	18,300	2,425
4. Industriegeländeerschließung	28,100	5,600	21,000	3,500	—	—	21,000	3,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	4,630	3,130	2,840	1,900	—	—	2,840	1,900
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	40,000	2,000	24,000	1,200	—	—	24,000	1,200
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	12,000	3,000	8,000	2,000	—	—	8,000	2,000
Zwischensumme 4. bis 7. ...	84,730	13,730	55,840	8,600	—	—	55,840	8,600
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 279,730	205,130	208,890	32,650	79,850	14,350	129,040	18,300
im Jahresdurchschnitt	319,932	51,282	52,222	8,162	19,962	3,587	32,260	4,515

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	19,588	20,087	20,088	20,087	79,850
2. GA-Mittel	33,275	32,035	31,825	31,905	129,040
zusammen ...	52,863	52,122	51,913	51,992	208,890
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	18,375	18,375	18,375	18,375	73,500
b) GA-Mittel	14,000	14,000	14,000	14,000	56,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	0,713	0,712	0,713	0,712	2,850
b) GA-Mittel	3,425	3,425	3,425	3,425	13,700
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	0,500	1,000	1,000	1,000	3,500
b) GA-Mittel	0,500	1,000	1,000	1,000	3,500
4. Industriegeländeerschließung	6,000	5,000	5,000	5,000	21,000
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,350	0,610	0,400	0,480	2,840
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	6,000	6,000	6,000	6,000	24,000
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	2,000	2,000	2,000	2,000	8,000
insgesamt ...	52,863	52,122	51,913	51,922	208,890

2. Regionales Aktionsprogramm „Holstein“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogramms umfaßt die *Arbeitsmarktregionen*: Bad Segeberg-Bad Oldesloe, Kiel, Lübeck, Neumünster, Ostholstein, Rendsburg sowie aus der Arbeitsmarktregion Hamburg die Verflechtungsbereiche Mölln und Lauenburg und die übrigen Gemeinden der Kreise Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg.

Damit erstreckt sich das Programmgebiet auf die kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und die Kreise Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Stormarn.

Alle kreisfreien Städte und Kreise sind *Zonenrandgebiet*.

2. Aktionsraum

Das Gebiet des Aktionsprogramms „Holstein“ gehört überwiegend zum Gebietstyp entsprechend § 1 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969.

Andere Teile des Gebiets des Aktionsprogramms Holstein erfüllen nicht nur die Tatbestandskriterien des § 1 Abs. 2 Ziff. 1, sondern auch diejenigen des § 1 Abs. 2 Ziff. 2. So herrschen im Raum Kiel-Neumünster-Rendsburg sowie in Lübeck Industriezweige vor, in denen ein rationalisierungs- und nachfragebedingter Strukturwandel mit erheblichen Beschäftigungsrückgängen verbunden ist.

Große Teile des Programmgebietes an der Ostsee und an der Demarkationslinie zur DDR sind durch periphere Standortmerkmale gekennzeichnet.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. September 1977)	1 642 780
Fläche (31. Dezember 1976)	8 427 qkm
Bevölkerungsdichte	195
Industriebesatz (30. September 1976)	74
BIP/WIB (1974)	14 090 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Aus den unterschiedlichen Strukturen und den entsprechend abweichenden Entwicklungen in Ar-

beitsmarktregionen resultieren regional differierende industriepolitische Entwicklungserfordernisse:

- In den Arbeitsmarktregionen und Standorten, die einen Strukturwandel durchlaufen, bedürfen die hier dominierenden Branchen einer Ergänzung. Das gilt namentlich für die Arbeitsmarktregionen Lübeck, Kiel, Rendsburg und Neumünster.
- Angesichts der allgemeinen Tendenz in der Industrie zu strukturell abnehmender Beschäftigung sollen darüber hinaus Rationalisierungen und technische Neuerungen weiterhin gefördert werden, um den wirtschaftlich möglichen Bestand an Arbeitsplätzen zu sichern und Arbeitskräfte für Tätigkeiten in wachsenden Branchen verfügbar zu machen.
- In den überwiegend von der Landwirtschaft und vom Fremdenverkehr geprägten Räumen der Kreise Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Plön und Rendsburg-Eckernförde soll im Gewerbebereich die Weiterentwicklung der mittelständischen Wirtschaft gefördert sowie durch Neuan siedlung und Erweiterungen von Industriebetrieben den relativ starken Abwanderungstendenzen entgegengewirkt werden.
- Im schleswig-holsteinischen Raum um Hamburg bleibt raumordnungs- und regionalpolitisches Hauptziel, die industrielle Entwicklung stärker in die Tiefe des Raumes zu lenken.

Auf einzelne Gebiete des Programmgebiets konzentriert sich ein erheblicher Teil der schleswig-holsteinischen *Fremdenverkehrswirtschaft*.

Die in den Fremdenverkehrsgebieten des Aktionsprogramms vorhandenen Entwicklungschancen sollen durch bedarfsgerechte Errichtung und Erweiterung der Fremdenverkehrseinrichtungen sowie durch qualitäts- und saisonverbessernde Maßnahmen ausgeschöpft werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	12 240	12 240
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	12 600	12 600

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung**a) Gewerbliche Schwerpunkte¹⁾**

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Kiel (25 %)	272 000	374 000
Neumünster (25 %)	86 000	119 000
Oldenburg in Holstein (25 %)	9 000	28 000
Rendsburg (25 %)	35 000	108 000
<i>Schwerpunkte</i>		
Bad Oldesloe (15 %)	18 000	39 000
Bad Segeberg (15 %)	13 000	52 000
Burg auf Fehmarn .. (15 %)	6 000	27 000
Eckernförde (15 %)	21 000	41 000
Eutin (15 %)	17 000	53 000
Geesthacht (15 %)	23 000	31 000
Kaltenkirchen (15 %)	7 000	44 000
Lütjenburg (15 %)	6 000	16 000
Neustadt in Holstein (15 %)	15 000	33 000
Plön (15 %)	11 000	21 000
Preetz (15 %)	15 000	29 000
Schwarzenbek (15 %)	9 000	24 000
<i>Schwerpunkte in extremer Zonenrandlage</i>		
Lauenburg/Elbe (25 %)	11 000	14 000
Lübeck (25 %)	239 000	321 000
Mölln (25 %)	15 000	28 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:
 Zu Kiel: Flintbek, Klausdorf, Kronshagen, Raisdorf (nur Einzugsbereich von Kiel) und Schönkirchen; zu Rendsburg: Borgstedt, Büdelsdorf, Fockbek *), Osterönfeld *), Schacht-Audorf und Westerrönfeld; zu Bad Oldesloe: Reinfeld; zu Bad Segeberg: Wahlstedt; zu Neumünster: Bordesholm und Wattenbek *), zu Lübeck: Bad Schwartau und Ratekau *)

*) Diese Gemeinden sind nur mit ihrem Industrie-/Gewerbebetrieb einbezogen.

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreisfreie Stadt Kiel

Kreisfreie Stadt Lübeck

Kreis Herzogtum Lauenburg

davon:

Albsfelde, Alt Mölln, Aumühle, Bäk, Bälau, Basedow, Behlendorf, Berkenthin, Besenthal, Breitenfelde, Bröthen, Brunsmark, Buchholz, Buchhorst,

Büchen, Dahmker, Dalldorf, Einhaus, Fitzen, Fredeburg, Geesthacht, Giesendorf, Götting, Grambek, Groß Disnack, Groß Grönau, Groß Sarau, Gudow, Gülzow, Güster, Hamfelde, Harmsfeld, Hollenbek, Hornbek, Horst, Juliusburg, Kasseburg, Kittlitz, Klein Pampau, Klein Zecher, Klempau, Köthel, Krüzen, Krukow, Krummesse, Kuddewörde, Kühsen, Kulpin, Langenlehsten, Lankau, Lanze, Lauenburg/Elbe, Lehmrade, Linau, Lüttau, Mechow, Mölln, Mühlenrade, Müssen, Mustin, Niendorf bei Berkenthin, Niendorf/Stecknitz, Nusse, Panten Pogeez, Ratzeburg, Römnitz, Roseburg, Sachsenwald, Salem, Schmilau, Schnakenbek, Schönberg, Schulendorf, Schwarzenbek, Seedorf, Sieben-eichen, Sterley, Tramm, Wangelay, Witzeeze, Woltersdorf, Zethen.

Kreis Ostholstein

Kreis Plön

davon:

Ascheberg, Barsbek, Behrendorf (Ostsee) Belau, Bendfeld, Blekendorf, Bösdorf, Brodersdorf, Dannau, Dersau, Dobersdorf, Dörnack, Fahren, Fargau-Pratjau, Fietbergen, Giekau, Grebin, Heikendorf, Helmstorf, Högsdorf, Höhdorf, Hohenfelde, Hohwacht (Ostsee), Kalübbe, Kirchnüchel, Klamp, Klausdorf, Kletkamp, Köhn, Krokau, Krummbek, Kühren, Laboe, Lammershagen, Lebrade, Lehmkuhlen, Löptin, Lütjenburg, Lutterbek, Martensrade, Mönkeberg, Mucheln, Nehnten, Panker, Passade, Plön, Pohnsdorf, Postfeld, Prasdorf, Preetz, Probsteierhagen, Raisdorf, Rantzau, Rastorf, Rathjensdorf, Ruhwinkel, Schellhorn, Schlesen, Schönberg, Schwartbuck, Selent, Stakendorf, Stein, Stolpe, Stoltenberg, Tröndel, Wahlstorf, Wankendorf, Wendtorf, Wisch, Wittmoldt.

Kreis Rendsburg-Eckernförde

davon:

Achterwehr, Ahlefeld, Alt Duvenstedt, Altenhof, Arpsdorf, Ascheffel, Aukrug, Bargstall, Bargstedt, Barkelsby, Beldorf, Bendorf, Bistensee, Blumenthal, Bordesholm, Borgdorf-Seedorf, Borgstedt, Bornholt, Bovenau, Brammer, Bredenbek, Breiholz, Brekendorf, Brinjahe, Brodersby, Bünsdorf, Christiansholm, Dänischhagen, Dätgen, Damendorf, Damp, Dörphof, Eckernförde, Ehndorf, Eisendorf, Embühren, Emkendorf, Felde, Fleckeby, Friedrichsgraben, Friedrichsholm, Gammelby, Gettorf, Gnutz, Gokels, Goosefeld, Grauel, Grevenkrug, Groß Vollstedt, Groß Wittensee, Güby, Haby, Hamdorf, Hamweddel, Hanerau-Hademarschen, Haßmoor, Heinkenborstel, Hohenwestedt, Holtsee, Holzbunge, Holzdorf, Hütten, Hummelfeld, Jahrsdorf, Jevenstedt (Ortsteil Nienkattbek), Karby, Klein Wittensee, Kosel, Langwedel, Loose, Luhnstedt, Meezen, Mielkendorf, Mörel, Molfsee, Neudorf-Bornstein, Neu Duvenstedt, Nienborstel, Nindorf, Noer, Oldenbüttel, Oldenhütten, Osdorf, Ostfeld, Osterby, Owschlag, Prinzenmoor, Rade b. Hohenwestedt, Rade b. Rendsburg, Remmels, Rieseby, Rodenbek, Rumohr, Schierensee, Schwe-

deneck, Sehestedt, Sophienhamm, Stafstedt, Steinfeld, Strande, Tackesdorf, Tappendorf, Thaden, Thumbby, Waabs, Warder, Westensee, Windeby, Winnemark.

Kreis Segeberg

davon:

Bad Bramstedt, Bad Segeberg, Bark, Bebensee, Blunk, Boostedt, Bornhöved, Buchholz, Daldorf, Damsdorf, Fahrenkrug, Groß Gladebrügge, Groß Rönna, Hartenholm, Heidmühlen, Högersdorf, Hüttblek, Kisdorf, Klein Rönna, Krems II, Kükels, Latendorf, Leezen, Mözen, Negernbötel,

Nehms, Neversdorf, Rickling, Schackendorf, Schmalensee, Schwissel, Seedorf, Sievershütten, Stipsdorf, Stocksee, Tarbek, Tensfeld, Trappenkamp, Wahlstedt, Wensin, Winsen, Wittenborn.

Kreis Stormarn

davon:

Bad Oldesloe (ohne Ortsteil Sehmsdorf), Feldhorst, Grabau, Grande, Grönwohld, Großensee, Hamberge, Hamfelde, Heidekamp, Heilshoop, Hohenfelde, Hoisdorf (Ortsteil Heisdorf), Köthel, Lütjensee, Mönkhagen, Rausdorf, Rehhorst, Reinfeld, Travenbrück, Trittau, Witzhave, Zarpn (Ortsteil Zarpn).

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 428,000	1 428,000	197,100	197,100	107,100	107,100	90,000	90,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	372,000	372,000	37,200	37,200	27,900	27,900	9,300	9,300
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	53,000	53,000	8,000	8,000	4,000	4,000	4,000	4,000
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 853,000	1 853,000	242,300	242,300	139,000	139,000	103,300	103,300
im Jahresdurchschnitt	463,250	463,250	60,575	60,575	34,750	34,750	25,825	25,825
4. Industriegeländeerschließung	54,000	54,000	34,500	34,500	—	—	34,500	34,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	68,700	68,700	39,925	39,925	—	—	39,925	39,925
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	23,500	23,500	14,035	14,035	—	—	14,035	14,035
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	54,000	54,000	28,800	28,800	—	—	28,800	28,800
Zwischensumme 4. bis 7. ...	200,200	200,200	117,260	117,260	—	—	117,260	117,260
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	2 053,200	2 053,200	359,560	359,560	139,000	139,000	220,560	220,560
im Jahresdurchschnitt	513,300	513,300	89,890	89,890	34,750	34,750	55,140	55,140

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	32,500	35,500	35,500	35,500	139,000
2. GA-Mittel	54,125	55,365	55,575	55,495	220,560
zusammen ...	86,625	90,865	91,075	90,995	359,560
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	26,775	26,775	26,775	26,775	107,100
b) GA-Mittel	21,000	23,000	23,000	23,000	90,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	4,725	7,725	7,725	7,725	27,900
b) GA-Mittel	1,575	2,575	2,575	2,575	9,300
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,000	1,000	1,000	1,000	4,000
b) GA-Mittel	1,000	1,000	1,000	1,000	4,000
4. Industriegeländeerschließung	10,500	8,000	8,000	8,000	34,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	9,520	9,640	10,500	10,265	39,925
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	3,330	3,950	3,300	3,455	14,035
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	7,200	7,200	7,200	7,200	28,800
insgesamt ...	86,625	90,865	91,075	90,995	359,560

3. Regionales Aktionsprogramm „Niedersächsische Nordseeküste“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogrammes erstreckt sich von der Elbe bis zur Ems und umfaßt im wesentlichen die Arbeitsmarktregionen Cuxhaven, Bremerhaven-Stade-Bremervörde, Unterweser, Oldenburg, Ammerland-Cloppenburg, Wilhelmshaven und Emden-Leer.

Im einzelnen gehören zu diesem Aktionsprogramm:

die kreisfreien Städte

Emden, Oldenburg und Wilhelmshaven;

die Landkreise

Ammerland

Aurich

Cloppenburg

daraus die Gemeinden: Barßel, Bösel, Cloppenburg, Friesoythe, Garrel, Molbergen, Saterland;

Cuxhaven

Emsland

daraus die Gemeinden: Bockhorst, Breddenberg, Dersum, Dörpen, Esterwegen, Heede, Hilkenbrook, Kluse, Lehe, Lorup, Neubürger, Neulehe, Papenburg, Rhede, Surwold;

Friesland

Leer

Oldenburg

daraus die Gemeinde Hude;

Osterholz

daraus die Gemeinden: Axstedt, Hambergen, Holste, Lübberstedt, Osterholz-Scharmbeck, Volkersode, Worpsswede;

Rotenburg

daraus die Gemeinden: Alfstedt, Basdahl, Bredorf, Bremervörde, Bühlstedt, Ebersdorf, Gnarrenburg, Hepstedt, Hipstedt, Kirchtimke, Oerel, Tarmstedt, Westertimke, Zeven;

Stade

daraus die Gemeinden: Balje, Burweg, Drochtersen, Düdenbüttel, Engelschoff, Estorf, Freiburg, Großenwörden, Hammah, Heinbockel, Himmelporten, Kranenburg, Krummendeich, Kuttenholz, Oederquart, Oldendorf, Stade, Wischhafen;

Wesermarsch

ohne die Gemeinden Berne und Lemwerder.

Ortsteil Hamburg-Insel Neuwerk

Der Ortsteil Hamburg-Insel Neuwerk der Freien und Hansestadt Hamburg umfaßt die Inseln Neuwerk und Scharhörn sowie das umgebende Watt, wie im Staatsvertrag vom 26. Mai / 4. Juni 1961 zwischen Hamburg und Niedersachsen festgelegt. Wegen seiner engen Beziehung zum Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms „Niedersächsische Nordseeküste“ wird dieser Ortsteil in das Fördergebiet einbezogen. Dort besteht die Möglichkeit, ein umfangreiches Hafenindustrieggebiet an sehr tiefem Wasser zu schaffen. Eine Anmeldung für den Rahmenplan wird erfolgen, sobald die konkrete Planung einen entsprechenden Stand erreicht hat.

2. Aktionsraum

Die im Aktionsraum zusammengefaßten Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden stehen im wesentlichen vor folgenden Problemen:

- In weiten Teilen des Gebietes hemmt die Monstruktur (z. B. Cuxhaven: Fischindustrie) eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung;
- Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft;
- rückläufiger Arbeitskräftebedarf in der Torfindustrie und der Bauwirtschaft;
- wasserwirtschaftliche Probleme stellen im Programmgebiet vom Umfang und Kostenbedarf her eine große Belastung dar;
- über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquoten in einzelnen Arbeitsmarkt Bereichen;
- überproportionaler Anteil der Bauwirtschaft an der Zahl der Industriebeschäftigten im Raum Ostfriesland.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976) ..	1 404 026
Fläche (31. Dezember 1976)	10 746 qkm
Bevölkerungsdichte	
(31. Dezember 1976)	131
Industriebesatz (30. September 1976)	69
BIP/WIB (1974)	12 000 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Im Programmgebiet „Niedersächsische Nordseeküste“ ist insbesondere das Angebot an gewerblich-

industriellen Arbeitsplätzen zu steigern. Bei dem hohen Geburtenüberschuß und den noch nicht abgeschlossenen Freisetzungen im Bereich der Landwirtschaft ist eine Besserung der regional-wirtschaftlichen Lage vor allem durch weitere Industrieansiedlungen zu erwarten. Gleichzeitig ist eine qualitative Verbesserung des bestehenden Arbeitsplatzangebotes und der vorhandenen Branchenstreuung anzustreben. Die teilweise saisongebundenen Arbeitsmöglichkeiten, verbunden mit einer außerordentlich hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, sind weiter abzubauen. Es sind nach wie vor auch Maßnahmen notwendig, die die Voraussetzungen für eine weitere gewerblich-industrielle Entwicklung verbessern. In weiten Teilen ist ein Industrieklima zu schaffen, das notwendig ist, um das Gebiet mit kleinen und mittleren Industriebetrieben stärker zu durchsetzen. Die Standortvorteile der Küste mit den ausbaufähigen Häfen, weiten, teils aufgeschlossenen Industrieflächen, werden die Entwicklung begünstigen.

Der Fremdenverkehr besitzt für den Küstenraum große wirtschaftliche Bedeutung. Er bildet in einigen Gebieten, wie etwa auf den sieben Ostfriesischen Inseln, die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung. Aber auch in anderen Teilen des Aktionsgebietes ist er ein bedeutsamer Strukturbestandteil. Die natürlichen Voraussetzungen und Grundlagen für eine Aktivierung der Fremdenverkehrswirtschaft sind in weiten Teilen des Aktionsgebietes günstig. Erforderlich ist neben einer verstärkten Werbung sowie neben der Pflege und Erschließung der landwirtschaftlichen Schönheiten als Grundvoraussetzung des Fremdenverkehrs die Errichtung neuer und der Ausbau vorhandener kommunaler Einrichtungen des Fremdenverkehrs. Besonderer Nachdruck ist hierbei auf Einrichtungen zu legen, die geeignet sind, die kurze Saison in diesem Gebiet zu verlängern.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	25 000
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe .	5 000

Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttorte ¹⁾

	Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttorte</i>		
Aurich (Ostfriesland) (20 %)	34 000	100 000
Cloppenburg (20 %)	19 900	70 000
Cuxhaven (20 %)	60 000	90 000
Emden (20 %)	53 400	80 000
Leer (Ostfriesland) . . (20 %)	32 400	140 000
Papenburg (20 %)	27 100	70 000
Wilhelmshaven (20 %)	102 500	180 000
<i>Schwerpunkttorte</i>		
Brake/Elsfleth (15 %)	17 900	40 000
Bremervörde (15 %)	17 600	40 000
Friesoythe (15 %)	16 000	40 000
Hude (15 %)	11 700	50 000
Norden (15 %)	24 300	70 000
Nordenham (15 %)	31 000	40 000
Oldenburg (Oldenburg) (15 %)	134 600	210 000
Osterholz-Scharmbeck (15 %)	22 800	40 000
Stade (15 %)	42 000	90 000
Westerstede (15 %)	16 900	30 000
Wittmund/Jever (15 %)	31 200	80 000
Varel (15 %)	24 300	50 000
Zeven (15 %)	10 100	40 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
 Zu Leer (Ostfriesland): Moormerland (Ortsteil Neermoor); zu Wilhelmshaven: Sande und Schortens (Ortsteil Roffhausen); zu Papenburg: Dörpen; zu Stade: Drochtersen (Ortsteile Assel und Drochtersen).

b) Fremdenverkehrsgebiete*die kreisfreien Städte*

Emden und Wilhelmshaven;

die Landkreise

Ammerland

Aurich

Cloppenburg

daraus die Gemeinden: Barbel, Bösel, Cloppenburg, Friesoythe, Garrel, Molbergen, Saterland;

Cuxhaven

ohne die Gemeinde Kirchwistedt;

Emsland

daraus die Gemeinden: Bockhorst, Breddenberg, Dersum, Dörpen, Esterwegen, Heede, Hilkenbrook, Kluse, Lehe, Lorup, Neubörger, Neulehe, Papenburg, Surwold;

Friesland

Leer

ohne die Gemeinden: Ostrhauderfehn, Rhaderfehn, Westoverledingen;

Oldenburg

daraus die Gemeinde Hude;

Osterholz

daraus die Gemeinden: Axstedt, Hambergen, Holste, Lübberstedt, Osterholz-Scharmbeck, Vollersode, Worpswede;

Rotenburg

daraus die Gemeinden: Alfstedt, Breddorf, Büldstedt, Ebersdorf, Gnarrenburg, Hepstedt, Hipstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Westertimke;

Stade

daraus die Gemeinden: Estorf, Freiburg;

Wesermarsch

daraus die Gemeinden: Butjadingen, Jade, Nordenham, Stadland;

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	3 000,0	—	287,5	—	225,0	—	62,5	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	100,0	—	6,7	—	—	—	6,7	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	130,0	—	18,5	—	9,8	—	8,7	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	3 230,0	—	312,7	—	234,8	—	77,9	—
im Jahresdurchschnitt	807,5	—	78,2	—	58,7	—	19,5	—
4. Industriegeländeerschließung	31,0	—	11,4	—	—	—	11,4	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	23,0	—	8,8	—	—	—	8,8	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	19,0	—	5,4	—	—	—	5,4	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	4,0	—	1,2	—	—	—	1,2	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	77,0	—	26,8	—	—	—	26,8	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 307,0	—	339,5	—	234,8	—	104,7	—
im Jahresdurchschnitt	826,8	—	84,9	—	58,7	—	26,2	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	58,7	58,7	58,7	58,7	234,8
2. GA-Mittel	26,2	26,2	26,2	26,1	104,7
zusammen ...	84,9	84,9	84,9	84,8	339,5
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	56,3	56,3	56,2	56,2	225,0
b) GA-Mittel	15,6	15,6	15,7	15,6	62,5
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,7	1,7	1,6	1,7	6,7
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	2,4	2,4	2,5	2,5	9,8
b) GA-Mittel	2,2	2,2	2,2	2,1	8,7
4. Industriegeländeerschließung	2,8	2,8	2,9	2,9	11,4
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	2,2	2,2	2,2	2,2	8,8
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	1,4	1,4	1,3	1,3	5,4
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,3	0,3	0,3	0,3	1,2
insgesamt ...	84,9	84,9	84,9	84,8	339,5

Bremerhaven

Beschreibung des Aktionsraumes

Die Stadt Bremerhaven erfüllt aufgrund ihrer gemeindlichen Berufspendlerbewegung die Funktion eines Oberzentrums des regionalen Arbeitsmarktes Bremerhaven/Landkreis Wesermünde. Das Programm für die Stadt Bremerhaven (Land Bremen) wird deshalb als Schwerpunktort an das Regionale Aktionsprogramm „Niedersächsische Nordseeküste“ angegliedert. Die Zuständigkeit des Landes Bremen für die Fördermaßnahmen in Bremerhaven wird von dieser Angliederung nicht berührt.

1. Abgrenzung

Der Schwerpunkt umfaßt die Stadtgemeinde Bremerhaven und die stadtbremischen Gebiete in Bremerhaven. Eine Förderung in Bremerhaven erscheint geeignet, eine günstige wirtschaftliche Entwicklung in den umliegenden förderungsbedürftigen Gebieten auszulösen.

2. Wichtige Strukturdaten

Fläche (1977)	79,61 qkm
Einwohnerzahl (1977)	140 752
Bevölkerungsdichte (1977)	1 768
Industriebesatz (1977)	103
BIP/WIB (1974)	14 580 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Erläuterungen der Entwicklungsziele im gewerblichen Bereich

Die einseitige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstruktur Bremerhavens soll durch zusätzliche qualifizierte industrielle Arbeitskräfte gezielt verbessert werden.

Bremerhaven und der angrenzende Bereich der Luneplate¹⁾ bieten hierfür neben den für den Nordseeküstenraum allgemeingültigen Vorteilen eine Vielzahl weiterer günstig gestalteter Standortfaktoren für größere industrielle Ansiedlungen.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	2 200
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 200

3. Finanzielle Förderung

In Bremerhaven können die Investitionskosten für die Errichtung und Erweiterung im produzierenden Gewerbe bis zu 20 % durch öffentliche Hilfen verbilligt werden.

¹⁾ Zum Schwerpunktort Bremerhaven gehört also als Mitort, neben der Gemeinde Langen, die Gemeinde Loxstedt (Luneplate)

Bremen

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	Zonen- rand- gebiet	insgesamt	davon im Zonen- rand- gebiet	Investitions- zulage	davon im Zonen- rand- gebiet	GA- Mittel	davon im Zonen- rand- gebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	264,000	—	25,400	—	18,900	—	6,500	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	(24,000)	—	(2,400)	—	—	—	(Landes- mittel)	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	264,000	—	25,400	—	18,900	—	6,500	—
im Jahresdurchschnitt	66,000	—	6,350	—	4,725	—	1,625	—
4. Industriegeländeerschließung	7,500	—	6,000	—	—	—	1,500	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	(Rest Landes- mittel)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 4 bis 7. ...	7,500	—	6,000	—	—	—	1,500	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	271,500	—	7,850	—	18,900	—	8,000	—
im Jahresdurchschnitt	67,875	—	31,400	—	4,725	—	2,000	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	4,725	4,725	4,725	4,725	18,900
2. GA-Mittel	2,000	2,000	2,000	2,000	8,000
zusammen ...	6,725	6,725	6,725	6,725	26,900
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	4,725	4,725	4,725	4,725	18,900
b) GA-Mittel	1,625	1,625	1,625	1,625	6,500
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel		(Landesmittel)			
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	—	—	—	—	—
4. Industriegeländeerschließung	0,375	0,375	0,375	0,375	1,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	—	—	—	—	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	—	—	—	—	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—
insgesamt ...	6,725	6,725	6,725	6,725	26,900

4. Regionales Aktionsprogramm „Ems-Mittelweser“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogrammes erstreckt sich vom südlichen Emsland bis zur Mittelgebirgszone an der Weser und umfaßt im wesentlichen die Arbeitsmarktregionen Nienburg—Schaumburg, Vechta—Diepholz, Osnabrück, Lingen—Nordhorn und Meppen.

Im einzelnen gehören zu diesem Aktionsprogramm:

die kreisfreie Stadt

O s n a b r ü c k

die Landkreise

C l o p p e n b u r g

daraus die Gemeinde Lönningen;

D i e p h o l z

daraus die Gemeinden: Barenburg, Brockum, Diepholz, Freistatt, Hüde, Kirchdorf, Lembruch, Lemförder, Marl, Quernheim, Stemshorn, Sulingen, Varrel, Wagenfeld, Wehrbleck;

E m s l a n d

ohne die Gemeinden: Bockhorst, Breddenberg, Dersum, Dörpen, Esterwegen, Heede, Hilkenbrook, Kluse, Lehe, Lorup, Neubürger, Neulehe, Papenburg, Rhede, Surwold;

G r a f t s c h a f t B e n t h e i m

N i e n b u r g

daraus die Gemeinden: Binnen, Leese, Liebenau, Nienburg, Pennigsehl, Rehburg-Loccum, Steyberg, Stolzenau;

O l d e n b u r g

daraus die Gemeinde Wildeshausen;

O s n a b r ü c k

ohne die Gemeinden: Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Belm, Bissendorf, Dissen, Hagen, Hasbergen, Hilter, Laer, Melle;

S c h a u m b u r g

daraus die Städte Bückeburg, Oberkirchen, Rinteln, Stadthagen und die Samtgemeinden Eilsen, Niederwöhren und Nienstedt;

V e c h t a

ohne die Gemeinde Bakum.

2. Aktionsraum

Die im Aktionsraum zusammengefaßten Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden stehen im wesentlichen vor folgenden Problemen:

- In weiten Teilen des Gebietes hemmt die Monostruktur (z. B. Emsland: Textilindustrie) eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung;
- Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft;
- rückläufiger Arbeitskräftebedarf in der Textil-, Bekleidungs-, Erdöl-, Torfindustrie und der Bauwirtschaft;
- zusätzliche Arbeitsplätze werden langfristig auch erforderlich, um die relativ hohen Geburtenüberschüsse in Teilen dieses Raumes zu verkraften;
- über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquoten in einzelnen Arbeitsmarkt Bereichen.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	951 653
Fläche (31. Dezember 1976)	7 225 qkm
Bevölkerungsdichte (31. Dezember 1976)	132
Industriebesatz (30. September 1976)	104
BIP/WIB (1974)	14 100 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Im Programmgebiet „Ems-Mittelweser“ ist neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch die Ansiedlung neuer Betriebe insbesondere die teilweise unzulängliche Branchenstreuung aufzulockern. Dies gilt nicht nur für das südliche Emsland, in dem die Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie überaus strukturbestimmend sind. Neben der quantitativen Erweiterung der gewerblichen Grundlagen ist die qualitative Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes notwendig. Die für die langfristige Erweiterung der Beschäftigungskapazitäten erforderlichen Arbeitskräfte resultieren nicht nur aus Freisetzungen in der Landwirtschaft, sondern auch aus hohen Geburtenraten. Der Mangel an nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen kommt im übrigen auch in der starken Fernpendlerbewegung zum Ausdruck. Die Schwerpunkorte des Aktionsraumes bieten günstige Voraussetzungen für eine positive regional-wirtschaftliche Entwicklung.

Der Fremdenverkehr hat in einigen Teilen des Programmgebietes eine große strukturpolitische Bedeu-

tung. Die natürlichen Voraussetzungen und Grundlagen für eine Aktivierung des Fremdenverkehrs sind in weiten Teilen des Aktionsgebietes günstig. Zur Erhaltung der vielen landschaftlichen Schönheiten und damit zur Förderung des Fremden- und Erholungsverkehrs stehen umfangreiche Teile des Programmgebietes unter Landschaftsschutz oder sind als Naturparke ausgewiesen. Erforderlich ist neben einer verstärkten Werbung sowie neben der Pflege und Erschließung der landschaftlichen Schönheiten als Grundvoraussetzung des Fremdenverkehrs die Errichtung neuer und der Ausbau vorhandener kommunaler Einrichtungen des Fremdenverkehrs.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	10 000
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	5 000

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttorte ¹⁾

	Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttorte</i>		
Lingen (Ems) (20 %)	43 800	80 000
Nordhorn (20 %)	49 300	110 000
<i>Schwerpunkttorte</i>		
Bentheim-Schüttorf (15 %)	22 900	60 000
Bramsche (15 %)	24 000	80 000
Diepholz (15 %)	14 000	50 000
Meppen (15 %)	27 500	90 000
Nienburg (Weser) . . (15 %)	31 000	110 000
Osnabrück/Georgsmarienhütte (15 %)	190 400	320 000
Quakenbrück (15 %)	10 000	40 000
Rinteln/Bückeberg . . (15 %)	46 700	60 000
Stadthagen (15 %)	22 600	80 000
Sulingen (15 %)	11 600	40 000
Vechta/Lohne (15 %)	39 900	70 000
Wildeshausen (15 %)	12 400	30 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
Zu Nienburg (Weser): Liebenau/Steyerberg; zu Quakenbrück: Badbergen der Samtgemeinde Artland.

b) Fremdenverkehrsgebiete

die Landkreise

Diepholz

daraus die Gemeinden: Brockum, Diepholz, Hude, Kirchdorf, Lembruch, Lemförde, Marl, Quernheim, Stemshorn, Wagenfeld;

Emsland

ohne die Gemeinden: Bockhorst, Breddenberg, Dersum, Dörpen, Esterwegen, Heede, Hilkenbrook, Kluse, Lehe, Lorup, Meppen, Neubürger, Neulehe, Niederlangen, Oberlangen, Renkenberge, Rhede, Surwold, Sustrum, Twist, Samtgemeinde Herzlake;

Grafschaft Bentheim;

Nienburg

daraus die Gemeinden Nienburg, Rehburg-Loccum;

Oldenburg

daraus die Gemeinde Wildeshausen;

Osnabrück

daraus die Gemeinden: Alfhausen, Ankum, Bad Essen, Berge, Bersenbrück, Bippen, Bohmte, Bramsche, Eggermühlen, Fürstenau, Gehrde, Kettenkamp, Merzen, Neuenkirchen, Ostercappeln, Quakenbrück, Rieste, Voltlage;

Schaumburg

daraus die Städte Bückeberg, Obernkirchen, Rinteln, Stadthagen, Gemeinde Wiedensahl und die Samtgemeinde Eilsen;

Vechta

ohne die Gemeinden Bakum und Dinklage.

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 200,0	—	115,0	—	90,0	—	25,0	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	100,0	—	6,7	—	—	—	6,7	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	75,0	—	10,6	—	5,6	—	5,0	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 375,0	—	132,3	—	95,6	—	36,7	—
im Jahresdurchschnitt	343,8	—	33,1	—	23,9	—	9,2	—
4. Industriegeländeerschließung	27,0	—	10,2	—	—	—	10,2	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	14,0	—	5,0	—	—	—	5,0	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	13,0	—	3,7	—	—	—	3,7	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	4,0	—	1,2	—	—	—	1,2	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	58,0	—	20,1	—	—	—	20,1	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 433,0	—	152,4	—	95,6	—	56,8	—
im Jahresdurchschnitt	358,3	—	38,1	—	23,9	—	14,2	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	23,9	23,9	23,9	23,9	95,6
2. GA-Mittel	14,2	14,2	14,2	14,2	56,8
zusammen ...	38,1	38,1	38,1	38,1	152,4
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	22,5	22,5	22,5	22,5	90,0
b) GA-Mittel	6,3	6,3	6,2	6,2	25,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,7	1,6	1,7	1,7	6,7
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,4	1,4	1,4	1,4	5,6
b) GA-Mittel	1,2	1,2	1,3	1,3	5,0
4. Industriegeländeerschließung	2,6	2,6	2,5	2,5	10,2
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,2	1,2	1,3	1,3	5,0
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	0,9	1,0	0,9	0,9	3,7
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,3	0,3	0,3	0,3	1,2
insgesamt ...	38,1	38,1	38,1	38,1	152,4

5. Regionales Aktionsprogramm „Heide-Elbufer“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogrammes erstreckt sich von der Aller bis zur Elbe und umfaßt im wesentlichen die Arbeitsmarktregionen Fallingbostel, Rotenburg, Soltau, Uelzen, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Wolfsburg und Helmstedt.

Im einzelnen gehören zu diesem Aktionsprogramm:

die kreisfreie Stadt

W o l f s b u r g

die Landkreise

C e l l e

ohne die Gemeinden: Bergen, Bröckel, Eicklingen, Faßberg ohne Ortsteil Müden, Langlingen, Lohheide, Wienhausen, Winsen;

G i f h o r n

ohne die Gemeinden: Adenbüttel, Rötgesbüttel, Meine, Schwülper, Vordorf;

H a r b u r g

daraus die Gemeinden: Tespe, Undeloh und Ortsteil Obermarschacht der Gemeinde Marschacht;

H e l m s t e d t

L ü c h o w - D a n n e n b e r g

L ü n e b u r g

ohne die Gemeinden: Handorf, Radbruch, Sodersdorf;

R o t e n b u r g

daraus die Gemeinden: Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Rotenburg, Scheeßel, Visselhövede, Westerwalsede;

S o l t a u - F a l l i n g b o s t e l

daraus die Gemeinden: Bomlitz, Fallingbostel, Häuslingen, Neuenkirchen, Rethem, Schneverdingen, Soltau, Walsrode, Wietzendorf und Ortsteil Lopau der Gemeinde Munster;

U e l z e n

V e r d e n

daraus die Gemeinden Kirchlinteln und Verden.

2. Aktionsraum

Die im Aktionsraum zusammengefaßten Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden stehen im wesentlichen vor folgenden Problemen:

- In einigen Teilen des Gebietes ist der durch die vorhandene Monostruktur (z. B. Wolfsburg: Autoindustrie, Helmstedt: Braunkohle) möglichen Gefährdung einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung zu begegnen;
- Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft;
- über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquoten in einzelnen Arbeitsamtsbereichen;
- rückläufiger Arbeitskräftebedarf z. B. in der Bauwirtschaft;
- im Landkreis Lüchow-Dannenberg (42 Einwohner pro qkm) ist einem weiteren Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976) ..	906 362
Fläche (31. Dezember 1976)	8 930 qkm
Bevölkerungsdichte (31. Dezember 1976)	101
Industriebesatz (30. September 1976)	116
BIP/WIB (1974)	13 000 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Im Programmgebiet „Heide-Elbufer“ müssen Industrie und warenproduzierendes Gewerbe gefördert werden, um Bevölkerungsabwanderungen zu verhindern und Arbeitsplatzdefizite auszugleichen. Neben der quantitativen Erweiterung der gewerblichen Grundlagen ist eine auch qualitative Verbesserung der Branchenstreuung notwendig. Der industrielle Sektor wird stark vom Fahrzeugbau beherrscht. Die außerordentlich starke Abhängigkeit des Gebietes von diesem Industriezweig ist mit erheblichen Risiken verbunden. Hinzu kommen die bereits seit längerer Zeit bestehenden sektoralen Probleme, vor allem im Braunkohlenbergbau. Der Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft erfordert insbesondere im nordöstlichen Teil des Aktionsraumes eine verstärkte Industrieansiedlung, für die der Elbe-Seitenkanal wesentliche Impulse geben kann.

Der Fremdenverkehr hat in den Heidelandschaften dieses Aktionsgebietes sowie in den landschaftlich bevorzugten Gebieten des Drawehn und der Elbhöhen des Landkreises Lüchow-Dannenberg eine große strukturpolitische Bedeutung. Die natürlichen Voraussetzungen und Grundlagen für eine Aktivie-

rung der Fremdenverkehrswirtschaft sind in weiten Teilen des Aktionsgebietes günstig. Eine nachfragegerechte Gestaltung des Fremdenverkehrsangebotes gehört in den traditionellen Fremdenverkehrsgebieten dieses Aktionsraumes ebenso zu den vordringlichen Aufgaben wie der Auf- und Ausbau der Fremdenverkehrswirtschaft insbesondere in den zonenrandnahen Räumen. Erforderlich ist neben einer verstärkten Werbung sowie neben der Pflege und Erschließung der landschaftlichen Schönheiten als Grundvoraussetzung des Fremdenverkehrs die Errichtung neuer und der Ausbau vorhandener kommunaler Einrichtungen des Fremdenverkehrs.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	10 000	6 000
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	10 000	8 800

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkte

	Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Gifhorn (25 %)	32 000	70 000
Lüneburg (25 %)	63 600	130 000
Uelzen (25 %)	37 400	100 000
<i>Schwerpunkte</i>		
Celle (15 %)	74 100	170 000
Rotenburg (Wümme) (15 %)	19 100	70 000
Soltau (15 %)	19 800	50 000
Verden (15 %)	24 200	60 000
Walsrode (15 %)	23 200	70 000
Wolfsburg (15 %)	126 511	160 000
<i>Schwerpunkte in extremer Zonenrandlage</i>		
Dannenberg (Elbe) .. (25 %)	8 000	60 000
Helmstedt (25 %)	27 600	90 000
Lüchow (25 %)	9 300	60 000
Schöningen (25 %)	16 000	40 000
Wittingen (25 %)	12 100	30 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

die kreisfreie Stadt

Wolfsburg

davon Stadtteil Fallersleben

die Landkreise

Celle

daraus die Gemeinden: Celle, Eschede, Ortsteil Müden der Gemeinde Faßberg, Hambühren, Hermannsburg, Unterlüß, Wietze;

Gifhorn

ohne die Gemeinden: Adenbüttel, Meine, Rötgesbüttel, Schwülper, Ummern, Vordorf;

Harburg

daraus die Gemeinden: Tespe, Undeloh;

Helmstedt

Lüchow-Dannenberg

Lüneburg

ohne die Gemeinden: Handorf, Radbruch, Soderstorf;

Rotenburg

daraus die Gemeinden: Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Rotenburg, Scheeßel, Visselhövede, Westerwalsede;

Soltau—Fallingb. ostel

daraus die Gemeinden: Fallingb. ostel, Häuslingen, Neuenkirchen, Soltau, Schneverdingen, Rethem (Aller), Walsrode, Wietzenndorf;

Uelzen

Verden

daraus die Gemeinden: Kirchlinteln und Verden;

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 200,0	720,0	115,0	69,0	90,0	54,0	25,0	15,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	200,0	176,0	19,2	17,6	13,2	13,2	6,0	4,4
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	80,0	70,0	11,3	9,9	6,0	5,2	5,3	4,7
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 480,0	966,0	145,5	96,5	109,2	72,4	36,3	24,1
im Jahresdurchschnitt	370,0	241,5	36,4	24,1	27,3	18,1	9,1	6,0
4. Industriegeländeerschließung	78,0	74,0	45,8	44,2	—	—	45,8	44,2
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	44,0	42,0	26,0	25,2	—	—	26,0	25,2
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	31,0	29,0	17,2	16,6	—	—	17,2	16,6
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	17,0	16,0	8,8	8,5	—	—	8,8	8,5
Zwischensumme 4. bis 7. ...	170,0	161,0	97,8	94,5	—	—	97,8	94,5
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 650,0	1 127,0	243,3	191,0	109,2	72,4	134,1	118,6
im Jahresdurchschnitt	412,5	281,8	60,8	47,8	27,3	18,1	33,5	29,6

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	27,3	27,3	27,3	27,3	109,2
2. GA-Mittel	33,5	33,5	33,5	33,6	134,1
zusammen ...	60,8	60,8	60,8	60,9	243,3
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	22,5	22,5	22,5	22,5	90,0
b) GA-Mittel	6,3	6,3	6,3	6,1	25,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	3,3	3,3	3,3	3,3	13,2
b) GA-Mittel	1,5	1,5	1,5	1,5	6,0
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,5	1,5	1,5	1,5	6,0
b) GA-Mittel	1,3	1,3	1,3	1,4	5,3
4. Industriegeländeerschließung	11,4	11,4	11,4	11,6	45,8
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	6,5	6,5	6,5	6,5	26,0
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	4,3	4,3	4,3	4,3	17,2
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	2,2	2,2	2,2	2,2	8,8
insgesamt ...	60,8	60,8	60,8	60,9	243,3

6. Regionales Aktionsprogramm „Niedersächsisches Bergland“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Das Gebiet des Aktionsprogrammes erstreckt sich vom Oberland der Weser bis zum Harz und Harzvorland. Es umfaßt im wesentlichen die Arbeitsmarktregionen Braunschweig—Salzgitter, Alfeld, Hildesheim, Holzminden—Höxter, Harz und Göttingen.

Im einzelnen gehören zu diesem Aktionsprogramm:

die kreisfreien Städte

Braunschweig und Salzgitter;

die Landkreise

Gifhorn

daraus die Gemeinden: Adenbüttel, Meine, Rötgesbüttel, Schwülper, Vordorf;

Göttingen

Goslar

Hannover

daraus die Ortsteile: Gleidingen, Oesselse, Ingeln (Gemeinde Laatzen), Hämelerwald (Gemeinde Lehrte), Dedenhausen, Eltze (Gemeinde Uetze), Bolzum, Wehmingen, Wirringen (Gemeinde Sehnde);

Hildesheim

Holzminden

ohne die Gemeinden: Bodenwerder, Brevörde, Dielmissen, Golmbach, Halle, Hehlen, Heyen, Holenberg, Kirchbrak, Lüerdissen, Negenborn, Ottenstein, Pegestorf, Vahlbruch;

Northeim

Osterode

Peine

Wolfenbüttel

2. Aktionsraum

Die im Aktionsprogramm zusammengefaßten Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden stehen im wesentlichen vor folgenden Problemen:

- Gefährdung einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung in Teilen des Gebietes durch ihre Monostruktur (z. B. Montanindustrie in Salzgitter/Peine);

- Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft;
- rückläufiger Arbeitskräftebedarf in der Bauwirtschaft;
- über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquoten in einzelnen Arbeitsmarktbereichen;
- überproportionaler Anteil der Bauwirtschaft an der Zahl der Industriebeschäftigten im Raum Duderstadt.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	1 682 934
Fläche (31. Dezember 1976)	7 487 qkm
Bevölkerungsdichte (31. Dez. 1976)	225
Industriebesatz (30. September 1976)	119
BIP/WIB (1974)	13 400 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Im Programmgebiet „Niedersächsisches Bergland“ sind vorrangig sektorale Strukturprobleme zu lösen. Die in weiten Teilen des Aktionsraumes vorherrschende überalterte Struktur der vorhandenen Betriebe und ihre durch die Lage im Zonenrandgebiet bedingten Besonderheiten machen außerdem eine Förderung von Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich.

Arbeitsplatzdefizite, verursacht durch Probleme z. B. im Eisenerz- und Metallergbergbau, sind abzubauen. Neben dem Ausbau der vorhandenen gewerblich-industriellen Grundlagen und einer verbesserten Diversifikation der Produktionsstrukturen ist auch die Neuansiedlung notwendig. Durch eine Förderung der wirtschaftlichen Schwerpunkte dieses Gebietes kann die Grundstruktur der Wirtschaft erhalten und auch in dem notwendigen Umfang erweitert werden. Das Ziel, in diesem Gebiet zusätzliche Arbeitsstätten und Arbeitsplätze zu schaffen, hat insbesondere in jüngster Zeit an Aktualität gewonnen. Die teilweise relativ hohe Bevölkerungsdichte erfordert zudem besonders umfangreiche Vorsorgemaßnahmen.

Der Fremdenverkehr besitzt für den Aktionsraum „Niedersächsisches Bergland“ große wirtschaftspolitische Bedeutung. Er bildet — ähnlich wie auf den Ostfriesischen Inseln — in weiten Teilen dieses Gebietes, insbesondere im Harz, die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung. Er ist aber auch im südwestlichen Teil des Aktionsgebietes im Bereich der Weser ein bedeutendes Strukturelement. Die natürlichen Voraussetzungen und Grundlagen für eine Aktivierung der Fremdenverkehrswirtschaft sind im Aktionsgebiet günstig. Erforderlich ist neben einer nachfrage-

gerechten Gestaltung des Angebotes, einer verstärkten Werbung sowie neben der Pflege und Erschließung der landschaftlichen Schönheiten als Grundvoraussetzung des Fremdenverkehrs die Errichtung neuer und der Ausbau vorhandener kommunaler Einrichtungen des Fremdenverkehrs.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	25 000	22 500
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	30 000	26 200

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttore ¹⁾

	Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttore</i>		
Braunschweig	267 100	340 000
Goslar	58 800	100 000
Peine	48 900	90 000
<i>Schwerpunkttore</i>		
Alfeld	24 100	90 000
Einbeck	29 700	50 000
Göttingen	123 900	210 000
Hildesheim	104 300	210 000
Holzminden	23 200	80 000
Northeim	32 700	80 000
Osterode am Harz ..	29 400	100 000
Salzgitter	115 900	150 000
Seesen	23 400	30 000
Uslar	17 100	50 000
Wolfenbüttel	51 300	100 000
<i>Schwerpunkttore in extremer Zonenrandlage</i>		
Duderstadt	23 000	40 000
Münden	26 800	40 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
 Zu Goslar: Bad Harzberg (Ortsteil Harlingerode);
 zu Göttingen: Bovenden und Rosdorf.

b) Fremdenverkehrsgebiete

die kreisfreien Städte

Braunschweig und Salzgitter

die Landkreise

Gifhorn

daraus die Gemeinden: Adenbüttel, Meine, Rötgesbüttel, Schwülper, Vordorf;

Göttingen

Goslar

Hannover

daraus die Ortsteile: Gleidingen, Ingeln, Oesselse, (Stadt Laatzten); Hämelerwald (Stadt Lehrte); Dedenhausen, Eltze (Gemeinde Uetze); Bolzum, Wehmingen, Wirringen (Gemeinde Sehnde);

Hildesheim

ohne die Gemeinden Elze, Everode, Freden, Nordstemmen, Samtgemeinde Gronau, Samtgemeinde Lamspringe (mit Ausnahme des Fleckens Lamspringe) und Samtgemeinde Sibbesse;

Holzminden

ohne die Gemeinden: Bodenwerder, Brevörde, Dielmissen, Golmbach, Halle, Hehlen, Heyen, Hohenberg, Hoyershausen, Kirchbrak, Lüerdissen, Neugenborn, Ottenstein, Pegestorf, Vahlbruch;

Northeim

Osterode

Peine

Wolfenbüttel

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	3 000,0	2 700,0	287,5	260,0	225,0	203,0	62,5	57,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	600,0	524,0	57,4	52,4	39,3	39,3	18,1	13,1
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	115,0	110,0	16,3	15,6	8,6	8,3	7,7	7,3
Zwischensumme 1. bis 3. ...	3 715,0	3 334,0	361,2	328,0	272,9	250,6	88,3	77,4
im Jahresdurchschnitt	928,8	833,5	90,3	82,0	68,2	62,7	22,1	19,4
4. Industriegeländeerschließung	64,0	61,0	37,6	36,5	—	—	37,6	36,5
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	39,0	38,0	23,2	22,8	—	—	23,2	22,8
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	47,0	46,0	26,7	26,4	—	—	26,7	26,4
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	15,0	14,0	7,8	7,5	—	—	7,8	7,5
Zwischensumme 4. bis 7. ...	165,0	159,0	95,3	93,2	—	—	95,3	93,2
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 880,0	3 493,0	456,5	421,2	272,9	250,6	183,6	170,6
im Jahresdurchschnitt	970,0	873,3	114,1	105,3	68,2	62,7	45,9	42,7

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	68,3	68,2	68,2	68,2	272,9
2. GA-Mittel	45,9	45,9	45,9	45,9	183,6
zusammen ...	114,2	114,1	114,1	114,1	456,5
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	56,3	56,3	56,2	56,2	225,0
b) GA-Mittel	15,6	15,6	15,6	15,7	62,5
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	9,9	9,8	9,8	9,8	39,3
b) GA-Mittel	4,5	4,5	4,5	4,6	18,1
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	2,1	2,2	2,2	2,1	8,6
b) GA-Mittel	2,0	1,9	1,9	1,9	7,7
4. Industriegeländeerschließung	9,4	9,4	9,4	9,4	37,6
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	5,8	5,8	5,8	5,8	23,2
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	6,6	6,7	6,7	6,7	26,7
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	2,0	1,9	2,0	1,9	7,8
insgesamt ...	114,2	114,1	114,1	114,1	456,5

7. Regionales Aktionsprogramm „Nördliches Ruhrgebiet-Westmünsterland-Kleve“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf die Arbeitsmarkregionen Ahaus, Coesfeld, Kleve, Lingen-Nordhorn-Rheine, Lüdinghausen-Unna, Recklinghausen-Bottrop, Soest und Steinfurt. Er umfaßt die kreisfreien Städte Bottrop und Herne und die Kreise Borken (davon die Gemeinden Ahaus, Gescher, Gronau, Heek, Legden, Schöppingen, Stadtlohn, Südlohn, Vreden), Coesfeld (davon die Gemeinden Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Rosendahl), Kleve (davon die Gemeinden Bedburg-Hau, Emmerich, Goch, Kalkar, Kleve, Kranenburg, Rees, Udem), Recklinghausen, Soest (davon die Gemeinden Bad Sassendorf, Lippe-tal, Möhnesee, Soest, Welver, Werl, Wickede [Ruhr]), Steinfurt (davon die Gemeinden Hörstel, Hopsten, Horstmar, Ibbenbüren, Laer, Metelen, Mettingen, Neuenkirchen, Ochtrup, Recke, Rheine, Steinfurt, Wettringen), Unna (davon die Gemeinden Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Unna, Werne).

2. Aktionsraum

Der gesamte Aktionsraum umfaßt Gebiete mit einseitiger Wirtschaftsstruktur und ist zum Teil ländlich strukturiert.

Der westmünsterländische Teil des Aktionsraumes wird in erheblichem Maße durch die Textil- und Bekleidungsindustrie und deren strukturelle Wandlungen geprägt. Das hat in der Vergangenheit zu einem starken Rückgang an Arbeitsplätzen in der Textilindustrie geführt. Die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden noch verstärkt durch den gleichfalls starken Rückgang der in der Landwirtschaft Tätigen. Die Wirtschaftskraft dieses Raumes liegt erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Weitere Förderungsmaßnahmen sind notwendig.

In den Kreisen und kreisfreien Städten des nördlichen Ruhrgebietes wird die Wirtschaftsstruktur noch immer in erheblichem Maße durch den Steinkohlenbergbau beeinflusst. In dieser Branche ist in der Vergangenheit die Zahl der Arbeitsplätze stark zurückgegangen. Hierzu kamen Freisetzungen in der Landwirtschaft. Dies hat in Verbindung mit einer weit unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegenden Frauenerwerbsquote einen hohen Bedarf an neuen sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen zur Folge. Der bereits begonnene Umstrukturierungsprozeß muß durch intensive Förderungsmaßnahmen fortgeführt werden.

Die Region Kleve weist eine vorwiegend agrarische Orientierung aus, der Industriebesatz liegt insgesamt unter dem Landesdurchschnitt. Die Industriestruktur dieses Gebietes ist relativ einseitig auf die

Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie ausgerichtet. Beide Bereiche haben in den letzten Jahren einschneidende Beschäftigungseinbußen hinnehmen müssen. Insgesamt besteht eine besondere Strukturempfindlichkeit, der durch eine Verbesserung des Arbeitsplatzangebots zu begegnen ist. Diese Aufgabe erhält zusätzliches Gewicht dadurch, daß auch hier aus demographischen Gründen die Arbeitsplatznachfrage erheblich steigen wird.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. September 1977)	1 971 586
Fläche	4 980 qkm
Bevölkerungsdichte (30. Sept. 1977)	396
Industriebesatz (1976)	113
BIP/WIB (1970)	13 520 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Bei immer noch relativ einseitig geprägter Wirtschaftsstruktur des Westmünsterlandes sind weitere Freisetzungen aus den dominierenden Bereichen Landwirtschaft sowie Textil- und Bekleidungsindustrie möglich. Die daraus entstehende Arbeitsplatznachfrage wird dadurch verstärkt, daß hier ein auch weiterhin bestehender Geburtenüberschuß das Erwerbspersonenpotential in diesem Raum überdurchschnittlich ansteigen lassen wird. Dies führt zu einem erheblichen Bedarf an neuen Arbeitsplätzen in diesem Teil des Aktionsraumes. Insbesondere wird angestrebt, die begonnene Auflockerung der Monostruktur durch Neuansiedlung von Betrieben aus wachstumsstarken Branchen sowie durch Umstellung vorhandener Betriebe auf zukunftssichere Produktionen fortzuführen.

Im nördlichen Teil des Ruhrgebietes, der durch den Steinkohlenbergbau geprägt ist, werden wegen der weiteren Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in dieser Branche auch künftig gewisse Freisetzungen nicht ganz auszuschließen sein. Die angestrebte Erhöhung der Frauenerwerbsquote und weitere Freisetzungen in anderen wachstumsschwächeren Wirtschaftszweigen, u. a. in der Landwirtschaft, führen auch in diesem Teil des Aktionsraumes zu einer beträchtlichen Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Ziel der Förderungsmaßnahmen in allen Teilräumen ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen sowie die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze durch Umstellung von Produktionen und grundlegenden Rationalisierungsmaßnahmen. Damit soll die Wirtschaftskraft dieser Gebiete verstärkt werden und die Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung erhalten und verbessert werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	49 200
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	12 300

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkorte ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkorte</i>		
Ahaus (20 %)	26 585	50 000 bis 100 000
Bottrop/Gladbeck . . . (20 %)	187 855	Bal-lungs-kern
Gronau (Westf.) (20 %)	39 652	50 000 bis 100 000
Ibbenbüren (20 %)	41 950	50 000 bis 100 000
Werne a. d. Lippe . . . (20 %)	25 317	Bal-lungs-rand-zone
<i>Schwerpunkorte</i>		
Castrop-Rauxel (15 %)	86 953	Bal-lungs-kern
Coesfeld (15 %)	30 204	50 000 bis 100 000
Dülmen (15 %)	35 110	20 000 bis 50 000
Herne (15 %)	199 891	Bal-lungs-kern
Kleve (15 %)	44 035	100 000 bis 150 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:
 Zu Bottrop/Gladbeck: Dorsten; zu Ibbenbüren: Hörstel, Mettingen und Recke; zu Werne a. d. Lippe: Bergkamen und Kamen; zu Castrop-Rauxel: Waltrop; zu Recklinghausen: Datteln, Herten und Oer-Erkenschwick.

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
Lüdinghausen (15 %)	17 229	20 000 bis 50 000
Lünen (15 %)	86 728	Bal-lungs-kern
Marl (15 %)	94 538	Bal-lungs-rand-zone
Recklinghausen (15 %)	125 185	Bal-lungs-kern
Rheine (15 %)	71 171	mehr als 100 000
Soest (15 %)	40 371	50 000 bis 100 000
Stadtlohn (15 %)	15 913	20 000 bis 50 000
Steinfurt (15 %)	30 073	50 000 bis 100 000
Unna (15 %)	51 659	Bal-lungs-rand-zone
Werl (15 %)	26 042	20 000 bis 50 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreis Soest:

davon:

Möhnesee, Bad Sassendorf;

Kreis Steinfurt:

davon:

Hörstel (Ortsteile Bevergern, Riesenbeck), Ibbenbüren (Ortsteile Dörenthe, Lehen).

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	5 904,000	—	512,400	—	442,800	—	69,600	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	196,000	—	19,600	—	—	—	19,600	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe								
Zwischensumme 1. bis 3. ...	6 100,000	—	532,000	—	442,800	—	89,200	—
im Jahresdurchschnitt	1 525,000	—	133,000	—	110,700	—	22,300	—
4. Industriegeländeerschließung								
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen								
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten								
Zwischensumme 4. bis 7. ...	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	6 108,000	—	536,000	—	422,800	—	93,200	—
im Jahresdurchschnitt	1 527,000	—	134,000	—	110,700	—	23,300	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	110,700	110,700	110,700	110,700	442,800
2. GA-Mittel	23,300	23,300	23,300	23,300	93,200
zusammen ...	134,000	134 000	134,000	134,000	536,000
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	110,700	110,700	110,700	110,700	442,800
b) GA-Mittel	17,400	17,400	17,400	17,400	69,600
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	4,900	4,900	4,900	4,900	19,600
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage					
b) GA-Mittel					
4. Industriegeländeerschließung					
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,000	1,000	1,000	1,000	4,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen					
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten					
insgesamt ...	134,000	134,000	134,000	134,000	536,000

8. Regionales Aktionsprogramm „Nordeifel-Grenzraum Aachen“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf die Arbeitsmarktreionen Aachen und Euskirchen-Schleiden. Er umfaßt die kreisfreie Stadt Aachen und die Kreise Aachen, Düren (davon die Gemeinde Langerwehe), Euskirchen (davon die Gemeinden Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Mechernich, Nettersheim, Schleiden, Zülpich) und Heinsberg (davon die Gemeinden Geilenkirchen, Übach-Palenberg).

2. Aktionsraum

Der gesamte Aktionsraum umfaßt Gebiete mit relativ unausgewogener Wirtschaftsstruktur. Weite Teile dieses Raumes werden vorwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt. Die Wirtschaftskraft liegt insgesamt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Raum Nordeifel weist nicht zuletzt wegen seiner geographisch isolierten Lage im Grenzraum gravierende Beschäftigungsprobleme auf. Ein großer Teil der Beschäftigten entfällt auf Branchen wie das Bauhauptgewerbe oder die Industrie der Steine und Erden bzw. die Textil- und Bekleidungsindustrie, die auch weiterhin strukturellen Risiken ausgesetzt sind. Hinzu kommt, daß in der Land- und Forstwirtschaft dieses Raumes bedeutende Freisetzungen an Erwerbstätigen eingetreten sind.

Im Grenzraum Aachen verzeichnet vor allem das warenproduzierende Gewerbe wirtschaftliche Schwächen. Im Bergbau wie auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie verringerte sich das Beschäftigungsvolumen erheblich. Das immer noch bedeutende Gewicht dieser Branchen erklärt zum großen Teil die weit unterdurchschnittliche Entwicklung der Wirtschaftskraft in diesem Raum. Gegenläufige Tendenzen in anderen Industriebereichen reichten bislang bei weitem nicht aus, die quantitativen Be-

schäftigungsprobleme zu lösen. Es besteht auch künftig ein erheblicher Bedarf an Arbeitsplätzen, auch dadurch bedingt, daß aufgrund der Altersstruktur und der niedrigen Erwerbsquote eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitsplätzen besteht.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. September 1976)	725 115
Fläche	2 054 qkm
Bevölkerungsdichte (30. September 1977)	353
Industriebesatz (1976)	112
BIP/WIB (1970)	14 220 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Hauptansatzpunkt für die Verbesserung der Wirtschaftskraft muß die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sein, um eine Auslastung des bereits vorhandenen wie des künftig erwarteten Erwerbspersonenpotentials zu erreichen. Besonderes Gewicht kommt diesem Ziel dadurch zu, daß im gesamten Aktionsraum wegen einer relativ schwachen industriellen Entwicklung spezifische Struktur-schwächen bestehen und zugleich wegen des hohen Anteils strukturgefährdeter Industriezweige am gesamten Industriebereich mit weiteren Freisetzungen zu rechnen ist.

Die Verbesserung des Arbeitsplatzangebots ist vor allem im warenproduzierenden Gewerbe anzuregen. Auch die Fremdenverkehrswirtschaft soll einen Beitrag leisten, die gerade in den für Industrieansiedlung weniger geeigneten, dafür aber landschaftlich und klimatisch attraktiven Gebieten gute Aussichten hat. Hierbei sollen auch verstärkt Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze ..	16 400
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	4 100

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttore ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordneter Schwerpunkttort</i>		
Euskirchen (20 %)	43 495	50 000 bis 100 000
<i>Schwerpunkttore</i>		
Aachen (15 %)	242 399	Ballungskern
Monschau (15 %)	10 903	20 000 bis 50 000
Schleiden (15 %)	11 804	50 000 bis 100 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
Zu Euskirchen: Zülpich; zu Aachen: Würselen (nur Industrie- und Gewerbegebiet); zu Monschau: Simmerath; zu Schleiden: Kall.

b) Fremdenverkehrsgebiete

Stadt Aachen (Ortsteile Burtscheid, Kornelimünster, Walheim)

Kreis Aachen

davon:

Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg (Ortsteile Schevenhütte, Venwegen, Vicht, Zweifall)

Kreis Düren

davon:

Langerwehe (Ortsteile Hamich, Heistern, Jüngersdorf, Merode, Wenau)

Kreis Euskirchen

davon:

Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Hellenthal, Kall, Mechernich, Nettersheim, Schleiden.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 968,000	—	170,400	—	147,600	—	22,800	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	68,000	—	6,800	—	—	—	6 800	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	160,000	—	20,000	—	12,000	—	8,000	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	2 196,000	—	197,200	—	159,600	—	37,600	—
im Jahresdurchschnitt	549,000	—	49,300	—	39,900	—	9,400	—
4. Industriegeländeerschließung	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur								
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen								
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten								
Zwischensumme 4. bis 7. ...	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	2 204,000	—	201,200	—	159,600	—	41,600	—
im Jahresdurchschnitt	551,000	—	50,300	—	39,900	—	10,400	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	39,900	39,900	39,900	39,900	159,600
2. GA-Mittel	10,400	10,400	10,400	10,400	41,800
zusammen ...	50,300	50,300	50,300	50,300	201,200
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	36,900	36,900	36,900	36,900	147,600
b) GA-Mittel	5,700	5,700	5,700	5,700	22,800
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,700	1,700	1,700	1,700	6,800
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	3,000	3,000	3,000	3,000	12,000
b) GA-Mittel	2,000	2,000	2,000	2,000	8,000
4. Industriegeländeerschließung					
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,000	1,000	1,000	1,000	4,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen					
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten					
insgesamt ...	50,300	50,300	50,300	50,300	201,200

9. Regionales Aktionsprogramm „Ostwestfalen-Oberbergisches Land“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf die Arbeitsmarktreionen Brilon, Detmold-Lemgo, Höxter, Gummersbach, Kassel, Meschede und Wittgenstein. Er umfaßt folgende Kreise: Höxter (davon die Gemeinden Beverungen, Borgentreich, Höxter, Marienmünster, Nieheim, Steinheim, Warburg), Hochsauerlandkreis (davon die Gemeinden Bestwig, Brilon, Eslohe [Sauerland], Hallenberg, Marsberg, Medebach, Meschede, Olsberg, Schmallenberg, Winterberg), Lippe (davon die Gemeinden Augustdorf, Barntrop, Blomberg, Detmold, Dörentrup, Extertal, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Lage, Lemgo, Lüdge, Schieder-Schwalenberg), Oberbergischer Kreis (davon die Gemeinden Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl, Wiehl), Siegen (davon die Gemeinden Bad Berleburg, Erndtebrück, Laasphe).

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum umfaßt überwiegend Gebiete, in denen land- und forstwirtschaftliche Nutzungen verbunden mit einer auf die Be- und Verarbeitung von Holzrohstoffen ausgerichteten Industrie vorherrschen. Diese Sektoralstruktur hat zu Freisetzungen, insbesondere in der Landwirtschaft geführt; das zu erwartende Erwerbspotential läßt eine weitere Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots erwarten. Die Wirtschaftskraft des Raumes liegt z. T. erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Industriestruktur Ostwestfalens weist eine relativ einseitige Ausrichtung auf holzbe- und -verarbeitende Industrien sowie auf die Textil- und Bekleidungsindustrie auf. Insgesamt ist mit längerfristigen Strukturproblemen zu rechnen, die eine weitere Gefährdung des Arbeitsplatzangebots bewirken.

Die Strukturkrisenanfälligkeit des Oberbergischen Landes zeigt sich darin, daß das industrielle Beschäftigungsvolumen stark rückläufig ist. So haben die strukturprägenden Industriebereiche wie Fahr-

zeugbau, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie z. T. erhebliche Freisetzungen vorgenommen. Diese Entwicklung ist insofern besonders gravierend, als das stabilisierende Element des Tertiären Bereichs in diesem Raum weit unterdurchschnittlich vertreten ist.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. September 1977) ..	781 406
Fläche	4 531 qkm
Bevölkerungsdichte (30. Sept. 1977) ..	161
Industriebesatz (1976)	119
BIP/WIB (1970)	12 910 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die Bevölkerungsentwicklung, die erwarteten weiteren Freisetzungen in der Landwirtschaft und einigen Industriezweigen (u. a. Textil-Bekleidungsindustrie, Holzverarbeitung) sowie die teilweise unter dem Landesdurchschnitt liegende Frauenerwerbsquote führen zu einem Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen in Höhe von 14 400 im Planungszeitraum.

Neben der Ansiedlung von möglichst krisensicheren Industriebetrieben soll auch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe gefördert werden. Der größte Teil des Aktionsraumes ist wegen der landschaftlichen Schönheit als Fremdenverkehrsgebiet ausgewiesen.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	14 400
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	3 600

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung**a) Gewerbliche Schwerpunkttore ¹⁾**

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordneter Schwerpunkttort</i>		
Brilon (20 %)	24 594	20 000 bis 50 000
Lemgo (20 %)	39 431	50 000 bis 100 000
<i>Schwerpunkttorte</i>		
Bad Berleburg (15 %)	20 841	20 000 bis 50 000
Gummersbach (15 %)	48 695	100 000 bis 150 000
Detmold (15 %)	65 442	über 100 000
Höxter (15 %)	32 987	50 000 bis 100 000
Laasphe (15 %)	15 504	20 000 bis 50 000
Marsberg (15 %)	22 710	20 000 bis 50 000
Meschede (15 %)	32 190	50 000 bis 100 000
Schmallenberg (15 %)	24 753	20 000 bis 50 000
Warburg (15 %)	22 619	20 000 bis 50 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
Zu Lemgo: Kalletal; zu Gummersbach: Wiehl (nur Industrie- und Gewerbegebiet).

b) Fremdenverkehrsgebiete**Kreis Höxter**

davon:

Beverungen (ohne Ortsteil Würgassen), Borgentreich (Ortsteile Borgholz, Bühne, Manrode, Mudenhagen), Höxter, Marienmünster, Nieheim, Steinheim (Ortsteile Ottenhausen, Vinsebeck, Sandebeck, Grevenhagen), Warburg (Ortsteile Dalheim, Herlinghausen, Calenberg, Wormeln, Welda, Germete, Bonenburg, Scherfede);

Hochsauerlandkreis

davon:

Bestwig, Brilon, Eslohe (Sauerland), Hallenberg, Marsberg, Medebach, Meschede, Olsberg, Schmallenberg, Winterberg;

Kreis Lippe

davon:

Bartrup, Blomberg, Detmold (ohne Ortsteile Bentrup, Loßbruch, Klüt, Oettern-Bremke, Niewald, Jerxen-Orbke, Nienhagen, Spork-Eichholz, Heidenoldendorf), Dörentrup, Extertal, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Lage (Ortsteile Hörste, Pottenhausen), Lemgo (Ortsteile Welstorf, Matorf, Lüerdissen, Voßheide, Wienbeck), Lügde, Schieder-Schwalenberg;

Oberbergischer Kreis

davon:

Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl, Wiehl;

Kreis Siegen

davon:

Bad Berleburg, Erndtebrück, Laasphe.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 728,000	—	149,200	—	129,600	—	19,600	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	56,000	—	5,600	—	—	—	5,600	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	240,000	—	30,000	—	18,000	—	12,000	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	2 024,000	—	184,800	—	147,600	—	37,200	—
im Jahresdurchschnitt	506,000	—	46,200	—	36,900	—	9,300	—
4. Industriegeländeerschließung								
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen								
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten								
Zwischensumme 4. bis 7. ...	8,000	—	4,000	—	—	—	4,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	2 032,000	—	188,800	—	147,600	—	41,200	—
im Jahresdurchschnitt	508,000	—	47,200	—	36,900	—	10,300	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	36,900	36,900	36,900	36,900	147,600
2. GA-Mittel	10,300	10,300	10,300	10,300	41,200
zusammen ...	47,200	47,200	47,200	47,200	188,800
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	32,400	32,400	32,400	32,400	129,600
b) GA-Mittel	4,900	4,900	4,900	4,900	19,600
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,400	1,400	1,400	1,400	5,600
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	4,500	4,500	4,500	4,500	18,000
b) GA-Mittel	3,000	3,000	3,000	3,000	12,000
4. Industriegeländeerschließung					
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,000	1,000	1,000	1,000	4,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen					
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten					
insgesamt ...	47,200	47,200	47,200	47,200	188,800

10. Regionales Aktionsprogramm „Hessisches Fördergebiet“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum umfaßt im wesentlichen die Arbeitsmarktregionen Kassel, Korbach, Alsfeld-Ziegenhain, Bad Hersfeld-Rotenburg, Eschwege, Fulda und Gelnhausen-Schlüchtern. Dieses Gebiet besteht aus der kreisfreien Stadt Kassel, den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Waldeck-Frankenberg, dem Schwalm-Eder-Kreis, dem Vogelsbergkreis, dem Werra-Meißner-Kreis sowie den Städten Neustadt und Stadtlendorf des Landkreises Marburg-Biedenkopf, den Städten und Gemeinden Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Biebergemünd, Birstein, Brachtal, Flörsbachtal, Gelnhausen, Gründau, Jossgrund, Linsengericht, Schlüchtern, Sinntal, Steinau, Wächtersbach und dem Gutsbezirk Spessart des Main-Kinzig-Kreises sowie den Städten und Gemeinden Büdingen, Gedern, Hirzenhain, Kefenrod, Nidda und Ortenberg des Wetteraukreises.

2. Aktionsraum

Die Mehrzahl der Städte und Gemeinden des Aktionsraumes liegt im Zonenrandgebiet und ist teilweise noch stark agrarisch strukturiert. Die Wirtschaftskraft in den einzelnen Landkreisen liegt z. T. erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Das stärker industrialisierte Gebiet um Kassel ist wegen seiner wirtschaftsräumlich peripheren Lage zu den industriellen Agglomerationsräumen in der Bundesrepublik als Standort stark benachteiligt. Im 100-km-Radius befinden sich keine größeren Industrieagglomerationen. Zwischen Kassel und den benachbarten Verdichtungsgebieten Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und Hessens liegen überwiegend schwach besiedelte und industriell unterdurchschnittlich entwickelte Gebiete.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einschwohnerzahl (30. Juni 1977)	1 503 141
Fläche	11 317 qkm
Bevölkerungsdichte	133
Industriebesatz (1977)	99
BIP/WIB (1974)	12 800 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik in den strukturschwachen Gebieten müssen darauf abzielen, die Lebensverhältnisse der Menschen dem Niveau in den Ballungsräumen anzunähern, um den Abwanderungstendenzen der Bevölkerung entgegenzuwirken. Es muß daher die vordringliche Aufgabe der Wirtschafts- und Strukturpolitik sein, durch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dieser Räume in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf Dauer sichere und attraktive Arbeitskräfte zu schaffen und dadurch das relativ niedrige Einkommensniveau der dortigen Bevölkerung an den Bundesdurchschnitt anzunähern.

Vorrangig zu fördern sind deshalb bestehende wachstumsintensive Unternehmen und die Ansiedlung neuer leistungsfähiger Betriebe sowie die Umstellung ertragsschwacher Betriebe auf neue Produktionen. Dabei ist eine Verbesserung der sektoralen Branchenstruktur anzustreben.

Ihre Ergänzung findet die aktive Strukturpolitik im Bereich der gewerblichen Wirtschaft durch den Ausbau des Fremdenverkehrs in den landschaftlich dafür geeigneten Gebieten, zumal nicht alle Teilräume des Aktionsgebietes ausreichende Ansatzpunkte für die Ansiedlung von Industriebetrieben bieten. Auch mit der Belebung des Fremdenverkehrs lassen sich zusätzliche Einkommen in einer Region und somit eine Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung erzielen.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	16 000	10 000
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	23 500	16 000

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung**a) Gewerbliche Schwerpunkttore ^{1) 2)}**

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttore</i>		
Bad Hersfeld (25 %)	28 616	85 000
Fulda (25 %)	58 104	170 000
Kassel (25 %)	200 340	355 000
Alsfeld (20 %)	17 979	46 000
Homberg (Efze) (20 %)	14 538	88 000
<i>Schwerpunkttore</i>		
Bebra (15 %)	15 689	43 000
Büdingen (15 %)	16 864	53 000
Frankenberg (Eder) .. (15 %)	15 605	48 000
Fritzlar (15 %)	15 049	38 000
Gelnhausen (15 %)	18 105	86 000
Hessisch Lichtenau .. (15 %)	13 987	22 000
Hofgeismar (15 %)	13 362	34 000
Homberg (Ohm) (15 %)	7 526	40 000
		(mit Stadtallendorf)
Hünfeld (15 %)	13 870	31 000
Korbach (15 %)	22 926	77 000
Lauterbach (15 %)	14 816	34 000
Melsungen (15 %)	13 276	47 000
Schlüchtern (15 %)	13 826	37 000
Schwalmstadt (15 %)	17 882	51 000
Stadtallendorf (15 %)	20 275	40 000
		(mit Homberg/Ohm)
Wolfhagen (15 %)	12 265	33 000
<i>Schwerpunkttore in extremer Zonenrandlage</i>		
Eschwege (25 %)	24 555	57 000
Sontra (25 %)	9 362	20 000
Witzenhausen (25 %)	16 922	28 000

- 1) Zu den Schwerpunkttorten gehören:
Zu Fulda: Eichenzell-Welkers; zu Kassel: Fulda-Brück-Bergshausen und Lohfelden (Ortsteil Lohfelden); zu Bad Hersfeld: Hauneck-Unterhaun und Ludwigsau (Ortsteile Meckbach und Mecklar); zu Bebra: Rotenburg-Lispenshausen; zu Gelnhausen: Wächtersbach (Stadtteil Wächtersbach); zu Schlüchtern: Bad Soden-Salmünster (Stadtteil Salmünster) und Steinau (Stadtteil Steinau)
- 2) Die Schwerpunkteigenschaft der genannten Schwerpunkttore bezieht sich nur auf ihren jeweiligen Gebietsstand am 27. Mai 1970 (für Schlüchtern gilt der

b) Fremdenverkehrsgebiete**Kreisfreie Stadt Kassel**

davon:

Stadtteile Habichtswald, Wolfsanger und Wilhelmshöhe; Wohnplätze „Graue Katze“ und „Roter Kater“;

Landkreis Fulda

davon:

Bad Salzschlirf, Dipperz, Ebersburg, Ehrenberg, Eichenzell, Eiterfeld (Ortsteile Soisdorf und Treischfeld), Fulda, Gersfeld, Hilders, Hofbieber, Hosenfeld, Hünfeld (Stadtteile Dammersbach, Grossenbach, Kirchhasel, Mackenzell, Malges, Molzbach, Nüst, Roßbach und Rückers), Kalbach, Künzell, Nüsttal, Petersberg, Poppenhausen (Wasserkuppe), Tann;

Landkreis Hersfeld-Rotenburg

davon:

Alheim, Bad Hersfeld, Bebra, Breitenbach a. Herzberg, Cornberg, Friedewald, Haunetal (Ortsteile Oberstoppel und Wehrda), Heringen, Hohenroda, Kirchheim, Ludwigsau, Nentershausen, Neuenstein (Ortsteile Obergeis, Raboldshausen, Salzberg), Niederaula, Philippsthal, Ronshausen, Rotenburg a. d. Fulda, Schenklengsfeld, Wildeck;

Landkreis Kassel

davon:

Ahnatal, Baunatal (Stadtteile Altenritte und Großenritte), Breuna, Emstal, Espenau (Ortsteil Hohenkirchen), Fulda-Brück (Ortsteile Dennhausen, Dittershausen, Dörnhagen), Fulda (Ortsteile Knickhagen, Rothwesten, Simmershausen, Wahnhausen, Wilhelmshausen), Grebenstein, Gutsbezirk Reinhardswald, Habichtswald, Helsa, Hofgeismar, Immenhausen, Karlshafen, Kaufungen, Liebenau, Lohfelden (Ortsteil Volkmarshausen), Naumburg, Nieste, Oberweser, Reinhardshagen, Schauenburg, Söhrewald, Trendelburg, Wahlburg, Wolfhagen, Zierenberg;

Main-Kinzig-Kreis

davon:

Bad Orb, Bad Soden-Salmünster (Stadtteile Kerbersdorf, Mernes, Salmünster, Bad Soden bei Salm.), Biebergemünd, Birstein, Brachtal, Flörsbachtal, Gelnhausen, Gründau, Gutsbezirk Spesart, Jossgrund, Linsengericht, Schlüchtern (Stadt-

Gebietsstand vor dem 1. Dezember 1969), jedoch außerdem auf die Stadtteile Bad Hersfeld-Asbach, Fulda-Besges, -Malkes und -Rodges, Alsfeld-Altenburg, Gelnhausen-Hailer und Gelnhausen-Roth, Homberg (Ohm)-Niederofleiden sowie Schlüchtern-Elm.

teile Niederrzell, Schlüchtern), Sinntal, (Ortsteile Altengronau, Jossa, Oberzell, Sterbfritz, Züntersbach), Steinau (Stadtteile Hintersteinau, Marjoß, Neustall, Steinau, Ulmbach), Wächtersbach;

Schwalm-Eder-Kreis

davon:

Borken (Stadtteile Kerstenhausen und Kleinenglis), Frielendorf, Fritzlar (Stadtteile Rothelmshausen, Ungedanken, Züschen), Guxhagen, Homberg, Jesberg, Knüllwald, Körle, Malsfeld, Melungen, Morschen, Neuental, Neukirchen, Niedenstein, Oberaula, Ottrau, Schrecksbach, Schwalmstadt, Schwarzenborn, Spangenberg, Willingshausen (Ortsteile Ransbach und Steina), Zwesten;

Vogelsbergkreis

Ohne Stadtteile Fraurombach, Hutzdorf, Oberwegfurth, Queck, Rimbach, Sandlofs, Unterschwarz und Unterwegfurth der Stadt Schlitz;

Landkreis Waldeck-Frankenberg

davon:

Arolsen (Stadtteile Arolsen, Braunsen, Helsen, Kohlgrund, Landau, Massenhausen, Mengeringshausen, Neu-Berich, Schmillinghausen, Wetterburg), Bad Wildungen (Stadtteile Albertshausen, Armsfeld, Bergfreiheit, Braunau, Frebershausen,

Hüddingen, Hundsdorf, Oderhausen, Wildungen), Battenberg (Eder) (Stadtteil Dodenau), Bromskirchen, Diemelsee (Ortsteile Adorf, Deisfeld, Giebringhausen, Heringhausen, Ottlar, Rhenegge, Stormbruch), Diemelstadt (Stadtteile Dehausen, Helmighausen, Neudorf, Orpetal, Rhoden, Wethen, Wrexen), Edertal (Ortsteile Affoldern, Bergheim, Bringhausen, Buhlen, Hemfurth-Edersee, Gellershausen, Kleinern), Frankenu (Stadtteile Allendorf, Altenlotheim, Frankenu), Frankenberg (Eder) (Stadtteile Frankenberg [Eder], Hommershausen, Rengershausen, Viermünden, Wangershausen), Gemünden (Wohra) (Stadtteil Gemünden), Haina (Kloster) (Ortsteile Battenhausen, Dodenhausen, Haddenberg, Haina, Hüttenrode, Löhlbach), Hatzfeld (Eder), Korbach (Stadtteil Rhena), Lichtenfels (Stadtteile Dalwigkthal, Fürstenberg, Münden, Neukirchen, Rhadern, Sachsenberg), Twistetal (Ortsteile Elleringhausen, Twiste), Vöhl (Ortsteile Asel, Basdorf, Buchenberg, Ederbringhausen, Harbshausen, Herzhausen, Kirchlotheim, Marienhagen, Niederorke, Oberorke, Schmittlotheim, Thalitter, Vöhl), Waldeck (Stadtteile Netze, Nieder-Werbe, Ober-Werbe, Oberwerba, Sachsenhausen, Waldeck, Willingingen [Upland]);

Werra-Meißner-Kreis

Wetteraukreis

davon:

Büdingen, Gedern, Hirzenhain, Kefenrod, Nidda, Ortenberg.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 800,000	1 200,000	182,400	132,000	126,000	84,000	56,400	48,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	470,000	320,000	47,000	32,000	24,000	24,000	23,000	8,000
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	190,000	120,000	19,000	12,000	13,300	8,400	5,700	3,600
Zwischensumme 1. bis 3. ...	2 460,000	1 640,000	248,400	176,000	163,300	116,400	85,100	59,600
im Jahresdurchschnitt	615,000	410,000	62,100	44,000	40,825	29,100	21,275	14,900
4. Industriegeländeerschließung	60,000	50,000	46,000	40,000	—	—	46,000	40,000
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	15,600	12,000	11,200	9,000	—	—	11,200	9,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	44,600	30,000	26,800	18,000	—	—	26,800	18,000
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	11,600	8,000	4,000	2,800	—	—	4,000	2,800
Zwischensumme 4. bis 7. ...	131,800	100,000	88,000	69,800	—	—	88,000	69,800
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	2 591,800	1 740,000	336,400	245,800	163,300	116,400	173,100	129,400
im Jahresdurchschnitt	647,950	435,000	84,100	61,450	40,825	29,100	43,275	32,350

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	40,825	40,825	40,825	40,825	163,300
2. GA-Mittel	43,270	43,410	43,010	43,410	173,100
zusammen ...	84,095	84,235	83,835	84,235	336,400
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	31,500	31,500	31,500	31,500	126,000
b) GA-Mittel	11,800	15,000	14,800	14,800	56,400
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	6,000	6,000	6,000	6,000	24,000
b) GA-Mittel	4,400	6,200	6,200	6,200	23,000
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	3,325	3,325	3,325	3,325	13,300
b) GA-Mittel	0,622	1,710	1,710	1,660	5,700
4. Industriegeländeerschließung	15,400	10,200	10,200	10,200	46,000
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	2,800	2,800	2,800	2,800	11,200
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	7,500	6,300	6,500	6,500	26,800
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,750	1,200	0,800	1,250	4,000
insgesamt ...	84,095	84,235	83,835	84,235	336,400

11. Regionales Aktionsprogramm „Mittelrhein-Lahn-Sieg“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen:

Bad Kreuznach, Cochem-Zell, Idar-Oberstein, Limburg, Westerwald.

Er umfaßt damit folgende Landkreise:

Landkreis Bad Kreuznach, Landkreis Birkenfeld, Landkreis Cochem-Zell, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Rhein-Hunsrück.

Aus Landkreis Altenkirchen

- a) VG *) Altenkirchen
- b) Aus VG Flammersfeld die Gemeinden Berzhausen, Burglahr, Eichen, Flammersfeld, Giershausen, Kescheid, Oberlahr, Oberrau, Orfgen, Reiferscheid, Rott, Schürdt, Seelbach, Seifen, Walterschen, Ziegenhain.

c) VG Gebhardshain

Aus Landkreis Mainz-Bingen

Aus VG Bingen-Land die Gemeinden Bacharach, Breitscheid, Manubach, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen.

Aus Landkreis Neuwied

Aus VG Puderbach die Gemeinden

Niederwambach, Oberdreis, Ratzert, Rodenbach.

Aus Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis Heidenrod.

Aus Rhein-Lahn-Kreis

- a) Aus VG Bad Ems die Gemeinden Bad Ems, Becheln, Dausenau, Fachbach, Frücht, Kemmenau, Miellen, Nievern.
- b) VG Braubach
- c) VG Diez
- d) VG Hahnstätten
- e) VG Katzenelnbogen
- f) VG Loreley
- g) VG Nassau
- h) VG Nastätten

Aus Landkreis Westerwald

- a) VG Bad Marienberg
- b) VG Hachenburg
- c) Aus VG Montabaur die Gemeinden Nornborn, Nentershausen, Niedererbach, Görgeshausen.
- d) Aus VG Rennerod die Gemeinden Elsoff, Hellenhahn-Schellenberg, Homberg, Hübblingen, Irmtraut, Neunkirchen, Neustadt, Nieder-

*) VG = Verbandsgemeinde

roßbach, Oberrod, Oberroßbach, Rehe, Rennerod, Salzburg, Seck, Waigandshain, Waldmühlen, Westernohe, Willingen, Zehnhausen bei Rennerod.

e) VG Wallmerod

f) VG Westerburg

2. Aktionsraum

Die Wirtschaftskraft des Aktionsraumes liegt im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Ursachen dafür sind:

- geringe Industrialisierung,
- topographische und klimatische Erschwernisse,
- kleinbäuerliche Betriebsgrößenstruktur,
- starke Besitzsplitterung in der Landwirtschaft.

Entwicklungsfähige industriell-gewerbliche Ansatzpunkte sind vor allem rechtsrheinisch in mehreren Schwerpunkorten — insbesondere Altenkirchen —, Limburg/Diez und Weilburg/Löhnberg und linksrheinisch in Simmern sowie im Naheraum vorhanden.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. Juni 1977) 766 029

davon:

hessisches Teilgebiet 155 583

rheinland-pfälzisches Teilgebiet ... 610 446

Fläche 5 841 qkm

davon:

hessisches Teilgebiet 834 qkm

rheinland-pfälzisches Teilgebiet .. 5 007 qkm

Bevölkerungsdichte 131

davon:

hessisches Teilgebiet 187

rheinland-pfälzisches Teilgebiet .. 122

Industriebesatz 1977 74

davon:

hessisches Teilgebiet 58

rheinland-pfälzisches Teilgebiet .. 78

BIP/WIB (1974) 12 494 DM

davon:

hessisches Teilgebiet 11 370 DM

rheinland-pfälzisches Teilgebiet .. 12 761 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Ziel ist es, die Wirtschaftskraft des schwach strukturierten Aktionsraumes durch eine Verstärkung des produzierenden Gewerbes, insbesondere durch Neuerrichtung und Erweiterung von Industriebetrieben, nachhaltig anzuheben. Die natürlichen Gegebenheiten der Landschaft sollen für den Fremdenverkehr stärker als bisher genutzt werden, um damit einen Beitrag zur Verbesserung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur zu leisten.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze insgesamt	9 000
(im Teilprogramm Hessen)	(2 000)
(im Teilprogramm Rheinland-Pfalz)	(7 000)
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe insgesamt	3 100
(im Teilprogramm Hessen)	(1 500)
(im Teilprogramm Rheinland-Pfalz)	(1 600)

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkte¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Limburg a. d. Lahn ²⁾ / Diez	38 043	180 700
Simmern	5 743	48 500
<i>Schwerpunkte</i>		
Altenkirchen (Westerwald)	4 289	29 400
Birkenfeld	5 951	28 900
Hachenburg	4 500	41 100
Idar-Oberstein	36 790	56 100
Kaisersesch	2 086	20 700
Kastellaun	3 616	23 400
Nastätten	3 044	32 300
Sobernheim	6 621	47 400
Weilburg ²⁾	12 413	39 000
Westerburg	5 242	43 600
Zell (Mosel)	4 898	43 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

Landkreis Altenkirchen
(Westerwald)

davon:

VG*) Altenkirchen (Ww.), aus VG Flammersfeld: Berzhausen, Burglahr, Eichen, Flammersfeld, Giershausen, Kescheid, Oberlahr, Obernau, Orfgen, Reiferscheid, Rott, Schürdt, Seelbach, Seifen, Walterschen, Ziegenhain, VG Gebhardshain.

Landkreis Bad Kreuznach

davon:

Stadt Bad Kreuznach, Stadt Kirn, VG Bad Kreuznach, VG Bad Münster am Stein-Eberburg, VG Kirn-Land, VG Langenlonsheim, VG Meisenheim, VG Rüdesheim, VG Sobernheim, VG Stromberg.

Landkreis Birkenfeld

davon:

Stadt Idar-Oberstein, VG Baumholder, VG Birkenfeld, VG Herrstein, VG Rhaunen.

Landkreis Cochem-Zell

davon:

Stadt Cochem, VG Cochem-Land, VG Kaisersesch, VG Treis-Karden, VG Ulmen, VG Zell (Mosel).

Landkreis Limburg-Weilburg

Landkreis Mainz-Bingen

davon:

Bacharach, Breitscheid, Manubach, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen.

Landkreis Neuwied

davon:

Niederwambach, Oberdreis, Ratzert, Rodenbach.

Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis

davon:

Heidenrod

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:

Zu Birkenfeld: Hoppstädten-Weiersbach; zu Nastätten: Miehlen; zu Weilburg: Löhnberg (Ortsteil Löhnberg).

²⁾ Die Schwerpunkteigenschaft der genannten Schwerpunkte bezieht sich nur auf ihren jeweiligen Gebietsstand am 1. Januar 1972, jedoch außerdem auf die Stadtteile Limburg-Dietkirchen, Limburg-Offheim und Limburg-Staffel sowie Weilburg-Kübach.

*) VG = Verbandsgemeinde

Landkreis Rhein-Hunsrück

davon:

Verbandsfreie Gemeinde Boppard, VG Emmelshausen, VG Kastellaun, VG Kirchberg (Hunsrück), VG Rheinböllen, VG St. Goar-Oberwesel, VG Simmern.

Landkreis Rhein-Lahn

davon:

VG Bad Ems ohne Arzbach, VG Braubach, VG Diez, VG Hahnstätten, VG Katzenelnbogen, VG Nassau, VG Nastätten, VG Loreley.

Landkreis Westerwald

davon:

VG Bad Marienberg (Westerwald), VG Hachenburg, aus VG Montabaur: Görghausen, Nentershausen, Niedererbach, Nomborn, VG Rennerod ohne: Bretthausen, Liebenscheid, Nister-Möhrendorf, Stein-Neukirch, VG Wallmerod, VG Westerburg.

Teilprogramm Hessen

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	240,000	—	21,600	—	16,800	—	4,800	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	30,000	—	3,000	—	—	—	3,000	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	10,000	—	1,000	—	0,700	—	0,300	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	280,000	—	25,600	—	17,500	—	8,100	—
im Jahresdurchschnitt	70,000	—	6,400	—	4,375	—	2,025	—
4. Industriegeländeerschließung	4,000	—	2,400	—	—	—	2,400	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,400	—	0,800	—	—	—	0,800	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	3,400	—	2,000	—	—	—	2,000	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	2,400	—	0,800	—	—	—	0,800	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	11,200	—	6,000	—	—	—	6,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	291,200	—	31,600	—	17,500	—	14,100	—
im Jahresdurchschnitt	72,800	—	7,900	—	4,375	—	3,525	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	4,375	4,375	4,375	4,375	17,500
2. GA-Mittel	3,530	3,390	3,790	3,390	14,100
zusammen ...	7,905	7,765	8,165	7,765	31,600
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	4,200	4,200	4,200	4,200	16,800
b) GA-Mittel	1,200	1,200	1,200	1,200	4,800
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	0,600	0,800	0,800	0,800	3,000
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	0,175	0,175	0,175	0,175	0,700
b) GA-Mittel	0,030	0,090	0,090	0,090	0,300
4. Industriegeländeerschließung	0,600	0,600	0,600	0,600	2,400
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	0,200	0,200	0,200	0,200	0,800
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	0,500	0,500	0,500	0,500	2,000
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,400	—	0,400	—	0,800
insgesamt ...	7,905	7,765	8,165	7,765	31,600

Teilprogramm Rheinland-Pfalz

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	812,00	—	95,72	—	60,92	—	34,80	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	44,80	—	4,48	—	—	—	4,48	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	127,10	—	14,20	—	6,24	—	7,96	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	983,90	—	114,40	—	67,16	—	47,24	—
im Jahresdurchschnitt	245,97	—	28,60	—	16,79	—	11,81	—
4. Industriegeländeerschließung	46,68	—	28,00	—	—	—	4,52 (Rest Landesmittel)	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,86	—	1,12	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	14,92	—	8,96	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	5,60	—	3,36	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	69,06	—	41,44	—	—	—	4,52	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 052,96	—	155,84	—	67,16	—	51,76	—
im Jahresdurchschnitt	263,24	—	38,96	—	16,79	—	12,94	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	16,79	16,79	16,79	16,79	67,16
2. GA-Mittel	12,94 ¹⁾	12,94 ¹⁾	12,94 ²⁾	12,94 ²⁾	51,76 ¹⁾²⁾
zusammen ...	29,73	29,73	29,73	29,73	118,92
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	15,23	15,23	15,23	15,23	60,92
b) GA-Mittel	8,70	8,70	8,70	8,70	34,80
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,12	1,12	1,12	1,12	4,48
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,56	1,56	1,56	1,56	6,24
b) GA-Mittel	1,99	1,99	1,99	1,99	7,96
4. Industriegeländeerschließung	1,13	1,13	1,13	1,13	4,52
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	zusätzliche Landesmittel				
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	zusätzliche Landesmittel				
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	zusätzliche Landesmittel				
insgesamt ...	29,73	29,73	29,73	29,73	118,92

¹⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe des Doppelhaushaltes 1978/79.

²⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung.

12. Regionales Aktionsprogramm „Eifel-Hunsrück“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen:

Bitburg-Prüm, Daun, Trier.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

- Kreisfreie Stadt Trier
- Landkreis Bernkastel-Wittlich
- Landkreis Bitburg-Prüm
- Landkreis Trier-Saarburg
- Aus Landkreis Ahrweiler
 - a) VG *) Adenau
 - b) Aus VG Brohltal die Gemeinden Engeln, Hohenleimbach, Kempenich, Spessart, Weibern.
- Aus Landkreis Mayen-Koblenz
 - a) Mayen, Stadt
 - b) VG Mayen-Land
 - c) Aus VG Mendig die Gemeinden Rieden, Volkesfeld.

2. Aktionsraum

Eifel und Hunsrück sind dünn besiedelte, relativ industriearme Gebiete mit kleinbäuerlicher Agrarstruktur. Ihre Wirtschaftskraft liegt im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Ursache dafür sind:

- die Grenzlandsituation seit Generationen,

*) VG = Verbandsgemeinde

- die einseitige Verkehrserschließung nach militärisch-strategischen Gesichtspunkten bis 1945,
- die Erschwernisse topografischer und klimatischer Art, insbesondere in den Höhengebieten von Eifel und Hunsrück,
- der Unsicherheitsfaktor für eine größere Zahl von Arbeitsplätzen bei den alliierten Stationierungstreitkräften,
- die Behinderung durch militärische Anlagen.

Industrielle Entwicklungschancen bieten sich insbesondere auf der Achse Trier-Wittlich und im Raum Mayen.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (30. Juni 1977)	528 089
Fläche	5 460 qkm
Bevölkerungsdichte	97
Industriebesatz (1976)	60
BIP/WIB (1974)	12 817 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die Wirtschaftskraft in Eifel und Hunsrück kann entscheidend durch eine weitere Industrialisierung dieser Gebiete angehoben werden. Es ist daher das Ziel, neue gewerbliche Produktionsbetriebe anzusiedeln und ansässige Betriebe zu erweitern. In großen Teilen des Aktionsraumes bieten sich für den Fremdenverkehr günstige Voraussetzungen. Der Ausbau des Fremdenverkehrsgewerbes mit Hilfe staatlicher Mittel soll mit dazu beitragen, die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur dieses Raumes zu verbessern.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	6 500
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 600

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttore ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttore</i>		
Hermeskeil/Nonnweiler ²⁾ (20 %)	13 974	58 200
Mayen (20 %)	20 923	41 100
Prüm (20 %)	5 156	30 400
Trier (20 %)	99 107	197 700
Wittlich (20 %)	15 102	64 800
<i>Schwerpunkttore</i>		
Adenau (15 %)	2 801	19 700
Bitburg (15 %)	10 755	59 900
Daun (15 %)	6 623	49 200
Morbach ³⁾ (15 %)	9 567	47 200

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:
Zu Hermeskeil: Reinsfeld; zu Prüm: Gondelsheim; zu Trier: Trierweiler; zu Daun: Mehren.

²⁾ Nonnweiler liegt im Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms „Saarland-Westpfalz“ (vgl. hierzu S 76).

³⁾ Die Schwerpunkteigenschaft bezieht sich nur auf den Gebietsstand am 2. Dezember 1974.

b) Fremdenverkehrsgebiete

Landkreis Ahrweiler

davon:

VG *)Adenau, aus VG Brohlthal die Gemeinden Engeln, Hohenleimbach, Kempenich, Spessart, Weibern.

Landkreis Bernkastel-Wittlich

davon:

Stadt Wittlich, VG Bernkastel-Kues, VG Kröv in Bausendorf, VG Manderscheid, VG Neumagen-Drohn, VG Thalfang, VG Traben-Trarbach, VG Wittlich-Land, Gemeinde Morbach (Gebietsstand 1. Januar 1975).

Landkreis Bitburg-Prüm

davon:

Stadt Bitburg, VG Arzfeld, VG Bitburg-Land, VG Irrel, VG Kyllburg, VG Neuerburg, VG Prüm, VG Speicher.

Landkreis Daun

davon:

VG Daun, VG Gerolstein, VG Hillesheim, VG Kelberg, VG Obere Kyll.

Aus Landkreis Mayen-Koblenz

Stadt Mayen, VG Mayen-Land und die Gemeinden Rieden, Volkesfeld.

Landkreis Trier-Saarburg

davon:

VG Hermeskeil, VG Kell, VG Konz, VG Ruwer, VG Saarburg, VG Schweich, VG Trier-Land.

Kreisfreie Stadt Trier

*) VG = Verbandsgemeinde

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	756,00	—	89,10	—	56,72	—	32,40	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	44,80	—	4,48	—	—	—	4,48	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	116,67	—	13,00	—	5,60	—	7,40	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	917,47	—	106,58	—	62,32	—	44,28	—
im Jahresdurchschnitt	229,37	—	36,64	—	15,58	—	11,07	—
4. Industriegeländeerschließung	43,32	—	26,00	—	—	—	3,84 (Rest Landesmittel)	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,73	—	1,04	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	13,84	—	8,30	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	5,60	—	3,36	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	64,49	—	38,70	—	—	—	3,84	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	981,96	—	145,28	—	62,32	—	48,12	—
im Jahresdurchschnitt	245,49	—	36,32	—	15,58	—	12,03	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	15,58	15,58	15,58	15,58	62,32
2. GA-Mittel	12,03 ¹⁾	12,03 ¹⁾	12,03 ²⁾	12,03 ²⁾	48, 12 ¹⁾²⁾
zusammen ...	27,61	27,61	27,61	27,61	110,44
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	14,18	14,18	14,18	14,18	56,72
b) GA-Mittel	8,10	8,10	8,10	8,10	32,40
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,12	1,12	1,12	1,12	4,48
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,40	1,40	1,40	1,40	5,60
b) GA-Mittel	1,85	1,85	1,85	1,85	7,40
4. Industriegeländeerschließung	0,96	0,96	0,96	0,96	3,84
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	zusätzliche Landesmittel				
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	zusätzliche Landesmittel				
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	zusätzliche Landesmittel				
insgesamt ...	27,61	27,61	27,61	27,61	110,44

¹⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe des Doppelhaushaltes 1978/79.

²⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung.

13. Regionales Aktionsprogramm „Saarland-Westpfalz“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen:

- Kaiserslautern, Landau, Pirmasens, Saarbrücken, Zweibrücken.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

- Kreisfreie Stadt Kaiserslautern
- Kreisfreie Stadt Landau
- Kreisfreie Stadt Pirmasens
- Kreisfreie Stadt Zweibrücken
- Stadtverband Saarbrücken
- Aus Landkreis Alzey-Worms
 - a) Stadt Alzey
 - b) VG *) Alzey-Land
 - c) VG Wöllstein
 - d) VG Wörrstadt
- Aus Landkreis Bad Dürkheim
 - a) VG Lambrecht
- Aus Landkreis Donnersberg
 - a) VG Alsenz-Obermoschel
 - b) VG Göllheim
 - c) VG Kirchheimbolanden
 - d) VG Rockenhausen
 - e) VG Winnweiler
- Landkreis Kaiserslautern
- Landkreis Kusel
- Landkreis Merzig-Wadern
- Landkreis Neunkirchen
- Landkreis Pirmasens
- Landkreis Saarlouis
- Landkreis Saar-Pfalz-Kreis
- Landkreis St. Wendel
- Landkreis Südliche Weinstraße ohne die Gemeinden Barbelroth, Dierbach, Gommersheim, Hergersweiler, Niederotterbach und Oberhausen.

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum Saarland ist als Montanindustriengebiet in besonderem Maße von dem Strukturwandel betroffen, dessen Auswirkungen strukturspezifische Maßnahmen erfordern. Die bisherigen Aktionspro-

*) VG = Verbandsgemeinde

gramme haben sich als wirkungsvolles Mittel erwiesen, die negativen Folgen des Struktureinbruchs abzuschwächen. Die im ganzen positive Entwicklung in Richtung auf eine Sanierung der Saarländischen Wirtschaft ist durch neuerliche Einbrüche bei den traditionellen Wirtschaftsbereichen gestört, so daß die eingeleiteten Maßnahmen fortgeführt und ergänzt werden müssen. Die Förderungsmaßnahmen sollen den schwierigen topographischen Gegebenheiten im Saarland Rechnung tragen und unter Berücksichtigung der siedlungsgeographischen Verhältnisse das gesamte Landesgebiet umfassen.

Als Grenzgebiet zu Frankreich und Luxemburg ergeben sich für das Saarland, ähnlich wie in sonstigen Grenzzonen, zusätzliche Probleme, die die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen.

Die rheinland-pfälzischen Gebiete des Aktionsraumes sind in ähnlicher Weise wie das Saarland schwerwiegenden Strukturproblemen ausgesetzt. Außerdem gehört dieses Gebiet zu den wirtschaftsschwachen Räumen der Bundesrepublik, dessen Wirtschaftskraft im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt bzw. noch weiter unter den Bundesdurchschnitt abzusinken droht. Die geringe Wirtschaftskraft des Aktionsraumes ist auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- Die Grenzlandsituation seit Generationen,
- die kleinbäuerliche Betriebsgrößenstruktur und die starke Besitzersplitterung in der Landwirtschaft,
- den monoindustriellen Charakter im südwestlichen Teilgebiet mit starkem Übergewicht der Schuhindustrie und ihrer Zulieferer,
- die hohe Zahl der bei den alliierten Stationierungsstreitkräften beschäftigten deutschen Arbeitskräfte,
- die Auswirkung des Strukturwandels in der saarländischen Montanindustrie,
- die Behinderung durch umfangreiche militärische Anlagen.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl 1 804 688

davon:

rheinland-pfälzisches Teilgebiet
(30. Juni 1977) 720 823

saarländisches Teilgebiet
(30. September 1977) 1 083 865

Fläche	6 763 qkm
<i>davon:</i>	
rheinland-pfälzisches Teilgebiet	4 196 qkm
saarländisches Teilgebiet	2 567 qkm
Bevölkerungsdichte	267
<i>davon:</i>	
rheinland-pfälzisches Teilgebiet	172
saarländisches Teilgebiet	422
Industriebesatz (1977)	120
<i>davon:</i>	
rheinland-pfälzisches Teilgebiet	94
saarländisches Teilgebiet	137
BIP/WIB (1974)	13 330 DM
<i>davon:</i>	
rheinland-pfälzisches Teilgebiet	12 530 DM
saarländisches Teilgebiet	13 807 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Primäres Ziel des saarländischen Teils des Regionalen Aktionsprogramms ist es, die Lücke zu schließen zwischen der negativen Status-quo-Entwicklung und einer angestrebten aktiven Sanierung der Saarwirtschaft.

Das Ziel der Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft ist insbesondere die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den für den Fremdenverkehr geeigneten saarländischen Gebieten.

Im rheinland-pfälzischen Teilgebiet ist im Norden eine wesentlich höhere Industrialisierung anzustreben, während es im südlichen Teil des Aktionsraumes (in erster Linie) gilt, die vorhandene Monostruktur (Schuhindustrie) aufzulockern. Einige Gebiete (insbesondere Pfälzer Wald) bieten günstige Voraussetzungen für den Fremdenverkehr, dessen Förderung als flankierende Maßnahme zu einer Verbesserung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur beitragen soll.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze insgesamt	26 300
(im Teilprogramm Rheinland-Pfalz)	(11 300)
(im Teilprogramm Saarland)	(15 000)
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe insgesamt	17 800
(im Teilprogramm Rheinland-Pfalz)	(2 800)
(im Teilprogramm Saarland)	(15 000)

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkorte ¹⁾

	Einwohnerzahl		
	im Ort	im Einzugsbereich	
<i>Übergeordnete Schwerpunkorte</i>			
Homburg	(20 %)	41 353	70 000
Kaiserslautern	(20 %)	100 383	155 100
Kusel/Rammelsbach	(20 %)	7 917	76 600
Landau i. d. Pfalz ..	(20 %)	37 078	106 900
Neunkirchen	(20 %)	53 782	135 000
Nonnweiler/Hermeskeil ²⁾	(20 %)	13 974	58 200
Pirmasens	(20 %)	52 805	112 300
Saarbrücken-Völklingen	(20 %)	246 151	289 000
Saarlouis	(20 %)	39 905	100 000
St. Wendel	(20 %)	27 346	72 000
Zweibrücken	(20 %)	35 722	51 500
<i>Schwerpunkorte</i>			
Alzey	(15 %)	15 160	59 700
Dahn	(15 %)	4 726	24 800
Edenkoben	(15 %)	6 313	39 100
Kirchheimbolanden ..	(15 %)	5 837	24 400
Lebach	(15 %)	20 030	55 000
Merzig	(15 %)	30 391	72 000
Perl	(15 %)	6 299	20 000
Ramstein-Miesenbach	(15 %)	7 896	42 100
Rockenhausen	(15 %)	4 517	30 300

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:

Zu Homburg: Blieskastel; zu Kusel/Rammelsbach: Konken/Schellweiler; zu Landau in der Pfalz: Offenbach an der Queich; zu Neunkirchen: Bexbach, Friedrichsthal, Illingen, Kirkel und Sulzbach; zu Nonnweiler/Hermeskeil: Nohfelden (Ortsteile Eckelhausen und Eisen); zu Saarbrücken-Völklingen: Kleinblittersdorf, Püttlingen und Riegelsberg; zu Saarlouis: Dillingen, Saarwellingen, Schwalbach und Überherrn; zu Lebach: Eppelborn und Schmelz; zu Ramstein-Miesenbach: Landstuhl.

²⁾ Hermeskeil liegt im Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms „Eifel-Hunsrück“ (vgl. hierzu S. 72).

b) Fremdenverkehrsgebiete

Landkreis Bad Dürkheim

davon:

VG *) Lambrecht

*) VG = Verbandsgemeinde

Landkreis Donnersberg

davon:

Göllheim, VG *) Alsenz-Obermoschel, VG Kirchheimbolanden, VG Rockenhausen, VG Winnweiler

Landkreis Kaiserslautern

davon:

Bruchmühlbach-Miesau, Otterberg, Ramstein-Miesenbach, VG Enkenbach-Alsenborn, VG Hochspeyer, VG Kaiserslautern-Süd, VG Landstuhl

Landkreis Kusel

davon:

VG Altenglan, VG Kusel, VG Lauterecken, VG Schönenberg-Kübelberg, VG Waldmohr, VG Wolfstein

Landkreis Merzig-Wadern

davon:

Losheim, Stadt Merzig, Mettlach, Perl, Wadern, Weiskirchen

Landkreis Neunkirchen

davon:

die Stadtteile Münchwies und Hangard der Stadt Neunkirchen, Ottweiler

Landkreis Pirmasens

davon:

Stadt Hornbach, VG Dahn, VG Hauenstein, VG Pirmasens-Land, VG Rodalben, VG Waldfischbach-Burgalben; aus VG Wallhalben die Gemeinde Herschberg.

*) VG = Verbandsgemeinde

Landkreis Saarlouis

davon:

Rehlingen, Überherrn, Wallerfangen, der Ortsteil Differten der Gemeinde Wadgassen

Landkreis Saar-Pfalz-Kreis

davon:

Bexbach, Stadt Blieskastel, Gersheim, Stadt Homburg, Kirkel, Mandelbachtal

Landkreis St. Wendel

davon:

Freisen, Marpingen, Namborn, Nohfelden, Nonweiler, Oberthal, Stadt St. Wendel, Tholey

Landkreis Südliche Weinstraße

ohne VG Offenbach an der Queich,
ohne VG Herxheim
ohne die Gemeinden Gommersheim, Barbelroth, Dierbach, Hergersweiler, Niederrotterbach und Oberhausen

Kreisfreie Stadt Kaiserslautern

Kreisfreie Stadt Landau

Kreisfreie Stadt Pirmasens

Kreisfreie Stadt Zweibrücken

Stadtverband Saarbrücken

davon:

Großrosseln, Kleinblittersdorf, die Stadtteile Lauterbach und Ludweiler/Warndt der Stadt Völklingen

Teilprogramm Rheinland-Pfalz

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 316,00	—	155,12	—	98,72	—	56,40	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	78,80	—	7,88	—	—	—	7,88	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	205,67	—	22,96	—	9,92	—	13,04	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 600,47	—	185,96	—	108,64	—	77,32	—
im Jahresdurchschnitt	400,12	—	46,49	—	27,16	—	19,33	—
4. Industriegeländeerschließung	76,68	—	46,00	—	—	—	6,80 (Rest Landesmittel)	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	3,06	—	1,84	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	24,52	—	14,72	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	9,20	—	5,52	—	—	—	(zusätzliche Landesmittel)	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	113,46	—	68,08	—	—	—	6,80	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 713,93	—	254,04	—	108,64	—	84,12	—
im Jahresdurchschnitt	428,48	—	63,51	—	27,16	—	21,03	—

D. Finanzierungspian

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	27,16	27,16	27,16	27,16	108,64
2. GA-Mittel	21,03 ¹⁾	21,03 ¹⁾	21,03 ²⁾	21,03 ²⁾	84,12 ¹⁾²⁾
zusammen ...	48,19	48,19	48,19	48,19	192,76
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	24,68	24,68	24,68	24,68	98,72
b) GA-Mittel	14,10	14,10	14,10	14,10	56,40
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,97	1,97	1,97	1,97	7,88
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	2,48	2,48	2,48	2,48	9,92
b) GA-Mittel	3,26	3,26	3,26	3,26	13,04
4. Industriegeländeerschließung	1,70	1,70	1,70	1,70	6,80
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	zusätzliche Landesmittel				
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	zusätzliche Landesmittel				
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	zusätzliche Landesmittel				
insgesamt ...	48,19	48,19	48,19	48,19	192,76

¹⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe des Doppelhaushaltes 1978/79.

²⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung.

Teilprogramm Saarland

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 250,00	—	233,75	—	168,75	—	65,00	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 250,00	—	65,00	—	—	—	65,00	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	80,00	—	10,00	—	6,00	—	4,00	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	4 580,00	—	308,75	—	174,75	—	134,00	—
im Jahresdurchschnitt	1 145,00	—	77,19	—	43,69	—	33,50	—
4. Industriegeländeerschließung	42,00	—	33,60	—	—	—	33,60	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	116,00	—	92,80	—	—	—	92,80	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	36,50	—	29,20	—	—	—	29,20	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	58,00	—	46,40	—	—	—	46,40	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	252,50	—	202,00	—	—	—	202,00	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	4 832,50	—	510,75	—	174,75	—	336,00	—
im Jahresdurchschnitt	1 208,13	—	127,69	—	43,69	—	84,00	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	43,69	43,69	43,69	43,69	174,75
2. GA-Mittel	84,00	84,00	84,00	84,00	336,00
zusammen ...	127,69	127,69	127,69	127,69	510,75
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	42,19	42,19	42,19	42,19	168,75
b) GA-Mittel	16,25	16,25	16,25	16,25	65,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	16,25	16,25	16,25	16,25	65,00
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,50	1,50	1,50	1,50	6,00
b) GA-Mittel	1,00	1,00	1,00	1,00	4,00
4. Industriegeländeerschließung	8,40	8,40	8,40	8,40	33,60
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	23,20	23,20	23,20	23,20	92,80
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	7,30	7,30	7,30	7,30	29,20
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	11,60	11,60	11,60	11,60	46,40
insgesamt ...	127,69	127,69	127,69	127,69	510,75

14. Regionales Aktionsprogramm „Odenwald – Hohenlohe – Ostalb“**A. Beschreibung des Aktionsraumes****1. Abgrenzung**

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen:

Aalen, Buchen, Heidenheim-Dillingen (baden-württembergischer Teil) Schwäbisch Hall und Tauberbischofsheim.

Er umfaßt damit folgende Landkreise oder Teile von Landkreisen:

— Heidenheim

— Hohenlohekreis

— Main-Tauber-Kreis

— Neckar-Odenwaldkreis

— Schwäbisch Hall

— vom Ostalbkreis
die Mittelbereiche:

— Aalen-Wasseralfingen (Gemeinden: Aalen-Wasseralfingen, Abtsgmünd, Bopfingen, Essingen, Hüttlingen, Kirchheim, Lauchheim, Neresheim, Oberkochen, Riesbürg, Westhausen) und

— Ellwangen (Gemeinden: Adelsmannsfelden, Ellenberg, Ellwangen, Jagstzell, Neuler, Rainau, Rosenberg, Stödtlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Wört)

— vom Rhein-Neckar-Kreis
die Mittelbereiche:

— Eberbach (Gemeinden: Eberbach und Schönbrunn)

— Sinsheim (Gemeinden: Angelbachtal, Effenbach — Reichartshausen, Helmstadt — Bargen, Neckarbischofsheim, Neidenstein, Sinsheim, Waibstadt, Zuzenhausen)

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum liegt im Nordosten und Osten des Landes. Insbesondere der nördliche Teil ist immer noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt und weist entsprechende Strukturprobleme auf.

Im Osten bestehen neben den mehr landwirtschaftlichen auch bereits industriell entwickeltere Gebiete, deren Wirtschaft jedoch teilweise in einer Umstrukturierung begriffen ist.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	835 663
Fläche (1. Januar 1977)	6 788 qkm
Bevölkerungsdichte (1. Januar 1977)	123
Industriebesatz (1975)	146
BIP/WIB (1974)	14 700 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Ziel der regionalen Wirtschaftsförderung ist es, in den wenig industrialisierten Gebieten eine ausreichende Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen zu schaffen. In den Gebieten mit höherem Industrialisierungsgrad kommt es vor allem darauf an, die vorhandenen Arbeitsplätze durch eine Förderung von Umstellung und Rationalisierung zu sichern und in Einzelfällen auch eine noch stärkere Differenzierung der Branchenstruktur zu erreichen.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	4 300
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 600

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung**a) Gewerbliche Schwerpunkte¹⁾**

	Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Buchen (20 %)	25 317	40 000
Crailsheim (20 %)	24 486	70 000
Heidenheim an der Brenz (20 %)	49 363	125 000
<i>Schwerpunkte</i>		
Bad Mergentheim (15 %)	24 007	55 000
Bopfingen (15 %)	11 527	20 000
Ellwangen (Jagst) (15 %)	21 693	45 000
Gaildorf (15 %)	10 277	20 000
Mosbach (15 %)	23 359	85 000
Ohringen (15 %)	20 821	40 000
Osterburken/ Adelsheim (15 %)	9 521	20 000
Schrozberg (15 %)	5 464	15 000
Schwäbisch Hall (15 %)	34 635	80 000
Tauberbischofsheim (15 %)	11 972	40 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:

Zu Buchen: Walldürn; zu Bad Mergentheim: Igersheim; zu Ohringen: Neuenstein; zu Schwäbisch Hall: Michelbach a. d. Bilz.

b) Fremdenverkehrsgebiete**Landkreis Heidenheim***davon die Gemeinden*

Dischingen, Gerstetten, Giengen/Brenz (nur Ortsteil Hürben), Heidenheim (nur Ortsteil Großkuchen), Herbrechtingen (ohne die Ortsteile Bohlheim und Hausen), Königsbronn, Nattheim, Niederstotzingen (nur Ortsteil Stetten), Steinheim a. A.

Hohenlohekreis*davon die Gemeinden*

Forchtenberg, Ingelfingen, Krautheim, Künzelsau (nur Ortsteil Kocherstetten), Kupferzell, Neuenstein, Niedernhall, Ohringen, Pfedelbach (nur Ortsteil Untersteinbach), Schöntal, Waldenburg, Zweiflingen.

Main-Tauber-Kreis*davon die Gemeinden*

Ahorn, Boxberg, Bad Mergentheim, Creglingen, Freudenberg (ohne Ortsteile Ebenheid und Rauenberg), Lauda-Königshofen (nur Ortsteil Beckstein), Tauberbischofsheim, Weikersheim, Werbach, Wertheim.

Neckar-Odenwald-Kreis*davon die Gemeinden*

Adelsheim, Aglasterhausen (nur Ortsteile Breitenbronn und Michelbach), Binau, Buchen (ohne Ortsteile Bödighheim, Götzingen, Hettingen und

Rinschheim), Elztal, Fahrenbach, Hardheim (ohne Ortsteile Bretzingen, Erfeld und Gerichtstetten), Haßmersheim, Höpfingen (ohne Ortsteil Waldstetten), Limbach, Mosbach, Mudau, Neckargerach, Neckarzimmern, Neunkirchen, Obrigheim (ohne Ortsteil Asbach), Osterburken (ohne Ortsteil Bofsheim), Rosenberg (ohne Ortsteile Bronnacker und Hirschlanden), Schwarzach, Seckach, Waldbrunn, Walldürn (ohne Ortsteil Altheim), Zwingenberg.

Ostalbkreis*davon die Gemeinden*

Aalen-Wasseralfingen (ohne die Ortsteile Aalen, Dewangen, Fachsenfeld, Hofen und Wasseralfingen), Abtsgmünd, Adelmansfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen, Essingen, Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stödtlen, Westhausen (nur Ortsteile Lippach und Reichenbach), Wört.

Rhein-Neckar-Kreis*davon die Gemeinden*

Eberbach, Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Reichartshausen, Schönbrunn.

Landkreis Schwäbisch Hall*davon die Gemeinden*

Braunsbach, Bühlertann, Bühlerzell, Fichtenau, Fichtenberg, Kirchberg/Jagst, Kreßberg, Langenburg, Mainhardt, Michelfeld, Oberrot, Obersontheim, Rot am See, Schwäbisch Hall, Sulzbach-Laufen, Vellberg.

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	453,60	—	41,15	—	34,02	—	7,13	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	41,60	—	4,16	—	—	—	4,16	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	50,40	—	4,67	—	3,78	—	0,79	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	545,60	—	49,88	—	37,80	—	12,08	—
im Jahresdurchschnitt	136,40	—	12,47	—	9,45	—	3,02	—
4. Industriegeländeerschließung	34,60	—	17,30	—	—	—	17,30	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	54,95	—	18,32	—	—	—	18,32	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	7,63	—	3,05	—	—	—	3,05	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	13,99	—	4,58	—	—	—	4,58	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	111,17	—	43,25	—	—	—	43,25	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	656,77	—	93,13	—	37,80	—	55,33	—
im Jahresdurchschnitt	164,19	—	23,28	—	9,45	—	13,83	—

*) Differenzen durch Rundung bedingt

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM *)

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	9,45	9,45	9,45	9,45	37,80
2. GA-Mittel	13,83	13,83	13,83	13,83	55,33
zusammen ...	23,28	23,28	23,28	23,28	93,13
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	8,51	8,51	8,51	8,51	34,02
b) GA-Mittel	1,78	1,78	1,78	1,78	7,13
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,04	1,04	1,04	1,04	4,16
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	0,95	0,95	0,95	0,95	3,78
b) GA-Mittel	0,20	0,20	0,20	0,20	0,79
4. Industriegeländeerschließung	4,33	4,33	4,33	4,33	17,30
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	4,58	4,58	4,58	4,58	18,32
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	0,76	0,76	0,76	0,76	3,05
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	1,15	1,15	1,15	1,15	4,58
insgesamt ...	23,30	23,30	23,30	23,30	93,13

*) Differenzen durch Rundung bedingt

15. Regionales Aktionsprogramm „Hochschwarzwald – Baar – Hochrhein“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf die nachstehend genannten Arbeitsmarktregionen:

Donaueschingen und Waldshut.

Er umfaßt damit folgende Landkreise oder Teile von Landkreisen:

- vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald den Mittelbereich
 - Titisee-Neustadt (Gemeinden: Breitnau, Eisenbach, Feldberg, Friedenweiler, Hinterzarten, Lenzkirch, Löffingen, Schluchsee, Titisee-Neustadt);
- vom Landkreis Lörrach den Mittelbereich
 - Schopfheim (Gemeinden: Aitern, Böllen Bürcbau, Elbenschwand, Fröhnd, Hög-Ehrsborg, Hasel, Hausen, Maulburg, Neuenweg, Raich, Sallneck, Schönau, Schöenberg, Schopfheim, Tegernau, Todtnau, Tunau, Wembach, Wieden, Wies, Wieslet, Utzenfeld, Zell);
- vom Schwarzwald-Baar-Kreis den Mittelbereich
 - Donaueschingen (Gemeinden: Blumberg, Bräunlingen, Donaueschingen, Hüfingen);
- vom Landkreis Waldshut den Mittelbereich
 - Waldshut-Tiengen (Gemeinden: Albruck, Bernau, Bonndorf, Dachsberg, Dettinghofen, Dogern, Eggingen, Grafenhausen, Häusern, Höchenschwand, Hohenstengen, Ibach, Jestetten, Klettgau, Küssaberg, Lauchringen, Lottstetten, St. Blasien, Stühlingen, Todtmoos, Uhlingen-Birkendorf, Waldshut-Tiengen, Weilheim, Wutach, Wutöschingen).

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum liegt im Südwesten des Landes. Seine wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Grenzlage und durch schwierige topographische und klimatische Verhältnisse erschwert. Insbesondere im Hochschwarzwald und in Teilen der Baar besteht die Gefahr der passiven Sanierung.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	210 383
Fläche (1. Januar 1977)	2 066 qkm
Bevölkerungsdichte (1. Januar 1977) ..	102
Industriebesatz (1975)	132
BIP/WIB (1974)	12 700 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Im Hochrheingebiet ist Ziel der regionalen Wirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Entwicklung anzuregen, die durch Grenzlage und schwierige Verkehrsverhältnisse bedingt immer mehr stagniert. Im Wiesental sollen vor allem die Bemühungen der vorhandenen Industrie um Umstellung und Rationalisierung unterstützt und eine differenziertere Branchenstruktur angestrebt werden. Dort, wo der Fremdenverkehr, wie z. B. im Hochschwarzwald, ein wichtiger Bestandteil des Entwicklungspotentials ist, gilt es, die vorhandenen Ansätze zu stärken und insbesondere qualitativ noch zu verbessern. In den übrigen Gebieten soll das Entwicklungsniveau vor allem durch den Ausbau des gewerblich-industriellen Bereiches angehoben werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	1 700
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 000

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkte

	Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkte</i>		
Waldshut-Tiengen .. (20 %)	21 717	90 000
Schopfheim (20 %)	15 686	45 000
<i>Schwerpunkte</i>		
Bonndorf im Schwarzwald (15 %)	5 233	10 000
Donaueschingen (15 %)	17 469	40 000
Titisee-Neustadt (15 %)	11 074	35 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

davon die Gemeinden

Breitnau, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg, Friedenweiler, Hinterzarten, Lenzkirch, Löffingen, Schluchsee, Titisee-Neustadt;

Landkreis Lörrach

davon die Gemeinden

Altern, Böllen, Bürchau, Elbenschwand, Fröhnd, Hög-Ehrsberg, Hasel, Neuenweg, Raich, Sallneck, Schönau, Schönenberg, Schopfheim (nur Ortsteile Enkenstein, Gersbach und Raitbach), Tegernau, Todtnau, Tunau, Utzenfeld, Wembach, Wieden, Wies, Wieslet, Zell;

Schwarzwald-Baar-Kreis

davon die Gemeinden

Blumberg, Bräunlingen, Donaueschingen, Hüfingen (nur Ortsteile Hausen v. W. und Mundelfingen);

Landkreis Waldshut

davon die Gemeinden

Albrück (nur Ortsteile Birkingen, Birndorf, Buch und Unteralpfen), Bernau, Bonndorf, Dachsberg, Grafenhausen, Häusern, Höchenschwand, Hohentenden, Ibach, Küssaberg, St. Blasien, Stühlingen (ohne die Ortsteile Eberfingen und Grimmelschhofen), Todtmoos, Uhlingen-Birkendorf, Waldshut-Tiengen (nur Ortsteile Aichen, Breitenfeld, Detzeln, Indlekofen, Krenkingen, Oberalpfen und Waldkirch), Weilheim, Wutach.

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM *)

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	176,40	—	16,00	—	13,23	—	2,77	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	26,00	—	2,60	—	—	—	2,60	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	19,60	—	1,78	—	1,47	—	0,31	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	222,00	—	20,38	—	14,70	—	5,68	—
im Jahresdurchschnitt	55,50	—	5,10	—	3,67	—	1,42	—
4. Industriegeländeerschließung	8,38	—	4,19	—	—	—	4,19	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	13,31	—	4,43	—	—	—	4,43	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	1,85	—	0,74	—	—	—	0,74	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	3,39	—	1,11	—	—	—	1,11	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	26,93	—	10,47	—	—	—	10,47	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	248,93	—	30,85	—	14,70	—	16,15	—
im Jahresdurchschnitt	62,23	—	7,71	—	3,67	—	4,04	—

*) Differenzen durch Rundung bedingt

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM *)

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	3,67	3,67	3,67	3,67	14,70
2. GA-Mittel	4,04	4,04	4,04	4,04	16,15
zusammen ...	7,71	7,71	7,71	7,71	30,85
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	3,31	3,31	3,31	3,31	13,23
b) GA-Mittel	0,69	0,69	0,69	0,69	2,77
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	0,65	0,65	0,65	0,65	2,60
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	0,37	0,37	0,37	0,37	1,47
b) GA-Mittel	0,08	0,08	0,08	0,08	0,31
4. Industriegeländeerschließung	1,05	1,05	1,05	1,05	4,19
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,11	1,11	1,11	1,11	4,43
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	0,19	0,19	0,19	0,19	0,74
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,28	0,28	0,28	0,28	1,11
insgesamt ...	7,73	7,73	7,73	7,73	30,85

*) Differenzen durch Rundung bedingt

16. Regionales Aktionsprogramm „Alb-Oberschwaben“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf die Arbeitsmarktregion: Sigmaringen.

Er umfaßt damit die folgenden Landkreise oder Teile von Landkreisen:

- vom Alb-Donau-Kreis den Mittelbereich
 - Ehingen (Gemeinden: Allmendingen, Altheim, Ehingen, Emeringen, Emerkingen, Griesingen, Grundsheim, Hausen, Hunderingen, Lauterach, Munderkingen, Oberdisingen, Obermarchtal, Oberstadion, Opfingen, Rechtenstein, Rottenacker, Schelkingen, Untermarchtal, Unterstadion, Unterwachingen)

und den Verwaltungsraum

- Laichingen (Gemeinden: Heroldstatt, Laichingen, Merklingen, Nellingen, Westerheim)
- vom Landkreis Biberach die Mittelbereiche
 - Laupheim (Gemeinden: Achstetten, Burgrieden, Laupheim, Mietingen, Schwendi, Wain)
 - Riedlingen (Gemeinden: Altheim, Dürmentigen, Ertingen, Langenenslingen, Riedlingen, Unlingen, Uttenweiler)
- vom Landkreis Konstanz den Verwaltungsraum
 - Stockach (Gemeinden: Bodman-Ludwigshafen, Eigeltingen, Hohenfels, Mühligen, Orsingen-Nenzingen, Stockach)
- vom Landkreis Ravensburg den Verwaltungsraum
 - Altshausen (Gemeinden: Altshausen, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen)
- vom Landkreis Reutlingen den Mittelbereich
 - Münsingen (Gemeinden: Gomadingen, Hayingen, Mehrstetten, Münsingen, Pfronstetten, Zwiefalten und Gutzbezirk Münsingen)
- den Landkreis Sigmaringen.

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum liegt im Südosten des Landes. Es ist ein dünnbesiedelter, überwiegend landwirtschaftlich ausgerichteter Raum mit industriellen Ansätzen vor allem im mittleren und südlichen Teil. Ungünstige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen auf Grund der Klima- und Bodenverhältnisse sowie der Betriebsgrößenstruktur lassen die Freisetzung weiterer Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft erwarten. In der Industrie des Gebietes kommt der Textilwirtschaft ein hohes Gewicht zu. Es handelt sich um ein Gebiet, dessen Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Gleichzeitig sind Teile des Gebietes auch monostrukturiert.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	283 401
Fläche (1. Januar 1977)	3 113 qkm
Bevölkerungsdichte (1. Januar 1976)	91
Industriebesatz (1975)	130
BIP/WIB (1974)	13 100 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Ziel der regionalen Wirtschaftsförderung in diesem Raum ist es, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen mit hoher Produktivität zu schaffen. Wegen der industriellen Struktur kommen daneben Maßnahmen zur Förderung von Umstellung und Rationalisierung im produzierenden Gewerbe besondere Bedeutung zu. Dadurch soll es den bestehenden Betrieben erleichtert werden, sich den Strukturverbesserungen in ihrer Branche anzupassen.

Mit seinen landschaftlichen Vorzügen eignen sich weite Teile des Gebietes in besonderem Maße für einen verstärkten Ausbau des Fremdenverkehrs.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	3 600
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 400

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttore

	Einwohnerzahl (1. Januar 1977)	
	im Ort	im Ein- zugs- bereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttore</i>		
Münsingen (20 %)	11 212	20 000
Sigmaringen (20 %)	15 292	85 000
<i>Schwerpunkttore</i>		
Ehingen (Donau) (15 %)	21 630	45 000
Laichingen (15 %)	8 306	15 000
Laupheim (15 %)	14 583	30 000
Meßkirch (15 %)	6 959	15 000
Pfullendorf (15 %)	9 616	15 000
Riedlingen (15 %)	8 678	25 000
Saulgau (15 %)	15 259	35 000
Stockach (15 %)	12 605	20 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

Alb-Donau-Kreis

davon die Gemeinden

Allmendingen (nur Ortsteile Weilersteußlingen, Grötzingen und Ennahofen), Ehingen (Ortsteile Erbstetten, Granheim, Kirchen, Mündingen, Dächingen, Frankenhofen und Altsteußlingen), Heroldstatt, Laichingen, Lauterach, Merklingen, Obermarchtal, Rechtenstein, Schelklingen (nur Ortsteile Gundershofen, Hütten, Sondernach, Ingstetten, Justingen, Schmiechen und Hausen o. U.), Westerheim;

Landkreis Konstanz

davon die Gemeinden

Bodman-Ludwigshafen, Eigeltingen, Mühlingen (nur Ortsteil Gallmannsweil), Stockach (nur Ortsteil Espasingen und Raithaslach);

Landkreis Reutlingen

davon die Gemeinden

Gomadingen, Hayingen, Mehrstetten, Münsingen, Pfronstetten, Zwiefalten;

Landkreis Sigmaringen

davon die Gemeinden

Beuron, Bingen, Gamertingen, Hettingen, Illmensee, Inzigkofen, Leibertingen, Neufra, Scheer, Schweningen, Sigmaringen, Sigmaringendorf, Stetten a. k. M., Veringstadt.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM *)

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	378,00	—	34,29	—	28,35	—	5,94	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	36,40	—	3,64	—	—	—	3,64	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	42,00	—	3,81	—	3,15	—	0,66	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	456,40	—	41,74	—	31,50	—	10,24	—
im Jahresdurchschnitt	141,00	—	10,44	—	7,88	—	2,56	—
4. Industriegeländeerschließung	11,42	—	5,71	—	—	—	5,71	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	18,14	—	6,05	—	—	—	6,05	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	2,52	—	1,01	—	—	—	1,01	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	4,62	—	1,51	—	—	—	1,51	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	36,70	—	14,28	—	—	—	14,28	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	493,10	—	51,02	—	31,50	—	24,52	—
im Jahresdurchschnitt	123,28	—	14,01	—	7,88	—	6,13	—

*) Differenzen durch Rundung bedingt

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM *)

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	7,88	7,88	7,88	7,88	31,50
2. GA-Mittel	6,13	6,13	6,13	6,13	24,52
zusammen ...	14,01	14,01	14,01	14,01	56,02
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	7,09	7,09	7,09	7,09	28,35
b) GA-Mittel	1,49	1,49	1,49	1,49	5,94
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	0,91	0,91	0,91	0,91	3,64
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	0,79	0,79	0,79	0,79	3,15
b) GA-Mittel	0,17	0,17	0,17	0,17	0,66
4. Industriegeländeerschließung	1,43	1,43	1,43	1,43	5,71
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,51	1,51	1,51	1,51	6,05
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	0,25	0,25	0,25	0,25	1,01
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	0,38	0,38	0,38	0,38	1,51
insgesamt ...	14,02	14,02	14,02	14,02	56,02

*) Differenzen durch Rundung bedingt

17. Regionales Aktionsprogramm „Nordbayerisches Fördergebiet“**A. Beschreibung des Aktionsraumes****1. Abgrenzung**

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen: Aschaffenburg, Bad Neustadt a. d. Saale, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof/Wunsiedel, Kulmbach, Lohr a. Main, Schweinfurt, Würzburg.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

Kreisfreie Stadt Aschaffenburg

Kreisfreie Stadt Bamberg

Kreisfreie Stadt Bayreuth

Kreisfreie Stadt Coburg

Kreisfreie Stadt Hof

Kreisfreie Stadt Schweinfurt

Kreisfreie Stadt Würzburg

Landkreis Aschaffenburg

davon die Gemeinden:

Alzenau i. UFr., Bessenbach, Blankenbach, Damm-
bach, Geiselbach, Glattbach, Goldbach, Großost-
heim, Haibach, Hain i. Spessart, Heigenbrücken,
Heimbuchenthal, Heinrichsthal, Hösbach, Hofstäd-
ten, Johannesberg, Kahl a. Main, Karlstein a.
Main, Kleinkahl, Kleinostheim, Krombach, Laufach,
Mainaschaff, Mespelbrunn, Mömbris, Obernau,
Pflaumheim, Rothenbuch, Rottenberg, Sailauf,
Schimborn, Schöllkrippen, Sommerkahl, Stockstadt
a. Main, Waldaschaff, Weibersbrunn, Wenigum-
stadt, Westerngrund, Wiesen, Winzenhohl.

Landkreis Bad Kissingen

Landkreis Bamberg

davon die Gemeinden:

Altendorf, Amlingstadt, Ampferbach, Aschbach,
Baunach, Birkach, Bischberg, Bojendorf, Breiten-
güßbach, Burgebrach, Burgwindheim, Buttenheim,
Demmelsdorf, Deusdorf, Dreuschendorf, Ebing,
Ebrach, Ehrl, Erlau, Frensdorf, Geisfeld, Gerach,
Giech, Gräfenhäusling, Grub, Gundelsheim, Gun-
zendorf, Halbersdorf, Hallstadt, Heiligenstadt i.
Ofr., Herrnsdorf, Herzogenreuth, Hirschaid, Hö-
fen, Hohenhäusling, Kalteneggolsfeld, Kemmern,

Königsfeld, Lauter, Lindach, Lisberg, Litzendorf,
Lohndorf, Ludwag, Melkendorf, Memmelsdorf,
Mürsbach, Naisa, Neudorf b. Scheßlitz, Oberhaid,
Oberngrub, Pettstadt, Peulendorf, Pödeldorf, Prie-
sendorf, Rattelsdorf, Reckendorf, Reichmannsdorf,
Reundorf, Röbersdorf, Rothensand, Sassanfahrt,
Schammelsdorf, Schederndorf, Schesslitz, Schön-
brunn i. Steigerwald, Schweisdorf, Seußling, Stal-
delhofen, Staffelbach, Stegaurach, Steinfeld, Steins-
dorf, Strullendorf, Stübig, Teuchatz, Tiefenellern,
Tiefenpölz, Trabelsdorf, Trosdorf, Trunstadt, Un-
terhaid, Unteroberndorf, Viereth, Walsdorf, Wat-
tendorf, Weichenwasserlos, Windischletten, Wür-
gau, Zapfendorf, Zeckendorf, Zeegendorf, Zett-
mannsdorf, Ziegelsambach, Zückshut.

Landkreis Bayreuth

davon die Gemeinden:

Ahorntal, Altdrossenfeld, Aufseß, Bad Berneck
i. Fichtelgebirge, Bindlach, Birk, Bischofsgrün,
Brandholz, Busbach, Cottenbach, Creußen, Döhlau,
Donndorf, Eckersdorf, Emtmannsberg, Eschen,
Escherlich, Euben, Falls, Fichtelberg, Gefrees, Ge-
sees, Glashütten, Goldkronach, Gottsfeld, Haag,
Haidhof, Hainbronn, Hauendorf, Heinersreuth,
Hinterkleebach, Hochstahl, Hollfeld, Hummeltal,
Kirchenpingarten, Krögelstein, Lehen, Leups, Lin-
denhardt, Mehlmeisel, Mistelbach, Mistelgau, Neu-
haus, Obersees, Oberwaiz, Oberwarmensteinach,
Pegnitz, Plankenfels, Poppendorf, Pottenstein, Pre-
bitz, Ramsenthal, Schnabelwaid, Schreez, Seidwitz,
Seybothenreuth, Speichersdorf, Streitau, Trockau,
Untersteinach, Unterwaiz, Waischenfeld, Warmen-
steinach, Weidenberg, Witzleshofen, Wolfsbach,
Zips.

Landkreis Coburg

Landkreis Erlangen-Höchstadt

davon die Gemeinden:

Eckersbach, Schlüsselfeld (Gemeindeteil Untermel-
sendorf)

Landkreis Forchheim

davon die Gemeinden:

Birkenreuth, Drügendorf, Ebermannstadt, Eggols-
heim, Eschlipp, Gößweinstein, Götzendorf, Morsch-
reuth, Tiefenstürmig, Trailsdorf, Unterleinleiter,
Wiesental, Wohlmannsgesees, Wüstenstein.

Landkreis Haßberge

Landkreis Hof

Landkreis Kitzingen

Landkreis Kronach

Landkreis Kulmbach

Landkreis Lichtenfels

Landkreis Main-Spessart

Landkreis Miltenberg

Landkreis Rhön-Grabfeld

Landkreis Schweinfurt

Landkreis Würzburg

Landkreis Wunsiedel

i. Fichtelgebirge

2. Aktionsraum

Der mit rd. zwei Drittel seiner Fläche im Zonenrandgebiet gelegene Aktionsraum weist eine unterschiedliche Wirtschaftsstruktur auf.

a) Bereich Unterfranken

Im unterfränkischen Teil des Aktionsraumes überwiegen wirtschaftsschwache Räume, die teilweise noch erheblich von der Landwirtschaft bestimmt werden. Im Bereich der Fränkischen Platten findet die Landwirtschaft relativ günstige Produktionsbedingungen vor. Die Gebiete landwirtschaftlich geringerer Bonität liegen im Spessart und in der Rhön.

In diesem Teil des Aktionsraumes ist die Industrie außerordentlich stark auf wenige gewerbliche Standorte, nämlich Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg, Kitzingen, Lohr und Bad Neustadt a. d. Saale konzentriert. Teilweise trägt das Industripotential in diesen Städten monostrukturelle Züge. Insbesondere im Industriestandort Schweinfurt besteht eine sehr einseitige Ausrichtung des Industriebesatzes auf die Wälzlagerindustrie. Der Raum Aschaffenburg weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Bekleidungsindustrie am gesamten industriellen Arbeitsplatzangebot auf.

Der Fremdenverkehr fällt als Wirtschaftsfaktor vor allem in den Kur- und Badeorten Unterfrankens ins Gewicht. Die Gebiete des Spessarts, der Bayerischen Rhön sowie des Steigerwaldes weisen bereits in erheblichem Umfang Fremdenverkehr auf. Im Fränkischen Weinland, im Täuber- und Gollachgrund, in den Haßbergen und im Grabfeldgau sind Ansätze für eine Entwicklung des Fremdenverkehrs gegeben.

In Unterfranken ist die Standortsituation vor allem in den nördlichen Randbereichen infolge der Verkehrsverhältnisse und der Topographie als ausgesprochen ungünstig zu bezeichnen. Dies gilt vor-

nehmlich für die unmittelbar an die DDR angrenzenden Landkreise. Die ehemals bedeutsamen Nord-Süd-Verbindungen auf Schiene und Straße enden heute an der Zonengrenze.

Die Wirtschaftskraft dieses Teils des Aktionsraums liegt insgesamt noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

b) Bereich Oberfranken

Verglichen mit anderen Fördergebieten Bayerns umfaßt dieser Teil des nordbayerischen Aktionsraumes weitgehend stark industrialisierte Gebiete mit einer erheblich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegenden Industriedichte. Eingelagert sind lediglich einzelne landwirtschaftlich strukturierte Gebiete mit überwiegend kleinbäuerlichen Betriebsverhältnissen. Im Rahmen der Branchenstruktur herrschen die Industriegruppen Textil, Bekleidung, Leder, Keramik sowie Glas vor, die einerseits durch hohe Arbeitsintensität (bei überwiegend hohem Anteil der Frauenbeschäftigung) und andererseits durch vergleichsweise geringen Produktivitätszuwachs gekennzeichnet sind.

Die extreme Randlage an der Nordostecke Bayerns, die Abtrennung vom mitteldeutschen und böhmischen Wirtschaftsraum und die unzulängliche Anbindung an das überregionale Schnellverkehrsnetz der Bundesrepublik haben die Standortbedingungen für die Industrie erheblich erschwert. Die periphere Lage zu den Produktions- und Absatzmärkten wird durch die Großraumwirtschaft, wie sie sich im Rahmen der EG herausbildet, weiter verschärft. Die Umstrukturierungsschwierigkeiten der teilweise überalterten und einseitigen Industrie geben dem Aktionsraum weithin den Charakter eines industriellen Problemgebiets im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 GRW.

Gute Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung des Fremdenverkehrs finden sich in den Mittelgebirgslagen des Aktionsraums (Fichtelgebirge, Frankenwald, Fränkische Schweiz). Im Oberen Maintal und im Coburger Land sind Ansätze für die Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft gegeben.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976) .. 2 167 093

davon

unterfränkisches Teilgebiet 1 190 455

oberfränkisches Teilgebiet 976 638

Fläche 15 144 qkm

davon

unterfränkisches Teilgebiet 8 299 qkm

oberfränkisches Teilgebiet 6 845 qkm

Bevölkerungsdichte 143

davon

unterfränkisches Teilgebiet 143

oberfränkisches Teilgebiet 142

Industriebesatz (1976)	136
<i>davon</i>	
unterfränkisches Teilgebiet	121
oberfränkisches Teilgebiet	154
BIP/WIB (1974)	14 200 DM
<i>davon</i>	
unterfränkisches Teilgebiet	13 500 DM
oberfränkisches Teilgebiet	14 900 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Wesentliche Aufgabe der regionalen Strukturpolitik für den Aktionsraum ist es, die bisherigen Bemühungen zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender gewerblicher Arbeitsplätze fortzuführen.

— Im *unterfränkischen* Teil des Aktionsraums sind die Bemühungen vor allem auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere in den ländlichen Gebieten gerichtet. In den bereits stärker entwickelten Industriestandorten Unterfrankens soll nach Möglichkeit die Branchenstruktur durch Neuansiedlungen aufgelockert werden. Im Industriestandort Schweinfurt, in dem 82 % der deutschen Wälzlagerindustrie konzentriert sind, sowie im Raum Aschaffenburg, in dem die Bekleidungsindustrie stark dominiert, erscheint eine Auflockerung der Branchenstruktur durch Neuansiedlung von Betrieben besonders vorrangig. Daneben sollen im Fördergebiet Rationalisierungs- und Umstellungsmaßnahmen gefördert werden.

Mit den Förderbestrebungen in diesem Teil des Aktionsraums soll in erster Linie eine wesentliche Erhöhung des Gesamteinkommens der Bevölkerung erreicht und ein wirksamer Beitrag zur Erhaltung und Sicherung der Lebensfähigkeit des Zonenrandgebiets geleistet werden. Voraussetzung hierfür ist vor allem der weitere Ausbau der regionalen und überregionalen Infrastruktur dieses Raumes.

— Vorrangiges Ziel regionalpolitischer Maßnahmen im *oberfränkischen* Teil des Aktionsraums ist die

Erhaltung und Sicherung gewerblicher Arbeitsplätze. Das Schwergewicht liegt deshalb auf der Förderung von Rationalisierungs- und Modernisierungsvorhaben der Betriebe, um deren Krisenfestigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Daneben sollen die Bemühungen verstärkt werden, die noch bestehenden industriellen Monostrukturen durch die Ansiedlung von Betrieben wachstumsintensiver Branchen aufzulockern und betriebliche Umstellungsmaßnahmen durch öffentliche Finanzierungshilfen zu erleichtern. Aufgrund der dispersen Industriestandortstruktur können diese Hilfen nicht auf Betriebe in den ausgewiesenen Schwerpunkten beschränkt bleiben. Dies gilt insbesondere auch für die Ansiedlung von Ersatzbetrieben zur Umstrukturierung und Auflockerung der Branchenstruktur.

In den wirtschaftlich schwachen ländlichen Gebieten ist daneben die Industrialisierung fortzusetzen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur des Aktionsraums im Bereich des produzierenden Gewerbes müssen durch Maßnahmen zur Stärkung des Fremdenverkehrs ergänzt werden. In Gebieten mit erheblichem Fremdenverkehr sollen die gewerblichen und kommunalen Fremdenverkehrseinrichtungen verbessert und nachfragegerecht erweitert werden. Gebiete mit in Ansatzpunkten vorhandenem Fremdenverkehr sollen weiter entwickelt werden. Vor allem sollen die erforderlichen Einrichtungen der Infrastruktur geschaffen bzw. ausgebaut werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	18 300	13 000
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	13 000	12 000

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkorte ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	in dem Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkorte</i>		
Bad Neustadt a. d. Saale (25 %)	11 400	80 000 (mit Bad Königshofen i. Gr. und Mellrichstadt)
Ebern (25 %)	6 300	80 000 (mit Haßfurt und Hofheim in Ufr.)
Haßfurt (25 %)	8 900	80 000 (mit Ebern und Hofheim in Ufr.)
Hof (25 %)	55 000	90 000
Kronach (25 %)	11 300	80 000 (mit Ludwigsstadt und Tettau)
Kulmbach/Stadtsteinach (25 %)	25 500/ 4 000	80 000
Marktredwitz/Wunsiedel (25 %)	16 400/ 7 800	80 000
Schweinfurt (25 %)	57 000	135 000
Würzburg (20 %)	113 100	240 000
<i>Schwerpunkorte</i>		
Aschaffenburg (15 %)	55 000	220 000
Bad Brückenau (15 %)	6 200	50 000 (mit Hammelburg)
Bad Kissingen (15 %)	22 300	60 000
Bad Königshofen i. Grabf. (15 %)	4 800	80 000 (mit Bad Neustadt a. d. Saale und Mellrichstadt)
Bamberg (15 %)	75 400	170 000
Bayreuth (15 %)	66 900	125 000
Coburg (15 %)	44 600	100 000
Ebermannstadt (15 %)	4 800	40 000 (mit Hollfeld)

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:

Zu Bad Neustadt a. d. Saale: Brendlorenzen, Niederlauer und Salz; zu Haßfurt: Zeil a. Main; zu Hof: Oberkotzau und Schwarzenbach a. d. Saale; zu Kulmbach/Stadtsteinach: Mainleus; zu Marktredwitz/Wunsiedel: Waldershof; zu Schweinfurt: Gochsheim, Schwebheim und Sennfeld; zu Würzburg: Estenfeld, Höchberg, Lengfeld, Rottendorf und Veitshöchheim; zu Aschaffenburg: Kleinostheim, Mainaschaff, Obernau und Stockstadt; zu Bamberg: Hallstadt und Strullendorf; zu Bayreuth: Bindlach und Weidenberg; zu Coburg: Dörfles-Esbach und Niederfüllbach; zu Staffelstein/Lichtenfels: Michelau, Schney und Seubelsdorf; zu Neustadt b. Coburg: Rödentel.

	Einwohnerzahl	
	in dem Ort	im Einzugsbereich
Ebrach (15 0/0)	2 300	170 000 (mit Bamberg)
Gerolzhofen (15 0/0)	6 200	35 000
Hammelburg (15 0/0)	12 300	50 000 (mit Bad Brückenau)
Hollfeld (15 0/0)	4 800	40 000 (mit Ebermannstadt)
Kitzingen (15 0/0)	18 300	55 000
Marktheidenfeld (15 0/0)	7 700	30 000
Münchberg/Helmbrechts (15 0/0)	11 200/ 10 400	45 000
Pegnitz (15 0/0)	10 400	30 000
Rehau (15 0/0)	10 100	50 000 (mit Selb)
Staffelstein/Lichtenfels (15 0/0)	4 900/ 12 600	80 000
Tettau (15 0/0)	1 800	80 000 (mit Kronach und Ludwigsstadt)
<i>Schwerpunktorte in extremer Zonenrandlage</i>		
Hofheim i. Ufr. (25 0/0)	2 300	80 000 (mit Ebern und Haßfurt)
Ludwigsstadt (25 0/0)	2 600	80 000 (mit Kronach und Tettau)
Mellrichstadt (25 0/0)	5 400	80 000 (mit Bad Neustadt a. d. Saale und Königshofen i. Grabfeld)
Naila (25 0/0)	7 200	40 000
Neustadt b. Coburg (25 0/0)	12 900	30 000
Selb (25 0/0)	17 100	50 000 (mit Rehau)

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreisfreie Stadt Aschaffenburg

Kreisfreie Stadt Bamberg

Kreisfreie Stadt Bayreuth

Kreisfreie Stadt Coburg

Kreisfreie Stadt Hof

Kreisfreie Stadt Würzburg

Landkreis Aschaffenburg

davon:

Bessenbach, Blankenbach, Dammbach, Geiselbach, Glattbach, Goldbach, Haibach, Hain i. Spessart,

Heigenbrücken, Heimbuchenthal, Heinrichsthal, Hösbach, Hofstädten, Johannesberg, Kleinkahl, Krombach, Laufach, Mespelbrunn, Mömbris, Obernau, Rothenbuch, Rottenberg, Sailauf, Schimborn, Schöllkrippen, Sommerkahl, Waldaschaff, Weibersbrunn, Westerngrund, Wiesen, Winzenhohl.

Landkreis Bad Kissingen

(ohne Truppenübungsplätze Hammelburg und Wildflecken)

Landkreis Bamberg

davon:

Amlingstadt, Aschbach, Baunach, Bojendorf, Breitungsbach, Burgebrach, Burgwindheim, Deusdorf,

Ebing, Ebrach, Ehrl, Geisfeld, Gerach, Giech, Gräfenhäusling, Gunzendorf, Halbersdorf, Heiligenstadt i. OFr., Hirschaid, Höfen, Hohenhäusling, Königsfeld, Lauter, Lohndorf, Mürsbach, Priesendorf, Rattelsdorf, Reckendorf, Reichmannsdorf, Schederndorf, Scheßlitz, Schönbrunn i. Steigerwald, Stadelhofen, Steinfeld, Strullendorf, Stübig, Tiefenellern, Trunstadt, Unteroberndorf, Walsdorf, Wattendorf, Weichenwasserlos, Würgen, Zapfendorf, Zettmannsdorf, Ziegelsambach.

Landkreis Bayreuth

davon:

Ahorntal, Aufseß, Bad Berneck i. Fichtelgebirge, Bischofsgrün, Brandholz, Busbach, Creußen, Döhla, Escherlich, Falls, Fichtelberg, Gefrees, Glashütten, Goldkronach, Hainbronn, Hochstahl, Hollfeld, Hummeltal, Kirchenpingarten, Krögelstein, Leups, Mehlmeisel, Mistelgau, Neuhaus, Obernsees, Oberwarmensteinach, Pegnitz, Plankenfels, Poppendorf, Pottenstein, Speichersdorf, Streitau, Trockau, Untersteinach, Waischenfeld, Warmensteinach, Weidenberg, Witzleshofen.

Landkreis Coburg

davon:

Ahorn, Autenhausen, Bergdorf, Breitenau, Dietersdorf, Dörfles-Esbach, Ebersdorf b. Neustadt b. Coburg, Elsa, Froschgrund, Gauerstadt, Gemünda i. OFr., Gleußen, Gossenberg, Großheirath, Großwalbur, Grub a. Forst, Haarbrücken, Heiligersdorf, Kaltenbrunn i. Itzgrund, Lahm i. Itzgrund, Langenbergen, Lautertal, Meeder, Meilschnitz, Merlach, Neuses a. d. Eichen, Neustadt b. Coburg, Niederfüllbach, Rodach b. Coburg, Rödertal, Rossach, Rothenberg, Rottenbach, Scherneck, Schottenstein, Seßlach, Thann, Unterelldorf, Untersiemau, Watzendorf, Weidach, Weitramsdorf, Wellmersdorf, Welsberg, Wiesenfeld b. Coburg, Wildenheid.

Landkreis Erlangen-Höchstadt

davon:

Eckersbach, Schlüsselfeld (Gemeindeteil Untermel-sendorf).

Landkreis Forchheim

davon:

Birkenreuth, Ebermannstadt, Eschlipp, Gößwein-stein, Morschreuth, Unterleinleiter, Wiesenttal, Wohlmannsgesees, Wüstenstein.

Landkreis Haßberge

davon:

Aidhausen, Breitbrunn, Bundorf, Burgpreppach, Dankenfeld, Dippach a. Main, Dörflis b. Königs-berg i. Bay., Dürrenried, Ebelsbach, Ebern, Eckartshausen, Eltmann, Ermershausen, Fatschenbrunn, Fitzendorf, Friesenhausen, Gleusdorf, Goßmannsdorf, Happertshausen, Haßfurt, Hellingen, Hofheim i. UFr., Hohnhausen, Holzhausen, Jessern-dorf, Kerbfeld, Kimmelsbach, Kirchaich, Kirchlauer, Kleinsteinach, Knetzgau, Königsberg i. Bay.,

Kraisdorf, Lichtenstein, Lohr, Maroldsweisach, Mechenried, Memmelsdorf i. UFr., Neubrunn, Neuschleichach, Neuses, Oberschleichach, Pfarrweisach, Prappach, Prölsdorf, Rauhenebrach, Recheldorf, Reckertshausen, Rentweinsdorf, Roßstadt, Rudendorf, Rügheim, Salmsdorf, Sand a. Main, Schweins-haupten, Steinbach, Stettfeld, Stöckach, Treinfeld, Tretzendorf, Trossenfurt, Uchenhofen, Ueschers-dorf, Untermerzbach, Unterschleichach, Voccawind, Walchenfeld, Zeil a. Main.

Landkreis Hof

davon:

Bad Steben, Berg, Bernstein a. Wald, Bruck, Brun-nenthal, Bug, Döbra, Eisenbühl, Friedmannsdorf, Geroldsgrün, Hadermannsgrün, Haidengrün, Helm-brechts, Issigau, Joditz, Langenbach, Lichtenberg, Lippertsgrün, Marlesreuth, Martinlamitz, Marx-grün, Naila, Rehau, Reitzenstein, Rudolphstein, Schauenstein, Schlegel, Schnarchenreuth, Schwar-zenbach a. Wald, Schwarzenstein, Selbitz, Sparn-eck, Stammbach, Steinbach b. Geroldsgrün, Straß-dorf, Tiefengrün, Töpen, Weidesgrün, Windischen-grün, Zell.

Landkreis Kitzingen

davon:

Abtswind, Albertshofen, Biebelried, Buchbrunn, Castell, Dettelbach, Markt Einersheim, Enheim, Fahr, Fröhstockheim, Gaibach, Geiselwind, Gnötz-heim, Herrnsheim, Hohenfeld, Holzberndorf, Hüt-tenheim i. Bay., Iffigheim, Iphofen, Kitzingen, Mainbernheim, Mainstockheim, Marktbreit, Markt-steft, Martinsheim, Michelfeld, Nordheim a. Main, Obernbreit, Prichsenstadt, Rödelsee, Rüdenhausen, Schwarzach a. Main, Segnitz, Seinsheim, Som-merach, Sulzfeld a. Main, Tiefenstockheim, Unter-ickelsheim, Untersambach, Volkach, Wässerndorf, Wiesenbronn, Willanzheim.

Landkreis Kronach

davon:

Birnbaum, Buchbach, Effelter, Fischbach, Fört-schendorf, Friedersdorf, Friesen, Gehülz, Glos-berg, Großvichtach, Heinersberg, Hesselbach, Hirschfeld, Kleintettau, Kronach, Küps, Lahm, Langenau, Lauenstein, Ludwigsstadt, Mitwitz, Neufang, Nordhalben, Nurn, Oberrodach, Pressig, Reichenbach, Rothenkirchen, Seelach, Seibelsdorf, Steinbach a. Wald, Steinberg, Steinwiesen, Stock-heim, Tettau, Teuschnitz, Tschirn, Unterrodach, Wallenfels, Weißenbrunn, Welitsch, Wilhelms-thal, Windheim, Zeyern.

Landkreis Kulmbach

davon:

Grafengehaig, Guttenberg, Himmelkron, Hohen-berg, Kasendorf, Kulmbach, Ludwigschorgast, Mainleus, Marktleugast, Marktschorgast, Neu-drossenfeld, Neuenmarkt, Presseck, Rugendorf, Schirradorf, Stadtsteinach, Thurnau, Trebgast, Wartenfels, Wirsberg, Wonsees.

Landkreis Lichtenfels*davon:*

Altenkunstadt, Burgkunstadt, Ebensfeld, Kleukheim, Lichtenfels, Reundorf, Schney, Seubelsdorf, Staffelstein, Weismain.

Landkreis Main-Spessart**Landkreis Miltenberg***davon:*

Altenbuch, Amorbach, Bürgstadt, Collenberg, Dorfprozelten, Eichenbühl, Eisenbach, Elsenfeld, Erlenbach a. Main, Eschau, Faulbach, Großheubach, Hausen, Hobbach, Kirchzell, Kleinheubach, Klingenberg a. Main, Laudenbach, Leidersbach, Miltenberg, Mömlingen, Mönchberg, Neunkirchen, Obernburg a. Main, Röllbach, Rüdenau, Schmachtenberg, Schneeberg, Sommerau, Stadtprozelten, Streit, Sulzbach a. Main, Weilbach, Wörth a. Main.

Landkreis Rhön-Grabfeld**Landkreis Schweinfurt***davon:*

Birnfeld, Breitbach, Fuchsstadt, Gerolzhofen, Handthal, Hirschfeld, Lindach, Mailes, Michelau i. Stei-

gerwald, Oberlauringen, Siegendorf, Stadtlauringen, Stammheim, Theilheim, Werneck, Wettringen, Wetzhausen, Wipfeld.

Landkreis Würzburg*davon:*

Albertshausen, Aub, Baldersheim, Bieberehren, Bolzhausen, Buch, Bütthard, Eibelstadt, Erlabrunn, Ebfeld, Frickenhausen a. Main, Fuchsstadt, Gaubüttelbrunn, Gaukönigshofen, Gelchsheim, Geroldshausen, Giebelstadt, Gnodstadt, Höttingen, Hopferstadt, Ingolstadt i. Ufr., Kirchheim, Lindflur, Moos, Obereisenheim, Ochsenfurt, Oellingen, Osthausen, Randersacker, Reichenberg, Riedenheim, Rittershausen, Röttingen, Sachsenheim, Sommerhausen, Sonderhofen, Stalldorf, Sulzdorf, Tauberrettersheim, Thüngersheim, Uengershausen, Untereisenheim, Veitshöchheim, Winterhausen.

Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge*davon:*

Bad Alexandersbad, Arzberg, Höchstädt b. Thiersheim, Hohenberg a. d. Eger, Kirchenlamitz, Markt-leuthen, Marktredwitz, Nagel, Röslau, Schirnding, Schönwald, Selb, Thiersheim, Thierstein, Tröstau, Weißenstadt, Wunsiedel.

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 853,80	1 325,40	180,80	133,20	139,20	99,20	41,60	34,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	760,00	736,00	76,00	73,60	55,20	55,20	20,80	18,40
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	274,20	186,60	26,40	18,80	20,40	14,00	6,00	4,80
Zwischensumme 1. bis 3. ...	2 888,00	2 248,00	283,20	225,60	214,80	168,40	68,40	57,20
im Jahresdurchschnitt	722,00	562,00	70,80	56,40	53,70	42,10	17,10	14,30
4. Industriegeländeerschließung	39,20	31,20	28,00	23,32	—	—	28,00	23,32
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	68,40	55,20	39,72	33,08	—	—	39,72	33,08
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	65,60	52,40	47,08	39,20	—	—	47,08	39,20
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	10,00	8,00	7,60	6,32	—	—	7,60	6,32
Zwischensumme 4. bis 7. ...	183,20	146,80	122,40	101,92	—	—	122,40	101,92
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 071,20	2 394,80	405,60	327,52	214,80	168,40	190,80	159,12
im Jahresdurchschnitt	767,80	598,70	101,40	81,88	53,70	42,10	47,70	39,78

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	53,70	53,70	53,70	53,70	214,80
2. GA-Mittel	47,70	47,70	47,70	47,70	190,80
zusammen ...	101,40	101,40	101,40	101,40	405,60
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	34,80	34,80	34,80	34,80	139,20
b) GA-Mittel	10,40	10,40	10,40	10,40	41,60
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	13,80	13,80	13,80	13,80	55,20
b) GA-Mittel	5,20	5,20	5,20	5,20	20,80
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	5,10	5,10	5,10	5,10	20,40
b) GA-Mittel	1,50	1,50	1,50	1,50	6,00
4. Industriegeländeerschließung	7,00	7,00	7,00	7,00	28,00
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	9,93	9,93	9,93	9,93	39,72
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	11,77	11,77	11,77	11,77	47,08
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	1,90	1,90	1,90	1,90	7,60
insgesamt ...	101,40	101,40	101,40	101,40	405,60

18. Regionales Aktionsprogramm „Westbayerisches Fördergebiet“**A. Beschreibung des Aktionsraumes****1. Abgrenzung**

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen: Aichach-Schrobenhausen, Ansbach, Dillingen a. d. Donau, Donauwörth, Nördlingen, Rothenburg o. d. Tauber, Weißenburg i. Bay.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

Kreisfreie Stadt Ansbach

Landkreis Aichach-Friedberg

davon die Gemeinden:

Aichach, Alsmoos, Hollenbach, Inchenhofen, Pöttmes.

Landkreis Ansbach

davon die Gemeinden:

Adelshofen, Ammelbruch, Arberg, Aurach, Bechhofen, Bellershausen, Bettenfeld, Biederbach, Binzwangen, Bockenfeld, Bruckberg, Brunst, Buch a. Wald, Burghausen, Burgoberbach, Burk, Cadolzhofen, Colmberg, Dambach, Dentlein a. Forst, Dickersbronn, Diebach, Diethenhofen, Dinkelsbühl, Dombühl, Dürrwangen, Ehingen, Endsee, Erlach, Feuchtwangen, Flachslanden, Frankenhofen, Fürnheim, Gailnau, Gattenhofen, Gebsattel, Geilsheim, Gerolfingen, Geslau, Götteldorf, Großbreitenbronn, Großhaslach, Habelsee, Hartershofen, Haslach, Heilsbronn, Herrieden, Hirschlach, Höfstetten, Inzingen, Langfurth, Lehrberg, Lellenfeld, Lentersheim, Leutershausen, Lichtenau, Lohr, Merkenhof, Mitteleichenbach, Mönchsroth, Neuendettelsau, Neusitz, Neustett, Oberdachstetten, Obermichelbach, Oberschwangingen, Obersulzbach, Oestheim, Ohrenbach, Ornbau, Petersaurach, Poppenbach, Röckingen, Rothenburg ob der Tauber, Rugland, Rühlingstetten, Sachsen, Schillingsfürst, Schnelldorf, Schopfloch, Schweinsdorf, Selgenstadt, Sinbronn, Sondernöhe, Steinsfeld, Unterschwaningen, Veitsweiler, Vestenberg, Virnsberg, Wassertrüdingen, Weidelbach, Weidenbach, Weihenzell, Weiltingen, Weinberg, Weißenbronn, Wettringen, Wieseth, Wilburgstetten, Windelsbach, Windsbach, Wittelshofen, Wörnitz, Wolframs-Eschenbach, Zwernberg.

Landkreis Augsburg

davon die Gemeinden:

Allmannshofen, Baar/Schwaben, Ehingen, Ellgau, Heimpersdorf, Köhlenthal, Langenreichen, Meitingen, Nordendorf, Ortlfingen, Thierhaupten, Westendorf.

Landkreis Dillingen a. d. Donau

davon die Gemeinden:

Bachhagel, Bächingen a. d. Brenz, Bergheim, Bissingen, Blindheim, Burghagel, Buttenwiesen, Dattenhausen, Deisenhofen, Dillingen a. d. Donau, Donau-althheim, Echenbrunn, Finningen, Frauenriedhausen, Frauenstetten, Gottmannshofen, Gremheim, Gundelfingen a. d. Donau, Haunsheim, Höchstädt a. d. Donau, Landshausen, Lauingen (Donau), Lauterbach, Lutzingen, Medlingen, Mödingen, Mörslingen, Oberbechingen, Oberglauheim, Oberliezheim, Peterswörth, Pfaffenhofen a. d. Zusam, Reistingen, Schabringen, Schretzheim, Schwennenbach, Schwenningen, Sonderheim, Staufen, Steinheim, Stillnau, Syrgenstein, Thürheim, Unterglauheim, Unterliezheim, Unterringen, Veitriedhausen, Wertingen, Wittislingen, Wolpertstetten, Wortelstetten, Ziertheim, Zöschingen.

Landkreis Donau-Ries

Landkreis Eichstätt

davon die Gemeinden:

Beilngries, Biberbach, Dollnstein, Eichstätt, Konstein, Kottlingwörth, Mörnshheim, Obereichstätt, Schernfeld, Wellheim, Wintershof, Workerszell.

Landkreis Erlangen-Höchstadt

davon die Gemeinden:

Schlüsselfeld (ohne Gemeindeteil Untermelsendorf), Thüngfeld.

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

davon die Gemeinden:

Ballersdorf, Berg i. Gau, Bergheim, Burgheim, Dinkelshausen, Ehekirchen, Fernmittenhausen, Holkenbach, Hütting, Königsmoos, Langenmosen, Mauern, Mühlried, Neuburg a. d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Riedensheim, Rohrbach, Rohrenfels, Schrobenhausen, Seiboldsdorf, Unterstall, Wagenhofen, Weidorf, Zell.

Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim

davon die Gemeinden:

Bad Windsheim, Buchheim, Burgbernheim, Burg-haslach, Diespeck, Dietersheim, Emskirchen, Ergersheim, Gallmersgarten, Gollachostheim, Gollhofen, Hemmersheim, Illesheim, Ippesheim, Ipsheim, Kaubenheim, Kulsheim, Langenfeld, Langensteinach, Marktbergen, Markt Bibart, Markt Erlbach, Markt Nordheim, Markt Taschendorf, Neuhof a. d. Zenn, Neustadt a. d. Aisch, Oberickelsheim, Obernzenn, Oberscheinfeld, Scheinfeld, Simmershofen, Sugenheim, Trautskirchen, Uffenheim,

Ullstadt, Unteraltenbernheim, Unternesselbach, Wallmersbach, Weigenheim, Wilhelmsdorf.

Landkreis Roth

davon die Gemeinden:

Alfershausen, Eysölden, Greding, Heideck, Hilpoltstein, Laibstadt, Lay, Rudletzhof, Schwimmbach, Thalmässing.

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen

davon die Gemeinden:

Aha, Alesheim, Bergen, Biburg, Bieswang, Büttelbronn, Burgsalach, Dietfurt i. MFr., Dittenheim, Döckingen, Dornhausen, Ellingen, Emetzheim, Ethenstatt, Fiegenstall, Geislohe, Gersdorf, Geyern, Gnotzheim, Göhren, Gundelsheim a. d. Altmühl, Gunzenhausen, Haardt, Hechlingen, Heidenheim, Höttingen, Hohentrüdingen, Hüssingen, Hundsdorf, Kaltenbuch, Kurzenaltheim, Langenaltheim, Markt Berolzheim, Meinheim, Muhr a. See, Nennslingen, Neudorf, Oberhochstatt, Osterdorf, Ostheim, Pappenheim, Pfaunfeld, Pleinfeld, Polsingen, Raitenbuch, Ramsberg, Sammenheim, Sausenhofen, Solnhofen, Suffersheim, Thalmannsfeld, Treuchtlingen, Trommetsheim, Wachstein, Weiboldshausen, Weißenburg i. Bay., Wengen, Westheim, Windsfeld, Zimmern.

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum umfaßt eine Reihe unterschiedlicher Naturräume. Er reicht vom leicht gewellten Unterbayerischen Hügelland im Süden über das Donautal und das Riesbecken bis weit in das Fränkische Schichtstufenland und fast an das mittlere Maintal im Norden. Abgesehen von einzelnen wirtschaftlichen Aktivräumen besteht der Aktionsraum im wesentlichen aus großflächigen strukturschwachen Gebieten. Der Aktionsraum wird in weiten Teilen noch maßgeblich von der Landwirtschaft geprägt. Auf Grund der in weiten Gebieten noch vorherrschenden kleinbäuerlichen Besitzverhältnisse — der Anteil der Betriebe mit weniger als 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche schwankt in den einzelnen Landkreisen zwischen 50 und 65 % — und ungünstigen Ertragsbedingungen ist mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen zu rechnen.

Die erheblichen Förderungsbemühungen der letzten Jahre haben in einigen Standorten zu einer guten industriellen Ausstattung, zu einer gemischten Branchenstruktur und damit zu einem erheblich verbesserten industriellen Arbeitsplatzangebot geführt. Die erzielten Industrialisierungserfolge reichen jedoch nicht aus, um die Nachfrage nach Arbeitsplätzen voll zu decken und die Wirtschaftskraft des Aktionsraumes auf das Niveau des bayerischen oder gar des Bundesdurchschnitts anzuheben.

Im Aktionsraum sind gute Ansätze für die Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft gegeben

(z. B. Ries, Rangau, Monheimer Alb mit Wörnitz- und Donautal, Frankenhöhe).

Der überwiegende Teil des Aktionsraumes zählt zu jenen Gebieten, die in ihrer Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	687 425
Fläche	7 299 qkm
Bevölkerungsdichte	94
Industriebesatz	103
BIP/WIB (1974)	11 800 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die regionale Strukturpolitik zielt darauf ab, den eingeleiteten industriell-gewerblichen Entwicklungsprozeß fortzuführen, die erheblich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegende Wirtschaftskraft anzuheben und dadurch

- die Lebensbedingungen der Bevölkerung in dem Raum spürbar zu verbessern
- und zugleich durch die Mobilisierung von Leistungsreserven und ihre Überführung in produktivere Bereiche das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stärken.

Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze soll insbesondere der Abwanderung der aus der Landwirtschaft ausscheidenden und der neu aus der Bevölkerungsbewegung hinzukommenden Erwerbspersonen in die angrenzenden Ballungsräume Nürnberg/Fürth/Erlangen entgegengewirkt und damit eine ausgeglichene Landesentwicklung herbeigeführt werden. Durch die Entwicklung und Stärkung des Fremdenverkehrs wird, soweit die naturräumlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, ein zusätzlicher Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur geleistet. Insbesondere im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen sollen die aus der Errichtung des Brombach-Speichers zu erwartenden starken Impulse für den Fremdenverkehr zur weiteren strukturellen Entwicklung dieses Raumes genutzt werden.

Zugleich müssen durch den Ausbau der regionalen und überregionalen Infrastruktur die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ansiedlungs- und Fremdenverkehrspolitik auch weiterhin geschaffen werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	13 900
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	2 500

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkorte ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	in dem Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkorte</i>		
Ansbach (20 %)	39 700	85 000
Dinkelsbühl (20 %)	10 000	40 000
Hilpoltstein (20 %)	7 900	25 000
<i>Schwerpunkorte</i>		
Aichach (15 %)	9 000	25 000
Bad Windsheim (15 %)	10 400	30 000
Beilngries (15 %)	5 900	50 000
		(mit Parsberg im Regionalen Aktionsprogramm „Ostbayerisches Fördergebiet“)
Dillingen a. d. Donau/ Lauingen (Donau) (15 %)	11 800/ 8 900	60 000
Donauwörth (15 %)	17 000	65 000
		(mit Rain und Wemding)
Eichstätt (15 %)	13 000	30 000
Feuchtwangen (15 %)	10 600	40 000
Gunzenhausen (15 %)	13 700	45 000
Neuburg a. d. Donau (15 %)	19 600	45 000
Neustadt a. d. Aisch (15 %)	10 200	45 000
		(mit Scheinfeld)
Nördlingen (15 %)	16 600	50 000
Rain (15 %)	5 100	65 000
		(mit Donauwörth und Wemding)
Rothenburg o. d. Tauber (15 %)	11 900	30 000
Scheinfeld (15 %)	3 800	45 000
		(mit Neustadt a. d. Aisch)
Schrobenhausen (15 %)	11 400	25 000
Weißenburg i. Bay./ Treuchtlingen (15 %)	16 400/ 12 100	50 000
Wemding (15 %)	5 300	65 000
		(mit Donauwörth und Rain)
Wertingen (15 %)	4 200	35 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkorten gehören:

Zu Dinkelsbühl: Schopfloch; zu Aichach: Ecknach; zu Dillingen a. d. Donau/Lauingen (Donau): Gundelfingen; zu Feuchtwangen: Schnelldorf; zu Nördlingen: Wallerstein; zu Wertingen: Gottmannshofen.

b) Fremdenverkehrsgebiete**Kreisfreie Stadt Ansbach****Landkreis Ansbach***davon:*

Adelshofen, Ammelbruch, Arberg, Aurach, Bechhofen, Bellershausen, Bettenfeld, Biederbach, Binzwangen, Bockenfeld, Bruckberg, Brunst, Buch a. Wald, Burghausen, Burgoberbach, Burk, Cadolzhofen, Colmberg, Dambach, Dentlein a. Forst, Dickersbronn, Diebach, Diethofen, Dinkelsbühl, Dombühl, Dürrwangen, Ehingen, Endsee, Erlach, Feuchtwangen, Flachslanden, Frankenhofen, Fürnheim, Gailnau, Gattenhofen, Gebsattel, Geilsheim, Geroltingen, Geslau, Götteldorf, Großbreitenbronn, Habelsee, Hartershofen, Haslach, Heilsbronn, Herrieden, Hirschlach, Insingen, Langfurth, Lellenfeld, Lentersheim, Leutershausen, Lichtenau, Lohr, Merkendorf, Mitteleichenbach, Mönchsroth, Neundettelsau, Neusitz, Neustett, Oberdachstetten, Obermichelbach, Oberschwanningen, Obersulzbach, Oestheim, Ohrenbach, Ornbau, Poppenbach, Röckingen, Rothenburg ob der Tauber, Rügland, Rühlingstetten, Schillingsfürst, Schnelldorf, Schopfloch, Schweinsdorf, Selgenstadt, Sinbronn, Sondernöhe, Steinsfeld, Unterschwaningen, Veitsweiler, Virnsberg, Wassertrüdingen, Weidelbach, Weidenbach, Weiltingen, Weinberg, Weißenbronn, Wettringen, Wieseth, Wilburgstetten, Windelsbach, Windsbach, Wittelshofen, Wörnitz, Wolframs-Eschenbach, Zwernberg.

Landkreis Dillingen-Lauingen*davon:*

Bissingen, Stillnau, Unterringingen.

Landkreis Donau-Ries*davon:*

Alerheim, Amerdingen, Ammerfeld, Auhausen, Baldingen, Balgheim, Belzheim, Bollstadt, Buchdorf, Christgarten, Daiting, Deiningen, Donauwörth, Dornstadt, Dürrenzimmern, Ederheim, Ehingen a. Ries, Emskeim, Ensfield, Feldheim, Fessenheim, Flotzheim, Forheim, Fremdingen, Fünfstetten, Gosheim, Hagau, Hainsfarth, Harburg (Schwaben), Hausen, Herblingen, Heroldingen, Hochaltingen, Hohenaltheim, Holzkirchen, Hürnheim, Huisheim, Itzing, Kaisheim, Kölbürg, Laub, Maihingen, Marktoffingen, Marxheim, Mauren, Megesheim, Minderoffingen, Mönchsdeggingen, Möttingen, Monheim, Munningen, Niederschönenfeld, Nittingen, Nördlingen, Nußbühl, Oettingen i. Bay., Otting, Rain, Reimlingen, Ried, Rögling, Rohrbach, Schopflohe, Schweinspoint, Schwörnsheim, Seglohe, Tagmersheim, Tapfheim, Waller-

stein, Warching, Wechingen, Weilheim, Wemding, Wittesheim, Wolferstadt.

Landkreis Eichstätt*davon:*

Beilngries, Biberbach, Dollnstein, Eichstätt, Konstein, Kottlingwörth, Mönsheim, Obereichstätt, Schernfeld, Wellheim, Wintershof, Workerszell.

Landkreis Erlangen-Höchstadt*davon:*

Schlüsselfeld (ohne Gemeindeteil Untermelsendorf), Thüngfeld.

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen*davon:*

Hütting, Mauern, Neuburg a. d. Donau, Rennertshofen, Riedensheim, Rohrbach.

Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim*davon:*

Bad Windsheim, Burgbernheim, Burghaslach, Dietersheim, Emskirchen, Gallmersgarten, Ippesheim, Ipsheim, Kulsheim, Marktbergel, Markt Bibart, Markt Erlbach, Markt Nordheim, Markt Taschendorf, Neuhof a. d. Zenn, Neustadt a. d. Aisch, Oberscheinfeld, Oberzenn, Scheinfeld, Sugenheim, Trautskirchen, Uffenheim, Weigenheim, Wilhelmsdorf.

Landkreis Roth*davon:*

Alfershausen, Eysölden, Greding, Heideck, Hilpoltstein, Laibstadt, Lay, Rudletzholz, Schwimmbach, Thalmässing.

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen*davon:*

Aha, Alesheim, Bergen, Biburg, Bieswang, Büttelbronn, Burgsalach, Dietfurt i. MFr., Dittenheim, Döckingen, Dornhausen, Ellingen, Emetzheim, Ettenstatt, Fiegenstall, Geislohe, Gersdorf, Geyern, Gnotzheim, Göhren, Gundelsheim a. d. Altmühl, Gunzenhausen, Haardt, Hechlingen, Heidenheim, Höttingen, Hohentrüdingen, Hüssingen, Hundsdorf, Kaltenbuch, Kurzenaltheim, Langenaltheim, Markt Berolzheim, Meinheim, Muhr a. See, Nennslingen, Neudorf, Oberhochstatt, Osterdorf, Ostheim, Pappenheim, Pfraunfeld, Pleinfeld, Polsingen, Raitenbuch, Ramsberg, Sammenheim, Sausenhofen, Solnhofen, Suffersheim, Thalmannsfeld, Treuchtlingen, Trommetsheim, Wachstein, Weiboldshausen, Weißenburg i. Bay., Wengen, Westheim, Windsfeld, Zimmern.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 464,20	—	130,00	—	110,00	—	20,00	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	144,00	—	14,00	—	—	—	14,40	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	145,80	—	12,80	—	10,80	—	2,00	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 754,00	—	157,20	—	120,80	—	36,40	—
im Jahresdurchschnitt	438,50	—	39,30	—	30,20	—	9,10	—
4. Industriegeländeerschließung	27,60	—	16,40	—	—	—	16,40	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	12,80	—	6,40	—	—	—	6,40	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	14,80	—	8,72	—	—	—	8,72	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	55,20	—	31,52	—	—	—	31,52	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 809,20	—	188,72	—	120,80	—	67,92	—
im Jahresdurchschnitt	452,30	—	47,18	—	30,20	—	16,98	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	30,20	30,20	30,20	30,20	120,80
2. GA-Mittel	16,98	16,98	16,98	16,98	67,92
zusammen ...	47,18	47,18	47,18	47,18	188,72
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	27,50	27,50	27,50	27,50	110,00
b) GA-Mittel	5,00	5,00	5,00	5,00	20,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	3,60	3,60	3,60	3,60	14,40
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	2,70	2,70	2,70	2,70	10,80
b) GA-Mittel	0,50	0,50	0,50	0,50	2,00
4. Industriegeländeerschließung	4,10	4,10	4,10	4,10	16,40
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	1,60	1,60	1,60	1,60	6,40
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	2,18	2,18	2,18	2,18	8,72
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—
insgesamt ...	47,18	47,18	47,18	47,18	188,72

19. Regionales Aktionsprogramm „Ostbayerisches Fördergebiet“**A. Beschreibung des Aktionsraumes****1. Abgrenzung**

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen: Amberg, Cham, Degendorf, Landshut, Neumarkt i. d. OPf., Passau, Regensburg, Schwandorf, Straubing, Tirschenreuth, Weiden i. d. OPf.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

Kreisfreie Stadt Amberg

Kreisfreie Stadt Landshut

Kreisfreie Stadt Passau

Kreisfreie Stadt Regensburg

Kreisfreie Stadt Straubing

Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf.

Landkreis Amberg-Sulzbach

davon die Gemeinden:

Ammerthal, Angfeld, Auerbach i. d. OPf., Degeldorf, Ebermannsdorf, Edelsfeld, Ensdorf, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Gunzendorf, Hahnbach, Hirschau, Hohenburg, Holnstein, Illschwang, Kastl, Kemnath a. Buchberg, Königstein, Kümmerbruck, Massenricht, Michelfeld, Nasnitz, Nitzlbuch, Pfaffenhofen, Poppenricht, Ranzenthal, Rieden, Schmidmühlen, Schnaittenbach, Sulzbach-Rosenberg, Traßlbach, Ursensollen, Utzenhofen, Vilseck.

Landkreis Cham

Landkreis Degendorf

Landkreis Dingolfing-Landau

davon die Gemeinden:

Altenbuch, Dingolfing, Eichendorf, Ettling, Frontenhausen, Gottfrieding, Großenpinning, Hüttenkofen, Landau a. d. Isar, Lengthal, Loiching, Mamming, Marklkofen, Mengkofen, Moosthenning, Mühlhausen, Niederviehbach, Ottering, Pilsting, Reisbach, Simbach, Süßkofen, Wallersdorf.

Landkreis Eichstätt

davon die Gemeinde:

Pförring.

Landkreis Freyung-Grafenau

Landkreis Kelheim

davon die Gemeinden:

Abensberg, Adlhausen, Attenhofen, Bad Abbach, Baiersdorf, Biburg, Essing, Hausen, Herrngiersdorf, Ihrlerstein, Kelheim, Kelheimwinzer, Kirchdorf, Langquaid, Lengfeld, Mainburg, Neustadt a. d. Donau, Niederleierndorf, Oberulrain, Offenstetten, Painten, Paring, Prunn, Ratzenhofen, Riedenburg, Rohr i. NB., Saal a. d. Donau, Schwaig, Siegenburg, Teugn, Train, Wildenberg.

Landkreis Landshut

davon die Gemeinden:

Adlkofen, Aham, Altdorf, Altfraunhofen, Andermannsdorf, Arth, Baierbach, Bayerbach b. Ergoldsbach, Bodenkirchen, Diemannskirchen, Egg, Ergolding, Ergoldsbach, Essenbach, Frauensattling, Gaindorf, Geisenhausen, Gerzen, Haarbach, Hebramsdorf, Hofendorf, Hohenthann, Holzhausen, Inkofen, Kröning, Kumhausen, Lichtenhaag, Mettenbach, Münchschorf, Münster, Neufahrn i. NB., Neufraunhofen, Neuhausen b. Landshut, Niederaichbach, Niederhornbach, Oberglaim, Oberhatzkofen, Oberköllnbach, Oberlauterbach, Oberroning, Ohu, Pattendorf, Pfaffendorf, Pfeffendorf, Pfeffenhausen, Piegendorf, Postau, Rottenburg a. d. Laaber, Salksdorf, Schalkham, Schmatzhausen, Seyboldsdorf, Tiefenbach, Velden, Vilsbiburg, Vilslern, Weihmichl, Weng, Winklsaß, Wörth a. d. Isar, Wolferding.

Landkreis Neumarkt i. d. OPf.

davon die Gemeinden:

Batzhausen, Berching, Breitenbrunn, Burggriesbach, Daßwang, Degerndorf, Deining, Dietfurt a. d. Altmühl, Döllwang, Engelsberg, Erasbach, Freystadt, Großalfalterbach, Großbissendorf, Günching, Hörmannsdorf, Hohenfels, Holnstein, Lauterhofen, Leutenbach, Lupburg, Markstetten, Mittersthal, Mühlhausen, Neumarkt i. d. OPf., Oberwiesenacker, Parsberg, Pilsach, Plankstetten, Raitenbuch, Sengenthal, Seubersdorf i. d. OPf., Trautmannshofen, Unterbuchfeld, Velburg, Waltersberg.

Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab

Landkreis Nürnberger Land

davon die Gemeinde:

Neuhaus a. d. Pegnitz.

Landkreis Passau

Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm

davon die Gemeinde:

Münchsmünster.

Landkreis Regen

Landkreis Regensburg

Landkreis Rottal-Inn

davon die Gemeinden:

Arnstorf, Bayerbach, Birnbach, Dietersburg, Eggenfelden, Egglham, Ering, Hammersbach, Hebertsfelden, Johanniskirchen, Kohlstorf, Lohbruck, Malgersdorf, Mariakirchen, Massing, Münchsdorf, Neukirchen b. Pfarrkirchen, Peterskirchen, Pfarrkirchen, Postmünster, Roßbach, Schönau, Simbach a. Inn, Staudach, Stubenberg, Tann, Triftern, Unterdietfurt, Wittibreit.

Landkreis Schwandorf

Landkreis Straubing-Bogen

Landkreis Tirschenreuth

2. Aktionsraum

Der Aktionsraum ist in naturräumlicher Beziehung im wesentlichen wie folgt gegliedert:

Der östliche Teilbereich gehört zum Bayerischen und Oberpfälzer Wald; er weist Mittelgebirgscharakter auf. Das südlich der Donau gelegene Unterbayerische Hügelland bietet für die Landwirtschaft zum Teil gute Produktions- und Ertragsbedingungen. Der westliche Teil des Aktionsraums wird im wesentlichen durch die Fränkische Alb geprägt.

Der Aktionsraum ist in seiner Wirtschaftsstruktur uneinheitlich gegliedert.

Die Struktur der Fördergebiete im *Regierungsbezirk Niederbayern* war nach dem 2. Weltkrieg noch eindeutig von der Landwirtschaft bestimmt. Der Anteil der Landwirtschaft an der Zahl der Erwerbspersonen ging von über 50 % im Jahr 1950 auf rd. 26 % (1970) zurück, wobei einige Landkreise nach wie vor einen Anteil von 30 bis 40 % aufweisen. Im Hinblick auf die insbesondere im Bayerischen Wald bestehenden kleinbäuerlichen Besitzverhältnisse und ungünstigen Ertragsbedingungen wird dieser Umstrukturierungsprozeß weiter anhalten.

Mit dem Rückgang der Landwirtschaft hat sich der Anteil der im produzierenden Gewerbe tätigen Erwerbspersonen von rd. 32 % auf rd. 42 % erhöht. Die Industriedichte verdreifachte sich, liegt jedoch mit rd. 92 noch erheblich unter dem Bundes- (120) und Landesdurchschnitt (116). Die Branchenstruktur, ursprünglich einseitig geprägt durch die Industriegruppen Steine/Erden, Glas, Holzbe- und -verarbeitung, wurde spürbar aufgelockert. Nach wie vor herrschen jedoch arbeitsintensive Industriezweige vor. Ferner liegt der Anteil der Frauenbeschäftigung mit rd. 41 % deutlich über dem Durchschnitt des Bundes mit rd. 29 % und des Landes mit rd. 37 %.

Der im *Regierungsbezirk Oberpfalz* gelegene Teil des Aktionsraums weist erhebliche strukturelle Unterschiede auf. Neben Landesteilen, deren Bevölke-

rung noch zu einem wesentlichen Teil in der Landwirtschaft tätig ist (z. B. im Bereich des Oberpfälzer Waldes) bestehen industrielle Problemgebiete, wie im Raum Burglengenfeld, Amberg, Sulzbach-Rosenberg. Die industriellen Standorte der nördlichen Oberpfalz sind weitgehend monostrukturiert (Feinkeramik, Glas).

Im Aktionsraum kommt dem Fremdenverkehr wesentliche strukturpolitische Bedeutung zu. Im Bayerischen Wald und im Oberpfälzer Wald, im Fichtelgebirge und im Unteren Altmühltal hat der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor erhebliches Gewicht. Ferner sind insbesondere im Gebiet des bayerischen Vorwaldes, in den Fremdenverkehrsgebieten „Niederbayern südlich der Donau“, im Bereich des Oberpfälzer Jura sowie der Flußtäler im südlichen Teil der Oberpfalz gute Ansätze für die Entwicklung des Fremdenverkehrs vorhanden.

Die Gesamtsituation des Aktionsraums wird weitgehend geprägt durch

- die extreme Randlage innerhalb der Bundesrepublik und des EG-Raumes,
- die Abtrennung von benachbarten Wirtschaftsräumen aufgrund der Zonengrenzziehung,
- die unzulängliche Anbindung des Aktionsraums an das überregionale Verkehrsnetz der Bundesrepublik,
- die strukturellen Schwächen, insbesondere in den Gebieten mit Mittelgebirgscharakter.

47 % der Fläche des Aktionsraums gehören zum Zonenrandgebiet. Die bis heute fortdauernde Undurchlässigkeit der Zonengrenze führte zu einer Umorientierung der Wirtschafts- und Verkehrsströme, ohne daß das Gebiet eine im ganzen befriedigende Anbindung an das Schnellverkehrsnetz der Bundesrepublik gefunden hätte. Mit der dringend erforderlichen Weiterführung der Bundesautobahn von Regensburg nach Passau sowie von Amberg über Pfreimd nach Waidhaus, dem Ausbau der B 11 zwischen München und Deggendorf, der B 15 zu einer Fernverkehrsstraße bzw. Bundesautobahn und der Fortführung des Rhein-Main-Donau-Kanals werden sich die Standortbedingungen des Aktionsraums verbessern.

Die Wirtschaftskraft des Aktionsraumes liegt noch erheblich unter dem Durchschnitt des Bundes und des Landes. Im Gebiet der Oberpfalz kommt erschwerend hinzu, daß in Teilbereichen dieses Raumes Wirtschaftszweige vorherrschen, die vom sektoralen Strukturwandel in einer Weise betroffen werden, daß mit zusätzlichen negativen Auswirkungen auf dieses Gebiet zu rechnen ist.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976)	1 901 573
davon	
oberpfälzisches Teilgebiet	959 324
niederbayerisches Teilgebiet	942 249

Fläche	18 960 qkm
<i>davon</i>	
oberpfälzisches Teilgebiet	9 450 qkm
niederbayerisches Teilgebiet	9 510 qkm
Bevölkerungsdichte	100
<i>davon</i>	
oberpfälzisches Teilgebiet	102
niederbayerisches Teilgebiet	99
Industriebesatz	97
<i>davon</i>	
oberpfälzisches Teilgebiet	100
niederbayerisches Teilgebiet	95
BIP/WIB (1974)	12 200 DM
<i>davon</i>	
oberpfälzisches Teilgebiet	12 600 DM
niederbayerisches Teilgebiet	11 800 DM

In den landwirtschaftlich orientierten Gebieten sollen durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vor allem den aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräften geeignete Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. In den industriellen Problemgebieten sollen für die aufgrund des sektoralen Strukturwandels freigesetzten Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Neben der Neuansiedlung und Erweiterung von Betrieben wird die Sicherung der Arbeitsplätze in bestehenden Betrieben angestrebt. Der Rationalisierung, Modernisierung und Umstellung von Betrieben kommt in den industriellen Problemgebieten der Oberpfalz besondere Bedeutung zu.

Mit der Entwicklung und weiteren Verbesserung des Fremdenverkehrs soll ein zusätzlicher Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Aktionsraums geleistet werden. In Gebieten mit erheblichem Fremdenverkehr sollen die gewerblichen und kommunalen Fremdenverkehrseinrichtungen verbessert und nachfragegerecht erweitert werden. Gebiete mit in Ansatzpunkten vorhandenem Fremdenverkehr sollen weiterentwickelt werden.

Durch den Ausbau der regionalen und überregionalen Infrastruktur sollen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ansiedlungs- und Fremdenverkehrspolitik geschaffen werden.

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Ziel der regionalen Strukturpolitik für den Aktionsraum ist es, die erfolgreich eingeleitete Umstrukturierung fortzuführen und die noch deutlich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegende Wirtschaftskraft weiter anzuheben. Dabei soll eine ausgeglichene Gesamtentwicklung des Raumes unter Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung herbeigeführt werden.

Insbesondere kommt es darauf an, daß ein möglichst breitgefächertes Angebot an Arbeitsplätzen entsteht. Entscheidend ist hierbei nicht so sehr die Zahl, sondern die Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze. Mit dieser Zielsetzung sollen die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten weiter nachhaltig verbessert werden, zugleich soll damit den in einigen Gebietsteilen festzustellenden Abwanderungstendenzen entgegengewirkt werden.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

		davon im Zonenrandgebiet
a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	24 100	17 700
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	8 000	6 500

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkte¹⁾

	Einwohnerzahl	
	in dem Ort	im Einzugsbereich
<i>Übergeordnete Schwerpunkttore</i>		
Cham (25 %)	12 500	75 000 (mit Furth i. Wald und Kötzing)
Deggendorf/ Plattling (25 %)	25 300/ 9 500	105 000
Grafenau (25 %)	5 000	80 000 (mit Freyung und Waldkirchen)
Tirschenreuth (25 %)	8 500	50 000 (mit Waldsassen)
Weiden i. d. Opf./ Neustadt a. d. Waldnaab (25 %)	43 000/ 6 000	95 000
Amberg/ Sulzbach-Rosenberg (20 %)	47 400/ 18 800	130 000
Burglengenfeld (20 %)	10 100	30 000
Eggenfelden (20 %)	9 200	30 000
Landshut (20 %)	56 400	95 000
Regensburg (20 %)	133 200	240 000
Schwandorf (20 %)	22 600	35 000
Straubing (20 %)	44 300	100 000 (mit Bogen)
<i>Schwerpunkttore</i>		
Bogen (15 %)	6 800	100 000 (mit Straubing)
Eschenbach i. d. Opf. (15 %)	4 000	50 000 (mit Kemnath)
Freyung/Waldkirchen (15 %)	6 200/ 6 500	80 000 (mit Grafenau)
Furth i. Wald (15 %)	10 000	75 000 (mit Cham und Kötzing)
Hauzenberg (15 %)	9 200	40 000 (mit Wegscheid)

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:

Zu Deggendorf/Plattling: Hengersberg, Otzing und Pankofen; zu Tirschenreuth: Mitterteich und Wiesau; zu Weiden i. d. Opf./Neustadt a. d. Waldnaab: Altenstadt a. d. Waldnaab und Weiherhammer; zu Amberg/Sulzbach-Rosenberg: Kümmersbruck; zu Burglengenfeld: Maxhütte-Haidhof und Teublitz; zu Eggenfelden: Hammersbach; zu Landshut: Altdorf und Ergolding; zu Regensburg: Barbing und Neutraubling; zu Schwandorf: Wackersdorf; zu Hauzenberg: Wotzdorf; zu Kemnath: Erbdorf; zu Landau a. d. Isar: Pilsting; zu Mallersdorf-Pfaffenberg/Neufahrn i. NB: Ergoldsbach; zu Nabburg: Pfreimd; zu Nittenau: Bruck i. d. Opf.; zu Pocking: Rothalmünster und Ruhstorf; zu Rottenburg a. d. Laaber: Oberhatzkofen und Pattendorf; zu Vilsbiburg: Bodenkirchen; zu Neunburg v. Wald: Bodenwöhr.

	Einwohnerzahl	
	in dem Ort	im Einzugsbereich
Kemnath (15 %)	3 900	50 000 (mit Eschenbach i. d. Opf.)
Landau a. d. Isar (15 %)	10 100	30 000
Mallersdorf-Pfaffenberg/ Neufahrn i. NB (15 %)	4 900/ 2 200	60 000 (mit Rottenburg a. d. Laaber)
Nabburg (15 %)	5 100	30 000
Neumarkt i. d. Opf. (15 %)	29 700	55 000
Nittenau (15 %)	5 900	40 000 (mit Roding)
Parsberg (15 %)	4 900	50 000 (mit Beilngries)
Passau (15 %)	50 700	75 000
Pfarrkirchen (15 %)	9 700	50 000 (mit Simbach a. Inn)
Pocking (15 %)	9 600	40 000
Regen (15 %)	9 000	40 000 (mit Zwiesel)
Riedenburg (15 %)	3 800	55 000 (mit Kelheim)
Roding (15 %)	9 200	40 000 (mit Nittenau)
Rottenburg a. d. Laaber (15 %)	4 000	60 000 (mit Mallersdorf-Pfaffen- berg/Neufahrn i. NB)
Simbach a. Inn (15 %)	9 400	50 000 (mit Pfarrkirchen)
Vilsbiburg (15 %)	6 800	30 000
Vilshofen (15 %)	7 700	45 000
Vohenstrauß (15 %)	7 100	25 000
Waldmünchen (15 %)	5 900	55 000 (mit Neunburg v. Wald und Oberviechtach)
Waldsassen (15 %)	8 900	50 000 (mit Tirschenreuth)
Wegscheid (15 %)	4 300	40 000 (mit Hauzenberg)
Zwiesel (15 %)	9 100	40 000 (mit Regen)
<i>Schwerpunktorte in extremer Zonenrandlage</i>		
Kötzting (25 %)	6 000	75 000 (mit Cham und Furth i. Wald)
Neunburg v. Wald (25 %)	7 100	55 000 (mit Oberviechtach und Waldmünchen)
Oberviechtach (25 %)	4 900	55 000 (mit Neunburg v. Wald und Waldmünchen)
Viechtach (25 %)	6 400	25 000

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreisfreie Stadt Amberg

Kreisfreie Stadt Landshut

Kreisfreie Stadt Passau

Kreisfreie Stadt Regensburg

Kreisfreie Stadt Straubing

Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf.

Landkreis Amberg-Sulzbach

davon:

Ammerthal, Angfeld, Auerbach i. d. OPf., Degelsdorf, Edelsfeld, Ensdorf, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Gunzendorf, Hahnbach, Hirschau, Hohenburg, Holnstein, Illschwang, Kastl, Kemnath a. Buchberg, Königstein, Massenricht, Michelfeld, Nasnitz, Nitzlbuch, Pfaffenhofen, Ranzenthal, Rieden, Schmidmühlen, Schnaittenbach, Sulzbach-Rosenberg, Ursensollen, Utzenhofen, Vilseck.

Landkreis Cham

Landkreis Deggendorf

Landkreis Dingolfing-Landau
(ohne Gemeinde Rampoldstetten)

Landkreis Freyung-Grafenau

Landkreis Kelheim

davon:

Abensberg, Bad Abbach, Baiersdorf, Biburg, Essing, Ihrlerstein, Kelheim, Kelheimwinzer, Kirchkorf, Lengfeld, Neustadt a. d. Donau, Oberulrain, Painten, Prunn, Ratzenhofen, Riedenburg, Rohr i. NB., Schwaig, Siegenburg, Train, Wildenberg.

Landkreis Landshut

davon:

Adelhofen, Altdorf, Baierbach, Ergolding, Essbach, Hohenthann, Kumhausen, Mettenbach, Neufraunhofen, Niederaichbach, Ohu, Postau, Schmatzhausen, Tiefenbach, Velden, Vilslern, Weng, Wörth a. d. Isar.

Landkreis Neumarkt i. d. OPf.

davon:

Batzhausen, Berching, Breitenbrunn, Burggriesbach, Daßwang, Degerndorf, Deining, Dietfurt a. d. Altmühl, Engelsberg, Erasbach, Freystadt, Großalfalterbach, Großbissendorf, Günching, Hörmannsdorf, Hohenfels, Holnstein, Lauterhofen, Leutenbach, Lupburg, Markstetten, Mitterthal, Mühlhausen, Neumarkt i. d. OPf., Oberwiesenacker, Parsberg, Plankstetten, Raitenbach, Seubersdorf i. d. OPf., Trautmannshofen, Unterbuchfeld, Velburg, Waltersberg.

Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab

davon:

Altenstadt a. d. Waldnaab, Dießfurt, Engleshof, Eschenbach i. d. OPf., Eslarn, Floß, Flossenbürg, Georgenberg, Grafenwöhr, Heinersreuth, Irchenrieth, Kirchendemenreuth, Kirchenthumbach, Kohlberg, Leuchtenberg, Luhe, Mantel, Michldorf, Moosbach, Neudorf b. Luhe, Neustadt a. d. Waldnaab, Neustadt a. Kulm, Oberwildenau, Parkstein, Pleystein, Preißbach, Pressath, Püchersreuth, Schirmitz, Schlammersdorf, Schwarzenbach, Speinshart, Störnstein, Tannesberg, Theisseil, Vohenstrauß, Vorbach, Waidhaus, Waldthurn, Weiherhammer, Windischeschenbach.

Landkreis Nürnberger Land

davon:

Neuhaus a. d. Pegnitz.

Landkreis Passau

Landkreis Regen

Landkreis Regensburg

davon:

Aichkirchen, Altenthann, Bach a. d. Donau, Beratzhausen, Bernhardswald, Brennberg, Bruckbach, Brunn, Deuerling, Diesenbach, Dinau, Donaustauf, Duggendorf, Eitlbrunn, Frauenzell, Geisling, Gmünd, Griesau, Großberg, Grünthal, Haag, Hainsacker, Hauzenstein, Hemau, Hochdorf, Hohengebraching, Hohenschambach, Holzheim a. Forst, Kallmünz, Kareth, Klängen, Kneiting, Laaber, Langenkreith, Lappersdorf, Laufenthal, Neutraubling, Nittendorf, Obertraubling, Pettendorf, Pfatter, Pielenhofen, Poign, Pohnholz, Regendorf, Regenaustauf, Rohrbach, Rosenhof, Sinzing, Steinsberg, Sulzbach a. d. Donau, Tegernheim, Traidendorf, Wenzelbach, Wiesent, Wörth a. d. Donau, Wolfsegg, Zeitlarn.

Landkreis Rottal-Inn

davon:

Arnstorf, Bayerbach, Birnbach, Dietersburg, Eggenfelden, Egglham, Ering, Hammersbach, Hebertsfelden, Johanniskirchen, Kohlstorf, Lohbruck, Malgersdorf, Mariakirchen, Massing, Münchsdorf, Neukirchen b. Pfarrkirchen, Peterskirchen, Pfarrkirchen, Postmünster, Roßbach, Schönau, Simbach a. Inn, Staudach, Stubenberg, Tann, Triftern, Unterdietfurt, Wittibreit.

Landkreis Schwandorf

davon:

Alletsried, Altendorf, Altenschwand, Bodenwöhr, Bruck i. d. OPf., Bubach a. d. Naab, Burglengenfeld, Dieterskirchen, Erzhäuser, Fensterbach, Fischbach, Fischbach a. d. Naab, Fuchsberg, Glaubendorf, Gleiritsch, Guteneck, Hansenried, Hohentreswitz, Naabeck, Nabburg, Neukirchen, Neukirchen-Balbini, Neunburg vorm Wald, Niedermurach, Nittenau, Oberviechtach, Penting, Pfreimd, Potten-

stetten, Saltendorf a. d. Naab, Schmidgaden, Schönsee, Schwandorf, Schwarzach b. Nabburg, Schwarzenfeld, Schwarzhofen, Söllitz, Stadlern, Stulln, Teunz, Thanstein, Trausnitz, Weiding, Wernberg-Köblitz, Winklarn, Zangenstein, Zeinried.

Landkreis Straubing-Bogen

davon:

Aholting, Amselfing, Ascha, Atting, Bogen, Falkenfels, Gaishausen, Geiselhöring, Gossersdorf, Grafling, Haibach, Hailing, Haindling, Hankofen,

Haselbach, Haunkenzell, Hirschling, Hunderdorf, Irlbach, Kirchroth, Kößnach, Konzell, Laberweinting, Loitzendorf, Mellersdorf-Pfaffenberg, Maria-Posching, Mitterfels, Münster, Neukirchen, Niederaichdorf, Niederwinkling, Obermiethnach, Oberzeitldorn, Parkstetten, Perasdorf, Perkam, Pillnach, Pondorf, Rain, Rattenberg, Rattiszell, Sallach, St. Englmar, Saulburg, Schambach, Schwarzach, Stallwang, Steinach, Steinburg, Weichs, Wiesenfelden, Windberg, Zinzenzell.

Landkreis Tirschenreuth

**C. in der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 411,00	1 902,40	236,80	192,00	180,80	142,80	56,00	49,20
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	464,00	384,00	46,40	38,40	28,80	28,80	17,60	9,60
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	389,00	155,60	36,40	15,60	29,20	11,60	7,20	4,00
Zwischensumme 1. bis 3. ...	3 264,00	2 442,00	319,60	246,00	238,80	183,20	80,80	62,80
im Jahresdurchschnitt	816,00	610,50	79,90	61,50	59,70	45,80	20,20	15,70
4. Industriegeländeerschließung	90,40	58,40	62,96	43,68	—	—	62,96	43,68
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	68,40	44,80	38,72	26,84	—	—	38,72	26,84
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	61,20	39,60	42,60	29,56	—	—	42,60	29,56
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	12,00	7,60	8,68	6,00	—	—	8,68	6,00
Zwischensumme 4. bis 7. ...	232,00	150,40	152,96	106,08	—	—	152,96	106,08
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 496,00	2 592,40	472,56	352,08	238,80	183,20	233,76	168,88
im Jahresdurchschnitt	874,00	648,10	118,14	88,02	59,70	45,80	58,44	42,22

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	59,70	59,70	59,70	59,70	238,80
2. GA-Mittel	58,44	58,44	58,44	58,44	233,76
zusammen ...	118,14	118,14	118,14	118,14	472,56
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	45,20	45,20	45,20	45,20	180,80
b) GA-Mittel	14,00	14,00	14,00	14,00	56,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	7,20	7,20	7,20	7,20	28,80
b) GA-Mittel	4,40	4,40	4,40	4,40	17,60
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	7,30	7,30	7,30	7,30	29,20
b) GA-Mittel	1,80	1,80	1,80	1,80	7,20
4. Industriegeländeerschließung	15,74	15,74	15,74	15,74	62,96
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	9,68	9,68	9,68	9,68	38,72
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	10,65	10,65	10,65	10,65	42,60
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	2,17	2,17	2,17	2,17	8,68
insgesamt ...	118,14	118,14	118,14	118,14	472,56

20. Regionales Aktionsprogramm „Südbayerisches Fördergebiet“

A. Beschreibung des Aktionsraumes

1. Abgrenzung

Der Aktionsraum erstreckt sich auf nachstehend genannte Arbeitsmarktregionen: Bad Tölz, Garmisch-Partenkirchen — Weilheim-Schongau, Kaufbeuren, Landsberg a. Lech, Mindelheim (Teil), Rosenheim, Traunstein — Bad Reichenhall, Wasserburg a. Inn.

Er umfaßt damit folgende kreisfreie Städte und Landkreise:

Kreisfreie Stadt Kaufbeuren

Kreisfreie Stadt Rosenheim

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

davon die Gemeinden:

Bad Heilbrunn, Bad Tölz, Benediktbeuren, Bichl, Gaißach, Greiling, Jachenau, Kirchbichl, Kochel a. See, Lenggries, Oberfischbau, Reichersbeuren, Sachenkam, Schlehdorf, Schönrain, Wackersberg.

Landkreis Berchtesgadener Land

Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Landkreis Landsberg a. Lech

davon die Gemeinden:

Denklingen, Erpfting, Fuchstal, Hofstetten, Kaufering, Kinsau, Landsberg a. Lech, Pürgen, Reichling, Schwifting, Taining, Unterdießen, Vilgertshofen.

Landkreis Miesbach

davon die Gemeinden:

Bad Wiessee, Bayrischzell, Fischbachau, Gmund a. Tegernsee, Hausham, Kreuth, Miesbach, Rottach-Egern, Schliersee, Tegernsee, Wies.

Landkreis Mühldorf a. Inn

davon die Gemeinden:

Gars a. Inn, Haag i. OB., Reichertsheim, Unterreit.

Landkreis Ostallgäu

davon die Gemeinden:

Apfeltrang, Bidingen, Biessenhofen, Buchloe, Dörsingen, Eisenberg, Frankenried, Füssen, Germaringen, Gutenberg, Halblech, Hopfen am See, Hopferau, Jengen, Kaltental, Ketterschwang, Lechbruck, Lengenfeld, Marktoberdorf, Mauerstetten, Nesselwang, Oberostendorf, Osterzell, Pfronten, Rettenbach a. Auerberg, Rieden am Förgensee, Roßhaupten, Ruderatshofen, Schwangau, Seeg, Stöt-

ten a. Auerberg, Stöttwang, Waal, Waalhaupten, Weißensee, Westendorf.

Landkreis Rosenheim

davon die Gemeinden:

Aising, Amerang, Aschau i. Chiemgau, Attel, Babensham, Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bernau a. Chiemsee, Beyharting, Brannenburg, Breitbrunn a. Chiemsee, Bruckmühl, Chiemsee, Eggstätt, Eiselring, Endorf i. OB., Flintsbach a. Inn, Frasdorf, Götting, Griesstätt, Großholzhausen, Großkarolinenfeld, Gstadt a. Chiemsee, Halfing, Hemdorf, Hittenkirchen, Hochstätt, Höhenmoos, Höslwang, Hohenthann, Kiefersfelden, Kling, Kolbermoor, Litzldorf, Marienberg, Mietraching, Neubeuern, Neukirchen a. Simssee, Nußdorf a. Inn, Oberaudorf, Pang, Pfraundorf, Pietzing, Prien a. Chiemsee, Prutting, Ramerberg, Raubling, Reischenhart, Riedering, Rimsting, Rohrdorf, Rott a. Inn, Sachrang, Samerberg, Schonstett, Söchtenau, Söllhuben, Soyen, Stephanskirchen, Tattenhausen, Tuntenhausen, Umrathshausen, Vogtareuth, Wasserburg a. Inn, Westerndorf St. Peter, Wildenwart, Willing.

Landkreis Traunstein

davon die Gemeinden:

Altenmarkt a. d. Alz, Bergen, Chieming, Erlstätt, Fridolfing, Grabenstätt, Grassau, Hammer, Haslach, Heiligkreuz, Inzell, Kay, Kienberg, Kirchanschöring, Marquartstein, Nußdorf, Oberfeldkirchen, Oberhochstätt, Obing, Palling, Petting, Pittenhard, Reit i. Winkl, Ruhpolding, Schleiching, Seebruck, Seeon, Siegsdorf, Staudach-Egerndach, Stein a. d. Traun, Surberg, Tacherting, Taching a. See, Tengling, Tittmoning, Törring, Traunreut, Traunstein, Traunwalchen, Trostberg, Truchtlaching, Übersee, Unterwössen, Vachendorf, Waging a. See, Wolkersdorf, Wonneberg.

Landkreis Unterallgäu

davon die Gemeinden:

Irsingen, Mindelheim, Rammingen, Türkheim, Wiedergeltingen.

Landkreis Weilheim-Schongau

davon die Gemeinden:

Altenstadt, Bernbeuren, Böbing, Bruggen, Eglfing, Etting, Forst, Habach, Hohenfurch, Hohenpeißenberg, Huglfing, Ingenried, Oberhausen, Oberding, Peißenberg, Peiting, Penzberg, Polling, Prem, Rotenbuch, Sachsenried, Schönberg, Schongau, Schwabbruck, Schwabniederhofen, Schwabsoien, Sindelsdorf, Steingaden, Tannenberg, Weilheim i. OB., Wildsteig.

2. Aktionsraum

Aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten wird der südliche Teil des Aktionsraumes mit dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen, den südlichen Bereichen der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Weilheim-Schongau, Ostallgäu sowie Teilbereichen der Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein und Rosenheim eindeutig vom Fremdenverkehr bestimmt. Das Schliersee-, Tegernsee-, Kochel- und Walchenseegebiet, der Isarwinkel, das Werdenfeller Land, der Staffelsee mit dem Ammerhügelland, das Ostallgäu und das Allgäuer Alpenvorland, die Berchtesgadener Alpen mit dem Reichenhaller Land, die Chiemgauer Alpen und das Chiemseegebiet zählen zu den bekanntesten und bedeutendsten Fremdenverkehrsgebieten Deutschlands.

Im nordwestlichen Bereich des Aktionsraumes war ein erheblicher Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Im Zuge der industriellen Entwicklung dieses Raumes hat vor allem in den Städten Kaufbeuren, Landsberg a. Lech, Marktobendorf, Mindelheim, Schongau und Weilheim die Bedeutung des produzierenden Gewerbes zugenommen. Ferner konnte mit der Stilllegung des Pechkohlenbergbaues durch Betriebsansiedlungen in den Bergbauorten (z. B. Penzberg) eine industrielle Basis geschaffen werden und der ohnehin im Gang befindliche Umstrukturierungsprozeß wesentlich intensiviert werden.

Auch der nordöstliche Teil des Aktionsraumes war eindeutig landwirtschaftlich orientiert. In den vergangenen 15 Jahren konnte aufgrund der Industrialisierung eine landwirtschaftlich-gewerbliche Mischstruktur entwickelt werden. In beschränktem Umfang ist mit einer weiteren Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu rechnen. Die Industrie ist auf wenige Standorte, wie Traunstein, Freilassing, Laufen, Wasserburg a. Inn, Trostberg/Altenmarkt und Rosenheim konzentriert.

3. Wichtige Strukturdaten des Aktionsraumes

Einwohnerzahl (31. Dezember 1976) ..	880 300
Fläche	8 100 qkm
Bevölkerungsdichte	109
Industriebesatz	78
BIP/WIB (1974)	12 600 DM

B. Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum

1. Die Ziele der regionalen Strukturpolitik für den Aktionsraum sind durch die strukturellen Unterschiede weitgehend bestimmt. Während insbesondere in den Räumen Kaufbeuren, Landsberg, Weilheim, Mindelheim, Wasserburg a. Inn und in den nördlichen Teilen der Landkreise Rosenheim, Traunstein und Berchtesgadener Land die Weiterführung des industriell-gewerblichen Entwicklungsprozesses sowie die Bemühungen um die Sicherung und Schaf-

fung von Arbeitsplätzen im Vordergrund stehen, ist im südlichen Teil des Aktionsraumes der wirtschaftspolitische Auftrag die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes sowie die Sicherung und weitere Intensivierung des Fremdenverkehrs.

2. Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze

a) Schaffung neuer Arbeitsplätze	4 500
b) Sicherung vorhandener Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe	1 300

3. Räumliche Schwerpunkte der Förderung

a) Gewerbliche Schwerpunkttorte ¹⁾

	Einwohnerzahl	
	im Ort	im Einzugsbereich
<i>Schwerpunkttorte</i>		
Freilassing (15 %)	12 200	35 000
Füssen (15 %)	10 500	40 000
Kaufbeuren (15 %)	42 600	110 000
Landsberg a. Lech ... (15 %)	15 900	60 000
Rosenheim (15 %)	38 000	220 000
Traunstein (15 %)	14 400	100 000
Trostberg (15 %)	7 400	30 000
Wasserburg a. Inn .. (15 %)	6 700	45 000
Weilheim i. OB (15 %)	15 400	75 000

¹⁾ Zu den Schwerpunkttorten gehören:

Zu Freilassing: Ainring; zu Landsberg a. Lech: Kaufering; zu Rosenheim: Kolbenmoor; zu Trostberg: Altenmarkt a. d. Alz und Traunreut.

b) Fremdenverkehrsgebiete

Kreisfreie Stadt Rosenheim

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
davon:

Bad Heilbrunn, Bad Tölz, Benediktbeuern, Bichl, Gaißach, Greiling, Jachenau, Kirchbichl, Kochel a. See, Lenggries, Oberfischbach, Reichersbeuern, Sachsenkam, Schlehdorf, Schönrain, Wackersberg.

Landkreis Berchtesgadener Land

Landkreis Garmisch-Partenkirchen
davon:

Bad Kohlgrub, Bayersoien, Eschenlohe, Ettal, Farchant, Garmisch-Partenkirchen, Grainau, Großweil,

Hechendorf, Krün, Mittenwald, Murnau, Oberammergau, Oberau, Ohlstadt, Riegsee, Saulgrub, Schwaigen, Seehausen a. Staffelsee, Spatzenhäuser, Uffing a. Staffelsee, Unterammergau, Wallgau, Wamberg.

Landkreis Landsberg a. Lech

davon:

Denklingen, Erpfting, Fuchstal, Hofstetten, Kaufering, Kinsau, Landsberg a. Lech, Pürgen, Reichling, Schwifting, Thaining, Unterdießen, Vilgertshofen.

Landkreis Miesbach

davon:

Bad Wiessee, Bayrischzell, Fischbachau, Gmund a. Tegernsee, Hausham, Kreuth, Miesbach, Rottach-Egern, Schliersee, Tegernsee, Wies.

Landkreis Ostallgäu

davon:

Apfeltrang, Bidingen, Biessenhofen, Eisenberg, Füssen, Halblech, Hopfen am See, Hopferau, Lechbruck, Marktoberdorf, Nesselwang, Pfronten, Rettenbach a. Auerberg, Rieden am Foggensee, Roßhaupten, Schwangau, See, Stöten a. Auerberg, Weißensee.

Landkreis Rosenheim

davon:

Aising, Amerang, Aschau i. Chiemgau, Attel, Babensham, Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bernau a. Chiemsee, Beyharting, Brannenburg, Breitbrunn a. Chiemsee, Bruckmühl, Chiemsee, Eggstätt, Eising, Endorf i. OB., Flintsbach a. Inn, Frasdorf, Götting, Griesstätt, Großholzhausen, Großkarolinenfeld, Gstadt a. Chiemsee, Halfing, Hemhof, Hitenkirchen, Hochstätt, Höhenmoos, Höslwang, Hohenthann, Kiefersfelden, Kling, Kolbermoor, Litzldorf, Marienberg, Mietraching, Neubeuern, Neu-

kirchen a. Simssee, Nußdorf a. Inn, Oberaudorf, Pang, Pfraundorf, Pietzing, Prien a. Chiemsee, Prutting, Ramerberg, Raubling, Reischenhart, Riedering, Rimsting, Rohrdorf, Rott a. Inn, Sachrang, Samerberg, Schonstett, Söchtenau, Söllhuben, Soyen, Stephanskirchen, Tattenhausen, Tuntenhausen, Umrathshausen, Vogtareuth, Wasserburg a. Inn, Westerndorf St. Peter, Wildenwart, Willing.

Landkreis Traunstein

davon:

Altenmarkt a. d. Alz, Bergen, Chieming, Erlstätt, Fridolfing, Grabenstätt, Grassau, Hammer, Haslach, Heiligkreuz, Inzell, Kay, Kienberg, Kirchanschöring, Marquartstein, Nußdorf, Oberfeldkirchen, Oberhochstätt, Obing, Palling, Petting, Pittenhart, Reit i. Winkl, Ruhpolding, Schleching, Seebuck, Seon, Siegsdorf, Staudach-Egerndach, Stein a. d. Traun, Surberg, Tachtering, Taching a. See, Tengling, Tittmoning, Törring, Traunreut, Traunstein, Traunwalchen, Trostberg, Truchtlaching, Übersee, Unterwössen, Vachendorf, Wang a. See, Wolkersdorf, Wonneberg.

Landkreis Unterallgäu

davon:

Mindelheim.

Landkreis Weilheim-Schongau

davon:

Altenstadt, Bernbeuren, Böbing, Burggen, Eglfing, Etting, Forst, Habach, Hohenfurch, Hohenpeißenberg, Huglfing, Ingenried, Oberhausen, Oderding, Peißenberg, Peiting, Penzberg, Polling, Prem, Rottenbuch, Sachsenried, Schönberg, Schongau, Schwabbruck, Schwabniederhofen, Schwabsoien, Sindelsdorf, Steingaden, Tannenberg, Weilheim i. OB., Wildsteig.

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	182,00	—	16,00	—	13,60	—	2,40	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	72,00	—	7,20	—	—	—	7,20	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	350,00	—	31,20	—	26,40	—	4,80	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	604,00	—	54,40	—	40,00	—	14,40	—
im Jahresdurchschnitt	151,00	—	13,60	—	10,00	—	3,60	—
4. Industriegeländeerschließung	9,60	—	5,60	—	—	—	5,60	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	4,80	—	2,40	—	—	—	2,40	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	35,20	—	21,12	—	—	—	21,12	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	49,60	—	29,12	—	—	—	29,12	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	653,60	—	83,52	—	40,00	—	43,52	—
im Jahresdurchschnitt	163,40	—	20,88	—	10,00	—	10,88	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	10,00	10,00	10,00	10,00	40,00
2. GA-Mittel	10,88	10,88	10,88	10,88	43,52
zusammen ...	20,88	20,88	20,88	20,88	83,52
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	3,40	3,40	3,40	3,40	13,60
b) GA-Mittel	0,60	0,60	0,60	0,60	2,40
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	1,80	1,80	1,80	1,80	7,20
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	6,60	6,60	6,60	6,60	26,40
b) GA-Mittel	1,20	1,20	1,20	1,20	4,80
4. Industriegeländeerschließung	1,40	1,40	1,40	1,40	5,60
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	0,60	0,60	0,60	0,60	2,40
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	5,28	5,28	5,28	5,28	21,12
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—
insgesamt ...	20,88	20,88	20,88	20,88	83,52

Teil IV

Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 1 GRW ein bis zum 31. Dezember 1980 befristetes Sonderprogramm für Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe und für den Fremdenverkehr in Fremdenverkehrsgebieten beschlossen.

1. Im Rahmen des mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge werden Bund und Länder im Zeitraum 1977 bis 1980, vorbehaltlich einer Bestätigung durch die Haushaltsgesetze, Investitionshilfen gewähren zur Förderung von
 - a) Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten,
 - b) sonstigen Infrastrukturmaßnahmen gem. Teil II Ziff. 3. des 6. Rahmenplans, ausgenommen Industriegeländeerschließung,
 - c) Fremdenverkehrsinfrastruktur gem. Teil II Ziff. 3.1.5. des 6. Rahmenplans.

Die unter a) und b) genannten Maßnahmen können nur in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden, wobei Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten Vorrang vor allen anderen Maßnahmen erhalten. Auf diese Weise soll der Zugang zu den Einzelhandelsbetrieben in den Zentren der Schwerpunkttorte der Gemeinschaftsaufgabe erleichtert, dem Abwandern auf außerhalb der Schwerpunkttorte entstehenden großflächigen Einkaufszentren entgegengewirkt und somit die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft begünstigt werden.

2. Für die Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen stellt der Bund 250 Millionen DM zur Verfügung, von den Ländern wird ein Betrag in gleicher Höhe aufgebracht; zusammen mit einer erwarteten Eigenleistung der Gemeinden in Höhe von 330 Millionen DM beläuft sich das Programmvolumen auf 830 Millionen DM. Der Gesamtbetrag an Bundes- und Ländermitteln verteilt sich wie folgt:

Land	in Millionen DM
Baden-Württemberg	20,4
Bayern	114,0
Bremen	1,8
Hessen	39,8
Niedersachsen	101,8
Nordrhein-Westfalen	37,4
Rheinland-Pfalz	39,1
Saarland	71,4
Schleswig-Holstein	74,3
insgesamt	500,0

3. Die Mittel des Programms werden für Vorhaben eingesetzt, die noch nicht begonnen sind und ohne dieses Programm aus finanziellen Gründen nicht oder erst später in Angriff genommen werden können (zusätzliche Investitionen). Die Mittel können nur für solche Vorhaben verwendet werden, für die Aufträge vor dem 31. Dezember 1980 vergeben werden. Einzelvorhaben können bis zu 80 %, im Zonenrandgebiet bis zu 90 % der Investitionskosten gefördert werden. Eine kumulative Förderung mit Mitteln aus anderen Teilen des Programms für Zukunftsinvestitionen oder Gemeinschaftsaufgaben ist nicht möglich. Bei der Auswahl der Vorhaben sollen Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt berücksichtigt werden. Im übrigen gelten die Regelungen des 6. Rahmenplans entsprechend.
4. Die Haushaltsmittel des Bundes werden den Ländern zur Bewirtschaftung — getrennt von den übrigen Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe — zugewiesen, sie werden gesondert abgerechnet. Die Länder unterrichten nach Abschluß ihrer verwaltungsmäßigen Prüfung der Verwendungsnachweise den Bundesminister für Wirtschaft in Form eines zusammenfassenden Berichts, aus dem auch ersichtlich wird, inwieweit der Förderungszweck erreicht wurde.

Regionale Aktionsprogramme	Fußgänger- zonen und Parkmöglich- keiten	Sonstige Infrastruktur	Fremden- verkehrs- infrastruktur	zusammen
	in Schwerpunkttorten			
	in Millionen DM			
1	2	3	4	5
1. Schleswig-Unterelbe	15,000	2,650	11,220	28,870
2. Holstein	15,000	12,650	17,780	45,430
Schleswig-Holstein	30,000	15,300	29,000	74,300
3. Niedersächsische Nordseeküste	6,500	9,400	9,400	25,300
— Teil Niedersachsen —	4,700	9,400	9,400	23,500
4. Ems-Mittelweser	3,300	6,500	6,500	16,300
5. Heide-Elbufer	6,500	13,000	13,000	32,500
6. Niedersächsisches Bergland	5,900	11,800	11,800	29,500
Niedersachsen	20,400	40,700	40,700	101,800
3. Niedersächsische Nordseeküste	6,500	9,400	9,400	25,300
— Teil Bremen —	1,800	—	—	1,800
Bremen	1,800	—	—	1,800
7. Nördliches Ruhrgebiet — Westmünsterland	17,400	—	—	17,400
8. Nordeifel	2,800	—	2,400	5,200
9. Ostwestfalen	6,800	—	8,000	14,800
Nordrhein-Westfalen	27,000	—	10,400	37,400
10. Hessisches Fördergebiet	19,000	0,200	18,600	37,800
11. Mittelrhein-Lahn-Sieg	7,586	0,145	6,069	13,800
— Teil Hessen —	2,000	0,100	0,700	2,800
Hessen	21,000	0,200	18,600	39,800
11. Mittelrhein-Lahn-Sieg	7,586	0,145	6,069	13,800
— Teil Rheinland-Pfalz —	5,586	0,045	5,369	11,000
12. Eifel-Hunsrück	6,980	0,008	3,252	10,240
13. Saarland-Westpfalz	29,740	16,200	43,320	89,260
— Teil Rheinland-Pfalz —	9,740	—	8,120	17,860
Rheinland-Pfalz	22,306	0,053	16,741	39,100

Regionale Aktionsprogramme	Fußgänger- zonen und Parkmöglich- keiten	Sonstige Infrastruktur	Fremden- verkehrs- infrastruktur	zusammen
	in Schwerpunkttorten			
	in Millionen DM			
1	2	3	4	5
13. Saarland-Westpfalz	25,740	16,200	47,320	89,260
— Teil Saarland —	20,000	16,200	35,200	71,400
Saarland	20,000	16,200	35,200	71,400
14. Odenwald-Hohenlohe-Ostalb	8,800	2,000	1,200	12,000
15. Hochschwarzwald-Baar-Hochrhein	1,800	0,600	1,200	3,600
16. Alb-Oberschwaben	3,000	0,800	1,000	4,800
Baden-Württemberg	13,600	3,400	3,400	20,400
17. Nordbayerisches Fördergebiet	33,007	1,743	2,360	37,110
18. Westbayerisches Fördergebiet	4,910	4,700	3,500	13,110
19. Ostbayerisches Fördergebiet	13,150	1,210	35,020	49,380
20. Südbayerisches Fördergebiet	11,350	—	3,050	14,400
Bayern	62,417	7,653	43,930	114,000
insgesamt ...	223,523	84,106	192,371	500,000

Teil V

Ergänzung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 GRW ein bis zum 31. Dezember 1981 befristetes Sonderprogramm beschlossen.

1. Mit diesem Programm soll im Gebiet des Regionalen Aktionsprogramms Saarland-Westpfalz *) die Schaffung von 17 300 neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie ermöglicht werden. Diese Zahl ergibt sich aus den seit 1977 infolge der Stahlkrise eingetretenen Arbeitsplatzverlusten in der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie sowie aus der Neuordnung der Besitz- und Produktionsverhältnisse bei den Stahlwerken Röchling-Burbach GmbH und der Neunkircher Eisenwerk AG (Rationalisierungsmaßnahmen in beschäftigungsintensiven Unternehmensbereichen, Teilstillegungen).
2. Die zu schaffenden Arbeitsplätze verteilen sich wie folgt:
Saarland 15 570
Rheinland-Pfalz 1 730
3. Der Bund stellt zur Schaffung der unter 1. genannten Arbeitsplätze insgesamt 100 Millionen

*) Einschließlich weiterer rheinland-pfälzischer Gemeinden im Grenzgebiet zum Saarland, soweit sie ebenfalls von der Stahlkrise betroffen sind.

DM Haushaltsmittel zur Verfügung. Die Länder Saarland und Rheinland-Pfalz stellen insgesamt ebenfalls 100 Millionen DM bereit. Der Gesamtbetrag von 200 Millionen DM gliedert sich wie folgt auf:

Land	1978 bis 1981 in Millionen DM
Saarland	180
Rheinland-Pfalz	20
insgesamt	200
davon 50 % Bund	100

Die Zahlungsverpflichtungen des Bundes und der Länder stehen unter dem Vorbehalt, daß sämtliche haushaltsrechtlich notwendigen Ermächtigungen im Bund und in diesen Ländern erteilt werden.

4. Diese Mittel stehen nur für die Förderung von Errichtung, Erweiterung oder Erwerb gewerblicher Produktionsbetriebe außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie zur Verfügung. Es gelten die Regelungen des Rahmenplans.
5. Die Mittel für dieses Sonderprogramm werden getrennt abgerechnet.

Teil VI

Neue Fördergebiete

Mit Wirkung vom 1. Januar 1978 sind in den nachgenannten Regionalen Aktionsprogrammen folgende Gemeinden neu als Fördergebiete ausgewiesen:

7. Regionales Aktionsprogramm „Nördliches Ruhrgebiet-Westmünsterland-Kleve“

Vom Kreis Kleve die Gemeinden:

Bedburg-Hau, Emmerich, Godh, Kalkar, Kleve, Kranenburg, Rees und Uedem.

8. Regionales Aktionsprogramm „Nordeifel-Grenzraum Aachen“

Die kreisfreie Stadt Aachen;

vom Kreis Aachen die Gemeinden:

Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Stolberg, Würselen;

vom Kreis Düren die Gemeinde Langerwehe;

vom Kreis Heinsberg die Gemeinden:

Geilenkirchen und Ubach-Palenberg.

9. Regionales Aktionsprogramm „Ostwestfalen-Oberbergisches Land“

Vom Oberbergischen Kreis die Gemeinden:

Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl und Wiehl.

17. Regionales Aktionsprogramm „Nordbayerisches Fördergebiet“

Die kreisfreie Stadt Aschaffenburg;

vom Landkreis Aschaffenburg die Gemeinden:

Alzenau i. UFr., Bessenbach, Blankenbach, Dammbach, Geiselbach, Glattbach, Goldbach, Großostheim, Haibach, Hain i. Spessart, Heigenbrücken, Heimbuchenthal, Heinrichsthal, Hösbach, Hofstädten, Johannesberg, Kahl a. Main, Karlstein a. Main, Kleinkahl, Kleinostheim, Krombach, Laufach, Mainaschaff, Mespelbrunn,

Mömbris, Obernau, Pflaumheim, Rothenbuch, Rottenberg, Sailauf, Schimborn, Schöllkrippen, Sommerkahl, Stockstadt a. Main, Waldaschaff, Weibersbrunn, Wenigumstadt, Westerngrund, Wiesen, Winzenhohl,

vom Landkreis Main-Spessart die Gemeinden:

Bischbrunn, Esselbach, Kredenbach, Neuhütten, Oberndorf, Rechtenbach, Schollbrunn, Steinmark, Wiesthal,

vom Landkreis Miltenberg die Gemeinden:

Altenbuch, Amorbach, Bürgstadt, Collenberg, Eichenbühl, Eisenbach, Elsenfeld, Erlenbach a. Main, Eschau, Großheubach, Großwallstadt, Hausen, Hobbach, Kirchzell, Kleinheubach, Kleinwallstadt, Klingenberg a. Main, Laudenschbach, Leidersbach, Miltenberg, Mömlingen, Mönchberg, Neunkirchen, Niedernberg, Obernburg a. Main, Röllbach, Rüdenu, Schmachtenberg, Schneeberg, Sommerau, Streit, Sulzbach a. Main, Weilbach, Wörth a. Main.

20. Regionales Aktionsprogramm „Südbayerisches Fördergebiet“

Die kreisfreie Stadt Rosenheim;

vom Landkreis Rosenheim die Gemeinden:

Aising, Aschau i. Chiemgau, Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bernau a. Chiemsee, Beyharting, Brannenburg, Breitbrunn a. Chiemsee, Bruckmühl, Eggstätt, Endorf i. OB., Flintsbach a. Inn, Frasdorf, Götting, Großholzhausen, Großkarolinenfeld, Gstadt a. Chiemsee, Halfing, Hemhof, Hittenkirchen, Hochstätt, Höhenmoos, Höslwang, Hohenthann, Kiefersfelden, Kolbermoor, Litzldorf, Marienberg, Mietraching, Neubeuern, Neukirchen a. Simssee, Nußdorf a. Inn, Oberaudorf, Pang, Pfraundorf, Pietzing, Prien a. Chiemsee, Prutting, Raubling, Reischenhart, Riedering, Rimsting, Rohrdorf, Sachrang, Samerberg, Söchtenau, Söllhuben, Stephanskirchen, Tattenhausen, Tuntenhausen, Umrathshausen, Vogtareuth, Westerndorf St. Peter, Wildenwart, Willing.

Anhang A

Übersicht über die geplanten Maßnahmen und ihre Finanzierung nach Ländern

Schleswig-Holstein

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 408,000	1 568,000	326,600	215,600	180,600	117,600	146,000	98,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	540,000	410,000	53,750	40,750	30,750	30,750	23,000	10,000
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	100,000	66,400	15,000	10,000	7,500	5,000	7,500	5,000
Zwischensumme 1. bis 3. ...	3 048,000	2 044,400	395,350	266,350	218,850	153,350	176,500	113,000
im Jahresdurchschnitt	762,000	511,100	98,837	66,587	54,712	38,337	44,125	28,250
4. Industriegeländeerschließung	82,100	59,600	55,500	38,000	—	—	55,500	38,000
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	73,330	71,830	42,765	41,825	—	—	42,765	41,825
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	63,500	25,500	38,035	15,235	—	—	38,035	15,235
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	66,000	57,000	36,800	30,800	—	—	36,800	30,800
Zwischensumme 4. bis 7. ...	284,930	213,930	173,100	125,860	—	—	173,100	125,860
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 332,930	2 258,330	568,450	392,210	218,850	153,350	349,600	238,860
im Jahresdurchschnitt	833,232	564,582	142,112	98,052	54,712	38,337	87,400	59,715

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	52,088	55,587	55,588	55,587	218,850
2. GA-Mittel	87,400	87,400	87,400	87,400	349,600
zusammen ...	139,488	142,987	142,988	142,987	568,450
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	45,150	45,150	45,150	45,150	180,600
b) GA-Mittel	35,000	37,000	37,000	37,000	146,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	5,438	8,437	8,438	8,437	30,750
b) GA-Mittel	5,000	6,000	6,000	6,000	23,000
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,500	2,000	2,000	2,000	7,500
b) GA-Mittel	1,500	2,000	2,000	2,000	7,500
4. Industriegeländeerschließung	16,500	13,000	13,000	13,000	55,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	10,870	10,250	10,900	10,745	42,765
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	9,330	9,950	9,300	9,455	38,035
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	9,200	9,200	9,200	9,200	36,800
insgesamt ...	139,488	142,987	142,988	142,987	568,450

Niedersachsen

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	8 400,0	3 420,0	805,0	329,0	630,0	257,0	175,0	72,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 000,0	700,0	90,0	70,0	52,5	52,5	37,5	17,5
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	400,0	180,0	56,7	25,5	30,0	13,5	26,7	12,0
Zwischensumme 1. bis 3. ...	9 800,0	4 300,0	951,7	424,5	712,5	323,0	239,2	101,5
im Jahresdurchschnitt	2 450,0	1 075,0	237,9	106,1	178,1	80,8	59,8	25,4
4. Industriegeländeerschließung	200,0	135,0	105,0	80,7	—	—	105,0	80,7
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	120,0	80,0	63,0	48,0	—	—	63,0	48,0
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	110,0	75,0	53,0	43,0	—	—	53,0	43,0
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	40,0	30,0	19,0	16,0	—	—	19,0	16,0
Zwischensumme 4. bis 7. ...	470,0	320,0	240,0	187,7	—	—	240,0	187,7
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	10 270,0	4 620,0	1 191,7	612,2	712,5	323,0	479,2	289,2
im Jahresdurchschnitt	2 567,5	1 155,0	297,9	153,1	178,1	80,8	119,8	72,3

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	178,2	178,1	178,1	178,1	712,5
2. GA-Mittel	119,8	119,8	119,8	119,8	479,2
zusammen ...	298,0	297,9	297,9	297,9	1 191,7
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	157,6	157,6	157,4	157,4	630,0
b) GA-Mittel	43,8	43,8	43,8	43,6	175,0
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	13,2	13,1	13,1	13,1	52,5
b) GA-Mittel	9,4	9,3	9,3	9,5	37,5
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	7,4	7,5	7,6	7,5	30,0
b) GA-Mittel	6,7	6,6	6,7	6,7	26,7
4. Industriegeländeerschließung	26,2	26,2	26,2	26,4	105,0
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	15,7	15,7	15,8	15,8	63,0
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	13,2	13,4	13,2	13,2	53,0
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	4,8	4,7	4,8	4,7	19,0
insgesamt ...	298,0	297,9	297,9	297,9	1 191,7

Bremen

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	264,000	—	25,400	—	18,900	—	6,500	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	(24,000)	—	(2,400)	—	—	—	(Landesmittel)	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	264,000	—	25,400	—	18,900	—	6,500	—
im Jahresdurchschnitt	66,000	—	6,350	—	4,725	—	1,625	—
4. Industriegeländeerschließung	7,500	—	6,000	—	—	—	1,500	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	(Rest Landesmittel)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	7,500	—	6,000	—	—	—	1,500	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	271,500	—	31,400	—	18,900	—	8,000	—
im Jahresdurchschnitt	67,875	—	7,850	—	4,725	—	2,000	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	4,725	4,725	4,725	4,725	18,900
2. GA-Mittel	2,000	2,000	2,000	2,000	8,000
zusammen ...	6,725	6,725	6,725	6,725	26,900
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	4,725	4,725	4,725	4,725	18,900
b) GA-Mittel	1,625	1,625	1,625	1,625	6,500
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage					
b) GA-Mittel		(Landesmittel)			
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage					
b) GA-Mittel					
4. Industriegeländeerschließung	0,375	0,375	0,375	0,375	1,500
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur					
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen					
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten					
Insgesamt	6,725	6,725	6,725	6,725	26,900

Nordrhein-Westfalen

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	9 600,000	—	832,000	—	720,000	—	112,000	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	320,000	—	32,000	—	—	—	32,000	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	400,000	—	50,000	—	30,000	—	20,000	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	10 320,000	—	914,000	—	750,000	—	164,000	—
im Jahresdurchschnitt	2 580,000	—	228,500	—	187,500	—	41,000	—
4. Industriegeländeerschließung	24,000	—	12,000	—	—	—	12,000	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur								
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen								
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten								
Zwischensumme 4. bis 7. ...	24,000	—	12,000	—	—	—	12,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	10 344,000	—	926,000	—	750,000	—	176,000	—
im Jahresdurchschnitt	2 586,000	—	231,500	—	187,500	—	44,000	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	187,500	187,500	187,500	187,500	750,000
2. GA-Mittel	44,000	44,000	44,000	44,000	176,000
zusammen ...	231,500	231,500	231,500	231,500	926,000
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	180,000	180,000	180,000	180,000	720,000
b) GA-Mittel	28,000	28,000	28,000	28,000	112,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	8,000	8,000	8,000	8,000	32,000
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	7,500	7,500	7,500	7,500	30,000
b) GA-Mittel	5,000	5,000	5,000	5,000	20,000
4. Industriegeländeerschließung					
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	3,000	3,000	3,000	3,000	12,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen					
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten					
insgesamt ...	231,500	231,500	231,500	231,500	926,000

Hessen

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 040,000	1 200,000	204,000	132,000	142,800	84,000	61,200	48,000
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	500,000	320,000	50,000	32,000	24,000	24,000	26,000	8,000
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	200,000	120,000	20,000	12,000	14,000	8,400	6,000	3,600
Zwischensumme 1. bis 3. ...	2 740,000	1 640,000	274,000	176,000	180,800	116,400	93,200	59,600
im Jahresdurchschnitt	685,000	410,000	68,500	44,000	45,200	29,100	23,300	14,900
4. Industriegeländeerschließung	64,000	50,000	48,400	40,000	—	—	48,400	40,000
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	17,000	12,000	12,000	9,000	—	—	12,000	9,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	48,000	30,000	28,800	18,000	—	—	28,800	18,000
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	14,000	8,000	4,800	2,800	—	—	4,800	2,800
Zwischensumme 4. bis 7. ...	143,000	100,000	94,000	69,800	—	—	94,000	69,800
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	2 883,000	1 740,000	368,000	245,800	180,800	116,400	187,200	129,400
im Jahresdurchschnitt	720,750	435,000	92,000	61,450	45,200	29,100	46,800	32,350

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	45,200	45,200	45,200	45,200	180,800
2. GA-Mittel	46,800	46,800	46,800	46,800	187,200
zusammen ...	92,000	92,000	92,000	92,000	368,000
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	35,700	35,700	35,700	35,700	142,800
b) GA-Mittel	13,000	16,200	16,000	16,000	61,200
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	6,000	6,000	6,000	6,000	24,000
b) GA-Mittel	5,000	7,000	7,000	7,000	26,000
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	3,500	3,500	3,500	3,500	14,000
b) GA-Mittel	0,650	1,800	1,800	1,750	6,000
4. Industriegeländeerschließung	16,000	10,800	10,800	10,800	48,400
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	3,000	3,000	3,000	3,000	12,000
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	8,000	6,800	7,000	7,000	28,800
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	1,150	1,200	1,200	1,250	4,800
insgesamt ...	92,000	92,000	92,000	92,000	368,000

Rheinland-Pfalz

C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981 und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 884,000	—	339,960	—	216,360	—	123,600	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	168,400	—	16,840	—	—	—	16,840	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	449,440	—	50,160	—	21,760	—	28,400	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	3 501,840	—	406,960	—	238,120	—	168,840	—
im Jahresdurchschnitt	875,460	—	101,740	—	59,530	—	42,210	—
4. Industriegeländeerschließung	166,680	—	100,000	—	—	—	15,160 ¹⁾	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	6,650	—	4,000	—	—	—	(Rest Landesmittel) 1)	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	53,280	—	31,980	—	—	—	(Rest Landesmittel) 1)	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	20,400	—	12,240	—	—	—	(Rest Landesmittel) 1)	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	247,010	—	148,220	—	—	—	15,160 ¹⁾	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	3 748,850	—	555,180	—	238,120	—	184,000	—
im Jahresdurchschnitt	937,213	—	138,795	—	59,530	—	46,000	—

¹⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe des Doppelhaushaltes 1978/79 sowie der mittelfristigen Finanzplanung.

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	59,530	59,530	59,530	59,530	238,120
2. GA-Mittel	46,000 ¹⁾	46,000 ¹⁾	46,000 ²⁾	46,000 ²⁾	184,000 ¹⁾²⁾
zusammen ...	105,530	105,530	105,530	105,530	422,120
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	54,090	54,090	54,090	54,090	216,360
b) GA-Mittel	30,900	30,900	30,900	30,900	123,600
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	4,210	4,210	4,210	4,210	16,840
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	5,440	5,440	5,440	5,440	21,760
b) GA-Mittel	7,100	7,100	7,100	7,100	28,400
4. Industriegeländeerschließung	3,790	3,790	3,790	3,790	15,160
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur		zusätzliche Landesmittel			
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen		zusätzliche Landesmittel			
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten		zusätzliche Landesmittel			
insgesamt ...	105,530	105,530	105,530	105,530	422,120

¹⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe des Doppelhaushaltes 1978/79.

²⁾ Hinzu kommen zusätzliche Landeszuschüsse nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung.

Saarland

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 250,00	—	233,75	—	168,75	—	65,00	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	2 250,00	—	65,00	—	—	—	65,00	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	80,00	—	10,00	—	6,00	—	4,00	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	4 580,00	—	308,75	—	174,75	—	134,00	—
im Jahresdurchschnitt	1 145,00	—	77,19	—	43,69	—	33,50	—
4. Industriegeländeerschließung	42,00	—	33,60	—	—	—	33,60	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	116,00	—	92,80	—	—	—	92,80	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	36,50	—	29,20	—	—	—	29,20	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	58,00	—	46,40	—	—	—	46,40	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	252,50	—	202,00	—	—	—	202,00	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	4 832,50	—	510,75	—	174,75	—	336,00	—
im Jahresdurchschnitt	1 208,13	—	127,69	—	43,69	—	84,00	—

D. Finanzierungspian

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	43,69	43,69	43,69	43,69	174,75
2. GA-Mittel	84,00	84,00	84,00	84,00	336,00
zusammen ...	127,69	127,69	127,69	127,69	510,75
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	42,19	42,19	42,19	42,19	168,75
b) GA-Mittel	16,25	16,25	16,25	16,25	65,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	16,25	16,25	16,25	16,25	65,00
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	1,50	1,50	1,50	1,50	6,00
b) GA-Mittel	1,00	1,00	1,00	1,00	4,00
4. Industriegeländeerschließung	8,40	8,40	8,40	8,40	33,60
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	23,20	23,20	23,20	23,20	92,80
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	7,30	7,30	7,30	7,30	29,20
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	11,60	11,60	11,60	11,60	46,40
insgesamt ...	127,69	127,69	127,69	127,69	510,75

Baden-Württemberg

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 008,000	—	91,440	—	75,600	—	15,840	—
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	104,000	—	10,400	—	—	—	10,400	—
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	112,000	—	10,160	—	8,400	—	1,760	—
Zwischensumme 1. bis 3. ...	1 224,000	—	112,000	—	84,000	—	28,000	—
im Jahresdurchschnitt	306,000	—	28,000	—	21,000	—	7,000	—
4. Industriegeländeerschließung	54,400	—	27,200	—	—	—	27,200	—
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	86,400	—	28,800	—	—	—	28,800	—
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	12,000	—	4,800	—	—	—	4,800	—
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	22,000	—	7,200	—	—	—	7,200	—
Zwischensumme 4. bis 7. ...	174,800	—	68,000	—	—	—	68,000	—
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	1 398,800	—	180,000	—	84,000	—	96,000	—
im Jahresdurchschnitt	349,700	—	45,000	—	21,000	—	24,000	—

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	21,000	21,000	21,000	21,000	84 000
2. GA-Mittel	24,000	24,000	24,000	24,000	96,000
zusammen ...	45,000	45,000	45,000	45,000	180,000
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	18,900	18,900	18,900	18,900	75,600
b) GA-Mittel	3,960	3,960	3,960	3,960	15,840
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	—	—	—	—	—
b) GA-Mittel	2,600	2,600	2,600	2,600	10,400
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	2,100	2,100	2,100	2,100	8,400
b) GA-Mittel	0,440	0,440	0,440	0,440	1,760
4. Industriegeländeerschließung	6,800	6,800	6,800	6,800	27,200
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	7,200	7,200	7,200	7,200	28,800
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	1,200	1,200	1,200	1,200	4,800
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	1,800	1,800	1,800	1,800	7,200
insgesamt ...	45,000	45,000	45,000	45,000	180,000

Bayern

**C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	5 911,00	3 227,80	563,60	325,20	443,60	242,00	120,00	83,20
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe	1 440,00	1 120,00	144,00	112,00	84,00	84,00	60,00	28,00
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	1 159,00	342,20	106,80	34,40	86,80	25,60	20,00	8,80
Zwischensumme 1. bis 3. ...	8 510,00	4 690,00	814,40	471,60	614,40	351,60	200,00	120,00
im Jahresdurchschnitt	2 127,50	1 172,50	203,60	117,90	153,60	87,90	50,00	30,00
4. Industriegeländeerschließung ...	166,80	89,60	112,96	67,00	—	—	112,96	67,00
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	154,40	100,00	87,24	59,92	—	—	87,24	59,92
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	176,80	92,00	119,52	68,76	—	—	119,52	68,76
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	22,00	15,60	16,28	12,32	—	—	16,28	12,32
Zwischensumme 4. bis 7. ...	520,00	297,20	336,00	208,00	—	—	336,00	208,00
Gesamtsumme 1. bis 7. ...	9 030,00	4 987,20	1 150,40	679,60	614,40	351,60	536,00	328,00
im Jahresdurchschnitt	2 257,50	1 246,80	287,60	169,90	153,60	87,90	134,00	82,00

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	153,60	153,60	153,60	153,60	614,40
2. GA-Mittel	134,00	134,00	134,00	134,00	536,00
zusammen ...	287,60	287,60	287,60	287,60	1 150,40
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	110,90	110,90	110,90	110,90	443,60
b) GA-Mittel	30,00	30,00	30,00	30,00	120,00
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	21,00	21,00	21,00	21,00	84,00
b) GA-Mittel	15,00	15,00	15,00	15,00	60,00
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	21,70	21,70	21,70	21,70	86,80
b) GA-Mittel	5,00	5,00	5,00	5,00	20,00
4. Industriegeländeerschließung	28,24	28,24	28,24	28,24	112,96
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	21,81	21,81	21,81	21,81	87,24
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	29,88	29,88	29,88	29,88	119,52
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	4,07	4,07	4,07	4,07	16,28
insgesamt ...	287,60	287,60	287,60	287,60	1 150,40

Anhang B**Übersicht über die Gesamtheit der geplanten Maßnahmen und ihre Finanzierung****Bundesgebiet insgesamt****C. In der Gemeinschaftsaufgabe zu fördernde Investitionen von 1978 bis 1981
und Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel**

in Millionen DM

	zu fördernde Investitionen		Mittelbedarf		Verfügbare Förderungsmittel			
	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	insgesamt	davon im Zonenrandgebiet	Investitionszulage	davon im Zonenrandgebiet	GA-Mittel	davon im Zonenrandgebiet
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe	34 765,000	9 415,800	3 421,750	1 001,800	2 596,610	700,600	825,140	301,200
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe . .	6 322,400	2 550,000	461,990	254,750	191,250	191,250	270,740	63,500
3. Maßnahmen im Fremdenverkehrsgewerbe	2 900,440	708,600	318,820	81,900	204,460	52,500	114,360	29,400
Zwischensumme 1. bis 3.	43 987,840	12 674,400	4 202,560	1 338,450	2 992,320	944,350	1 210,240	394,100
im Jahresdurchschnitt .	10 996,960	3 168,600	1 050,617 ¹⁾	334,587 ¹⁾	748,057 ¹⁾	236,137 ¹⁾	302,560	98,550
4. Industriegeländerschließung	783,480	334,200	488,660	225,700	—	—	399,320 ²⁾	225,700
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur . .	597,780	263,830	342,605	158,745	—	—	338,605 ³⁾	158,745
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	500,080	222,500	305,335	144,995	—	—	273,355 ⁴⁾	144,995
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten . . .	242,400	110,600	142,720	61,920	—	—	130,480 ⁵⁾	61,920
Zwischensumme 4. bis 7.	2 123,740	931,130	1 279,320	591,360	—	—	1 141,760	591,360
Gesamtsumme 1. bis 7.	46 111,580	13 605,530	5 481,880 ¹⁾	1 929,810 ¹⁾	2 992,320 ¹⁾	944,350 ¹⁾	2 352,000 ¹⁾	985,460
im Jahresdurchschnitt .	11 527,900 ¹⁾	3 401,382 ¹⁾	1 370,447	482,502 ¹⁾	748,057	236,137	588,000	246,365

1) Differenz rundungsbedingt.

2) Dieser Ansatz wird aus Landesmitteln um 4,500 Millionen DM (vgl. hierzu Anhang A für Bremen) und um 84,840 Millionen DM erhöht (vgl. hierzu Anhang A für Rheinland-Pfalz).

3) Dieser Ansatz wird aus Landesmitteln um 4,000 Millionen DM erhöht (vgl. hierzu Anhang A für Rheinland-Pfalz).

4) Dieser Ansatz wird aus Landesmitteln um 31,980 Millionen DM erhöht (vgl. hierzu Anhang A für Rheinland-Pfalz).

5) Dieser Ansatz wird aus Landesmitteln um 12,240 Millionen DM erhöht (vgl. hierzu Anhang A für Rheinland-Pfalz).

6) Vgl. hierzu Fußnoten 2 bis 5.

D. Finanzierungsplan

in Millionen DM

	1978	1979	1980	1981	4 Jahre
I. Mittelbedarf					
1. Investitionszulage	745,533	748,932	748,933	748,932	2 992,320
2. GA-Mittel	588,000	588,000	588,000	588,000	2 352,000
zusammen ...	1 333,533	1 336,932	1 336,933	1 336,932	5 344,320 ¹⁾
II. Vorgesehene Verwendung					
1. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Errichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	649,255	649,255	649,055	649,055	2 596,610 ¹⁾
b) GA-Mittel	202,535	207,735	207,535	207,335	825,140
2. Sicherung von Arbeitsplätzen durch Umstellung und grundlegende Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe					
a) Investitionszulage	45,638	48,537	48,538	48,537	191,250
b) GA-Mittel	65,460	68,360	68,360	68,560	270,740
3. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsgewerbe					
a) Investitionszulage	50,640	51,240	51,340	51,240	204,460
b) GA-Mittel	27,390	28,940	29,040	28,990	114,360
4. Industriegeländeerschließung	106,305	97,605	97,605	97,805	399,320
5. Ausbau kommunaler Infrastruktur	84,780	84,160	84,910	84,755	338,605
6. Öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen	68,910	68,530	67,880	68,035	273,355
7. Errichtung und Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten	32,620	32,570	32,670	32,620	130,480
zusammen ...	1 333,533	1 336,932	1 336,933	1 336,932	5 344,320 ¹⁾

1) Differenz rundungsbedingt.

Anhang C

Übersicht über Strukturdaten und Ziele der Regionalen Aktionsprogramme

Regionale Aktionsprogramme	Einwohner	Fläche in qkm	Be- völke- rungs- dichte	Indu- strie- besatz	BIP/ WIB 1974 in DM	Zahl der Schwer- punkt- orte	Ziele von 1978 bis 1981				
							Schaf- fung neuer Arbeits- plätze	Siche- rung vorhan- dener Arbeits- plätze	Vorgesehene Investitionen in Millionen DM		
									Ge- werb- liche Wirt- schaft	Infra- struk- tur	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Schleswig- Untereibe	690 351	6 606	104	47	13 360	12	8 400	8 400	1 195	85	1 280
2. Holstein	1 642 780	8 427	195	74	14 090	19	12 240	12 600	1 853	200	2 053
3. Niedersächsische Nordseeküste ¹⁾ ..	1 544 778	10 826	143	66 ²⁾	12 100	21	27 200	6 200	3 494	85	3 579
4. Ems-Mittelweser .	951 653	7 225	132	104	14 100	14	10 000	5 000	1 375	58	1 433
5. Heide-Elbufer	906 362	8 930	101	116	13 000	14	10 000	10 000	1 480	170	1 650
6. Niedersächsisches Bergland	1 682 934	7 487	225	119	13 400	16	25 000	30 000	3 715	165	3 880
7. Nördliches Ruhrgebiet-West- münsterland-Kleve	1 971 586	4 980	396	113	13 520 ³⁾	20	49 200	12 300	6 100	8	6 108
8. Nordeifel-Grenz- raum Aachen	725 115	2 054	353	112	14 220 ³⁾	4	16 400	4 100	2 196	8	2 204
9. Ostwestfalen- Oberbergisches Land	781 406	4 531	161	119	12 910 ³⁾	11	14 400	3 600	2 024	8	2 032
10. Hessisches Fördergebiet	1 503 141	11 317	133	99	12 800	24	16 000	23 500	2 460	132	2 592
11. Mittelrhein-Lahn- Sieg	766 029	5 841	131	74	12 494	13	9 000	3 100	1 264	80	1 344
12. Eifel-Hunsrück ...	528 089	5 460	97	60	12 817	9 ⁴⁾	6 500	1 600	917	64	981
13. Saarland- Westpfalz	1 804 688	6 763	267	120	13 330	20 ⁴⁾	26 300	17 800	6 180	366	6 546
14. Odenwald-Hohen- lohe-Ostalb	835 663	6 788	123	146	14 700	13	4 300	1 600	546	111	657
15. Hochschwarzwald- Baar-Hochrhein ...	210 383	2 066	102	132	12 700	5	1 700	1 000	222	27	249
16. Alb-Oberschwaben	283 401	3 113	91	130	13 100	10	3 600	1 400	456	37	493
17. Nordbayerisches Fördergebiet	2 167 093	15 144	143	136	14 200	34	18 300	13 000	2 888	183	3 071
18. Westbayerisches Fördergebiet	687 425	7 299	94	103	11 800	21	13 900	2 500	1 754	55	1 809
19. Ostbayerisches Fördergebiet	1 901 573	18 960	100	97	12 200	43	24 100	8 000	3 264	232	3 496
20. Südbayerisches Fördergebiet	880 300	8 100	109	78	12 600	9	4 500	1 300	604	50	654
Insgesamt ...	22 464 750	151 917	148	102 ⁵⁾	.	331	301 040	167 000	43 987	2 124	46 111
Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West)	61 352 700 ⁶⁾	248 577	247	118	16 140						

¹⁾ Einschließlich Bremerhaven sowie der Inseln Neuwerk und Scharhörn (Hamburg). ²⁾ geschätzt. ³⁾ BIP/WIB 1970.

⁴⁾ Doppelort Hermeskeil/Nonnweiler wurde zweimal, nämlich in jedem der beiden Programmgebiete gezählt.

⁵⁾ Durchschnittswert. ⁶⁾ 31. Dezember 1977.

Anhang D

Garantieerklärung

Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland (im folgenden Länder genannt) haben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für Kredite an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die zur Finanzierung

- a) der Errichtung
- b) der Erweiterung,
- c) der Umstellung,
- d) der grundlegenden Rationalisierung

von Gewerbebetrieben dienen, modifizierte Ausfallbürgschaften übernommen und übernehmen weiterhin derartige Bürgschaften bis zur Höhe von insgesamt:

Baden-Württemberg	... Millionen DM
Bayern	
Bremen	
Hessen	
Niedersachsen	
Nordrhein-Westfalen	
Rheinland-Pfalz	
Schleswig-Holstein	
Saarland	

insgesamt ... Millionen DM

zuzüglich anteiligen Zinsen und Nebenkosten.

Die Bundesrepublik Deutschland (im folgenden Bund genannt) übernimmt hiermit auf Grund des § . . . des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr . . . (Haushaltsgesetz . . .) vom (BGBl. I S. . . .) 50 vom Hundert der von den Ländern aus den Ausfallbürgschaften zu tragenden Ausfälle bis zu einem Gesamtbetrag von 200 Millionen DM (in Worten: Zweihundert Millionen Deutsche Mark) zuzüglich 50 vom Hundert der von den Ländern zu tragenden Ausfälle an Zinsen und Nebenkosten, für die Kosten jedoch nur bis zum Gesamtbetrag von 4 Millionen DM (in Worten: Vier Millionen Deutsche Mark) nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

I.

1. Die Garantie des Bundes gilt nur für Ausfälle aus solchen Ausfallbürgschaften,
 - a) bei denen die Voraussetzungen nach Absatz 1 der Garantieerklärung gegeben sind;
 - b) über die die Länder in Durchführung der Rahmenpläne 1972 bis 1977 (Erster Rahmen-

plan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1972 bis 1975; Zweiter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1973 bis 1976; Dritter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1974 bis 1977; Vierter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1975 bis 1978 und Fünfter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1976 bis 1979 und Sechster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1977 bis 1980) und in der jeweils zulässigen Frist in der Zeit vom 1. Januar 1972 bis 31. Dezember 1977 entschieden haben; *)

- c) bei denen eine anderweitige Finanzierung der geforderten Vorhaben nicht möglich war;
- d) bei denen die Länder bei der Entscheidung über die Übernahme der Bürgschaft festgelegt haben, daß es sich um Bürgschaften innerhalb des Rahmenplanes handelt.

2. Die Garantie gilt weiter nur für Ausfallbürgschaften, die den Betrag von 5 Millionen DM (Hauptforderung) nicht übersteigen oder deren Einbeziehung in die Garantie der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister der Finanzen auf begründeten Antrag der Länder zugestimmt haben.

II.

3. Die Länder werden dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister der Finanzen nach dem nach Anlage 1 beigefügten Muster die Namen der kreditgebenden Institute und der Kreditnehmer, die Kreditbeträge, die Laufzeit, die Zinssätze und die Höhe der von ihnen verbürgten Krediteile sowie die Daten der Kreditverträge (Kreditzusagen), das Datum der Entscheidung über die Bürgschaft und die Einbeziehung in den Rahmenplan innerhalb eines Monats nach Aushändigung der Urkunde über die Bürgschaft an den Kreditgeber mitteilen.

*) Für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des 7. Rahmenplans in der Zeit vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1978 entscheiden, lag die 3. Nachtragsurkunde bei Drucklegung bereits vor.

4. Die Länder werden nicht valutierte und wieder ausgeplante Kredite dem Bund gegenüber stornieren. Die für ein Kalenderjahr gemeldeten und innerhalb desselben Jahres stornierten Kredite werden auf das Jahreskontingent nicht angerechnet.

III.

5. Die Übernahme, Verwaltung und Abwicklung der Bürgschaften werden von den Ländern durchgeführt. Die Länder entscheiden dabei nach pflichtgemäßem Ermessen vor allem darüber, ob
- nach Maßgabe allgemein gültiger Beurteilungsmaßstäbe eine anderweitige Finanzierung des Vorhabens nicht möglich ist,
 - unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorschriften der Länder sowie unter entsprechender Würdigung der Interessen des Bundes und der Länder Kreditverträge geändert, insbesondere verbürgte Forderungen gestundet, Tilgungen gestreckt, Sicherheiten geändert oder freigegeben werden sowie der Übertragung der Kredite zugestimmt wird,
 - nach Inanspruchnahme des Bundes aus der Garantie Bürgschaftsforderungen auf Grund der haushaltsrechtlichen Vorschriften der Länder gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

IV.

6. Der Bund — vertreten durch den Bundesminister für Wirtschaft — und der Bundesrechnungshof sind berechtigt, bei den Ländern die die verbürgten Kredite betreffenden Unterlagen jederzeit zu prüfen. Die Länder werden dem Bund die von ihm im Zusammenhang mit der Garantie erbetenen Auskünfte erteilen.

Die Länder werden die Kreditnehmer und — bezüglich der zu verbürgenden Kredite — die Kreditgeber verpflichten, eine Prüfung des Bundes oder seiner Beauftragten zu dulden, ob eine Inanspruchnahme aus den Ausfallbürgschaften in Betracht kommen kann oder die Voraussetzungen für eine solche vorliegen oder vorgelegen haben. Die Länder werden die Kreditnehmer und die Kreditgeber weiter verpflichten, dem Bund die von ihm im Zusammenhang mit den Ausfallbürgschaften erbetenen Auskünfte zu erteilen.

Die Länder haben die Kreditnehmer zu verpflichten, die Prüfungskosten zu tragen.

V.

7. Der Bund kann aus seiner Garantie erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Länder ihre Verpflichtungen aus der Ausfallbürgschaft dem kreditgebenden Institut gegenüber erfüllt haben.
8. Die Länder sind berechtigt, bei drohenden Ausfällen Abschlagszahlungen zur Minderung des

Ausfalles an Zinsen zu leisten. An den Abschlagszahlungen beteiligt sich der Bund in Höhe von 50 vom Hundert.

9. Bei Zahlungsanforderungen übersenden die Länder dem Bund einen Schadensbericht und eine Aufstellung über die von den Ländern geleisteten Zahlungen. Nach Abwicklung des Schadensfalles legen die Länder eine Schlußrechnung vor. Der Bund wird den auf ihn entfallenden Anteil innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Mitteilungen der Länder erstatten.
10. Erlöse aus der Verwertung der für die verbürgten Kredite bestellten Sicherheiten sowie sonstige Rückflüsse aus den verbürgten Krediten sind in Höhe von 50 vom Hundert an den Bund abzuführen. Die Länder übersenden hierzu dem Bund eine sachlich und rechnerisch festgestellte Zusammenstellung nach dem als Anlage 2 beigefügten Muster.

Die Länder werden den Bundesanteil an den Erlösen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Beträge bei den Ländern an den Bund überweisen.

VI.

11. Die Länder sind verpflichtet, von den von ihnen und ihren beauftragten Stellen vereinnahmten laufenden Bürgschaftsentgelten 20 vom Hundert an den Bund abzuführen.

Der Entgeltanteil des Bundes ist für jedes vorangegangene Kalenderjahr bis zum 31. März eines jeden Jahres an die Bundeskasse Bonn Kto. 380 01 060 bei der Landeszentralbank Bonn zu überweisen.

VII.

12. Die Garantie wird übernommen

- a) für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des ersten Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1972 bis 1975 und in der Zeit vom 1. Januar 1972 bis 31. Dezember 1972 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 1990,
- b) für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des zweiten Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1973 bis 1976 und in der Zeit vom 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1973 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 1991,
- c) für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des dritten Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1974 bis 1977 und in der Zeit vom 1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 1992,
- d) für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des vierten Rahmenplans

- der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1975 bis 1978 und in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 31. Dezember 1975 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 1993,
- e) für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung des fünften Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1976 bis 1979 und in der Zeit vom 1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1976 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 1994,
- längstens jedoch bis zur Rückgabe dieser Garantiekunde. § 777 Absatz 1 Satz 2 BGB gilt entsprechend.
- VIII.
13. Diese Garantieerklärung gilt ab 1. Januar 1976 an Stelle der Garantiererklärungen des Bundes ... vom ...
- IX.
14. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Anlage 1

Land: . . .

Betr.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“;
 Übernahme von Bürgschaften im Monat . . . 197..
 Bürgschaftsliste Nr. . . .

Lfd. Nr.	a) Name des Kreditnehmers b) Name des Kreditinstituts c) Bezeichnung der Branche	Kreditbetrag DM	Laufzeit	Zinssatz	a) Datum der Entscheidung über die Bürgschaft und die Einbeziehung der Bürgschaft in den Rahmenplan b) Datum der Aushängung der Bürgschaftserklärung c) Datum des Kredit-Vertrags	Höhe der Bürgschaft in v. H.	Bürgschaftsbetrag Land DM	Ausfallgarantie Bund (50 v. H. von Spalte 8) DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Land: . . .

Betr.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“;
 Liste der Rückflüsse Nr. . . . (Rückflüsse in der Zeit vom . . . bis . . .)

Lfd. Nr.	a) Name des Kreditnehmers b) Name des Kreditinstituts	Nr. der Bürgschaftsliste des Landes und lfd. Nr.	Ursprünglicher Kreditbedarf DM	Rückflüsse im Berichtszeitraum aufgegliedert nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten DM	Anteil des Bundes (50 v. H. von Spalte 5) DM
1	2	3	4	5	6

Anhang E

Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)

Vom 12. Mai 1969, geändert durch Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 31. Juli 1970

— Auszug —

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

Artikel I

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (Bundesgesetzbl. S. 1) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Hinter Abschnitt VIII wird folgender neuer Abschnitt VIII a mit den Artikeln 91 a und 91 b eingefügt:

„VIII a. Gemeinschaftsaufgaben

Artikel 91 a

(1) Der Bund wirkt auf folgenden Gebieten bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtzahl bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben):

1. Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken,
2. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
3. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

(2) Durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates werden die Gemeinschaftsaufgaben näher bestimmt. Das Gesetz soll allgemeine Grundsätze für ihre Erfüllung enthalten.

(3) Das Gesetz trifft Bestimmungen über das Verfahren und über Einrichtungen für eine gemeinsame Rahmenplanung. Die Aufnahme eines Vorhabens in die Rahmenplanung bedarf der Zustimmung des Landes, in dessen Gebiet es durchgeführt wird.

(4) Der Bund trägt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 die Hälfte der Ausgaben in jedem Land. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 trägt der Bund mindestens die Hälfte; die Beteiligung ist für alle Länder einheitlich festzusetzen. Das Nähere regelt das Gesetz. Die Bereitstellung der Mittel bleibt der Feststellung in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder vorbehalten.

(5) Bundesregierung und Bundesrat sind auf Verlangen über die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben zu unterrichten.

Artikel 91 b

Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen bei der Bildungsplanung und bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung zusammenwirken. Die Aufteilung der Kosten wird in der Vereinbarung geregelt.“

Anhang F**Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Vom 6. Oktober 1969, zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung der Gesetze über die Gemeinschaftsaufgaben vom 23. Dezember 1971

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1**Gemeinschaftsaufgabe**

(1) Zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden folgende Maßnahmen als Gemeinschaftsaufgabe im Sinne des Artikels 91 a Abs. 1 des Grundgesetzes wahrgenommen:

1. Die Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben,
2. Förderung des Ausbaus der Infrastruktur, soweit es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch
 - a) Erschließung von Industriegelände im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1,
 - b) Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsanlagen, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen sowie öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen,
 - c) Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht.

(2) Die in Absatz 1 genannten Förderungsmaßnahmen werden im Zonenrandgebiet und in Gebieten durchgeführt,

1. deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt oder erheblich darunter abzusinken droht oder
2. in denen Wirtschaftszweige vorherrschen, die vom Strukturwandel in einer Weise betroffen oder bedroht sind, daß negative Rückwirkungen auf das Gebiet in erheblichem Umfang eingetreten oder absehbar sind.

(3) Einzelne Infrastrukturmaßnahmen werden auch außerhalb der vorstehend genannten Gebiete gefördert, wenn sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit geförderten Projekten innerhalb benachbarter Fördergebiete stehen.

§ 2**Allgemeine Grundsätze**

(1) Die Förderung der in § 1 Abs. 1 genannten Maßnahmen muß mit den Grundsätzen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und mit den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung übereinstimmen. Sie hat auf gesamtdeutsche Belange und auf die Erfordernisse der Europäischen Gemeinschaften Rücksicht zu nehmen. Die Förderung soll sich auf räumliche und sachliche Schwerpunkte konzentrieren. Sie ist mit anderen öffentlichen Entwicklungsvorhaben abzustimmen.

(2) Gewerbebetriebe werden nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 nur durch Start- und Anpassungshilfen und nur dann gefördert, wenn zu erwarten ist, daß sie sich im Wettbewerb behaupten können. Träger der in § 1 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführten Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur sind vorzugsweise Gemeinden und Gemeindeverbände; nicht gefördert werden Maßnahmen des Bundes und der Länder sowie natürlicher und juristischer Personen, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind.

(3) Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt nicht für Gemeindeaufgaben, die in den Ländern Berlin und Hamburg wahrgenommen werden.

(4) Finanzhilfen werden nur bei einer angemessenen Beteiligung des Empfängers gewährt.

(4 a) Bei der Förderung der in § 1 Abs. 1 genannten Maßnahmen ist das Zonenrandgebiet bevorzugt zu berücksichtigen. Die politisch bedingte Sonder-situation des Zonenrandgebietes kann Abweichungen von den vorstehenden Grundsätzen und Ergänzungen der in § 1 Abs. 1 genannten Maßnahmen notwendig machen.

§ 3**Förderungsarten**

Die finanzielle Förderung kann in der Gewährung von Investitionszuschüssen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaften bestehen.

§ 4**Gemeinsamer Rahmenplan**

(1) Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt.

(2) Der Rahmenplan ist für den Zeitraum der Finanzplanung aufzustellen, jedes Jahr sachlich zu prüfen, der Entwicklung anzupassen und dementsprechend fortzuführen. Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes und der Länder ist zu berücksichtigen.

§ 5

Inhalt des Rahmenplanes

Im Rahmenplan werden

1. die Gebiete nach § 1 Abs. 2 abgegrenzt,
2. die Ziele genannt, die in diesen Gebieten erreicht werden sollen,
3. die Maßnahmen nach § 1 Abs. 1, getrennt nach Haushaltsjahren und Ländern, sowie die vom Bund und von jedem Land für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe im nächsten Jahr bereitzustellenden und für die folgenden Jahre des Planungszeitraumes jeweils vorzusehenden Mittel aufgeführt und
4. Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung bei den verschiedenen Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 festgelegt.

§ 6

Planungsausschuß

(1) Für die Aufstellung des Rahmenplanes bilden die Bundesregierung und die Landesregierungen einen Planungsausschuß. Ihm gehören der Bundesminister für Wirtschaft als Vorsitzender sowie der Bundesminister der Finanzen und ein Minister (Senator) jedes Landes an; jedes Mitglied kann sich vertreten lassen. Die Stimmenzahl des Bundes entspricht der Zahl aller Länder. Jedes Land hat eine Stimme.

(2) Der Planungsausschuß beschließt mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen.

(3) Der Planungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Anmeldung zum Rahmenplan

(1) Bis zum 1. März jedes Jahres schlagen die Länder dem Bundesminister für Wirtschaft die von ihnen vorgesehenen Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 1 zur Aufnahme in den Rahmenplan vor. Mit der Anmeldung gilt die Zustimmung des Landes gemäß Artikel 91 a Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes als erteilt. Die Zustimmung kann bis zur Beschlußfassung über den Rahmenplan widerrufen werden.

(2) Die Anmeldung muß alle für den Inhalt des Rahmenplanes nach § 5 notwendigen Angaben und eine Erläuterung der Maßnahmen enthalten.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft legt die Anmeldungen der Länder und seine eigenen Vorschläge dem Planungsausschuß zur Beschlußfassung vor.

(4) Für Anmeldungen zur Änderung des Rahmenplanes gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäß.

§ 8

Verfahren nach Beschluß über den Rahmenplan

Der Planungsausschuß leitet den Rahmenplan der Bundesregierung und den Landesregierungen zu. Die Bundesregierung und die Landesregierungen nehmen die für die Durchführung des Rahmenplanes im nächsten Jahr erforderlichen Ansätze in ihre Entwürfe der Haushaltspläne auf.

§ 9

Durchführung des Rahmenplanes

(1) Die Durchführung des Rahmenplanes ist Aufgabe der Länder.

(2) Die Landesregierungen unterrichten die Bundesregierung und den Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung des Rahmenplanes und den allgemeinen Stand der Gemeinschaftsaufgabe.

§ 10

Erstattung

(1) Der Bund erstattet vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 91 a Abs. 4 des Grundgesetzes jedem Land auf Grund der Abrechnungen für die nach dem Rahmenplan geförderten Vorhaben die Hälfte der dem Land nach Maßgabe des Rahmenplanes entstandenen Ausgaben.

(2) Der Bund leistet bis zur voraussichtlichen Höhe des nach Absatz 1 von ihm zu erstattenden Betrages entsprechend dem jeweiligen Stand der Maßnahme und der bereitgestellten Haushaltsmittel Vorauszahlungen an das Land. Zur Feststellung des Mittelbedarfs und des Standes der Maßnahme teilen die Länder dem Bundesminister für Wirtschaft die Höhe der verausgabten Mittel sowie den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Vorhaben mit.

§ 11

Rückzahlung und Verzinsung der Bundesmittel

(1) Beträge, die vom Zuwendungsempfänger zur Tilgung und Verzinsung erhaltener Darlehen oder zum Ausgleich der auf Grund übernommener Bürgschaften erstatteten Ausfälle gezahlt werden, sind vom Land anteilig an den Bund abzuführen.

(2) Der Bund kann zugewiesene Bundesmittel von einem Land zurückfordern, wenn die festgelegten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden.

(3) Im Falle der Nichterfüllung der Bedingungen durch den Zuwendungsempfänger fordert das Land die Mittel in Höhe des Bundesanteils zurück und zahlt die zurückerhaltenen Beträge an den Bund.

(4) Die an den Bund nach den vorstehenden Absätzen abzuführenden Beträge sind vom Land in Höhe von 2 v. H. über dem für Kassenkredite des Bundes geltenden Zinssatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen, im Falle des Absatzes 2 vom Zeitpunkt der Auszahlung der Bundesmittel an, im Falle der Absätze 1 und 3 vom Beginn des zweiten auf den Eingang des Betrages beim Land folgenden Monats.

§ 12

Übergangsregelung

Bis zum Inkrafttreten des ersten Rahmenplanes nach § 6 kann nach den bisherigen Grundsätzen verfahren werden, längstens jedoch bis zum Ablauf des

zweiten Kalenderjahres, das dem Inkrafttreten dieses Gesetzes folgt.

§ 13

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1970 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Anhang G**Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes (Zonenrandförderungsgesetz)**

Vom 5. August 1971, zuletzt geändert durch Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO 1977)
— Artikel 65 — vom 14. Dezember 1976

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1**Zielsetzung**

(1) Zum Ausgleich der Auswirkungen der Teilung Deutschlands ist entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 4 des Raumordnungsgesetzes vom 8. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 306) die Leistungskraft des Zonenrandgebietes bevorzugt zu stärken.

(2) Der Förderung des Zonenrandgebietes ist von den Behörden des Bundes, den bundesunmittelbaren Planungsträgern und im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben von den bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts besonderer Vorrang einzuräumen.

§ 2**Regionale Wirtschaftsförderung**

Zum Ausgleich von Standortnachteilen, zur Sicherung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen sowie zur Verbesserung der Infrastruktur werden insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Bevorzugte Berücksichtigung des Zonenrandgebietes bei
 - a) der Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben,
 - b) der Förderung des Ausbaues der Infrastruktur, soweit es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch
 - aa) Erschließung von Industriegelände im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Buchstaben a,
 - bb) Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsanlagen, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen sowie öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen,
 - cc) Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungstätigkeiten soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht.

2. Maßnahmen zum Ausgleich der durch die Teilung Deutschlands bedingten Frachtmehrkosten.

3. Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

§ 3**Steuerliche Vorschriften**

(1) Bei Steuerpflichtigen, die in einer gewerblichen Betriebsstätte im Zonenrandgebiet Investitionen vornehmen, kann im Hinblick auf wirtschaftliche Nachteile, die sich aus den besonderen Verhältnissen dieses Gebietes ergeben, auf Antrag zugelassen werden, daß bei den Steuern vom Einkommen einzelne Besteuerungsgrundlagen, soweit sie die Steuern mindern, schon zu einer früheren Zeit berücksichtigt werden. Wirtschaftliche Nachteile im Sinne des Satzes 1 können unter anderem in der erschwerten Absatzlage, der weiten Entfernung von der Rohstoffbasis oder der ungünstigen örtlichen Lage bestehen.

(2) Sonderabschreibungen, die auf Grund des Absatzes 1 gewährt werden, dürfen

- a) bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens insgesamt 50 vom Hundert,
- b) bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht übersteigen. Sie können im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in den vier folgenden Wirtschaftsjahren neben den Absetzungen für Abnutzung nach § 7 Abs. 1 oder Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch genommen werden. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung bei beweglichen Wirtschaftsgütern nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer, bei Gebäuden nach dem Restwert und dem nach § 7 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes unter Berücksichtigung der Restnutzungsdauer maßgebenden Hundertsatz.

(3) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen bei dem Gewerbebetrieb, zu dem die Betriebsstätte im Zonenrandgebiet gehört, nicht zur Entstehung oder Erhöhung eines Verlustes führen.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Unternehmen, deren Ertrags- und Vermögenslage nachhaltig so günstig ist, daß eine Maßnahme nach Absatz 1 auch unter Berücksichtigung der besonderen Ver-

hältnisse im Zonenrandgebiet nicht vertretbar erscheint.

(5) Für Maßnahmen nach Absatz 1 gelten § 163 Abs. 2 Satz 1 und § 184 Abs. 2 Satz 2 der Abgabenordnung sinngemäß.

(6) Die Absätze 1 und 5 gelten entsprechend für Investitionen, die im Zonenrandgebiet im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs oder einer selbständigen Arbeit vorgenommen werden.

(7) Die Vorschriften der Absätze 1 bis 6 sind erstmals bei Wirtschaftsgütern anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1974 angeschafft oder hergestellt werden.

§ 4

Verkehr

Die Verkehrserschließung und Verkehrsbedienungen sind im Zonenrandgebiet im Rahmen des Ausbaues der Bundesverkehrswege bevorzugt zu fördern. Dies gilt auch für die Schaffung von Verkehrsverbänden der dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsunternehmen.

§ 5

Wohnungswesen

(1) Zur Verbesserung der Wohnungsversorgung im Zonenrandgebiet ist der soziale Wohnungsbau sowie die Instandsetzung und Modernisierung des Wohnungsbestandes bevorzugt zu fördern. Die Bundesregierung stellt hierfür den zuständigen obersten Landesbehörden der Zonenrandländer im Rahmen der Wohnungsprogramme besondere zweckgebundene Bundesmittel zur Verfügung.

(2) Die zuständige oberste Landesbehörde kann die Förderungssätze für Bauvorhaben im Zonenrandgebiet bis zu einem Drittel über die normalen Sätze anheben, so daß eine unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Zonenrandgebiet tragbare Miete oder Belastung gewährleistet ist.

(3) Die zuständige oberste Landesbehörde kann zulassen, daß im Zonenrandgebiet bei der Förderung des Wohnungsbaues für Arbeitnehmer die Einkommensgrenze für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (§ 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 — Bundesgesetzbl. I S. 1617 —, zuletzt geändert durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1968 vom 17. Juli 1968 — Bundesgesetzbl. I S. 821 —) angemessen überschritten wird.

§ 6

Soziale Einrichtungen

(1) Der Bund fördert im Zonenrandgebiet im Benehmen mit den Ländern durch Zuwendungen zur Deckung von Finanzierungsspitzen die Schaffung sozialer Einrichtungen, insbesondere von Kindergärten, Stätten der Jugendarbeit, Sportstätten, Fami-

lienferienstätten und von überörtlichen Einrichtungen für die ältere Generation.

(2) Errichtung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Bildung und von überregionalen Einrichtungen der Rehabilitation werden im Zonenrandgebiet besonders gefördert. Die Förderung erstreckt sich auch auf Werkstätten für Behinderte.

(3) Die Förderung soll sich vorwiegend auf räumliche und sachliche Schwerpunkte konzentrieren.

§ 7

Bildung und Kultur

Der Bund fördert im Zonenrandgebiet im Benehmen mit den Ländern durch Zuwendungen zur Deckung von Finanzierungsspitzen den Bau und die Einrichtungen allgemeinbildender Schulen und sonstige kulturelle Einrichtungen und Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Jugend- und Erwachsenenbildung. § 6 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 8

Finanzierung

Die Durchführung der in diesem Gesetz genannten Maßnahmen erfolgt im Rahmen der im jeweiligen Bundeshaushaltsplan hierfür bereitgestellten Mittel.

§ 9

Abgrenzung des Zonenrandgebietes

Als Zonenrandgebiet gelten die Gebiete, die am 1. Januar 1971 zu den in der Anlage genannten Stadt- und Landkreise gehörten.

§ 10

Generalklausel

Alle sonstigen auch das Zonenrandgebiet betreffenden Rechtsvorschriften, Richtlinien und Programme bleiben unberührt, soweit dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt.

§ 11

Anderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1861) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 werden vor den Worten „in Gebieten durchgeführt“ die Worte „im Zonenrandgebiet und“ eingefügt.
2. Nach § 2 Abs. 4 wird folgender Absatz 4 a neu eingefügt:

(4 a) Bei der Förderung der in § 1 Abs. 1 genannten Maßnahmen ist das Zonenrandgebiet bevorzugt zu berücksichtigen. Die politisch bedingte Sondersituation des Zonenrandgebietes kann Abweichungen von den vorstehenden Grundsätzen und Ergänzungen der in § 1 Abs. 1 genannten Maßnahmen notwendig machen.

§ 12

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Zonenrandgebiet im Sinne des Gesetzes sind

1. im Land Schleswig-Holstein

die Stadtkreise

Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck,

die Landkreise

Flensburg, Schleswig, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Ost-Holstein, Segeberg, Stormarn und Hrgt. Lauenburg;

2. im Land Niedersachsen

die Stadtkreise

Lüneburg und Wolfsburg,

die Landkreise

Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen und Gifhorn,

die Stadtkreise

Braunschweig, Salzgitter und Goslar,

die Landkreise

Helmstedt, Braunschweig mit Ausnahme des Amtes Thedinghausen, Wolfenbüttel, Goslar, Gandersheim und Kreis Blankenburg,

der Stadtkreis

Hildesheim,

die Landkreise

Osterode, Einbeck, Northeim, Duderstadt, Peine, Hildesheim-Marienburg, Zellerfeld, Göttingen und Münden;

3. im Land Hessen

die Stadtkreise

Kassel und Fulda

die Landkreise

Hofgeismar, Kassel, Witzenhausen, Eschwege, Melsungen, Rotenburg, Hersfeld, Hünfeld, Lauterbach, Fulda und Schlüchtern;

4. im Land Bayern

die Stadtkreise

Bad Kissingen und Schweinfurt,

die Landkreise

Mellrichstadt, Bad Neustadt/Saale, Brückenaue, Königshofen/Grabfeld, Bad Kissingen, Hofheim, Ebern, Schweinfurt und Haßfurt,

die Stadtkreise

Coburg, Neustadt b. Coburg, Hof, Selb, Kulmbach, Marktredwitz, Bayreuth und Bamberg

die Landkreise

Coburg, Staffelstein, Bamberg, Lichtenfels, Kronach, Stadtsteinach, Kulmbach, Naila, Münchberg, Hof, Rehau, Wunsiedel und Bayreuth,

der Stadtkreis

Weiden,

die Landkreise

Tirschenreuth, Kemnath, Neustadt a. d. Waldnaab, Vohenstrauß, Nabburg, Oberviechtach, Waldmünchen, Neunburg vorm Wald, Cham und Roding,

die Stadtkreise

Deggendorf und Passau,

die Landkreise

Kötzting, Viechtach, Regen, Bogen, Grafenau, Deggendorf, Wolfstein, Wegscheid und Passau.

Anmerkung:

Eine Aufstellung der zum Zonenrandgebiet gehörenden Landkreise bzw. Gebietsteile von Landkreisen und Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte (Stand 1974) ist im Anhang H abgedruckt.

Anhang H

Aufstellung der zum Zonenrandgebiet gehörenden Landkreise bzw. Gebietsteile von Landkreisen und Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte1. in Schleswig-Holstein¹⁾:

Die Stadtkreise Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck, die Landkreise Schleswig-Flensburg

Rendsburg-Eckernförde, Plön, Ostholstein, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg;

2. in Niedersachsen²⁾:

Im Verwaltungsbezirk Braunschweig

die kreisfreie Stadt Braunschweig

der Landkreis Gandersheim vollständig

der Landkreis Goslar vollständig

der Landkreis Helmstedt vollständig

der Landkreis Peine ohne

Ortsteil Oelerse der Gemeinde Edemissen

Ortsteil Harber der Gemeinde Hohenhameln

Ortsteile Landwehr und Röhre der Stadt Peine

die kreisfreie Stadt Salzgitter

der Landkreis Wolfenbüttel vollständig

Im Regierungsbezirk Hannover

vom Landkreis Hannover

Ortsteile Gleidingen
Ingeln und
Oesselse der Stadt Laatzen

Ortsteil Hämeler Wald
Forstflächen „Hämeler Wald“ der Stadt Lehrte (Fluren 4 bis 12 der Gemarkung Hämelerwald)

Ortsteile Bolzum
Wehmingen und
Wirringen der Gemeinde Sehnde

Ortsteile Dedenhausen und
Eltze der Gemeinde Uetze

Im Regierungsbezirk Hildesheim

der Landkreis Göttingen vollständig

der Landkreis Hildesheim ohne

Ortsteil Breinum der Stadt Bad Salzdetfurth

Ortsteile Adensen
Burgstemmen
Hallerburg
Heyersum
Mahlerten
Nordstemmen und
Rössing der Gemeinde Nordstemmen

Ortsteil Schliekum der Stadt Sarstedt
vom Landkreis Holzminden

Ortsteile Ammensen
Delligsen (außer dem Wohnplatz Dörshelf) Kaierde und Varrigsen des Fleckens Delligsen

Ortsteil Silberborn der Stadt Holzminden

Ortsteil Lauenförde des Fleckens Lauenförde

gemeindefreies Gebiet Wenzeln

der Landkreis Northeim vollständig

der Landkreis Osterode vollständig

Im Regierungsbezirk Lüneburg

der Landkreis Gifhorn ohne

Ortsteil Hahnenhorn der Gemeinde Müden (Aller)

Gemeinde Ummern

vom Landkreis Harburg

Ortsteil Obermarschacht der Gemeinde Marschacht

Gemeinde Tespe

der Landkreis Lüchow-Dannenberg vollständig

der Landkreis Lüneburg ohne
Gemeinde Handorf

Ortsteil Wetzen der Gemeinde Oldendorf (Luhe)

Gemeinde Radbruch

Gemeinde Soderstorf

Gemeinde Wittorf

vom Landkreis Soltau

Ortsteil Lopau der Stadt Munster

der Landkreis Uelzen vollständig

die kreisfreie Stadt Wolfsburg

¹⁾ Stand der Gebietsreform 25. März 1974

²⁾ Stand der Gebietsreform 27. März 1974

3. in H e s s e n ³⁾:

Die kreisfreie Stadt Kassel,
der Landkreis Kassel mit Ausnahme

- a) der Städte Naumburg, Wolfhagen und Zierenberg,
- b) der Gemeinden Breuna, Emstal und Habichtswald,
- c) des Gebietes der früheren Gemeinde Martinshagen der Gemeinde Schauenburg,

der Werra-Meißner-Kreis,

vom Schwalm-Eder-Kreis

- a) die Städte Felsberg, Melsungen und Spangenberg
- b) die Gemeinden Guxhagen, Körle und Morschen,
- c) das Gebiet der früheren Gemeinde Deute der Stadt Gudensberg,
- d) die Gebiete der früheren Gemeinden Hausen, Lichtenhagen, Nausis, Nenterode und Rengshausen der Gemeinde Knüllwald,
- e) die Gemeinde Malsfeld mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Mosheim und Sipperhausen,
- f) die Gebiete der früheren Gemeinden Harle und Niedermöllrich der Gemeinde Wabern,

der Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit Ausnahme

- a) der Gemeinde Breitenbach a. Herzberg,
- b) der Gebiete der früheren Gemeinden Mühlbach, Raboldshausen, Saasen und Salzberg der Gemeinde Neuenstein,

der Landkreis Fulda,

vom Vogelsbergkreis

- a) die Städte Herbstein, Lauterbach und Schlitz,
- b) die Gemeinden Grebenhain, Lautertal und Wartenberg,
- c) die Gemeinden Freiensteinau mit Ausnahme des Gebietes der früheren Gemeinde Radmühl (ehemals Landkreis Gelnhausen),
- d) die Stadt Ulrichstein mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Bobenhausen II, Helpershain, Ober-Seibertenrod, Unter-Seibertenrod und Wohnfeld,

vom Main-Kinzig-Kreis

- a) die Städte Schlüchtern und Steinau
- b) die Gemeinden Sinntal und Züntersbach,
- c) die Stadt Bad Soden-Salmünster mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Alsberg, Katholisch-Willenroth und Mernes
- d) der Teil des Gutsbezirkes Spessart, der zum Landkreis Schlüchtern gehörte;

4. in B a y e r n ⁴⁾ :

Im Regierungsbezirk Niederbayern

die kreisfreie Stadt Passau mit Ausnahme des Gebiets der früheren Gemeinde Kirchberg;

der Landkreis Deggendorf ohne die Gemeinden Aholming, Aicha a. d. Donau, Buchhofen, Künzing, Lailling, Langenishofen, Moos, Oberpöding, Osterhofen (St.), Ottmaring, Wallerfing (und ohne die Flurstücke Nr. 604, 605, 606 der Gemarkung Haunersdorf);

der Landkreis Freyung-Grafenau vollständig; vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Breitenberg, Büchlberg, Fürstenstein, Fürstzell, Hauzenberg, M., Hutthurm, M., Kellberg, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Mitlich, Neukirchen vorm Wald, Oberneureuth, Oberzell, M., vom Markt Ortenburg das Gebiet der früheren Gemeinde Dorfbach, Ruderting, von der Gemeinde Ruhstorf a. d. Rott die Gebiete der früheren Gemeinden Eholting und Sulzbach a. Inn, Salzweg, Sandbach, Sonnen, Thyrnau, Tiefenbach ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Kirchberg, Tittling, M., Untergriesbach, M., Voglarn, Wegscheid, M., Wildenranna, Witzmannsberg, Wotzdorf;

der Landkreis Regen vollständig;

vom Landkreis Straubing-Bogen die Gemeinden Ascha, Bogen (St.), Elisabethzell, Falkenfels, Gaishausen, Gossersdorf, Haibach, Haselbach, Haunkenzell, Hunderdorf, Konzell, Landorf, Loitzendorf, Mariaposching, Mitterfels, M., Neukirchen, Niederwinkling, Oberalteich, ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Agendorf, Obermühlbach, Perasdorf, Pfelling, Rattenberg, Rattiszell, Sankt Englmar, Sauburg, Schwarzach, M., Stallwang, Steinburg, Wiesenfeldern, ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Höhenberg, Windberg, Zinzenzell.

Im Regierungsbezirk Oberpfalz

die kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf.;

vom Landkreis Amberg-Weizsach die Gemeinde Kemnath a. Buchberg,

von der Gemeinde Massenricht die Flurabteilung Forst des Marktes Kohlberg (Gemarkung Röthenbach bei Kohlberg),

von der Stadt Schnaittenbach das Gebiet der früheren Gemeinde Holzhammer sowie der zwischen dem gemeindefreien Gebiet Neudorfer Wald und der Landkreisgrenze gelegene Gebietsteil der Gemeinde Neudorf b. Luhe, die im gemeindefreien Gebiet Neudorfer Wald liegenden Exklaven der Gemeinde Neudorf b. Luhe, der zwischen dem gemeindefreien Gebiet Neunaigener Forst und der Landkreisgrenze gelegene Gebietsteil der früheren Gemeinde Neunaigen, die im gemeindefreien Gebiet Neunaigener Forst gelegenen Exklaven der früheren Gemeinde Neunaigen, das gemeindefreie Gebiet Neudorfer Wald, das gemeindefreie Gebiet Neunaigener Forst; der Landkreis Cham mit Ausnahme der Gemeinde Rettenbach, der Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab ohne die Gemeinden Dießfurt, Eschenbach i. d. OPf., (St.), Feilersdorf,

³⁾ Stand der Gebietsreform 1. Juli 1974

⁴⁾ Stand der Gebietsreform 30. Juni 1974

Grafenwöhr, (St.), mit Ausnahme der Gemeindeteile Grub und Hütten der früheren Gemeinde Hütten, Heinersreuth, Kirchenthumbach, M., Neustadt a. Kulm, (St.) mit Ausnahme des Gebiets der früheren Gemeinde Mockersdorf, Neuzirkendorf, Oberibrach, Preißbach, Pressath, (St.), (mit Ausnahme der im gemeindefreien Gebiet Hessenreuther Forst gelegenen Exklaven der Gemeinde Hessenreuth sowie der Gemeindeteile Friedersreuth, Herzogspitz, Kohlhütte, Mühlberg, Waldmühle und Ziegelhütte der früheren Gemeinde Altenparkstein und des Gemeindeteils Pfaffenreuth der früheren Gemeinde Schwand), Riggau, Schlammersdorf, Speinshart, Thurndorf, Vorbach, Weiherberg;

der Landkreis Schwandorf ohne die Gemeinden Bubach a. d. Naab, Burglengenfeld, (St.), Dachelhofen, Fischbach a. d. Naab, Gögglbach, Klardorf, Maxhütte-Haidhof, (St.), Naabeck, Neukirchen, Pottenstetten, Premberg, Saltendorf a. d. Naab, Schwandorf, GKSt., Steinberg, Teublitz, (St.), Wackersdorf und ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Wulkersdorf der Gemeinde Nittenau sowie ohne den aus der Gemeinde Ebermannsdorf (Lkr. Amberg-Sulzbach) ausgegliederten und in die Gemeinde Fensterbach eingegliederten Gemeindeteil Freihöls, ferner ohne die aus dem gemeindefreien Gebiet „Kreither Forst“ und aus der Gemeinde Ebermannsdorf (Lkr. Amberg-Sulzbach) in den Markt Schwarzenfeld eingegliederten Gebietsteile;

der Landkreis Tirschenreuth vollständig;

Im Regierungsbezirk Oberfranken

die kreisfreien Städte Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof;

der Landkreis Bamberg ohne die Gemeinden Heiligenstadt i. OFr., M., Königsfeld, Oberndorf, Pommersfelden, Sambach, Stepbach;

der Landkreis Bayreuth ohne die Gemeinden Ahorntal, Aufseß, Betzenstein, (St.), Breitenlesau, Bronn, Creußen, (St.), Elbersberg, Gottsfeld, Haidhof, Hainbronn, Hochstahl, Hohenmirsberg, Hollfeld, (St.), Krögelstein, Kühlenfels, Leienfels, Leups, Lindenhardt, M., Neuhaus, Neuhof, Pegnitz, (St.), Plankenfels, Plech, M., Poppendorf, Pottenstein, (St.), Prebitz, Regenthal, Schnabelwaid, M., Seidwitz, Trockau, M., Vorderkleebach, Waischenfeld, (St.), Zips und ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Wohnsgehaig der Gemeinde Mistelgau;

der Landkreis Coburg vollständig;

vom Landkreis Forchheim das Gebiet der früheren Gemeinde Unterstürmig des Marktes Eggolsheim sowie die Gemeinde Trailsdorf; die Landkreise Hof und Kronach vollständig; der Landkreis Kulmbach mit Ausnahme des Marktes Wonsees; von dieser Gemeinde liegt jedoch das Gebiet der früheren Gemeinde Sanspareil im Zonenrandgebiet; die Landkreise Lichtenfels und Wunsiedel i. Fichtelgebirge vollständig;

Im Regierungsbezirk Mittelfranken

vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinde Eckersbach und von der Stadt Schlüsselfeld das Gebiet der früheren Gemeinde Untermelsendorf.

Im Regierungsbezirk Unterfranken

die kreisfreie Stadt Schweinfurt;

der Landkreis Bad Kissingen ohne die Gemeinden Aura a. d. Saale, Dittlofsroda, Elfershausen, M., Euerdorf, M., Frankenbrunn, Fuchsstadt, Gauaschach, Hammelburg, (St.), Hetzlos, Langendorf, Oberthulba, M., mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Hassenbach und Schlimpfthof, Rahmsthal, Reith, Schwärzelbach, Sulzthal, M., Thulba, Waizenbach i. UFr., Wartmannsroth, mit Ausnahme des Gebiets der früheren Gemeinde Heiligkreuz, Windheim, Wirmsthal;

der Landkreis Rhön-Grabfeld vollständig;

der Landkreis Haßberge ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Wohnau der Gemeinde Knetzgau und ohne die Gebiete der früheren Gemeinden Geusfeld und Wustviel der Gemeinde Rauhenebrach;

der Landkreis Schweinfurt ohne die Gemeinden Altmannsdorf, Bischwind, Breitbach, Brunnstadt, Burghausen, Dingolshausen, Donnersdorf, Frankenwinheim, Gernach, Gerolzhofen, (St.), Greßthal, Handthal, Herlheim, Hundelshausen, Kaisten, Kolitzheim, Lindach, Lültsfeld, Michelau i. Steigerwald, Mönchstockheim, Mühlhausen, Oberschwarzach, M., Oberspiesheim, Rügshofen, Rütchenhausen, Schallfeld, Schwemmelsbach, Siegendorf, Stammheim, Sulzheim, Traustadt, Unterspiesheim, Vögnitz, Wasserlosen, Wülfershausen, Zeilitzheim.

Hinweis:

Die Abkürzungen nach den Namen haben folgende Bedeutung:

GKSt. = Große Kreisstadt

St. = Stadt

M. = Markt

Quelle: Bekanntmachung der Richtlinien über die bevorzugte Berücksichtigung von Personen und Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet und aus Berlin (West) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 11. August 1975 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 152 vom 20. August 1975) sowie Berichtigung vom 17. Oktober 1975 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 200 vom 25. Oktober 1975) und vom 1. März 1977 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 49 vom 11. März 1977).

Anhang J**Investitionszulagengesetz (InvZulG)
in der Fassung vom 3. Mai 1977****Investitionszulage für Investitionen
im Zonenrandgebiet
und in anderen förderungsbedürftigen Gebieten**

§ 1

(1) Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes, die durch eine Bescheinigung nach § 2 nachweisen,

1. daß sie in einem förderungsbedürftigen Gebiet eine gewerbliche Betriebsstätte errichten oder erweitern und
2. daß die Errichtung oder Erweiterung volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig ist und den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung entspricht,

wird auf Antrag für die im Zusammenhang mit der Errichtung oder Erweiterung der Betriebsstätte vorgenommenen Investitionen eine Investitionszulage gewährt. Wird eine Betriebsstätte von einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes errichtet oder erweitert, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß der Gesellschaft eine Investitionszulage gewährt wird.

(2) Eine Investitionszulage wird auf Antrag auch für Investitionen gewährt, die im Zusammenhang mit der Umstellung oder grundlegenden Rationalisierung einer im Zonenrandgebiet belegenen gewerblichen Betriebsstätte vorgenommen werden, wenn durch eine Bescheinigung nach § 2 nachgewiesen wird, daß die Umstellung oder grundlegende Rationalisierung volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig ist und den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung entspricht. Für Investitionen, die der Ersatzbeschaffung dienen, wird eine Investitionszulage nicht gewährt. Satz 1 gilt nicht für Unternehmen, deren Ertrags- und Vermögenslage nachhaltig so günstig ist, daß eine Finanzierungshilfe durch Gewährung der Investitionszulage auch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Zonenrandgebiets nicht vertretbar erscheint. Ist das Unternehmen eine Kapitalgesellschaft und ist an dieser ein anderes Unternehmen unmittelbar oder mittelbar in einem solchen Maße beteiligt, daß ihm die Mehrheit der Anteile gehört, so sind für die Anwendung des Satzes 3 auch die Ertrags- und Vermögensverhältnisse des anderen Unternehmens zu berücksichtigen. Absatz 1 gilt im übrigen sinngemäß.

(3) Investitionen im Sinne der Absätze 1 und 2 sind

1. die Anschaffung oder Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören und mindestens 3 Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in der Betriebsstätte des Steuerpflichtigen verbleiben, und
2. die Herstellung von
 - a) abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens,
 - b) zum Anlagevermögen gehörenden Gebäudeteilen und
 - c) Ausbauten und Erweiterungen an zum Anlagevermögen gehörenden Gebäuden oder Gebäudeteilen,

die mindestens 3 Jahre nach ihrer Herstellung vom Steuerpflichtigen zu mindestens 90 vom Hundert zu eigenbetrieblichen Zwecken verwendet werden.

Voraussetzung für die Gewährung der Investitionszulage ist, daß die Wirtschaftsgüter, Gebäudeteile, Ausbauten und Erweiterungen in ein besonderes Verzeichnis aufgenommen worden sind, das den Tag der Anschaffung oder Herstellung und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten enthält. Das Verzeichnis braucht nicht geführt zu werden, wenn diese Angaben aus der Buchführung ersichtlich sind.

(4) Die Investitionszulage beträgt 7,5 vom Hundert der Summe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen, die Investitionen im Sinne des Absatzes 3 sind.

(5) Die Investitionszulage kann bereits für die im Wirtschaftsjahr aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilerstellungskosten von Wirtschaftsgütern, Ausbauten und Erweiterungen gewährt werden, die Investitionen im Sinne des Absatzes 3 sind. Der Gesamtbetrag der Investitionszulage darf jedoch 7,5 vom Hundert der begünstigten Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht übersteigen. § 7 a Abs. 2 Satz 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes gilt entsprechend.

§ 2

Nachweis der Förderungswürdigkeit

(1) Die Bescheinigung, daß die in § 1 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 letzter Satzteil bezeichneten Voraussetzungen vorliegen, erteilt der Bundesminister für Wirtschaft im Benehmen mit der von der Landesregierung bestimmten Stelle. Der Bundesminister für Wirtschaft kann seine Befugnisse auf das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft übertragen.

(2) Die Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegende Rationalisierung einer Betriebstätte (Investitionsvorhaben) ist volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig im Sinne dieses Gesetzes, wenn

1. a) in einem im Rahmenplan nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861) — Rahmenplan — ausgewiesenen Schwerpunkttort eines förderungsbedürftigen Gebiets
 - aa) eine Betriebstätte errichtet oder
 - bb) eine vom Steuerpflichtigen nach dem 31. Dezember 1971 errichtete oder erworbene Betriebstätte erweitert wird;
 der Rahmenplan ist insoweit im Bundesanzeiger bekanntzumachen,
 - b) in einem förderungsbedürftigen Gebiet eine vom Steuerpflichtigen vor dem 1. Januar 1972 errichtete oder erworbene Betriebstätte erweitert wird oder
 - c) im Zonenrandgebiet eine Betriebstätte umgestellt oder grundlegend rationalisiert wird;
- für Betriebstätten, die dem Fremdenverkehr oder als Kurheime, Sanatorien oder als ähnliche Einrichtungen dienen, gilt Buchstabe a mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Schwerpunkttortes ein durch Rechtsverordnung nach § 3 Abs. 2 bestimmtes Fremdenverkehrsgebiet tritt,
2. in der Betriebstätte überwiegend Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden, und das Investitionsvorhaben somit geeignet ist, unmittelbar und auf die Dauer das Gesamteinkommen in dem jeweiligen Wirtschaftsraum nicht unwesentlich zu erhöhen,
 3. bei der Erweiterung einer Betriebstätte oder bei einer im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung innerhalb der förderungsbedürftigen Gebiete stehenden Errichtung einer Betriebstätte die Zahl der bestehenden Dauerarbeitsplätze um mindestens 20 vom Hundert erhöht wird oder mindestens 50 zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden oder bei Betriebstätten im Sinne der Nummer 1 letzter Satzteil die Bettenzahl um mindestens 20 vom Hundert erhöht wird,
 4. in den Fällen des § 1 Abs. 2 die Umstellung oder grundlegende Rationalisierung für den Fortbe-

stand der Betriebstätte und zur Sicherung der dort bestehenden Dauerarbeitsplätze erforderlich ist,

5. die Investitionskosten je geschaffenem oder gesichertem Dauerarbeitsplatz das Dreißigfache der durchschnittlichen Investitionskosten je gefördertem Arbeitsplatz in den förderungsbedürftigen Gebieten in den vorangegangenen 3 Kalenderjahren nicht übersteigen,
6. der Subventionswert der für das Investitionsvorhaben aus öffentlichen Mitteln gewährten Zuschüsse, Darlehen oder ähnlichen direkten Finanzhilfen einschließlich der beantragten Investitionszulagen die im Rahmenplan festgelegten Höchstsätze nicht überschreitet; der Rahmenplan ist insoweit im Bundesanzeiger bekanntzumachen,
7. nicht zu besorgen ist, daß
 - a) das Investitionsvorhaben die Abhängigkeit des jeweiligen Wirtschaftsraums von Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige erheblich verstärkt oder in ähnlicher Weise die Wirtschaftsstruktur verschlechtert,
 - b) die Gewährung der Investitionszulage zu unangemessenen Wettbewerbsvorteilen gegenüber anderen in dem jeweiligen Wirtschaftsraum ansässigen Unternehmen führt.

Soweit das Vorliegen der Voraussetzungen der Nummern 2, 4 und 7 von einer Würdigung der gesamtwirtschaftlichen oder regionalwirtschaftlichen Lage oder Entwicklung abhängt, ist diese Würdigung nach pflichtgemäßem Ermessen vorzunehmen.

(3) Die Bescheinigung darf nur für Investitionsvorhaben erteilt werden, die nach Lage, Art und Umfang hinreichend bestimmt sind. Sie kann versagt werden, wenn das Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung aus Berlin (West) steht. Die Bescheinigung kann unter Bedingungen erteilt oder mit Auflagen verbunden werden.

(4) Wird nach Erteilung der Bescheinigung festgestellt, daß das tatsächlich durchgeführte Investitionsvorhaben nach Lage, Art oder Umfang nicht der Bescheinigung entspricht oder daß bei dem tatsächlich durchgeführten Investitionsvorhaben die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht vorliegen, kann die Bescheinigung zurückgenommen werden.

§ 3

Förderungsbefähigte Gebiete

(1) Förderungsbefähigte Gebiete im Sinne des Gesetzes sind

1. das Zonenrandgebiet im Sinne des § 9 des Zonenrandförderungsgesetzes vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1237),
2. das Steinkohlenbergbaugesamt Saar im Sinne des Abschnitts D der Anlage zum Gesetz zur Anpassung

sung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete vom 15. Mai 1968 (BGBl. I S. 365), geändert durch die Verordnung vom 17. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1743), und

3. Gebiete,

- a) deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt oder erheblich darunter abzusinken droht oder
- b) in denen Wirtschaftszweige vorherrschen, die vom Strukturwandel in einer Weise betroffen oder bedroht sind, daß negative Rückwirkungen auf das Gebiet in erheblichem Umfang eingetreten oder absehbar sind.

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die nach der Nummer 3 begünstigten Gebiete zu bestimmen und bei nachhaltigen Änderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur diese Bestimmung den veränderten Verhältnissen anzupassen.

(2) Fremdverkehrsgebiete im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 1 letzter Satzteil sind förderungsbedürftige Gebiete, die nach Lage, Klima, Landschaft, Art der Besiedlung oder ähnlichen Umständen in besonderem Maße für den Fremdenverkehr geeignet sind. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die nach Satz 1 begünstigten Gebiete zu bestimmen und bei nachhaltigen Änderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur diese Bestimmung den veränderten Verhältnissen anzupassen.

§ 4

Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen

(1) Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Einkommensteuergesetzes ermitteln, wird auf Antrag für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Ausbauten und Erweiterungen an zum Anlagevermögen gehörenden Gebäuden eine Investitionszulage gewährt, wenn die Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen der Forschung oder Entwicklung dienen. Werden die Wirtschaftsgüter, Ausbauten oder Erweiterungen von einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes angeschafft oder hergestellt, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß der Gesellschaft eine Investitionszulage gewährt wird. Die Investitionszulage beträgt 7,5 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen. § 1 Abs. 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Bei der Bemessung der Investitionszulage dürfen nur berücksichtigt werden

1. die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des

§ 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören und mindestens 3 Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung im Betrieb des Steuerpflichtigen ausschließlich der Forschung oder Entwicklung im Sinne des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe u Satz 4 des Einkommensteuergesetzes dienen,

2. die Herstellungskosten von unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und von Ausbauten und Erweiterungen an zum Anlagevermögen gehörenden Gebäuden, wenn die Gebäude oder die ausgebauten oder neu hergestellten Gebäudeteile mindestens 3 Jahre nach ihrer Herstellung im Betrieb des Steuerpflichtigen zu mehr als 66 $\frac{2}{3}$ vom Hundert der Forschung oder Entwicklung im Sinne des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe u Satz 4 des Einkommensteuergesetzes dienen.

(3) Die Investitionszulage kann bereits für die im Wirtschaftsjahr aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilerstellungskosten von Wirtschaftsgütern, Ausbauten und Erweiterungen im Sinne des Absatzes 2 gewährt werden. Der Gesamtbetrag der Investitionszulage darf auch in diesem Fall höchstens 7,5 vom Hundert der nach den Absätzen 1 und 2 begünstigten Anschaffungs- oder Herstellungskosten betragen. § 7a Abs. 2 Satz 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes gilt entsprechend.

§ 4 a

Investitionszulage für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung

(1) Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes wird für abnutzbare bewegliche und unbewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und für Ausbauten und Erweiterungen an zum Anlagevermögen gehörenden Gebäuden, die nach dem 31. Dezember 1974 im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung im Zusammenhang mit der Errichtung oder Erweiterung von Heizkraftwerken, Müllkraftwerken, Müllheizwerken und Wärmepumpenanlagen einschließlich der Anlagen zur Wärmeverteilung sowie von Heizwerken, die in einem Fernwärmenetz in Ergänzung zu Heizkraftwerken, Müllkraftwerken, Müllheizwerken und Wärmepumpenanlagen zur Deckung des Spitzenbedarfs der Heizleistung bestimmt sind, angeschafft oder hergestellt werden, eine Investitionszulage gewährt; Voraussetzung ist, daß der Steuerpflichtige nach dem 30. November 1974 die Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen bestellt oder mit ihrer Herstellung begonnen hat und daß der Bundesminister für Wirtschaft die besondere Eignung der Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen zur Einsparung von Energie bestätigt hat. Der Bundesminister für Wirtschaft kann seine Befugnisse auf das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft übertragen. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden und Gebäudeteilen der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird. Ist der Antrag auf Baugenehmigung vor dem 1. Dezember 1974 gestellt worden, gilt als Beginn der Herstellung der Beginn der Bauarbeiten. Die

Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Regeneratoren und Rekuperatoren zur Wärmerückgewinnung. Werden die Wirtschaftsgüter, Ausbauten oder Erweiterungen von einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes vorgenommen, gelten die Sätze 1 bis 5 mit der Maßgabe, daß der Gesellschaft eine Investitionszulage gewährt wird. Die Investitionszulage beträgt 7,5 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen.

(2) Bei der Bemessung der Investitionszulage dürfen nur berücksichtigt werden

1. die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören, und
2. die Herstellungskosten von unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und von Ausbauten und Erweiterungen an zum Anlagevermögen gehörenden Gebäuden,

wenn die Wirtschaftsgüter, Ausbauten oder Erweiterungen mindestens 3 Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung im Betrieb des Steuerpflichtigen verbleiben.

(3) § 1 Abs. 3 Satz 2 und 3 und § 4 Abs. 3 gelten entsprechend.

§ 4 b

Investitionszulage zur Konjunkturbelebung

(1) Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und Steuerpflichtigen im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes, soweit sie nicht unter § 4 Abs. 1 Ziff. 1 bis 10 des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juli 1975 (BGBl. I S. 1933), geändert durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), fallen, wird für begünstigte Investitionen, die sie in einem Betrieb (einer Betriebsstätte) im Inland vornehmen, auf Antrag eine Investitionszulage gewährt. Wird die Investition von einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes vorgenommen, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß der Gesellschaft eine Investitionszulage gewährt wird.

(2) Begünstigte Investitionen im Sinne des Absatzes 1 sind

1. die Anschaffung oder Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören, und
2. die Herstellung von abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens,

wenn die Wirtschaftsgüter nachweislich nach dem 30. November 1974 und vor dem 1. Juli 1975 vom

Steuerpflichtigen bestellt worden sind oder wenn der Steuerpflichtige in diesem Zeitraum mit der Herstellung begonnen hat. Weitere Voraussetzung ist, daß die Wirtschaftsgüter vor dem 1. Juli 1976 geliefert oder fertiggestellt werden. An die Stelle des 1. Juli 1976 tritt bei Gebäuden und Gebäudeteilen der 1. Juli 1977. Bei Wirtschaftsgütern, die im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben angeschafft oder hergestellt werden, die durch eine Bescheinigung des Bundesministers für Wirtschaft als Großprojekte im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung mit besonderer energiepolitischer Bedeutung anerkannt worden sind, tritt an die Stelle des 1. Juli 1976 der 1. Juli 1978; Großprojekte in diesem Sinne sind insbesondere Heizkraftwerke, Kernkraftwerke, Steinkohlenkraftwerke, Müllkraftwerke, Müllheizwerke, Fernwärmenetze, Aufschluß von Steinkohlen- und Braunkohlenfeldern, Großschachtanlagen, Anlagen für den Kernbrennstoffkreislauf, Raffinerien einschließlich Konversions- und Entschwefelungsanlagen, ober- und unterirdische Speicheranlagen für Erdöl und Erdgas sowie Rohrleitungen. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden und Gebäudeteilen der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird. Ist der Antrag auf Baugenehmigung vor dem 1. Dezember 1974 gestellt worden, gilt als Beginn der Herstellung der Beginn der Bauarbeiten. Die Sätze 1 bis 6 gelten für nachträgliche Herstellungsarbeiten an abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören, und an abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sinngemäß.

(3) Die Investitionszulage beträgt 7,5 vom Hundert der Summe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter und der Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr beendeten nachträglichen Herstellungsarbeiten, die begünstigte Investitionen sind. Sie kann bereits für die im Wirtschaftsjahr aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilerstellungskosten gewährt werden. § 1 Abs. 5 Satz 2 dieses Gesetzes und § 7 a Abs. 2 Satz 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes 1975 gelten entsprechend.

(4) Für Wirtschaftsgüter, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 vorliegen, die aber keine Wirtschaftsgüter im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 und 4 sind und die nach dem 30. Juni 1976 und vor dem 1. Juli 1977 geliefert oder fertiggestellt werden, wird auf Antrag eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 vom Hundert der Summe der vor dem 1. Juli 1976 aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten gewährt. Für Gebäude und Gebäudeteile, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 vorliegen und die nach dem 30. Juli 1977 und vor dem 1. Juli 1978 fertiggestellt werden, wird auf Antrag eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 vom Hundert der Summe der vor dem 1. Juli 1977 aufgewendeten Teilerstellungskosten gewährt. Für Wirtschaftsgüter im Sinne des Absatzes 2 Satz 4, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1

vorliegen und die nach dem 30. Juni 1978 geliefert oder fertiggestellt werden, wird auf Antrag eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 vom Hundert der Summe der vor dem 1. Juli 1978 aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilherstellungskosten gewährt. Die Sätze 1 bis 3 gelten für nachträgliche Herstellungsarbeiten an abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die nicht zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gehören, und an abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sinngemäß.

(5) § 1 Abs. 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 5

Ergänzende Vorschriften zu den §§ 1 bis 4 b

(1) Die Inanspruchnahme einer der Investitionszulagen nach § 1 oder § 4 dieses Gesetzes oder nach § 19 des Berlinförderungsgesetzes schließt die Inanspruchnahme der anderen Investitionszulagen für dasselbe Wirtschaftsgut, denselben Ausbau oder dieselbe Erweiterung aus. Die Inanspruchnahme der Investitionszulage nach § 4 a ist neben der Inanspruchnahme einer Investitionszulage nach den §§ 1, 4 oder 4 b dieses Gesetzes oder nach § 19 des Berlinförderungsgesetzes zulässig. Für die Inanspruchnahme einer Investitionszulage nach § 4 b gilt entsprechendes.

(2) Die Investitionszulagen nach den §§ 1 und 4 bis 4 b gehören nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Sie mindern nicht die steuerlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

(3) Die Investitionszulage wird auf Antrag nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung oder der Anzahlung oder Teilherstellung endet, durch das für die Besteuerung des Antragstellers nach dem Einkommen zuständige Finanzamt aus den Einnahmen an Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer gewährt. Gesellschaften im Sinne des § 15 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes wird die Investitionszulage von dem Finanzamt gewährt, das für die einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte zuständig ist. Der Antrag auf Gewährung der Investitionszulage kann nur innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres gestellt werden.

(4) Das Finanzamt setzt die Investitionszulage durch schriftlichen Bescheid fest. Die Investitionszulage ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.

(5) Auf die Investitionszulage sind die für Steuervergütungen geltenden Vorschriften der Abgabenordnung einschließlich der Vorschriften über außergerichtliche Rechtsbehelfe entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für § 163 der Abgabenordnung sowie für diejenigen Vorschriften, die lediglich Zollvergütungen und Verbrauchsteuervergütungen be-

treffen. Abweichende Vorschriften dieses Gesetzes bleiben unberührt.

(6) Der Anspruch auf die Investitionszulage nach den §§ 1, 4 und 4 a erlischt mit Wirkung für die Vergangenheit, soweit Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bei der Bemessung der Investitionszulage berücksichtigt worden sind, nicht mindestens 3 Jahre seit ihrer Anschaffung oder Herstellung

1. im Fall des § 1,

a) soweit es sich um bewegliche Wirtschaftsgüter handelt, in der Betriebsstätte des Steuerpflichtigen verblieben sind,

b) soweit es sich um unbewegliche Wirtschaftsgüter handelt, vom Steuerpflichtigen zu mindestens 90 vom Hundert zu eigenbetrieblichen Zwecken verwendet worden sind,

2. im Fall des § 4

in dem erforderlichen Umfang der Forschung oder Entwicklung im Betrieb des Steuerpflichtigen gedient haben,

3. im Fall des § 4 a

im Betrieb des Steuerpflichtigen verblieben sind.

(7) Ist die Investitionszulage zurückzuzahlen, weil der Bescheid über die Investitionszulage aufgehoben oder geändert worden ist, so ist der Rückzahlungsanspruch vom Zeitpunkt der Auszahlung, in den Fällen des Absatzes 6 von dem Zeitpunkt an, in dem die Voraussetzungen für die Aufhebung oder Änderung des Bescheides eingetreten sind, nach § 238 der Abgabenordnung zu verzinsen. Die Festsetzungsfrist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Bescheid aufgehoben oder geändert worden ist.

(8) In öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über die auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Verwaltungsakte der Finanzbehörden ist der Finanzrechtsweg, gegen die Versagung von Bescheinigungen nach den §§ 2, 4 a Abs. 1 Satz 1 und § 4 b Abs. 2 Satz 4 der Verwaltungsrechtsweg gegeben.

§ 5 a

Verfolgung von Straftaten nach § 264 des Strafgesetzbuches

Für die Verfolgung einer Straftat nach § 264 des Strafgesetzbuches, die sich auf die Investitionszulage bezieht, sowie der Begünstigung einer Person, die eine solche Straftat begangen hat, gelten die Vorschriften der Abgabenordnung über die Verfolgung von Steuerstraftaten entsprechend.

§ 6

Ermächtigung

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut dieses Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung mit neuem Datum, unter neuer Überschrift und in neuer Paragraphenfolge bekanntzu-

machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 7

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 8

Anwendungsbereich

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1974 endet.

(2) § 1 des Investitionszulagengesetzes vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211) ist weiter anzuwenden auf Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen

1. die nachweislich vor dem 19. Februar 1973 bestellt worden sind oder mit deren Herstellung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden ist,
2. die im Zusammenhang mit einem Investitionsvorhaben angeschafft oder hergestellt worden sind, für das vor dem 19. Februar 1973 eine Bescheinigung im Sinne des § 1 Abs. 4 des Investi-

tionszulagengesetzes vom 18. August 1969 beantragt worden ist, wenn die Lieferung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter, Ausbauten oder Erweiterungen vor dem 1. Januar 1976 erfolgt.

Auf Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen, bei denen die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 1 vorliegen, ist auch § 2 des Investitionszulagengesetzes vom 18. August 1969 weiter anzuwenden. Die Sätze 1 und 2 gelten für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1974 enden, mit der Maßgabe, daß die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung nicht Voraussetzung für die Gewährung der Investitionszulage ist. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden, Ausbauten und Erweiterungen der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Baugenehmigung gestellt worden ist.

(3) Die Vorschriften des § 4 a des Investitionszulagengesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Investitionszulagengesetzes vom 30. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3726) sind auf Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen, die nach dem 31. Dezember 1974 und vor dem 26. Februar 1975 geliefert oder fertiggestellt werden, weiter anzuwenden.

(4) Die Vorschriften des § 4 b sind erstmals auf Wirtschaftsgüter, die nach dem 30. November 1974 bestellt werden oder mit deren Herstellung nach dem 30. November 1974 begonnen wird, und auf nachträgliche Herstellungsarbeiten anzuwenden, mit denen nach dem 30. November 1974 begonnen wird.

Anhang K

**Dritte Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete
Im Sinne des Investitionszulagengesetzes
(Dritte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung)**
Vom 19. Dezember 1977

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Investitionszulagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1977 (BGBl. I S. 669) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

(1) Förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Investitionszulagengesetzes sind die Gebiete der Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Gemeindeteile, die mit Wirkung vom 1. Januar 1977 im Abschnitt II der Bekanntmachung der Regelungen, Fördergebiete, Schwerpunkorte mit ihren Förderungshöchstsätzen und Fremdenverkehrsgebiete des sechsten Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 27. Juni 1977 (BAnz. Nr. 129 vom 15. Juli 1977) als Fördergebiete bezeichnet sind, soweit sie nicht förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 des Investitionszulagengesetzes sind.

(2) Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des § 3 Abs. 2 des Investitionszulagengesetzes sind die Gebiete der Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Gemeindeteile, die mit Wirkung vom 1. Januar 1977 in Abschnitt IV der in Absatz 1 genannten Bekanntmachung als Fremdenverkehrsgebiete bezeichnet sind, soweit sie förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 des Investitionszulagengesetzes sind.

§ 2

Zu den förderungsbedürftigen Gebieten oder zu den Fremdenverkehrsgebieten gehören auch Geländeflächen, die durch Aufspülung, Eindeichung oder andere Maßnahmen gewonnen und in eine Gebietskörperschaft eingegliedert werden, die förderungsbedürftiges Gebiet oder Fremdenverkehrsgebiet ist.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 7 des Investitionszulagengesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1977 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die zweite Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 1. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3275) außer Kraft.

(2) Bei Investitionsvorhaben, für die bis zum 31. Dezember 1976 eine Bescheinigung im Sinne des § 2 des Investitionszulagengesetzes beantragt worden ist, sind

1. auf Gebiete, die auf Grund der Zweiten Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung nicht mehr zu den förderungsbedürftigen Gebieten oder zu den Fremdenverkehrsgebieten gehören, die Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 23. Januar 1976 (BGBl. I S. 177),
2. auf Gebiete, die auf Grund der Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 23. Januar 1976 nicht mehr zu den förderungsbedürftigen Gebieten oder zu den Fremdenverkehrsgebieten gehören, die Fördergebietsverordnung vom 13. November 1972 (BGBl. I S. 2085) und die Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 14. August 1974 (BGBl. I S. 1986)

weiter anzuwenden; für Wirtschaftsgüter, Gebäude, Teile, Ausbauten und Erweiterungen, die im Zusammenhang mit einem solchen Investitionsvorhaben angeschafft oder hergestellt werden, wird eine Investitionszulage nur gewährt, wenn sie vor dem 1. Januar 1980 geliefert oder fertiggestellt worden sind.

Anmerkung:

Die gebietliche Anpassung der Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3116) an den 7. Rahmenplan ist in Vorbereitung; sie soll rückwirkend zum 1. Januar 1978 in Kraft treten.

Anhang L

Richtlinien für das ERP-Regionalprogramm 1978 — Gewährung von Darlehen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ —

1. Verwendungszweck

Aus Mitteln des ERP-Sondervermögens können Darlehen an kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen, insbesondere des Handels, des Handwerks, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie an Unternehmen des Kleingewerbes für Investitionen in Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewährt werden, und zwar für die Errichtung, die Erweiterung, grundlegende Rationalisierung und Umstellung von Betrieben; hierzu gehört im Beherbergungsgewerbe auch der Einbau von Naßzellen und insbesondere Investitionen zur Erstellung familiengerechter Ferienunterkünfte.

Bei einer Betriebserweiterung soll eine angemessene Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

2. Antragsberechtigte

Kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen, soweit ihre Vorhaben die Voraussetzungen des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Investitionszulagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1977 (BGBl. I S. 669) nicht erfüllen.*)

*) Unbeschadet hiervon können kleine und mittlere Unternehmen neben der Investitionszulage nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Investitionszulagengesetzes Darlehen aus den Programmen M I und M II der Kreditanstalt für Wiederaufbau beantragen.

3. Darlehenskonditionen

- | | |
|----------------------------|--|
| a) Zinssatz: | 5,5 % p. a.
4,5 % p. a. für Vorhaben im Zonenrandgebiet. |
| b) Laufzeit: | Bis 10 Jahre,
bis 15 Jahre für Bauvorhaben, davon tilgungsfrei höchstens 2 Jahre. |
| c) Auszahlung: | 100 % |
| d) Höchstbetrag: | 200 000 DM |
| e) Ergänzungsfinanzierung: | Ergänzend können Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M., beantragt werden. |

4. Antragsverfahren

Anträge können bei jedem Kreditinstitut gestellt werden. Die ERP-Darlehen werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, zur Verfügung gestellt.

5. Weitere Vergabebedingungen

Die Allgemeinen Bedingungen für die Vergabe von ERP-Mitteln sind Bestandteil dieser Richtlinie.

Anhang M

Richtlinien für das ERP-Gemeindeprogramm 1978 – Gewährung von Darlehen für Investitionen zur Verbesserung der Standortqualität durch Steigerung des Wohn- und Freizeitwertes in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

1. Verwendungszweck

Aus Mitteln des ERP-Sondervermögens können Darlehen gewährt werden für Investitionen zur Verbesserung der Standortqualität durch

- Steigerung des Wohn- und Freizeitwertes, wie z. B. für die Errichtung oder den Ausbau von Kindertagesstätten oder Kindergärten, öffentlichen Sportanlagen und Schwimmbädern, Mehrzweckhallen, Naherholungsgebieten, Freizeitzentren.
- Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserreinigung und -beseitigung sowie der Abfallbeseitigung.

Die Vorhaben müssen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durchgeführt werden.

Ausgeschlossen ist die Finanzierung von Schulen, Krankenhäusern, Verkehrsverbindungen einschl. Parkmöglichkeiten und Fremdenverkehrseinrichtungen.

2. Antragsberechtigte

Gemeinden und Gemeindeverbände, ferner bei überwiegender Beteiligung der Gemeinden oder Gemein-

deverbände auch andere Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie kommunale Wirtschaftsunternehmen.

3. Darlehenskonditionen

- | | |
|------------------|--|
| a) Zinssatz: | 5,0 % p. a. |
| b) Laufzeit: | Bis 10 Jahre,
bis 15 Jahre für Bauvorhaben,
davon tilgungsfrei höchstens
2 Jahre. |
| c) Auszahlung: | 100 %. |
| d) Höchstbetrag: | Nicht festgesetzt. |

4. Antragsverfahren

Anträge können bei der zuständigen Landesbehörde gestellt werden. Die ERP-Darlehen werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M., zur Verfügung gestellt.

5. Weitere Vergabebedingungen

Es gelten die vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO.

Anhang N

Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 235,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Anhörung des Europäischen Parlaments¹⁾,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 2 des Vertrages ist es eine der Aufgaben der Gemeinschaft, eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft zu fördern.

Um eine gemeinschaftliche Lösung der regionalen Probleme energisch in Gang zu bringen, haben die Staats- und Regierungschefs die Organe der Gemeinschaft auf ihrer Pariser Konferenz vom Oktober 1972 aufgefordert, einen Fonds für regionale Entwicklung zu errichten. Die mit den Beihilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten abgestimmten Interventionen dieses Fonds sollen es ermöglichen, im Zuge des Aufbaus der Wirtschafts- und Währungsunion die wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft zu berichtigen, namentlich diejenigen, die aus einer überwiegend landwirtschaftlichen Struktur, industriellen Wandlungen und struktureller Unterbeschäftigung entstanden sind.

Auf der Konferenz von Kopenhagen im Dezember 1973 ist diese Verpflichtung bekräftigt worden, und auf der Pariser Konferenz im Dezember 1974 ist beschlossen worden, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ab 1. Januar 1975 durchzuführen.

Gemäß dem auf der Pariser Konferenz vom Dezember 1974 gefaßten Beschluß der Regierungschefs ist der Fonds für die Jahre 1975 bis 1977 mit bestimmten Beträgen auszustatten; es ist jedoch angezeigt, die Entscheidung hinsichtlich der Art der Ausgaben des Fonds in den darauffolgenden Haushaltsjahren noch zurückzustellen.

Der Vertrag sieht keine Befugnisse vor, um diese Ziele zu verwirklichen; daher ist die Gemeinschaft nach Artikel 235 des Vertrags mit solchen Befugnissen auszustatten.

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 108 vom 10. Dezember 1973, S. 51

²⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 3 vom 31. Januar 1974, S. 11

Eine wirksame regionale Strukturpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Regionale Entwicklung bedingt einerseits, daß in der Industrie und im Dienstleistungsbereich neu investiert wird, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Sie erfordert andererseits den Bau und Ausbau von Infrastrukturen, die unmittelbar mit der Entwicklung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben verbunden sind. In einigen benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten ist ein Beitrag zur Schaffung einer ausreichenden kollektiven Ausrüstung zu leisten, um sicherzustellen, daß die landwirtschaftliche Tätigkeit fortgesetzt wird und eine Mindestbevölkerung erhalten bleibt.

Es muß der Grundsatz gelten, daß der Fonds in den Gebieten zu intervenieren hat, in denen sich die Ungleichgewichte am stärksten auswirken. Es ist außerdem zu berücksichtigen, welche Bedeutung die Investitionen aus der Sicht des Gebietes und der Gemeinschaft haben.

Die Verwaltung des Fonds muß der Kommission zufallen; diese ist durch einen Fondsausschuß zu unterstützen.

Der Fonds kann nur wirksam arbeiten, wenn sich die gemeinschaftlich geförderten Vorhaben in ein regionales Entwicklungsprogramm einfügen. Die in den einzelnen Gebieten erzielten Ergebnisse müssen von Jahr zu Jahr verfolgt werden können.

Die Beteiligung des Fonds darf die Mitgliedstaaten nicht veranlassen, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung zu verringern; sie muß die Anstrengungen der Mitgliedstaaten vielmehr ergänzen.

Die Kommission muß sich in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten von der ordnungsgemäßen Durchführung der durch den Fonds geförderten Vorhaben überzeugen und die Tätigkeit des Fonds einer wirksamen Kontrolle unterziehen.

Angesichts des Umfangs der Maßnahmen der Gemeinschaft sind Europäisches Parlament und Rat durch einen Jahresbericht regelmäßig besonders zu unterrichten —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Es wird ein Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, im folgenden Fonds genannt, errichtet, durch den die wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft korrigiert werden sollen,

die insbesondere auf eine vorwiegend landwirtschaftliche Struktur, industrielle Wandlungen und strukturbedingte Unterbeschäftigung zurückzuführen sind.

Artikel 2

(1) Für den Zeitraum 1975/1977 erhalten die Mitgliedstaaten auf Antrag Finanzzuweisungen des Fonds zu den Bedingungen dieser Verordnung im Rahmen folgender Ausstattung:

- 300 000 000 Rechnungseinheiten im Jahr 1975,
- 500 000 000 Rechnungseinheiten im Jahr 1976,
- 500 000 000 Rechnungseinheiten im Jahr 1977.

Von diesem Gesamtbetrag von 1 300 000 000 Rechnungseinheiten werden 150 000 000 Rechnungseinheiten aus zur Zeit nicht verwendeten Mitteln des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, finanziert.

Die Mittel des Fonds werden nach folgendem Schema aufgeteilt:

Belgien	1,5 %
Dänemark	1,3 %
Frankreich	15,0 %
Irland	6,0 %
Italien	40,0 %
Luxemburg	0,1 %
Niederlande	1,7 %
Bundesrepublik Deutschland	6,4 %
Vereinigtes Königreich	28,0 %

Irland erhält darüber hinaus 6 000 000 Rechnungseinheiten, die von der Quote der anderen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Italiens in Abzug gebracht werden.

(2) Die Kommission wird im Rahmen der in Artikel 18 vorgesehenen Überprüfung der Verordnung rechtzeitig geeignete Vorschläge für die Regionalpolitik der Gemeinschaft und die Beteiligung des Fonds für den folgenden Zeitraum vorlegen.

(3) Im jährlichen Haushaltsplan erscheinen unter dem Titel des Fonds für das betreffende Haushaltsjahr

- a) die Verpflichtungsermächtigungen,
- b) die Zahlungsermächtigungen.

Soweit diese Verordnung keine besonderen Vorschriften enthält, findet die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Gemeinschaften für die Verwaltung des Fonds Anwendung.

Artikel 3

Der Fonds kann nur zugunsten derjenigen Gebiete und Gebietsteile intervenieren, die in Anwendung der Beihilferegelungen mit regionaler Zweckbestimmung der Mitgliedstaaten von diesen als För-

dergebiete ausgewiesen werden und in denen diejenigen staatlichen Beihilfen gewährt werden, die bei der Beteiligung des Fonds Berücksichtigung finden.

Der Beitrag des Fonds wird in erster Linie für Investitionen in Gebietsteilen gewährt, denen auf einzelstaatlicher Ebene Vorrang eingeräumt wird. Dabei sind die auf Gemeinschaftsebene maßgeblichen Grundsätze für die Koordinierung der Beihilfen mit regionaler Zweckbestimmung zu berücksichtigen.

Artikel 4

(1) Der Fonds kann sich an der Finanzierung von Investitionen beteiligen, die jeweils über 50 000 Rechnungseinheiten hinausgehen und unter eine der folgenden Kategorien fallen:

- a) Investitionen in wirtschaftlich gesunden Industrie-, Handwerks- oder Dienstleistungsbetrieben, die staatliche Beihilfen mit regionaler Zweckbestimmung erhalten, sofern mindestens zehn Arbeitsplätze geschaffen oder Arbeitsplätze erhalten werden. In letzterem Fall müssen die Investitionen im Rahmen eines Umstellungs- oder Restrukturierungsplans vorgenommen werden, der die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes sicherstellt. Bevorzugt werden jedoch Vorhaben, bei denen die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist.

Im Dienstleistungsbereich werden Betriebe berücksichtigt, die im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr stehen oder die in der Regel nicht standortgebunden sind. Von diesen Tätigkeiten muß eine unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung des Gebiets und auf die Beschäftigungslage ausgehen;

- b) Infrastrukturinvestitionen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausbau der unter Buchstabe a) erwähnten Tätigkeiten stehen und die ganz oder teilweise von der öffentlichen Hand oder von anderen Institutionen, die in gleicher Weise wie eine staatliche Behörde für die Durchführung von Infrastrukturvorhaben verantwortlich sind, getragen werden;
- c) Infrastrukturinvestitionen nach Artikel 3 Abs. 2 der Richtlinie des Rates über die Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten anderen benachteiligten Gebieten, soweit das benachteiligte Gebiet sich mit einem der in Artikel 3 dieser Verordnung bezeichneten Gebiete oder Gebietsteile deckt oder in einem derselben liegt.

(2) Die Höhe der Beteiligung des Fonds beläuft sich:

- a) bei Investitionen nach Absatz 1 Buchstabe a auf 20 % der Investitionskosten; sie darf jedoch 50 % der für die betreffende Investition von der öffentlichen Hand im Rahmen einer Beihilferegelung mit regionaler Zweckbestimmung gewährten Beihilfen nicht überschreiten und ist ferner auf denjenigen Teil der Investition beschränkt, der je neugeschaffenem Arbeitsplatz hunderttausend RE

und je erhaltenem Platz fünfzigtausend RE nicht überschreitet.

Als staatliche Beihilfe sind Zuschüsse sowie Zinsvergütung oder deren Gegenwert anzusehen, wenn es sich um zinsverbilligte Darlehen handelt, gleichgültig, ob diese Beihilfen auf die Investition oder den neugeschaffenen Arbeitsplatz bezogen werden. Die Berechnung des Beihilfeäquivalents wird in einer Durchführungsverordnung im Rahmen von Artikel 17 festgelegt. Die in Form einer Herabsetzung oder einer Befreiung von Mieten für Fabrikgebäude gewährten Beihilfen können ebenfalls berücksichtigt werden, sofern dabei die gleiche Berechnung möglich ist.

Die Beteiligung des Fonds kann nach vorherigem Beschluß des Mitgliedstaats, der gleichzeitig mit dem Antrag auf diesen Beitrag notifiziert wird, zu der von der öffentlichen Hand für die Investition gewährten Beihilfe hinzukommen oder an diese als teilweise Erstattung der Beihilfe gezahlt werden;

- b) bei Investitionen nach Absatz 1 Buchstaben b und c auf 30 % der Ausgaben der öffentlichen Hand, sofern die Investition weniger als 10 Millionen Rechnungseinheiten beträgt, und auf 10 bis höchstens 30 % bei Investitionen von mindestens 10 Millionen Rechnungseinheiten; die Beteiligung des Fonds kann ganz oder teilweise in Form einer Zinsvergütung von 3 Punkten für Darlehen erfolgen, die von der Europäischen Investitionsbank nach Artikel 130 Buchstaben a und b des Vertrages in den in Artikel 3 dieser Verordnung genannten Gebieten und Gebietsteilen gewährt werden. In diesem Fall erfolgt die Beteiligung des Fonds durch eine einmalige Zahlung an die Bank, wobei die Zinsvergütung mittels einer Abzinsungsberechnung als Prozentsatz der Investition ausgedrückt wird.

Artikel 5

(1) Über die Beteiligung des Fonds entscheidet die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 12 nach Maßgabe der Stärke des wirtschaftlichen Ungleichgewichts in dem Gebiet, in dem die Investition getätigt wird, und der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Investition auf die Beschäftigungslage. Die Kommission prüft vor allem den Zusammenhang zwischen der Investition und der Gesamtheit der von dem Mitgliedstaat zugunsten des betreffenden Gebietes durchgeführten Maßnahmen, wie sie aus den von den Mitgliedstaaten im Rahmen von Artikel 6 gemachten Angaben ersichtlich werden; dabei werden insbesondere berücksichtigt:

- a) der Beitrag der Investition zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes,
- b) ihre Kohärenz mit den Programmen oder Zielen der Gemeinschaft,
- c) die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges und die Rentabilität der Investition,
- d) die grenzüberschreitende Wirkung der Investition, das heißt, wenn diese in einem Gebiet er-

folgt, das an einen oder mehrere andere Mitgliedstaaten angrenzt;

- e) eine anderweitige Beteiligung der Gemeinschaftsorgane oder der Europäischen Investitionsbank zugunsten derselben Investition oder zugunsten anderer Maßnahmen im gleichen Gebiet. Auf diese Weise werden die anderen Interventionen der Gemeinschaft mit den Interventionen des Fonds derart koordiniert, daß konvergierende und koordinierte Gesamtktionen in einem bestimmten Gebiet gefördert werden und insbesondere die Kohärenz zwischen Regionalpolitik und landwirtschaftlicher Strukturpolitik gewährleistet wird.

(2) Bei Infrastrukturvorhaben mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Rechnungseinheiten oder mehr hört die Kommission, bevor sie nach Artikel 12 die Stellungnahme des Fondsausschusses einholt, den Ausschuß für Regionalpolitik an.

Artikel 6

(1) Der Fonds kann sich nur dann beteiligen, wenn sich die Investitionen in ein regionales Entwicklungsprogramm einfügen, dessen Durchführung geeignet ist, zur Verringerung der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft, die die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion beeinträchtigen können, beizutragen.

(2) Bis die Programme für die Gebiete vorliegen, für die bisher noch keine Programme erstellt worden sind, gelten abweichend von Absatz 1 die jährlichen Angaben nach Absatz 6 als Programme. Die Ausarbeitung der Programme erfolgt nach einem Zeitplan, der es ermöglicht, daß alle Programme vor Ende 1977 vorliegen.

(3) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Programme für Regionalentwicklung sowie die daran vorgenommenen Änderungen jeweils nach ihrer Ausarbeitung mit.

(4) Die Programme haben Richtcharakter und bezeichnen die Ziele und Mittel für die Entwicklung des betreffenden Gebietes. Daher besteht eine der vorrangigen Aufgaben des Ausschusses für Regionalpolitik darin, die technischen Methoden zur Ausarbeitung dieser Programme zu prüfen, damit spätestens am 31. Dezember 1975 ein Schema mit den Angaben, die diese Programme enthalten sollen, vorliegt.

(5) Zu den Programmen ist der Ausschuß für Regionalpolitik anzuhören. Die Kommission prüft diese Programme im Hinblick auf die Bestimmungen des Vertrages und die Beschlüsse der Gemeinschaftsorgane.

(6) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission zu Beginn eines jeden Jahres – erstmals vor Beginn des dritten Monats nach Inkrafttreten dieser Verordnung – alle zweckdienlichen Angaben über

- a) die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Gebieten nach Artikel 3,

- b) die Mittel, die sie für die Entwicklung dieser Gebiete aufwenden oder aufzuwenden beabsichtigen,
- c) die vorgesehenen Maßnahmen – mit Zeitplan – auf dem Gebiet der Infrastruktur sowie zugunsten der Schaffung gewerblicher Tätigkeiten,
- d) gegebenenfalls die maßgebliche Beihilfeobergrenze

sowie jährlich spätestens bis zum 1. April eine statistische Gesamtübersicht, an Hand derer für jedes einzelne Gebiet die im Vorjahr erzielten Ergebnisse der in dem betreffenden Gebiet durchgeführten Maßnahmen festgestellt werden können, wobei die Ergebnisse der unter Beteiligung des Fonds durchgeführten Maßnahmen hervorzuheben sind.

Artikel 7

(1) Die Mitgliedstaaten legen der Kommission ihre Anträge auf Beteiligung des Fonds mit den Angaben vor, die es der Kommission ermöglichen, die Investitionen unter Berücksichtigung der in Artikel 5 festgesetzten Kriterien zu beurteilen.

(2) Für die Investitionen nach Artikel 4 Abs. 1 mit einem Kostenaufwand von weniger als 10 Millionen Rechnungseinheiten stellen die Mitgliedstaaten an jedem Quartalsbeginn Globalanträge. Diese Anträge werden pro Gebiet gestellt, wobei zwischen den Investitionen nach Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a und den Infrastrukturinvestitionen unterschieden wird. In den Anträgen ist anzugeben:

- a) für Investitionen nach Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a: der Name der betreffenden Unternehmen, der Gewerbezweig und der Standort der einzelnen Investitionen sowie ihre Art (Errichtung, Ausbau, Umstellung oder Umstrukturierung eines Betriebs), der Gesamtbetrag der Investitionen, die vorgesehene Gesamtauswirkung auf die Beschäftigungslage (Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen), die voraussichtliche Durchführungsdauer, sämtliche gewährte Beihilfen, für die eine Beteiligung des Fonds beantragt wird, sowie der Fälligkeitsplan für deren Auszahlung;
- b) für Infrastrukturinvestitionen: der Standort der einzelnen Investitionen und ihre Art sowie deren unmittelbarer Zusammenhang mit dem Aufbau von Tätigkeiten nach Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a, die vorgesehenen Ausgaben sowie die Ausgaben zu Lasten der öffentlichen Hand und der Fälligkeitsplan für die Zahlungen, die Bezeichnung der zuständigen Behörden, die Gesamthöhe der beantragten Beteiligung des Fonds, die voraussichtliche Durchführungsdauer.

(3) Für Investitionen mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Rechnungseinheiten und mehr sind die Anträge einzeln mit folgenden Angaben zu stellen:

- a) für Investitionen nach Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a: der Name des Betriebes, der Gewerbe-

zweig, die Art der Investition, der Standort, die Auswirkung auf die Beschäftigtenzahl, der Zeitplan für die Durchführung, die Zuschüsse, Zinsvergütungen oder zinsverbilligte Darlehen, der Fälligkeitsplan für die Auszahlung dieser Beihilfen, alle anderen Formen von bereits gewährten oder vorgesehenen Beihilfen der öffentlichen Hand sowie der Finanzierungsplan, in dem insbesondere die übrigen beantragten oder vorgesehenen Gemeinschaftsbeihilfen im einzelnen anzugeben sind.

Der Mitgliedstaat nennt in seinem Antrag die Gesamtbeihilfe, die seines Erachtens dem Betrieb zu gewähren ist, sowie den Beitrag, den er bei der Gemeinschaft beantragt;

- b) für Infrastrukturinvestitionen: die zuständige Behörde, die Art der Investition, ihr Standort, ihr unmittelbarer Zusammenhang mit dem Aufbau der in Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a angeführten Tätigkeiten, der Kostenaufwand, der Finanzierungsplan und der Zeitplan für die Durchführung sowie der Fälligkeitsplan für die Zahlung.

(4) Die Kommission entscheidet über die Beteiligung des Fonds

- a) zusammengefaßt über jeden Antrag nach Absatz 2,
- b) bei den Anträgen nach Absatz 3 in jedem einzelnen Fall.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen vorzugsweise Anträge auf Beteiligung des Fonds, die Investitionen von 10 Millionen Rechnungseinheiten oder mehr betreffen.

Artikel 8

(1) Der Beitrag des Fonds, der gegebenenfalls aus dem Gegenwert der Beihilfen gemäß der Durchführungsverordnung nach Artikel 4 Abs. 2 Buchstabe a berechnet wird, erfolgt entsprechend den Zahlungen auf Vorlage von vierteljährlichen Übersichten seitens des Mitgliedstaats, durch die die effektive Durchführung der Ausgaben und das Vorliegen der Ausgabennachweise belegt werden und die folgende Angaben enthalten:

- a) für Investitionen, die Gegenstand eines Antrags nach Artikel 7 Abs. 2 sind:
 - mit Bezugnahme auf den Antrag auf Beteiligung des Fonds die Gesamtsumme der erfolgten Zahlungen, der Standort der Investitionen, die beim Fonds insgesamt beantragte Zahlung, den Namen der betreffenden Unternehmen oder – bei Infrastrukturvorhaben – den Namen der zuständigen Behörden;
- b) für Investitionen, die Gegenstand von Anträgen nach Artikel 7 Abs. 3 sind:
 - mit Bezugnahme auf den Antrag auf Beteiligung des Fonds die Art der Ausgabe, die Investition und ihr Standort,

- den Anweisungsbefugten, das Datum, den Betrag und den Empfänger der Zahlung,
- den Zeitabschnitt, auf den sich die Zahlung bezieht, im Verhältnis
 - zum für die Durchführung der Investition vorgesehenen Zeitabschnitt,
 - zur für die betreffende Ausgabe vorgesehenen zeitlichen oder betragsmäßigen Staffelung,
- die Stelle, an der sich die detatillierten Ausgabennachweise zum Zeitpunkt des Zahlungsantrags befinden.

(2) Wird der Zahlungsantrag nach Abschluß einer Investition gestellt, muß die vierteljährliche Übersicht außerdem die Durchführung der betreffenden Investition nachweisen und folgende ergänzende Angaben enthalten:

- a) für Investitionen, die Gegenstand von Anträgen nach Artikel 7 Absatz 2 sind:
- den tatsächlich investierten Betrag und die Art der Ausgabe,
 - das Datum der Vollendung und die Zahl der geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze,
 - alle anderen Angaben nach Absatz 1 Buchstabe b;
- b) für Investitionen, die Gegenstand von Anträgen nach Artikel 7 Absatz 3 sind:
- den tatsächlich investierten Betrag, das Datum der Vollendung und die Zahl der geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze.

(3) Handelt es sich bei den Ausgaben, die durch die Entscheidungen nach Artikel 7 vorgesehen sind, um Beihilfen in Form von Zinsvergütungen oder zinsverbilligten Darlehen, so wird der Beitrag des Fonds betreffend diese Beihilfen, die zum Zeitpunkt der Vollendung der Investition noch zu zahlen sind, auf einmal gezahlt; die Zahlung erfolgt gegen Vorlage der Bestätigung betreffend den Abschluß der Investitionen.

(4) Die Mitgliedstaaten bestimmen die Behörden oder Institutionen, die zur Ausstellung der Bestätigungen gemäß diesem Artikel befugt sind. Die Zahlungen erfolgen durch die Kommission an den Mitgliedstaat, an eine von ihm hierzu bestimmte Institution oder gegebenenfalls an die Europäische Investitionsbank.

Artikel 9

(1) Wird ein durch die Beteiligung des Fonds gefördertes Vorhaben nicht wie vorgesehen ausgeführt oder sind die Bedingungen dieser Verordnung nicht erfüllt, so kann der Beitrag des Fonds durch eine Entscheidung, die von der Kommission nach Anhörung des Fondsausschusses getroffen wird, gekürzt oder widerrufen werden.

Die gegebenenfalls zu Unrecht gezahlten Beträge werden der Gemeinschaft von dem betreffenden Mitgliedstaat oder gegebenenfalls von der Europäischen

Investitionsbank innerhalb von zwölf Monaten nach Notifizierung der Entscheidung zurückerstattet.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission alle für das reibungslose Funktionieren des Fonds erforderlichen Auskünfte zur Verfügung und ergreifen alle Maßnahmen zur Erleichterung von Kontrollen, deren Durchführung die Kommission im Rahmen der Verwaltung des Fonds für zweckmäßig hält, einschließlich der Nachprüfungen an Ort und Stelle.

(3) Unbeschadet der Kontrollen, die von den Mitgliedstaaten auf Grund der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgenommen werden, und unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 206 des Vertrages sowie jedweder Kontrolle nach Maßgabe von Artikel 209 Buchstabe c des Vertrages werden auf Antrag der Kommission im Einvernehmen mit dem Mitgliedstaat von den zuständigen Stellen des betreffenden Mitgliedstaats Nachprüfungen an Ort und Stelle oder Erhebungen über die vom Fonds finanzierten Maßnahmen durchgeführt. Daran können sich Bedienstete der Kommission beteiligen. Die Kommission kann Fristen für die Durchführung dieser Nachprüfungen festsetzen.

(4) Mit diesen Nachprüfungen an Ort und Stelle oder Erhebungen über die vom Fonds finanzierten Vorhaben soll festgestellt werden,

- a) ob die Verwaltungsverfahren mit den Gemeinschaftsvorschriften übereinstimmen,
- b) ob Belege vorhanden sind und diese mit den vom Fonds finanzierten Vorhaben übereinstimmen,
- c) unter welchen Bedingungen die vom Fonds finanzierten Vorhaben durchgeführt und überprüft werden,
- d) ob die durchgeführten Vorhaben mit den vom Fonds finanzierten Vorhaben übereinstimmen.

(5) Die Kommission kann die Zahlung der Beiträge für ein Vorhaben aussetzen, wenn bei einer Kontrolle Unregelmäßigkeiten oder eine wichtige Änderung der Art oder der Bedingungen dieses Vorhabens festgestellt werden, die der Kommission nicht zur Genehmigung vorgelegt worden ist.

(6) Wird ein Vorhaben, für das die Beteiligung des Fonds genehmigt wurde, nicht durchgeführt oder in der Weise durchgeführt, daß nur noch ein Teil der hierfür gewährten Beiträge des Fonds gerechtfertigt ist, so wird der nicht in Anspruch genommene Teil des Fondsbeitrags zu den in dieser Verordnung vorgesehenen Bedingungen für eine andere Investition in einem hierfür in Frage kommenden Gebiet des gleichen Mitgliedstaats gewährt.

Artikel 10

(1) Der Fonds kann sich mit einem Teil seiner Mittel an der Finanzierung von Gutachten beteiligen, die in engem Zusammenhang mit der Tätigkeit des Fonds stehen und auf Antrag eines Mitgliedstaats erstellt werden.

(2) Der Beitrag darf nicht mehr als 50 % der Kosten des Gutachtens betragen.

Artikel 11

(1) Es wird ein Fondsausschuß, im folgenden Ausschuß genannt, eingesetzt. Diesem gehören Vertreter der Mitgliedstaaten an. Den Vorsitz führt ein Vertreter der Kommission.

(2) Im Ausschuß werden die Stimmen der Mitgliedstaaten nach Artikel 148 Abs. 2 des Vertrages gewogen. Der Vorsitzende nimmt an, der Abstimmung nicht teil.

Artikel 12

(1) Wenn auf das in diesem Artikel geregelte Verfahren Bezug genommen wird, befaßt der Vorsitzende den Ausschuß von sich aus oder auf Antrag eines Vertreters eines Mitgliedstaats.

(2) Der Vertreter der Kommission legt Entwürfe für die zu treffenden Entscheidungen vor. Der Ausschuß äußert sich hierzu innerhalb einer Frist, die der Vorsitzende nach Dringlichkeit der zur Prüfung anstehenden Fragen bemessen kann. Der Ausschuß beschließt mit einer Mehrheit von 41 Stimmen.

(3) Die Kommission trifft Entscheidungen, die sofort anwendbar sind. Stimmen diese jedoch mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein, teilt die Kommission diese Entscheidungen unverzüglich dem Rat mit. Für diesen Fall setzt die Kommission die Anwendung ihrer Entscheidungen für die Dauer von höchstens zwei Monaten aus, gerechnet vom Datum der Mitteilung an. Der Rat kann innerhalb von zwei Monaten mit qualifizierter Mehrheit abweichend entscheiden.

Artikel 13

Der Ausschuß kann sich mit allen anderen Fragen der Arbeitsweise des Fonds befassen, die sein Vorsitzender von sich aus oder auf Antrag eines Vertreters eines Mitgliedstaats aufwirft.

Artikel 14

(1) Die betreffenden Investoren werden im Einvernehmen mit den jeweiligen Mitgliedstaaten davon unterrichtet, daß ein Teil der ihnen gewährten Beihilfe von der Gemeinschaft kommt. Hinsichtlich der Infrastrukturinvestitionen treffen die Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit der Kommission die

zweckdienlichen Vorkehrungen, um eine geeignete Publizität für die Fondsbeiträge zu gewährleisten.

(2) Das Verzeichnis der Vorhaben, an denen sich der Fonds beteiligt, wird halbjährlich im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht.

Artikel 15

Die Bestimmungen dieser Verordnung greifen der Anwendung der Artikel 92 bis 94 des Vertrages nicht vor, insbesondere nicht hinsichtlich der Festlegung und Änderung der Gebietsteile nach Artikel 3, die Beihilfen mit regionaler Zweckbestimmung erhalten, und hinsichtlich der Beteiligung des Fonds nach Artikel 4 Abs. 2 Buchstabe a.

Artikel 16

(1) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat vor dem 1. Juli eines jeden Jahres einen Bericht über die Durchführung dieser Verordnung im Vorjahr vor.

(2) Dieser Bericht gibt ferner über die finanzielle Verwaltung des Fonds und die Folgerungen Auskunft, die die Kommission aus der Überwachung der Interventionen des Fonds ableitet.

Artikel 17

Die zur Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen werden nach dem Verfahren des Artikels 12 getroffen.

Artikel 18

Auf Vorschlag der Kommission überprüft der Rat diese Verordnung vor dem 1. Januar 1978.

Artikel 19

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Die Kommission berücksichtigt für die Beteiligung des Fonds die nach dem 1. Januar 1975 getätigten oder noch zu tätigen Zahlungen, die die in Artikel 4 genannten Investitionen betreffen.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Hinweis:

Die Beschlußfassung über eine veränderte Verordnung für die Jahre 1978 bis 1980 lag bei Drucklegung noch nicht vor.

**Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft
im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung**

(Für jede Betriebstätte ¹⁾ ist ein gesonderter Antrag zu stellen)

Anhang O

Datum des Eingangs bei der antrags-
annahmefähigen Stelle

				1	9		
Tag		Monat		Jahr			

Ich/Wir beantrage(n) ³⁾

- die Erteilung der Bescheinigung nach § 2 des Investitionszulagengesetzes ⁴⁾
- die Gewährung eines Investitionszuschusses
- die Gewährung eines Zinszuschusses
- die Gewährung eines Darlehens
- die Übernahme einer Staatsbürgschaft
- die Kapitalisierung der Frachthilfe
- die Erteilung der Bescheinigung nach § 1 Nr. 3 des Grundstücksverbilligungsgesetzes

1.2. Zuständiges Finanzamt

--	--	--	--	--

Postleitzahl Ort

Steuernummer

1.3. Bisher für die unter Punkt 2.2. bis 2.4. angegebene Betriebstätte in den vergangenen 5 Jahren erteilte Bescheinigungen nach dem Investitionszulagengesetz

1. Antragsteller

1.1. Name, Firma, Rechtsform

Straße u. Nr.

--	--	--	--	--

Postleitzahl Ort

Kreis

Telefon mit Vorwahl

(Name des Bearbeiters sowie telef. Direktanschluß)

Betriebsnummer

--	--	--	--

²⁾

Jahr	Datum der Bescheinigung und Aktenzeichen				
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>					
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>					
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>					
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>					
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>					

1.4. Sonstige im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung zu berücksichtigende öffentliche Finanzierungshilfen für die unter Punkt 2.2. bis 2.4. angegebene Betriebstätte in den vergangenen 5 Jahren (z. B. Investitionszuschüsse, Zinszuschüsse, ERP-, LAB-, Mittelstands- und Flüchtlingsdarlehen, Kredite und Zuschüsse der EG und aus dem EAGFL-Fonds unter Angabe des Programms und des Jahres)

Jahr	Zuschuß in DM	Darlehen in DM	Programm	Datum der Bewilligung und Aktenzeichen				
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>								
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>								
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>								
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>								
<table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>								

¹⁾ Zum Begriff der Betriebstätte vgl. § 12 der Abgabenordnung 1977.
²⁾ Nicht vom Antragsteller auszufüllen.
³⁾ Zutreffendes bitte ankreuzen.

⁴⁾ Vorsorglich wird auf die für die Gewährung der Investitionszulage erforderliche gesonderte Antragstellung bei dem nach § 5 Abs. 3 InvZuIG zuständigen Finanzamt innerhalb der dort ebenfalls genannten Frist hingewiesen.

Stand: Juni 1977

2. Art des Investitionsvorhabens ³⁾

2.1. Errichtung einer Betriebsstätte

Bei einer Verlagerung:
Verlagerung aus

--	--	--	--

Postleitzahl

Ort

Straße u. Nr.

Kreis

2.2. Erweiterung einer Betriebsstätte

2.3. Umstellung einer Betriebsstätte ⁴⁾

2.4. Grundlegende Rationalisierung einer Betriebsstätte ⁴⁾ ⁷⁾

2.5. Wann hat der Antragsteller die unter Punkt 2.2. bis 2.4. angegebene Betriebsstätte errichtet bzw. erworben?

Monat			Jahr		

3. Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2. bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte sind in einer Anlage darzustellen, dabei ist auch auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Beteiligungen, Konkurrenzverhältnisse, Rohstoffversorgung, Zweigwerke usw.) einzugehen; bei Umstellungs- bzw. grundlegenden Rationalisierungsvorhaben ausführliche Darstellung des Umstellungs- bzw. Rationalisierungseffekts (vgl. hierzu Fußnote zu Punkt 2.3. und 2.4.).

4. Investitionsort

--	--	--	--

Postleitzahl

Ort

Straße u. Nr.

Kreis

Befinden sich noch weitere Betriebsstätten ⁸⁾ des Antragstellers am selben Investitionsort?

ja

nein

Falls ja:

Straße u. Nr.

Bei Beantragung von Finanzierungshilfen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist eine Begründung erforderlich ⁹⁾, wenn die Betriebsstätte nicht in einem Schwerpunkt errichtet bzw. eine nach dem 31. Dezember 1976 außerhalb eines Schwerpunktes vom Antragsteller errichtete oder erworbene Betriebsstätte erweitert wird; dies gilt nicht für Fremdenverkehrsbetriebe.

³⁾ Zutreffendes bitte ankreuzen.

⁴⁾ Die hierfür vorgesehenen Investitionen müssen für den Fortbestand der Betriebsstätte und zur Sicherung der dort bestehenden Dauerarbeitsplätze erforderlich sein.

⁷⁾ Bei Fremdenverkehrsbetrieben sind Investitionen zur qualitativen Verbesserung des Angebotes einer grundlegenden Rationalisierung gleichgestellt.

⁸⁾ Zum Begriff der Betriebsstätte vgl. § 12 der Abgabenordnung 1977.

⁹⁾ Erforderlichenfalls in einer Anlage.

5. Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

5.1. Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit ¹⁰⁾

5.2. Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und Leistungen ¹¹⁾

6. Investitionen (in vollen DM)

6.1. Bauliche Investitionen DM

6.2. Maschinen und Einrichtung DM

6.3. Sonstige Investitionen (ohne Grundstück) DM

6.4. Investitionen im abnutzbaren Anlagevermögen DM
(Summe Punkt 6.1. bis 6.3.)

6.5. Grundstück (..... qm) DM

6.6. Gesamtinvestition DM
(Summe Punkt 6.4. bis 6.5.)

6.7. davon in den Jahren ¹²⁾

--	--	--	--

..... DM

--	--	--	--

..... DM

--	--	--	--

..... DM

6.8. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn ¹³⁾

Monat			Jahr		

Beendigung

Monat			Jahr		

7. Finanzierung der Gesamtinvestition

7.1. Eigenmittel ¹⁴⁾ DM

7.2. Fremdmittel ¹⁵⁾ DM

7.3. Gesamtfinanzierung ¹⁶⁾ DM

8. Öffentliche Finanzierungshilfen

8.1. In der Gesamtfinanzierung (Punkt 7.3) sind folgende öffentliche Finanzierungshilfen enthalten, die beantragt oder bewilligt sind (einschl. Investitionszulage)

¹⁰⁾ Wenn sich die Fertigung oder die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige oder auf mehrere Industriegruppen bezieht, bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil an Produktion und Umsatz; erforderlichenfalls in einer Anlage.

¹¹⁾ Bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland; erforderlichenfalls in einer Anlage. Durch diese Angaben ist nicht der Nachweis erbracht, daß in der Betriebsstätte überwiegend Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden.

¹²⁾ Nur ausfüllen, wenn es sich um Investitionen handelt, die in mehreren Jahren (maximal 36 Monate) durchgeführt werden.

¹³⁾ Sollte mit der Durchführung des Vorhabens schon begonnen worden sein, sind in einer Anlage Angaben über den derzeitigen Stand des Vorhabens (in % vom Gesamtvorhaben) zu machen; außerdem ist der vorzeitige Beginn der Investitionen zu begründen.

¹⁴⁾ Einschließlich Investitionszulage.

¹⁵⁾ Einschließlich aller übrigen öffentlichen Finanzierungshilfen.

¹⁶⁾ Nachweis der Durchfinanzierung des Vorhabens (gegebenenfalls durch Bestätigung der Hausbank). Der unter Punkt 7.3. angegebene Betrag muß mit dem unter Punkt 6.6. übereinstimmen.

Herkunft der Mittel	Zuschüsse in DM	Darlehen				Subventionswert in % (nicht vom Antragsteller auszufüllen)
		in DM	Laufzeit in Jahren	Freijahre	Zinssatz	
Investitionszulage nach § 1 InvZuLG					 %
Mittel der Gemeinschaftsaufgabe					 %
Haushaltsmittel des Bundes					 %
Haushaltsmittel des Landes					 %
Mittel des ERP-Sondervermögens (mit Programmbezeichnung)					 %
Sonstige öffentliche Finanzierungshilfen mit genauer Bezeichnung (z. B. Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds)					 %
Für das Investitionsvorhaben wurde ein Zinszuschuß von % auf die Dauer von Jahren für ein Darlehen in Höhe von DM beantragt oder bewilligt. ¹⁷⁾					 %
						Insgesamt
					 %

8.2. Für das Vorhaben ist eine prozentige Bürgschaft für ein Darlehen in Höhe von DM beantragt oder bewilligt.¹⁷⁾

9. Zahl der Dauerarbeitsplätze und der tatsächlich Beschäftigten

9.1. Bei Errichtung einer Betriebsstätte
Geplante Dauerarbeitsplätze nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

Dauerarbeitsplätze insgesamt
davon Dauerarbeitsplätze für Männer

Von der Gesamtzahl der Dauerarbeitsplätze entstehen in den Jahren ¹⁸⁾

.....
.....
.....

9.2. Bei Verlagerung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung ¹⁹⁾ einer Betriebsstätte
Durchschnittliche Zahl (Monatsdurchschnitt) der in der Betriebsstätte

vorhandenen Dauerarbeitsplätze

im vorletzten Jahr vor Investitionsbeginn
Jahr

im letzten Jahr vor Investitionsbeginn
Jahr

unmittelbar vor Investitionsbeginn
Monat | Jahr

vorhandenen tatsächlich Beschäftigten

im vorletzten Jahr vor Investitionsbeginn
Jahr

im letzten Jahr vor Investitionsbeginn
Jahr

unmittelbar vor Investitionsbeginn
Monat | Jahr

9.3. Bei Verlagerung oder Erweiterung einer Betriebsstätte
Geplante zusätzliche Dauerarbeitsplätze nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

Dauerarbeitsplätze insgesamt

davon Dauerarbeitsplätze für Männer

Von der Gesamtzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze entstehen in den Jahren ¹⁸⁾

.....
.....
.....

Nach Abschluß der Investitionen (Punkt 6.8.) beträgt die Zahl der Dauerarbeitsplätze insgesamt ²⁰⁾

¹⁷⁾ Nichtzutreffendes bitte streichen.

¹⁸⁾ Nur ausfüllen, wenn es sich um Investitionen handelt, die in mehreren Jahren (maximal 36 Monate) durchgeführt werden.

¹⁹⁾ Bei Fremdenverkehrsbetrieben sind Investitionen zur qualitativen Verbesserung des Angebotes einer grundlegenden Rationalisierung gleichgestellt.

²⁰⁾ Summe der unmittelbar vor Investitionsbeginn vorhandenen Dauerarbeitsplätze plus geplante zusätzliche Dauerarbeitsplätze.

9.4. Bei Umstellung oder grundlegender Rationalisierung ²¹⁾ einer Betriebstätte

Gesicherte Dauerarbeitsplätze nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

Insgesamt
davon Dauerarbeitsplätze für Männer

Verdiente Abschreibungen (in vollen DM; ohne Sonderabschreibungen nach § 3 des Zonenrandförderungsgesetzes) in den letzten drei Jahren vor Investitionsbeginn

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	DM
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	DM
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	DM

Insgesamt DM

Somit im Jahresdurchschnitt DM

10. Zusätzliche Angaben bei Fremdenverkehrsinvestitionen

10.1. Bei Errichtung einer Betriebstätte

Geplante Betten nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

Insgesamt
davon entstehen in den Jahren ²²⁾

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

10.2. Bei Verlagerung oder Erweiterung einer Betriebstätte

Vorhandene Betten vor Investitionsbeginn

Geplante zusätzliche Betten nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

Insgesamt
davon entstehen in den Jahren ²²⁾

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Nach Abschluß der Investitionen (Punkt 6.8.) beträgt die Zahl der Betten insgesamt ²³⁾

10.3. Bei Umstellung oder grundlegender Rationalisierung ²¹⁾ einer Betriebstätte

Vorhandene Betten vor Investitionsbeginn

Betten nach Abschluß (Punkt 6.8.) der unter Punkt 6.6. genannten Investitionen

11. Ich/Wir erkläre(n), daß bei den im Zusammenhang mit den unter Punkt 6. genannten Investitionen anfallenden Abwässern und anderen Abfällen die ordnungsgemäße Reinigung (Klärung) der Abwässer bzw. die unschädliche Beseitigung der Abfälle gewährleistet ist, und daß sich die gegebenenfalls entstehende Luftverunreinigung und Lärmverursachung in den zulässigen Grenzen halten werden.

12. Ich/Wir erkläre(n), daß die Errichtung bzw. Erweiterung des Betriebes nicht im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung oder Produktionseinschränkung in Berlin steht.

13. Mir/uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteiles unerheblich sind.

14. Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Beseitigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

15. Mir/uns ist bekannt, daß sich an den beantragten öffentlichen Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung beteiligen kann und daß in diesem Falle die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 73 vom 21. März 1975) Anwendung finden.

²¹⁾ Bei Fremdenverkehrsbetrieben sind Investitionen zur qualitativen Verbesserung des Angebotes einer grundlegenden Rationalisierung gleichgestellt.
²²⁾ Nur ausfüllen, wenn es sich um Investitionen handelt, die in mehreren Jahren (maximal 36 Monate) durchgeführt werden.
²³⁾ Summe der unmittelbar vor Investitionsbeginn vorhandenen Betten plus geplante zusätzliche Betten.

....., den 19.....

(Unterschrift)
(Stempel)

Sofern eine Betriebsaufspaltung oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen:

....., den 19.....

(Unterschrift)
(Stempel)

Schwerpunkorte der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Regionalen Aktionsprogrammen

Prozentzahlen in Klammern bezeichnen das Höchstmaß der Investitionskostenverbilligung durch öffentliche Hilfen

1 Schleswig-Unterelbe

A-Schwerpunkorte (25 %) 2 Schleswig
1 Flensburg

B-Schwerpunkorte (20 %) 4 Husum
3 Brunsbüttel

C-Schwerpunkorte (15 %) 9 Kappeln
5 Bredstedt 10 Meldorf
6 Glückstadt 11 Niebüll
7 Heide 12 Tönning
8 Itzehoe

2 Holstein

A-Schwerpunkorte (25 %) 3 Oldenburg in
1 Kiel Holstein
2 Neumünster 4 Rendsburg

C-Schwerpunkorte (15 %) 11 Kaltenkirchen
5 Bad Oldesloe 12 Lütjensburg
6 Bad Segeberg 13 Neustadt in
7 Burg auf Fehmarn 14 Holstein
8 Eckernförde 15 Plön
9 Eutin 16 Preetz
10 Geesthacht 16 Schwarzenbek

E-Schwerpunkorte (25 %) 19 Mölln
17 Lauenburg/Elbe
18 Lübeck

3 Niedersächsische Nordseeküste

B-Schwerpunkorte (20 %) 5 Emden
1 Aurich (Ostfriesland) 6 Leer
2 Bremerhaven (Ostfriesland)
3 Cloppenburg 7 Papenburg
4 Cuxhaven 8 Wilhelmshaven

C-Schwerpunkorte (15 %) 16 Osterholz-
9 Brake/ Scharmbeck
Elsfleth 17 Stade
10 Bremervörde 18 Varel
11 Friesoythe 19 Westerstede
12 Hude 20 Wittmund/Jever
13 Norden 21 Zeven
14 Nordenham
15 Oldenburg (Oldenburg)

4 Ems-Mittelweser

B-Schwerpunkorte (20 %) 2 Nordhorn
1 Lingen (Ems)

C-Schwerpunkorte (15 %) 9 Quakenbrück
3 Bentheim- Rinteln/Bückeburg
Schüttorf 10 Stadthagen
4 Bramsche 11 Sulingen
5 Diepholz 12 Vechta/Lohne
6 Meppen 13 Wildeshausen
7 Nienburg (Weser) 14
8 Osnabrück/ Georgsmarienhütte

5 Heide-Elbufer

A-Schwerpunkorte (25 %) 3 Uelzen
1 Gifhorn
2 Lüneburg

C-Schwerpunkorte (15 %) 7 Verden
4 Celle 8 Walsrode
5 Rotenburg (Wümme) 9 Wolfsburg
6 Soltau

E-Schwerpunkorte (25 %) 12 Lüchow
10 Dannenberg 13 Schöningen
(Elbe) 14 Wittingen
11 Helmstedt

6 Niedersächsisches Bergland

A-Schwerpunkorte (25 %) 3 Peine
1 Braunschweig
2 Goslar

C-Schwerpunkorte (15 %) 10 Osterode am
4 Alfeld Harz
5 Einbeck 11 Salzgitter
6 Göttingen 12 Seesen
7 Hildesheim 13 Uslar
8 Holzminden 14 Wolfenbüttel
9 Northeim

E-Schwerpunkorte (25 %) 16 Münden
15 Duderstadt

7 Nördliches Ruhrgebiet-Westmünsterland-Kleve

B-Schwerpunkorte (20 %) 4 Ibbenbüren
1 Ahaus 5 Werne a. d. Lippe
2 Bottrop/Gladbeck
3 Gronau (Westf.)

C-Schwerpunkorte (15 %) 9 Herne
6 Castrop-Rauxel 10 Kleve
7 Coesfeld 11 Lüdinghausen
8 Dülmen

12 Lünen 17 Stadtlohn
13 Marl 18 Steinfurt
14 Recklinghausen 19 Unna
15 Rheine 20 Werl
16 Soest

8 Nordelfel-Grenzraum Aachen

B-Schwerpunkt (20 %) 4 Schleiden
1 Euskirchen
C-Schwerpunkorte (15 %) 4 Schleiden
2 Aachen
3 Monschau

9 Ostwestfalen-Oberbergisches Land

B-Schwerpunkorte (20 %) 2 Lemgo
1 Brilon
C-Schwerpunkorte (15 %) 8 Marsberg
3 Bad Berleburg 9 Meschede
4 Gummersbach 10 Schmallenberg
5 Detmold 11 Warburg
6 Höxter
7 Laasphe

10 Hessisches Fördergebiet

A-Schwerpunkorte (25 %) 3 Kassel
1 Bad Hersfeld
2 Fulda
B-Schwerpunkorte (20 %) 5 Homberg (Efze)
4 Alsfeld

C-Schwerpunkorte (15 %) 14 Hünfeld
6 Bebra 15 Korbach
7 Büdingen 16 Lauterbach
8 Frankenberg (Eder) 17 Melsungen
9 Fritzlar 18 Schlüchtern
11 Hessisch 19 Schwalmstadt
Lichtenau 20 Stadtlendorf
12 Hofgeismar 21 Wolfhagen
13 Homberg (Ohm)

E-Schwerpunkorte (25 %) 24 Witzenhausen
22 Eschwege
23 Sontra

11 Mittelrhein-Lahn-Sieg

B-Schwerpunkorte (20 %) 2 Simmern
1 Limburg a. d. Lahn/Diez

C-Schwerpunkorte (15 %) 8 Kastellaun
3 Altenkirchen (Westerwald) 9 Nastätten
4 Birkenfeld 10 Sobernheim
5 Hachenburg 11 Weilburg
6 Idar-Oberstein 12 Westerbeurg
7 Kaisersesch 13 Zell (Mosel)

12 Eifel-Hunsrück

B-Schwerpunkorte (20 %) 3 Prüm
1 Hermeskeil/ 4 Trier
Nonnweiler *)
2 Mayen 5 Wittlich
C-Schwerpunkorte (15 %) 8 Daun
6 Adenau 9 Morbach
7 Bitburg

13 Saarland-Westpfalz

B-Schwerpunkorte (20 %) 6 Nonnweiler/
1 Homburg Hermeskeil *)
2 Kaiserslautern 7 Pirmasens
3 Kusel/ Rammelsbach
4 Landau 8 Saarbrücken-
i. d. Pfalz 9 Völklingen
5 Neunkirchen 10 Saarlouis
11 St. Wendel
12 Zweibrücken

C-Schwerpunkorte (15 %) 17 Merzig
12 Alzey 18 Perl
13 Dahn 19 Ramstein-
14 Edenkoben Miesbach
15 Kirchheimbolanden 20 Rockenhausen
16 Lebach

14 Odenwald-Hohenlohe-Ostalb

B-Schwerpunkorte (20 %) 3 Heidenheim
1 Buchen an der Brenz
2 Crailsheim
C-Schwerpunkorte (15 %) 10 Osterburken/
4 Bad Mergentheim Adelsheim
5 Bopfingen 11 Schwaberg
6 Ellwangen (Jagst) 12 Schwäbisch Hall
7 Gaildorf 13 Tauberbischofsheim
8 Mosbach
9 Öhringen

15 Hochschwarzwald-Baar-Hochrhein

B-Schwerpunkorte (20 %) 2 Schopheim
1 Waldshut-Tiengen

C-Schwerpunkorte (15 %) 4 Donaueschingen
3 Bonndorf im Schwarzwald 5 Titisee-Neustadt

16 Alb-Oberschwaben

B-Schwerpunkorte (20 %) 2 Sigmaringen
1 Münsingen

C-Schwerpunkorte (15 %) 7 Pfullendorf
3 Ehingen (Donau) 8 Riedlingen
4 Laichingen 9 Saulgau
5 Laupheim 10 Stockach
6 Meßkirch

17 Nordbayerisches Fördergebiet

A-Schwerpunkorte (25 %) 6 Kulmbach/
1 Bad Neustadt Stadtsteinach
a. d. Saale 7 Marktreuditz/
2 Ebern Wunsiedel
3 Haßfurt 8 Schweinfurt
4 Hof
5 Kronach

B-Schwerpunkt (20 %) 9 Würzburg

C-Schwerpunkorte (15 %) 20 Hammelburg
10 Aschaffenburg 21 Hollfeld
11 Bad Brückenau 22 Kitzingen
12 Bad Kissingen 23 Markttheidenfeld
13 Bad Königshofen 24 Münchberg/
i. Grabfeld Helmbrechts
14 Bamberg 25 Pegnitz
15 Bayreuth 26 Rehau
16 Coburg 27 Staffelstein/
17 Ebermannstadt Lichtenfels
18 Ebrach 28 Tettau
19 Gerolzhofen

E-Schwerpunkorte (25 %) 32 Naila
29 Hofheim i. Ufr. 33 Neustadt b. Coburg
30 Ludwigsstadt 34 Selb
31 Mellrichstadt

18 Westbayerisches Fördergebiet

B-Schwerpunkorte (20 %) 3 Hilpoltstein
1 Ansbach
2 Dinkelsbühl

C-Schwerpunkorte (15 %) 13 Neustadt
4 Aichach a. d. Aisch
5 Bad Windsheim 14 Nördlingen
6 Beilngries 15 Rain
7 Dillingen 16 Rothenburg
a. d. Donau/ ob der Tauber
Lauringen (Donau) 17 Scheinfeld
8 Donauwörth 18 Schrobenhausen
9 Eichstätt 19 Weißenburg
10 Feuchtwangen i. Bay./Treuchtlingen
11 Gunzenhausen 20 Wemding
12 Neuburg 21 Wertingen
a. d. Donau

19 Ostbayerisches Fördergebiet

A-Schwerpunkorte (25 %) 5 Weiden i. d. Opf./
1 Cham Neustadt
2 Deggendorf/Plattling a. d. Waldnaab
3 Grafenau
4 Tirschenreuth

B-Schwerpunkorte (20 %) 9 Landshut
6 Amberg/Sulzbach- 10 Regensburg
Rosenberg 11 Schwandorf
7 Burglengenfeld 12 Straubing
8 Eggenfelden

C-Schwerpunkorte (15 %) 26 Pfarrkirchen
13 Bogen 27 Pocking
14 Eschenbach i. d. Opf. 28 Regen
15 Freyung/Waldkirchen 29 Riedenburg
16 Furth i. Wald 30 Roding
17 Hauzenberg 31 Rottenburg
18 Kemnath a. d. Laaber
19 Landau 32 Simbach a. Inn
a. d. Isar 33 Vilsbiburg
20 Mallersdorf- 34 Vilshofen
Pfaffenberg/ 35 Vohenstrauß
Neufahrn i. NB 36 Waldmünchen
21 Nabburg 37 Waldsassen
22 Neumarkt i. d. Opf. 38 Wegscheid
23 Nittenau 39 Zwiesel
24 Parsberg
25 Passau

E-Schwerpunkorte (25 %) 42 Oberviechtach
40 Kötzing 43 Viechtach
41 Neunburg vorm Wald

20 Südbayerisches Fördergebiet







C-Schwerpunkorte (15 %) 6 Traunstein
1 Freilassing 7 Trostberg
2 Füssen 8 Wasserburg a. Inn
3 Kaufbeuren 9 Weilheim i. OB
4 Landsberg a. Lech
5 Rosenheim

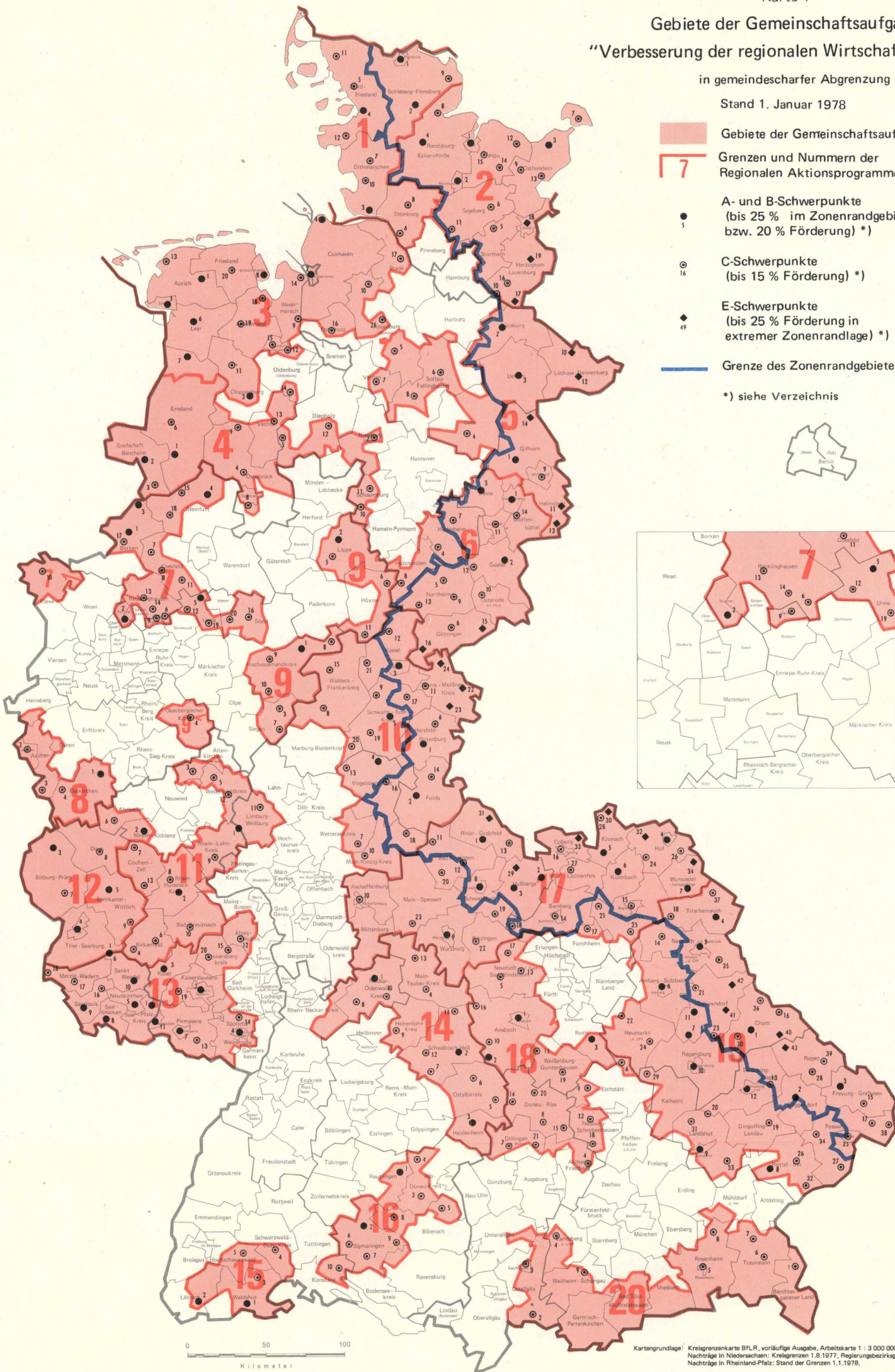
*) Die diesen Doppelort bildenden Gemeinden liegen in verschiedenen Regionalen Aktionsprogrammen und sind daher in der Übersicht zweimal aufgeführt.

Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

in gemeindegrenzlicher Abgrenzung

Stand 1. Januar 1978

-  Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe
 -  Grenzen und Nummern der Regionalen Aktionsprogramme
 -  A- und B-Schwerpunkte (bis 25 % im Zonenrandgebiet bzw. 20 % Förderung *)
 -  C-Schwerpunkte (bis 15 % Förderung *)
 -  E-Schwerpunkte (bis 25 % Förderung in extremer Zonenrandlage *)
 -  Grenze des Zonenrandgebietes
- *) siehe Verzeichnis



Kartogrundlage: Kreisgrenzenkarte BfLR, vorläufige Ausgabe, Arbeitskarte 1 : 3 000 000, Stand der Grenzen 1.1.1977.
Nachträge in Niedersachsen: Kreisgrenzen 1.8.1977, Regierungsbezirksgrenzen 1.2.1978.
Nachträge in Rheinland-Pfalz: Stand der Grenzen 1.1.1978.

Bearbeitung und Kartographie: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

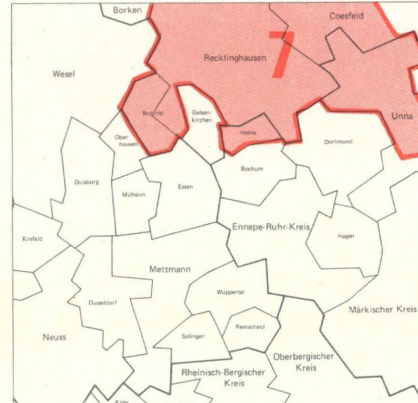
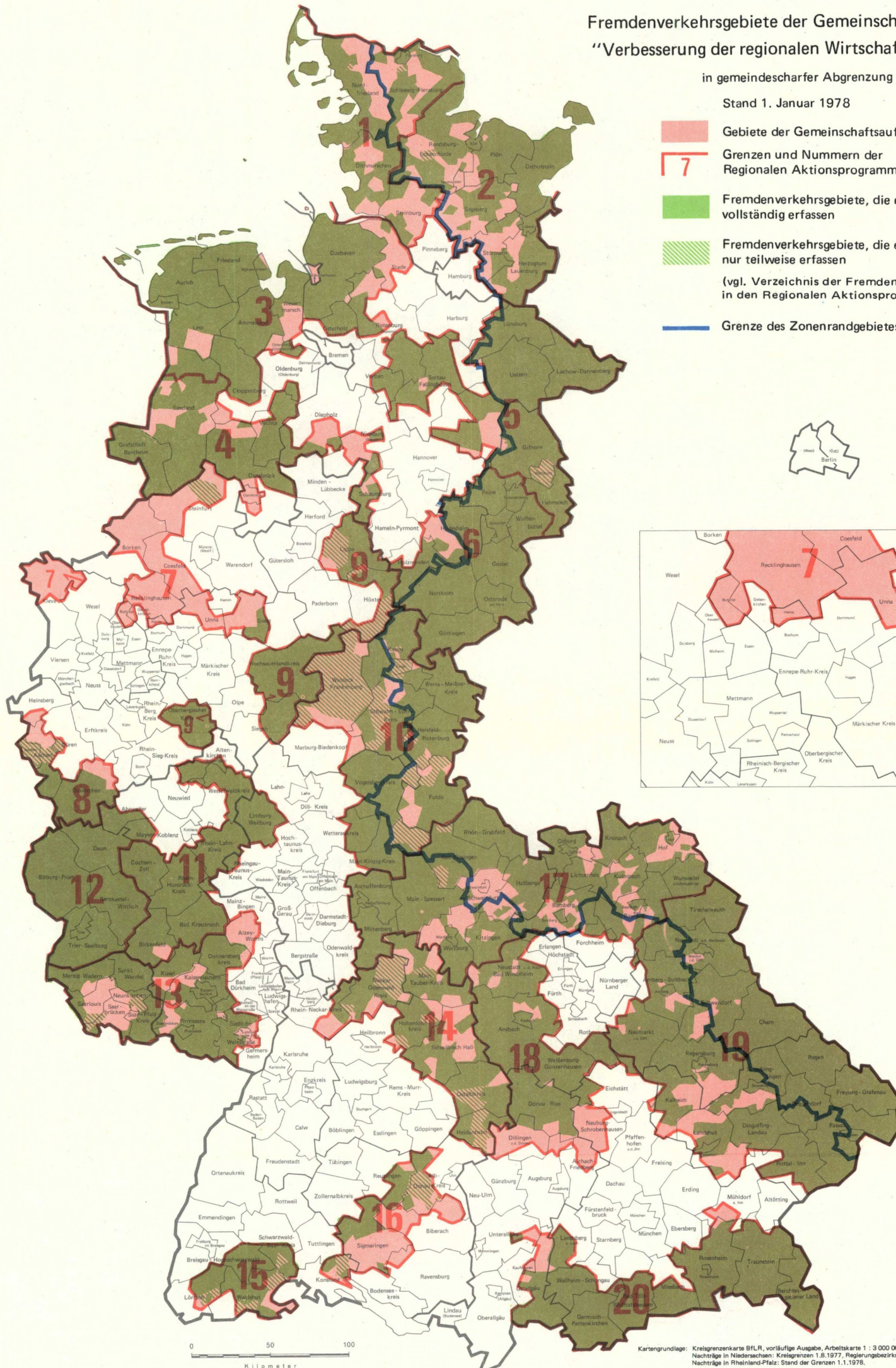
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn 1

Fremdenverkehrsgebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

in gemeindefarmer Abgrenzung

Stand 1. Januar 1978

- Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe
- Grenzen und Nummern der Regionalen Aktionsprogramme
- Fremdenverkehrsgebiete, die eine Gemeinde vollständig erfassen
- Fremdenverkehrsgebiete, die eine Gemeinde nur teilweise erfassen
- (vgl. Verzeichnis der Fremdenverkehrsgebiete in den Regionalen Aktionsprogrammen)
- Grenze des Zonenrandgebietes



Kartengrundlage: Kreisgrenzenkarte BfLR, vorläufige Ausgabe, Arbeitskarte 1 : 3 000 000, Stand der Grenzen 1.1.1977.
 Nachträge in Niedersachsen: Kreisgrenzen 1.8.1977, Regierungsbezirksgrenzen 1.2.1978.
 Nachträge in Rheinland-Pfalz: Stand der Grenzen 1.1.1978.
 Bearbeitung und Kartographie: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
 Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn 1